

# HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

## Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
herausgegeben von  
Michael Borchard, Thomas Brechenmacher, Günter Buchstab,  
Hans-Otto Kleinmann und Hanns Jürgen Küsters

28. Jahrgang  
2021

Böhlau Verlag Wien Köln

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN  
Archiv für Christlich-Demokratische Politik  
28. Jahrgang 2021

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
herausgegeben von

Dr. Michael Borchard, Prof. Dr. Thomas Brechenmacher, Dr. Günter Buchstab,  
Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann und Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters  
Redaktion: Dr. Christopher Beckmann, Markus Lingen, Dr. Wolfgang Tischner

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.  
Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik  
Rathausallee 12  
D-53757 Sankt Augustin  
Tel. 02241 / 246 2240  
Fax 02241 / 246 2669  
E-Mail: zentrale-wd@kas.de  
Internet: www.kas.de

© 2021 Böhlau, Lindenstraße 14, D-50674 Köln, ein Imprint der Brill-Gruppe  
(Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA,  
USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn,  
Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)  
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei,  
Brill Schönigh, Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau,  
Verlag Antike und V&R unipress.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich  
geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen  
bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Satz: SchwabScantechnik, Göttingen  
Druck: ☉ Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Göttingen  
ISSN: 0943-691X  
ISBN: 978-3-412-52475-3

Bezugsbedingungen:  
Erscheinungsweise: jährlich. Fragen sind zu richten an den Leserservice  
Brockhaus Commission, Kreidlerstr. 9, D-70806 Kornwestheim,  
Tel.: (0 71 54) 13 27 92 19, E-Mail: r.haeusler@brocom.de. Preise und weitere  
Informationen unter [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

# Inhalt

## AUFSÄTZE

<i>Klaus Schroeder</i> .....	5
Der (west)deutsche Linksextremismus: antidemokratisch und gewaltaffin	
<i>Daniel Westermann</i> .....	31
Ernst Eichelbaum – Soldat, politischer Beobachter, Bürgermeister, Politiker in Ost und West. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung	
<i>Bianca Dommès</i> .....	59
Zwischen Freiheit der Kunst und Zensur. Die Rolle der Frankfurter CDU in der Kontroverse über das Theaterstück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ von Rainer Werner Fassbinder	
<i>Peter Rütters</i> .....	81
Mehr als ein symbolisches Amt: Vizepräsidenten im 19. Bundestag. Zum Scheitern der Kandidaten der AfD	

## AUS DEM ACDP

<i>Christopher Beckmann</i> .....	109
„Lasst Euch durch keine Grenzpfähle mehr aufhalten“. Eine Rede beim europäischen Jugendlager auf der Loreley 1951	
<i>Rebecca Schröder</i> .....	125
Auf den Spuren Christlicher Demokratinnen – Archivalische Quellen zur historischen Frauenforschung im Archiv für Christlich-Demokratische Politik	

## VERANSTALTUNGSBEITRÄGE

<i>Josef Schuster</i> .....	151
Zur bleibenden Bedeutung des jüdischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus	

30 JAHRE ERSTE FREIE VOLKSKAMMERWAHL  
DIE CDU/DA-FRAKTION UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DEN  
DEUTSCHEN EINIGUNGSPROZESS

*Norbert Lammert* ..... 161  
Begrüßung

*Bettina Tüffers* ..... 163  
Die CDU/DA-Fraktion in der 10. Volkskammer der DDR.  
Kandidatenauswahl – Struktur – Alltag – Probleme

*Horst Möller* ..... 199  
Die erste freie Volkskammer im Kontext der deutschen Parlamentarismus-  
geschichte

DOKUMENTATION

*Peter Molt* ..... 215  
Persönliche Erinnerungen an Helmut Kohl und Anmerkungen zu  
seinem politischen Aufstieg

Abstracts – Résumés – Zusammenfassungen ..... 235

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Bandes ..... 247

## AUFSÄTZE

### **Der (west)deutsche Linksextremismus: antidemokratisch und gewaltaffin<sup>1</sup>**

**Klaus Schroeder**

Linke und rechte extremistische Einstellungen und Bewegungen richten sich fundamental gegen das freiheitlich-demokratische Gesellschaftssystem. Beide lehnen westliche Werte und Lebensstile ab, beide haben ein eher taktisches Verhältnis zur Demokratie beziehungsweise zum demokratischen Verfassungsstaat. Beide streben ein politisches System an, das sie zwar auch als Demokratie (wahre Demokratie, Volksdemokratie, Basisdemokratie etc.) bezeichnen, das aber – aus der Perspektive des pluralistischen Verfassungsstaates – auf ein diktatorisches System hinausläuft. Die beiden Extremismen unterscheiden sich in ihren Zielen, lassen aber keinen Zweifel an ihrer Bereitschaft, das demokratische System und die bürgerliche Gesellschaft zerstören und abschaffen zu wollen.

In beiden politischen Lagern gibt es neben extremistischen politischen Einstellungen auch radikale und gemäßigte Strömungen, die das System nur verändern, aber nicht generell zerstören wollen. Sie stehen für Reformen und nicht für Umsturz. Wer auf der linken Seite des politischen Spektrums die Wirtschaftsordnung, die soziale Marktwirtschaft beziehungsweise nach eigenem Verständnis den Kapitalismus überwinden will, mag den Wohlstand gefährden und die unternehmerische Freiheit einschränken wollen, ist jedoch kein Verfassungsfeind, mithin kein Extremist.

Linksextrem sind Gruppen und Personen, die nicht nur die Wirtschaftsordnung, den Kapitalismus, überwinden oder abschaffen, sondern auch das politische System insgesamt verändern und die bürgerliche Gesellschaft zerschlagen wollen. Da sie die Verfassung und die ihr zugrundeliegende Werteordnung ablehnen, stufen die Sicherheitsbehörden sie zu Recht als verfassungsfeindlich ein. Nicht nur die Einordnung, auch die Betrachtung des Linksextremismus wird dadurch erschwert, dass oftmals die Trennlinien zwischen extremer und radikaler, aber demokratischer Linker verschwimmen. Linksextremisten stehen insofern gleichsam unter dem Schuttschirm des gesamten linken Milieus.

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag fußt auf langjährigen Forschungsarbeiten des Autors, die Niederschlag in mehreren Büchern und Aufsätzen fanden, jüngst in: Klaus Schroeder/Monika Deutz-Schroeder: Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie. Frankfurt a. M. 2015 und dies.: Der Kampf ist nicht zu Ende. Geschichte und Aktualität linker Gewalt. Freiburg i. Br. 2019.

Zentrales Unterscheidungsmerkmal zwischen gemäßigten und extremen Linken jenseits anarchistischer Gruppen ist das Verhältnis zur Freiheit. Linksextremisten – Kommunisten wie Anarchisten – wollen eine „neue Gesellschaft“ mit „neuen Menschen“ schaffen. Sie stehen in der Tradition autoritärer bis totalitärer Bewegungen wie beispielsweise des linken Flügels der Jakobiner. Sie propagieren den Egalitarismus, errichten aber, wenn sie an die Macht gelangen, eine Diktatur, in der sie die Menschen politisch und sozial gleichschalten wollen.

Linksextreme beziehen sich auf unterschiedliche Ideen und Ideologien sowie existierende oder untergegangene sozialistische/kommunistische Staaten. Das Spektrum der Gruppen reicht(e) von Anhängern der DDR über Maoisten und (Post-)Autonome, wie zum Beispiel der Interventionistischen Linken, bis hin zu Anarchisten, die jegliche Herrschaftsform ablehnen.<sup>2</sup> Eine Mehrzahl orientiert sich nach wie vor an Marx, Engels und Lenin sowie ihren „Nachfolgern“. Ihre marxistische oder marxistisch-leninistische Ideologie lässt sie glauben, im alleinigen Besitz der wissenschaftlichen und politischen Wahrheit zu sein. Bewusst oder unbewusst – ganz im Sinne der DDR-Floskel „Die Lehren von Marx und Lenin sind allmächtig, weil sie wahr sind“ – leiten sie hieraus ihren ideologischen Anspruch ab. Indem sie in ihren Gesellschaftsmodellen keine anderen Parteien oder politisch-ideologischen Auffassungen akzeptieren, sind sie freiheitsverachtend und letztlich totalitär.

Selbstdefinierte Aktionsfelder des aktuellen Linksextremismus sind „Antifaschismus und Antirassismus“, „Antiimperialismus“, „Antiglobalisierung“, „Antirepression“, „Antikapitalismus“ sowie „Antidemokratie“ als Kampf gegen die parlamentarische Demokratie und „Antigentrifizierung“. Seit einigen Jahren kämpfen sie auch für das Klima, das ihrer Meinung nach vom Kapitalismus bedroht wird.

Linksextreme wittern überall Verschwörungen, angezettelt vom „Kapital“ und seinen politischen und medialen Helfershelfern, und praktizieren eine Strategie, die ihre Feinde und die Handlanger der Herrschenden bloßstellen soll. Sie, aber auch viele verfassungskonforme Linksradikale, glauben, alles sei besser als ein vom Kapitalismus geprägtes System. In ein ähnliches Horn blasen zeitgenössische kommunistische Theoretiker wie Žižek und Badiou, für die selbst der mörderische Stalinismus humaner ist als der Kapitalismus, weil das stalinistische Regime „einen gewissen Raum utopischer Erwartungen“ eröffnet habe. Žižek unterstreicht Badiou's Behauptung „Lieber den schlimmsten stalinistischen Terror als die liberalste kapitalistische Demokratie“.<sup>3</sup>

2 Vgl. den Verfassungsschutzbericht 2020. Hg. vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, S. 125.

3 Vgl. Slavoj Žižek: Ärger im Paradies. Vom Ende der Geschichte zum Ende des Kapitalismus. Frankfurt a. M. 2015, S. 61.

*Die Gewaltdiskussion in der Neuen Linken*

Wer in den letzten Jahren auf linksunten.indymedia.org<sup>4</sup> und indymedia.org die Bekennerschreiben und Kommandoerklärungen linksextremer Gruppen gelesen hat, könnte auf den Gedanken kommen, hier artikuliere sich eine neue linke Bewegung mit neuen Inhalten und vielleicht sogar neuen Zielen. Schaut man genauer hin, wird jedoch deutlich, dass es sehr viele Kontinuitäten mit der 68er-Bewegung und ihr nachfolgenden Gruppen gibt.

Eine Neue Linke entwickelt sich ab Mitte der 1950er Jahre in Westeuropa und Nordamerika in Abgrenzung zu den klassischen linken sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien. Sie verknüpft anarchistisch-libertäre Vorstellungen mit Emanzipations- und Revolutionstheorien und orientiert sich an internationalen Befreiungsbewegungen. Rätedemokratische und trotzkistische Konzepte sowie das Gedankengut der Situationistischen Internationale, eine 1957 gegründete linke Gruppe europäischer Künstler und Intellektueller<sup>5</sup>, werden ebenfalls adaptiert. Ab Anfang der 1960er Jahre gewinnt die Kritische Theorie an Bedeutung. Vor allem die theoretischen Konzepte von Herbert Marcuse inspirieren die jungen Radikalen.

Ihren organisatorischen Kern hat die Neue Linke im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), den die SPD wegen seines Festhaltens an einer marxistischen Systemkritik 1961 aus der Partei ausschließt.<sup>6</sup> In dieser Organisation, deren Mitgliedschaft sich nach der Trennung von der SPD bei etwa 800 Personen einpendelt, tummeln sich bald Vertreter unterschiedlicher sozialistischer und kommunistischer Weltanschauungen. Bis Mitte der 1960er Jahre versteht sich der SDS als Teil der (traditionellen) Neuen Linken. Im Kontext des jugendkulturellen Aufbruchs radikalisiert er sich von einer sozialistisch-systemkritischen zu einer revolutionären Avantgardeorganisation, die sich den Umsturz der ökonomischen und politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland auf die Fahnen schreibt. In den nachfolgenden Jahren entwickelt er sich zur wichtigsten Gruppierung der westdeutschen Studentenbewegung und von einer Außerparlamentarischen zu einer gleichzeitig Antiparlamentarischen Opposition (APO). Intern setzt sich der antiautoritäre Flügel um die DDR-Flüchtlinge Rudi Dutschke und Bernd Rabehl durch. Dutschke, der von den Medien hofierte Star der neuen linken Bewegung, formuliert eine Strategie, in der legale Aktionen des SDS durch illegale ergänzt werden sollen, um einen langfristigen Prozess der Radikalisierung breiter Massen einzuläuten.

---

4 Diese linksextreme Internetplattform verbot das Bundesinnenministerium 2017. Inzwischen stehen die Beiträge bis 2017 wieder in einem sogenannten Archiv online.

5 Vgl. Roberto Ohrt (Hg.): Der Beginn einer Epoche. Texte der Situationisten (Edition Nautilus). Hamburg 1995.

6 Zur Geschichte des SDS vgl. Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker: Geschichte des SDS 1946–1970. Bielefeld 2018.

Mit der „Methode der offensiven Regelverletzung“ gelingt es ihm zusammen mit der Subversiven Aktion, die bisherige Orientierung des SDS an gesetzlich zulässigen Aktionen zu unterlaufen und erstmalig neue Protestformen zu erproben. „Die Möglichkeit, die sich durch *größere* Demonstrationen ergibt, ist unter allen Umständen auszunützen. Genehmigte Demonstrationen müssen in die Illegalität überführt werden. Die Konfrontation mit der Staatsgewalt ist zu suchen und unbedingt erforderlich. Die Bedingungen dafür müssen günstig sein (verhasstes Staatsoberhaupt usw.).“<sup>7</sup>

Die Übernahme des Berliner SDS durch die Antiautoritären um Dutschke und Rabehl radikalisiert nicht nur den SDS, sondern auch das ihn umgebende Milieu. Gewaltdiskussionen und Gewaltpraxis stehen auf dem Programm. In Dutschkes strategischen Planungen zeigt sich bereits frühzeitig sein revolutionäres Gesellschaftsmodell: „Jede Mikrozelle in Deutschland hat theoretische Arbeit zu leisten [...] Diesem Prozess muss [...] parallel laufen die *praktisch-theoretische und koordinierte Zusammenarbeit mit allen revolutionären Gruppen in der Welt*.“<sup>8</sup> Seine aktionsorientierte Strategie zielt auf die Revolutionierung der Gesellschaft. Dutschke unterscheidet zu diesem Zeitpunkt – 1964 – zwischen Gewalt gegen Sachen und gegen Personen und erklärt, solange die radikale Opposition schwach ist, solle sie sich auf Gewalt gegen Sachen beschränken.

Die Diskussion um die Frage der Illegalität und damit auch der Gewaltanwendung dominiert fortan die Debatte. Es geht um den Stellenwert von Gewalt und darum, ob es legitime Formen der Gewaltanwendung gibt beziehungsweise ab wann diese nicht mehr akzeptabel sind. Für die Notwendigkeit revolutionärer Gewalt plädiert Dutschke bereits mehr als ein Jahr vor den tödlichen Schüssen auf Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967. Er fordert eine „Propaganda der Tat“ und illegale Aktionen, die in den Zentren des Imperialismus die revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt unterstützen sollen. In seinen Aufzeichnungen finden sich schon zu diesem Zeitpunkt Überlegungen zum Aufbau eines urbanen, militärischen Apparates der Revolution.<sup>9</sup> Im September 1967 propagiert er, der SDS müsse zu einer politischen Organisation von Guerillakämpfern werden, um ausgehend von der Universität den Kampf gegen die bürgerlichen Institutionen zu führen.

Damit ist frühzeitig das Ziel der bisher linksradikalen und jetzt linksextremen Bewegung benannt: die Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer In-

7 Schriftlicher Diskussionsbeitrag von Rudi Dutschke 1964 in München. Vgl. Subversive Aktion: Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern. Herausgegeben und kommentiert von Frank Böckelmann und Herbert Nagel. Frankfurt a. M. 1976, S. 324 (Hervorhebungen im Original).

8 Ebd., S. 325 f. (Hervorhebungen im Original).

9 Vgl. Siegward Lönnendonker/Bernd Rabehl/Jochen Staadt: Die antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD. Bd. 1: 1960–1967. Wiesbaden 2002, S. 236 f.

stitutionen, der Kleinfamilie, der Marktwirtschaft, aber auch der Konventionen. Dutschke und andere Führungskader des SDS beschreiben die Bundesrepublik zwar nicht als eine faschistische, aber als eine Faschismus-ähnliche beziehungsweise vorkoloniale Gesellschaft. Dutschke führt aus: „Der heutige Faschismus ist nicht mehr manifestiert in einer Partei oder in einer Person, er liegt in der tagtäglichen Ausbildung der Menschen zu autoritären Persönlichkeiten, er liegt in der Erziehung, kurz er liegt im bestehenden System der Institutionen.“<sup>10</sup> Max Horkheimers Satz „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“ wird zum (verhängnisvollen) geflügelten Wort und führt zur Parole: „Kapitalismus führt zum Faschismus, Kapitalismus muss weg!“ Dieser linke Gassenhauer erfreut sich bis zum heutigen Tag hoher Beliebtheit bei jungen und alten Linksradikalen und bei Linksextremisten.

Frantz Fanon und sein 1961 erschienenes Buch „Die Verdammten dieser Erde“ hat großen Einfluss auf Dutschke und die Führungskader des SDS. Den meisten anderen Lesern aus dem linken Milieu „genügt“ damals das von Jean Paul Sartre verfasste Vorwort als Lektüre. Sartre spricht sich dort voll und ganz für eine soziale Revolution in den kolonisierten Ländern gegen die Unterdrückten in der ersten Welt aus. Sein Appell für die Befreiung der Dritten Welt ist gleichzeitig ein Aufruf zur Gewalt: „Denn in der ersten Phase des Aufstands muss getötet werden. Einen Europäer erschlagen, heißt zwei Fliegen auf einmal treffen, nämlich gleichzeitig einen Unterdrücker und einen Unterdrückten aus der Welt schaffen. Was übrig bleibt, ist ein toter Mensch und ein freier Mensch.“<sup>11</sup>

Im Kampf gegen den Kolonialismus<sup>12</sup> begreift Fanon Gewalt als notwendigen und positiven Prozess, in dem das kolonialisierte Subjekt, die Unterdrückten der Kolonialländer, die physische und psychische Verletzungen durch die Kolonialherren erlitten haben, ihrem Status als Unterdrückte entkommen können, indem sie sich mit und durch Gewalt befreien. Gewalt ist für Fanon nicht per se legitime Gewalt, sondern er versteht sie als revolutionäre Gegengewalt der Unterdrückten. Diese revolutionäre Gewalt wertet er als positive, fortschrittliche Gewalt, da sie die Emanzipation des revolutionären Kämpfers vorantreibt.<sup>13</sup> Zudem sei der Unterdrückte – von den Kolonialherren meist als „Tier“ gedemütigt – in dem Kampf der Schwachen gegen die Starken der moralisch Überlegene. In dem Moment, in dem ihm seine Menschlichkeit bewusst werde,

10 Rudi Dutschke: Vom Antisemitismus zum Antikommunismus, in: Uwe Bergmann u. a.: Die Rebellion der Studenten oder die neue Opposition. Hamburg 1968, S. 68.

11 Vgl. Jean Paul Sartre, zit. in: Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt a. M. 1961, S. 18.

12 Linke aller Schattierungen verfolgen erneut seit einigen Jahren eine postkoloniale Strategie, das heißt sie wollen alles (Denkmäler, Straßennamen, Erzählungen usw.) tilgen, was ihrer Meinung nach mit Kolonialismus zusammenhängt.

13 Vgl. Fanon: Die Verdammten dieser Erde sowie ders.: Von der Gewalt, in: Kursbuch 2. Berlin 1965.

„beginnt er seine Waffen zu reinigen, um diese Menschlichkeit triumphieren zu lassen“.<sup>14</sup>

Dutschke stützt sich auch auf Che Guevaras Revolutionskonzeption, die „Fokustheorie“, der zufolge eine sozialistische Revolution auch ohne eine breite Basis in der Arbeiterklasse, aber mit Unterstützung aus dem gesamten Volk erfolgreich sein könne. Der gezielte Einsatz von Gewalt solle die sozialen und ökonomischen Widersprüche in der Gesellschaft zuspitzen. Die aufständischen Massen, angeführt durch revolutionäre Kämpfer, würden den Fokus bilden, der punktuell-strategisch eine direkte Konfrontation mit dem politischen Gegner – dem Staat – erlaube. Nicht die objektiven Bedingungen für eine Revolution seien entscheidend, sondern der unbedingte Wille und die Entschlossenheit der Revolutionäre zählten.<sup>15</sup>

Am 2. Juni 1967 wird der Student Benno Ohnesorg während einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien in West-Berlin von Polizeiobermeister Karl-Heinz Kurras erschossen, einem Stasi-Spitzel und SED-Mitglied, wie erst 2009 bekannt wird.<sup>16</sup> Jetzt intensiviert sich in der linken Szene die Diskussion um Gewalt und die Gewaltbereitschaft kleiner Gruppen steigt sprunghaft an.

Die Diskussion über (angeblich) gerechtfertigte Gewalt und direkte Aktionen eskaliert schließlich, so dass der linke Philosoph Jürgen Habermas von „Linksfaschismus“ spricht. Er kritisiert eine Strategie der Provokation, die auf eine hierdurch hervorgerufene Gewalt des Systems und eine im Gegenzug legitimierte Gegengewalt setzt. Angesichts des Drucks auf ihn, heute würde man sagen eines Shitstorms, nimmt Habermas diese Wertung zurück.<sup>17</sup>

Max Horkheimer geht einen Schritt weiter und zieht trotz Anfeindungen seine Einschätzung nicht zurück. Angesichts der Radikalisierung der Studentenschaft sagt er 1968: „Die Affinität zur Geisteshaltung der nach Macht strebenden Nazis ist unverkennbar. Sollte es, wie es wahrscheinlich ist, in den westlichen Industrieländern zu einer Rechtsdiktatur kommen, dann wird man nicht wenige der heutigen linken Radikalen in den Reihen der neuen Machthaber finden können.“<sup>18</sup>

Den Weg zur Überwindung von gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen begründet Dutschke mit einem Aufruf Maos zur Gewalt: „Wir sind für die Abschaffung des Krieges, wir wollen den Krieg nicht, aber man kann den Krieg nur durch den Krieg abschaffen; wer das Gewehr nicht will, der muß

14 Fanon: Von der Gewalt, S. 7.

15 Vgl. Che Guevara: Guerilla. Theorie und Methode. Berlin 1968.

16 Vgl. Klaus Schroeder: Die Spur des Todesschützen. Verändert der „Fall Kurras“ die deutsche Zeitgeschichte?, in: Berliner Republik 4 (2009), S. 12–15.

17 Vgl. Oskar Negt (Hg.): Die Linke antwortet Jürgen Habermas. Frankfurt a. M. 1968.

18 Zit. nach Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977. Köln 2001, S. 201.

zum Gewehr greifen‘ (Mao 1938).<sup>19</sup> Diese „Erkenntnis“ von Mao ist bis zum heutigen Tag zentrales Leitbild militanter Linker. Gehalten hat sich auch die von Dutschke und seinen Genossen geforderte subjektive Dimension für die selbsternannten Revolutionäre: „Die Revolutionierung der Revolutionäre ist so die entscheidende Voraussetzung für die Revolutionierung der Massen.“<sup>20</sup>

In mehreren Statements lehnt Dutschke individuellen Terror ab, ohne sich jedoch prinzipiell von Gewalt zu distanzieren. Seinen legendären Ausspruch mit erhobener Faust bei der Beerdigung des RAF-Terroristen Holger Meins, den er seit Mitte der 1960er Jahre persönlich kannte, „Holger, der Kampf geht weiter!“ will er nachträglich als Kritik an den Haftbedingungen verstanden wissen. In seinem Tagebuch reagiert er hingegen sehr emotional. Die Herrschenden und ihre Büttel nennt er „Schweine“ und spricht von einem „Halb-Mord“ an Meins, aber auch von einer „Zerstörungs- und Selbstzerstörungs-Logik“ durch Staat und RAF.<sup>21</sup>

### *Systemische Gewalt*

Am 11. April 1968 verübt der Hilfsarbeiter Josef Bachmann ein Attentat auf Rudi Dutschke, an dessen Spätfolgen dieser 1979 stirbt. Der SDS spricht vom Wandel der Bundesrepublik von einem „postfaschistischen“ in ein „präfaschistisches“ System und forciert seine schon Jahre zuvor begonnene Kampagne für die Enteignung des Springer-Konzerns. Der Mordanschlag sei ebenso wenig die Tat eines Einzelnen wie die Erschießung Benno Ohnesorgs. Beide seien Opfer einer systematischen Hetzkampagne des Springer-Konzerns zusammen mit der Staatsgewalt. Opposition sei kriminalisiert und für vogelfrei erklärt worden. Die Tat wird Springer und seiner BILD-Zeitung angelastet. Unmittelbar nach dem Attentat kommt es Ostern 1968 in verschiedenen bundesrepublikanischen Städten zu schweren gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die spätere RAF-Terroristin Gudrun Ensslin behauptet: „Dies ist die Generation von Auschwitz – mit denen kann man nicht argumentieren“, und will Polizeikasernen stürmen, um sich Waffen gegen „die Faschisten“ zu besorgen.<sup>22</sup>

19 Vgl. Gaston Salvatore/Rudi Dutschke: Einleitung zu Che Guevara <http://www.infopartisan.net/archive/1967/2667133.html> (Abruf: 16. September 2020).

20 Vgl. Rudi Dutschke: Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt, in: Rebellion der Studenten oder die neue Opposition. Eine Analyse von Uwe Bergmann, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefevre, Bernd Rabehl. Hamburg 1968, S. 92 f.

21 Rudi Dutschke: Jeder hat sein Leben ganz zu leben. Die Tagebücher 1963–1979. Hg. von Gretchen Dutschke. Köln 2003, S. 223, zit. nach: Wolfgang Kraushaar: Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf, in: Ders./Jan-Philip Reemtsma/Karin Wieland (Hg.): Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF. Hamburg 2005, S. 16.

22 Vgl. High sein, frei sein, in: Der Spiegel vom 23. September 2007.

In Dutschkes Äußerungen nach seiner Genesung verschwindet die Trennung zwischen „Gewalt gegen Sachen“ versus „Gewalt gegen Personen“.<sup>23</sup> Der zunehmenden strukturellen gesellschaftlichen Gewalt könne nicht mit Gewaltlosigkeit, sondern nur mit zunehmender Gegengewalt begegnet werden. Zwar lehnt er weiterhin in den Metropolen Attentate auf einzelne Personen – Charaktermasken – als konterrevolutionäre Akte, als „Ausdruck der Versteinerung und Entfremdung antikapitalistischen Bewußtseins“ ab, möchte aber den Kampf gegen die strukturelle Gewalt der herrschenden Klasse forcieren: „Revolutionäre Gegengewalt, als revolutionäre Zerschlagung von unmenschlich gewordenen Sachen, Banken, Aktiengesellschaften, Zerstörung von Menschen, bereitstehenden Panzern, Flugzeugen, Manipulationsmaschinen etc. scheinen mir ein adäquates Moment im revolutionären Prozeß darzustellen.“<sup>24</sup> Hier klingt die spätere RAF-Rhetorik bereits an.

Im September 1968 kritisiert Dutschke in einer Voltaire-Flugschrift, dass ein Gewaltherrscher wie der Schah seinen Deutschlandbesuch unbeschadet überstanden habe. Auch wenn es konterrevolutionär sei, einzelne Charaktermasken in den Metropolen zu töten, hätten die revolutionären Kräfte die Chance der Erschießung des Schahs bei seinem Besuch nutzen können. Dass dies nicht geschehen sei, spräche für die Niveaulosigkeit des bisherigen Kampfes. Nicht nur das Volk hätte sich gefreut, sondern der revolutionäre Kampf gegen Armee und Führungscliquen hätte sich verschärft. „Ihn hätten wir erschießen müssen, das wäre unsere menschliche und revolutionäre Pflicht als Vertreter der ‚Neuen Internationalen‘ gewesen.“<sup>25</sup>

Über den Protest gegen den Vietnamkrieg und das oftmals unangemessen harte staatliche Vorgehen gegen Demonstrationsteilnehmer politisieren und radikalisieren sich viele Studenten. Benno Ohnesorgs Tod 1967, der Krieg in Vietnam, der Kampf gegen die Notstandsgesetze sowie 1968 das Attentat auf Rudi Dutschke steigern die Gewaltbereitschaft. Der „Gegenwehr“ in Form von Kritik und Aufklärung sowie durch (begrenzte) Regelverletzung folgt später offene Gewalt.

Die „Schlacht am Tegeler Weg“ in West-Berlin steht für den Beginn offensiv ausgeübter linker Gewalt, die sich bis zum heutigen Tag fortsetzt. Bei der bis dahin schwersten Straßenschlacht in der Stadt werden gezielt Pflastersteine geworfen und 130 Polizisten und 22 Demonstranten verletzt. Zum ersten Mal behalten die Demonstranten die Oberhand und feiern anschließend

23 Stefan Reisner (Hg.): Briefe an Rudi D. Voltaire Flugschriften Nr. 19. Frankfurt a. M. 1968, Vorwort, S. V, zit. nach: Michaela Karl: Rudi Dutschke. Revolutionär ohne Revolution. Frankfurt a. M. 2003, S. 254.

24 Rudi Dutschke: Rede in der Dietrich-Bonhoeffer-Kirche am 4. März 1970, Nachlass, zit. nach: ebd., S. 256.

25 Rudi Dutschke: „Es kracht an allen Ecken und Enden“, in: Der Spiegel vom 9. Dezember 1968, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45876621.html> (Abruf: 16. September 2020).

auf einem teach-in ihren Sieg. Mit der „Schlacht am Tegeler Weg“ endet die Gratwanderung zwischen der Befürwortung von Gewalt gegenüber Sachen und der Tabuisierung von Gewalt gegenüber Personen. Gleichzeitig markiert dieser Tabubruch eine weitere Grenzüberschreitung: Gewaltanwendung erfolgt nicht mehr nur als Re-Aktion auf staatliche Gewalt, sondern ist eine legitime aktive Handlungsstrategie, moralisch als „Widerstand“ gerechtfertigt und theoretisch als „Propaganda der Tat“ begründet.<sup>26</sup>

1968 ist Höhe- und Endpunkt der ursprünglichen Studentenbewegung, die seit 1967 nicht nur eine außerparlamentarische, sondern auch explizit eine anti-parlamentarische Bewegung ist.

### *Zerfall und Transformation der 68er-Studentenbewegung*

Die Bewegung zerfällt Ende der 1960er Jahre, die Wege der revolutionären Kämpferinnen und Kämpfer teilen sich. Viele werden Mitglieder der SPD und der in Gestalt der DKP wiedergegründeten KPD. Der harte Kern der „Anti-revisionisten“ orientiert sich am maoistischen China oder geht in kleineren anarchistischen, trotzkistischen und undogmatischen Gruppen auf. Diese Strömungen haben zwar unterschiedliche Leitbilder und Ziele, sind sich aber einig, dass das System nur mit Gewalt bekämpft und gestürzt werden kann. Aus den Reihen der radikalen und extremen Linken entstehen aber auch Gruppen, die in den Untergrund gehen und terroristische Aktionen begehen. Den ersten Anschlag am 9. November 1969 verübt in West-Berlin eine linksextreme Gruppe, die sich Tupamaros nennt, gegen das jüdische Gemeindehaus. Sie wollen jüdisches Blut sehen, um den terroristischen Kampf der Palästinenser gegen Israel zu unterstützen.<sup>27</sup>

Die Bewegung 2. Juni betritt als erste größere Gruppe die Bühne des Linksterrorismus. Die RAF beginnt kurze Zeit später ihre Aktionen mit Banküberfällen und dem Aufbau eines illegalen Apparates. RAF-Mitglieder lassen sich ebenso wie die Kämpfer des 2. Juni in palästinensischen Terrorlagern paramilitärisch ausbilden. Später erfolgt eine entsprechende Unterweisung auch in der DDR.<sup>28</sup>

Die RAF zieht eine Blutspur durch die Bundesrepublik, obschon ihr Führungskern relativ schnell gefasst werden kann. Vom Gefängnis aus kämpft er mithilfe seiner Verteidiger und Sympathisanten weiter gegen das verhasste „Schweinesystem“. Unterstützt von Palästinensern versucht die „zweite Generation“ der RAF, die alten Führungskader freizupressen. Dieses Vorhaben scheitert trotz

26 Vgl. Schroeder/Deutz-Schroeder: Der Kampf ist nicht zu Ende, S. 14 f.

27 Die Bombe zündete glücklicherweise nicht, so dass dieses in Nachkriegsdeutschland kaum vorstellbare Blutbad ausblieb. Vgl. Wolfgang Kraushaar: Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus. Hamburg 2005.

28 Vgl. Schroeder/Deutz-Schroeder: Der Kampf ist nicht zu Ende, S. 89 f.

der Entführungen von Arbeitgeberpräsident Schleyer und der Lufthansamaschine „Landshut“. Die Bundesregierung unter dem Sozialdemokraten Helmut Schmidt bleibt hart, lehnt jedes Entgegenkommen ab. Der Führungskern tötet sich, ebenso wie Ulrike Meinhof schon Jahre zuvor, selbst. Aber auch nach dem „deutschen Herbst 1977“ gehen die (Mord-)Anschläge der Linksterroristen weiter. Ihnen fallen etwa 40 Menschen zum Opfer. Erst 1998 verkündet die RAF ohne Worte der Reue und des Bedauerns oder der Entschuldigung in einem Schreiben ihre Auflösung.<sup>29</sup>

Ein Teil der linksbewegten Studenten geht nach 1968 nicht in den Untergrund, sondern setzt den „revolutionären“ Kampf in Institutionen fort. Ein anderer – militanter – Teil begibt sich in den Straßenkampf. Der Kampf um die Straße und auf der Straße ist spätestens seit der Französischen Revolution Dreh- und Angelpunkt linker Kämpfer. Die Staatsmacht soll herausgefordert und die Massen mobilisiert werden.

In den 1970er Jahren richten sich die Aktionen der linken „Revolutionäre“ gegen die USA und ihre Rolle im Vietnamkrieg; es geht ferner um Hausbesetzungen und die Verhinderung von Räumungen sowie um den Kampf gegen Atomkraftwerke. Wiederholt kommt es zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Beide Seiten rüsten auf. Linksextremisten bewaffnen sich mit Flaschen, Steinen, Molotowcocktails und Präzisionszwillen, mit denen Stahlkugeln abgeschossen werden.<sup>30</sup>

Vor allem die militante Gruppe „Revolutionärer Kampf“ in Frankfurt am Main steht beispielhaft für eine gewalttätige Linke, die den Straßenkampf propagiert und es anfangs an der nötigen Distanzierung zu linksterroristischen Gruppen fehlen lässt. Ihre „Putzgruppe“ um den späteren Außenminister Joschka Fischer kann als Vorläufer des militanten „Schwarzen Blocks“ betrachtet werden; ihre bevorzugte „Dienstkleidung“ ist Vorbild für die Vermummung von Autonomen. Hierdurch und durch das untergehakte Mitlaufen in einem schwarzen Block schaffen sich die militanten Kämpfer eine revolutionäre Identität, die Selbstbewusstsein stiften und ihre Rolle als Vorkämpfer der Militanten begründen soll.<sup>31</sup>

Die Zahl der bei gewalttätigen Ausschreitungen verletzten Polizisten geht in die Tausende, die der (militanten) Demonstranten wahrscheinlich ebenfalls. Eine Protestaktion an der Startbahn West am Frankfurter Flughafen endet am 2. November 1987 für zwei Beamte sogar tödlich, weitere werden zum Teil

---

29 Vgl. zur Geschichte der RAF Wolfgang Kraushaar: Die blinden Flecken der RAF. Stuttgart 2017; Stefan Aust: Der Baader-Meinhof-Komplex. Hamburg 2017; Butz Peters: Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF. Berlin 2004.

30 Zur so genannten Straßenmilitanz vgl. Schroeder/Deutz-Schroeder: Der Kampf ist nicht zu Ende, S. 159 ff.

31 Zum Stellenwert der Vermummung für militante Linke vgl. dies.: Gegen Staat und Kapital, S. 391 f.

schwer verletzt. Ein Linksautonomer schießt mit einer Pistole auf die zur Sicherung des Geländes eingesetzten Polizisten.

Anfang der 1980er Jahre betritt mit den Autonomen eine neue Bewegung die Bühne des revolutionären Kampfes, die bis zum heutigen Tag die breite Mehrheit gewaltorientierter Linksextremisten stellen. Anders als traditionsorientierte Kommunisten propagieren sie eine „Politik in erster Person“, das heißt sie wollen Freiräume für sich und ihre „Genoss\*innen“ schaffen und im Kampf gegen das verhasste System die Umrisse einer neuen Gesellschaft entwickeln.<sup>32</sup>

Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen versuchen sie auch unpolitische Jugendliche, insbesondere Immigranten, in die Kämpfe miteinzubeziehen. Mit sogenannten Riots soll das System zumindest punktuell ins Wanken gebracht werden. In ihrer Selbstwahrnehmung ist ihnen dies etwa während der mehrtägigen Krawalle in Hamburg anlässlich der Proteste gegen den G20-Gipfel im Sommer 2017 gelungen.<sup>33</sup>

Linke Gewalt gegen Sachen und Personen ist inzwischen nahezu alltäglich geworden. Neben der Polizei als Ordnungsfaktor des verhassten Systems richtet sie sich gegen Personen, die als „Rechte“ eingeordnet werden, vor allem gegen Mitglieder und Sympathisanten der AfD. Politiker anderer Parteien, die die Kreise linksextremer Gruppen stören (könnten) oder Personen, die ein positives Verhältnis zur (demokratischen) Nation haben, werden ebenfalls als Feinde ins Visier genommen. Darüber hinaus richtet sich linke Gewalt gegen Fahrzeuge und Gebäude der Bundeswehr, gegen Immobilienfirmen und modernisierte Gebäude sowie gegen die Globalisierung und ihre Logistik.

Gemäßigte und radikale verfassungskonforme linke Personen und Gruppen tun sich oftmals schwer mit der Distanzierung von linker Gewalt. Als Schuldige für gewalttätige Ausschreitungen betrachten sie zumeist, wie auch beim G20-Gipfel in Hamburg, die Polizei, der sie ein übermäßig hartes Vorgehen gegen linke Demonstranten vorwerfen.<sup>34</sup>

Kritik an ihren für Außenstehende oftmals sinnlos erscheinenden gewalttätigen Aktionen weisen die Militanten und ihre Sympathisanten mit dem altbekannten Argument zurück, das System produziere Gewalt, sie dagegen leisteten nur Widerstand und Gegen-Gewalt. In ihren Kommandoerklärungen und Bekennerschreiben fehlt zumeist nicht der Hinweis auf die Opfer zahlreicher Kriege und auf ertrunkene Flüchtlinge, gegen die ihre kleinen Anschläge „nichts“ seien. Flüchtlinge nehmen in der Begründung für linke Gewalt inzwischen die damalige Rolle der von den USA getöteten Vietnamesen ein. Der Kapitalismus

---

32 Vgl. ebd., S. 183 ff.

33 Vgl. die Studie von Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder: *Gewaltdiskurse unter Linksradikalen/Linksextremisten*. Berlin 2019. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat den im April 2019 eingereichten Forschungsbericht bisher nicht zur Veröffentlichung freigegeben.

34 Vgl. ebd., S. 397 ff.

und damit der Westen mit der Bundesrepublik gilt als maßgeblicher Schuldiger für alles Elend in der Welt.<sup>35</sup>

Die linken Militanten wähen sich am Vorabend eines Aufstandes, nicht wenige sind von revolutionärer Ungeduld geprägt. Ein „Unsichtbares Komitee“ bringt 2017 die Stimmung im gewaltbereiten linken Lager auf den Punkt: „Alle Gründe, eine Revolution zu machen, sind gegeben. Keiner fehlt. Das Scheitern der Politik, die Arroganz der Mächtigen, die Herrschaft des Falschen, die Vulgarität der Reichen, die Industriekatastrophen, das galoppierende Elend, die nackte Ausbeutung, der ökologische Untergang – von nichts werden wir verschont, nicht einmal davon, informiert zu sein.“<sup>36</sup>

Doch trotz einer nicht abreißenen Welle linker Gewalttaten – gegen Sachen und Personen – lässt der „Endkampf“ noch auf sich warten. Das Unsichtbare Komitee beklagt das Fehlen einer revolutionären Partei und ernennt jene zu Revolutionären, die gegen die Polizei kämpfen. Das lassen sich linke Gewalttäter nicht zweimal sagen: Sie schlagen zu.

### *Linke Gewalttaten und ihre Begründungen*

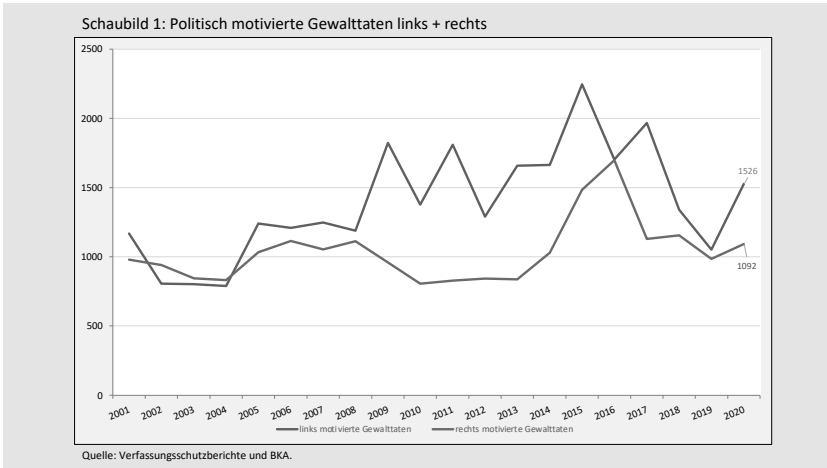
Ausmaß und Intensität linker Gewalt haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Sicherheitsbehörden schätzen das linksextreme Personenpotenzial für 2019 auf 33.500 Personen, unter ihnen etwa 9.200 gewaltorientierte, die zumeist in kleinen autonomen und anarchistischen Gruppen agieren.

Von 2001 bis 2020 verüben linke Akteure knapp 28.000 Gewalttaten und damit deutlich mehr als rechte Gewalttäter (knapp 21.000). Im Jahr 2020 lagen die linken Gewalttaten erneut deutlich höher als die rechten (1.528 gegenüber 1.092). Bei den Körperverletzungen insgesamt liegen die rechten Gewalttäter im vergangenen Jahrzehnt leicht vorne, bei den gefährlichen Körperverletzungen sowie vor allem bei Brandstiftungen und beim Landfriedensbruch jedoch die linken Gewalttäter. Wegen der speziellen Erfassung von Straf- und Gewalttaten – es wird immer nur eine Straf- beziehungsweise Gewalttat gelistet unabhängig davon, wie viele Taten der jeweilige Täter verübt hat – werden linke Gewalttaten deutlich unterzeichnet.

---

35 Vgl. die einschlägigen Erklärungen und Bekenntnisse auf [indymedia.org](http://indymedia.org) und [linksunten.org](http://linksunten.org).

36 Unsichtbares Komitee: Jetzt. Hamburg 2017, S. 7.



Eine Durchsicht von knapp 120 Strafverfahren im Zusammenhang mit dem G 20-Gipfel in Hamburg 2017 bestätigt diese Annahme. In die Statistik politisch links motivierter Gewalt gingen entsprechend knapp 120 Gewaltdelikte ein. Nach den Anklageerhebungen der Staatsanwaltschaft verübte dieser Personenkreis jedoch knapp 250 Straf- beziehungsweise Gewaltdelikte. Zumeist handelt es sich um einfache und gefährliche Körperverletzung, tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte sowie schweren und einfachen Landfriedensbruch. Den meisten angeklagten Straftätern werden zwei bis vier Delikte zur Last gelegt.<sup>37</sup>

Nachfolgend werden einige ausgewählte typische linke Gewalttaten dokumentiert. Die Gewaltdelikte und ihre Begründungen waren und sind zumeist auf einschlägigen Internetseiten festgehalten, insbesondere auf linksunten.indymedia.org, auf indymedia.org und auf Widerständische Momente (chronik.blackblogs.org). Es werden nur Gewaltübergriffe auf Personen aufgelistet, Sachbeschädigungen gegen Banken, Immobilienfirmen, Bundeswehr etc. bleiben außen vor.<sup>38</sup>

Polizisten werden inzwischen nicht nur durch Stein- und Flaschenwürfe, Molotowcocktails und (Polen)Böllern während und nach Demonstrationen attackiert, sondern auch in ihrem privaten Umfeld „besucht“. Im Frühsommer 2018 marschieren 60 teils verummte Linke vor dem Haus eines Polizisten auf, schreien lautstark Parolen, entrollen Transparente und stimmen Hassgesänge an: „Wir haben einen Spaten für den Garten.“ Offenbar wollen sie damit

37 Vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder: Gewaltdiskurse unter Linksradiakalen/Linksextremisten, S. 432 ff.

38 Vgl. ebd., S. 222 ff.

seine im Haus anwesende Frau mit den zwei Kindern einschüchtern. In ihrer auf indymedia.org veröffentlichten Kommandoerklärung schreiben die linken Gewalttäter: „Seid kreativ! Bullen haben Namen und Adressen! Macht diese öffentlich. Macht Konzerte, Flohmärkte, seid kreativ vorm Haus eines Bullen! Die Bullen können nicht jedes Haus schützen und das sollten Wir ausnutzen!“<sup>39</sup>

Ende Dezember 2017 veröffentlichen Berliner Linksextremisten im Internet „Fahndungsfotos“ von 54 Polizisten mit der Begründung, der Sicherheitsapparat der BRD sei postfaschistisch und müsste bekämpft werden. Sie reagieren damit auf die Fahndungsaufrufe der Hamburger Polizei gegen die Randalierer während des G 20-Gipfels in Hamburg. Im Bekennerschreiben heißt es: „Der Sicherheitsapparat der BRD, der aus den gleichen Schlächtern geformt wurde, die für das deutsche Volk in ganz Europa die Partisan\_innen und Antifaschist\_innen erbarmungslos gejagt hat, ist faschistisch. Schon wenige Jahre nach der ‚Befreiung‘ konnten sich die Gesellschaften ihre Exekutive wieder in der Jagd auf Kommunist\_innen vereinigen und den Apparat gegen die Guerillagruppen, die dem deutschen Vorzeigefaschisten Hans-Martin Schleyer glücklicherweise seine Kugel verpassten, zu nie gewesener Perfektion bringen. [...] Fest entschlossen und wütend kämpfen wir gegen die herrschende Ordnung und trotz der Repression.“<sup>40</sup>

Ein Jahr zuvor werfen Linksextremisten einen brennenden Autoreifen auf ein Schulgelände und beschädigen die gerade eingeweihte Gedenktafel für einen 2006 von einem Drogendealer ermordeten Polizisten sowie Straßenschilder, die an die verstorbene Jugendrichterin Kirsten Heisig erinnern. In der Begründung bezeichnen sie den Polizisten als einen Schurken und Feind der Freiheit, dessen Gedenkstätte sie zu Recht „befreien“. „Ehre, wem Ehre gebührt! Wir verhöhnen tote Polizisten und Richter. Freiheit für alle Gefangenen!“<sup>41</sup>

Im Juli 2017 kommt es bei Protesten gegen den G 20-Gipfel in Hamburg zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen gewalttätigen Demonstranten und Polizisten. Die Polizei verliert zeitweise den Überblick und kann das gewalttätige Geschehen nicht unter Kontrolle halten. Militante Akteure und Betrunkene sowie „erlebnisorientierte“ Jugendliche werfen mit allem, was sie in die Hände bekommen. Einige klettern auf Hausdächer und schleudern Gegenstände herunter. Die Randalierer beginnen Geschäfte zu plündern und schießen mit Zwillen Stahlgeschosse auf die Einsatzkräfte. Erst als das angeforderte SEK einsatzbereit ist, kann die Polizei die Straßen räumen. Von den etwa 30.000 (sic!) eingesetzten Polizisten werden nach offiziellen Angaben zwischen dem 7. und 9. Juli 2017 etwa 400 verletzt. Wie viele verletzte Demonstranten es gibt, ist nicht bekannt – vermutlich ebenfalls mehrere Hundert. Das

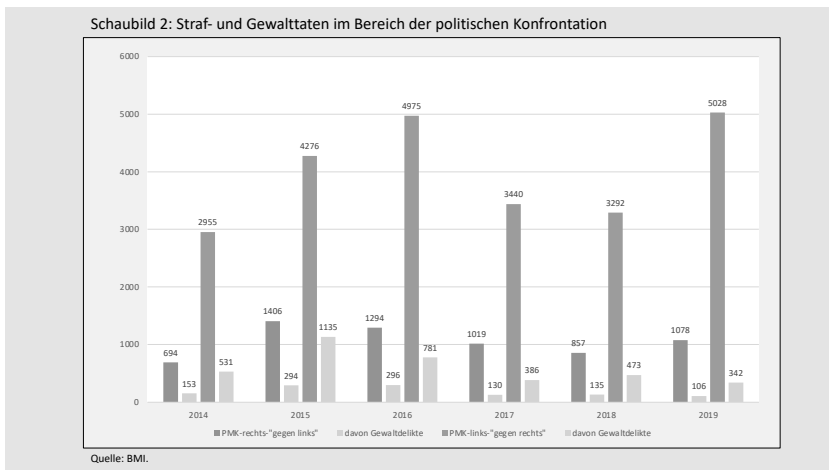
39 Vgl. Indymedia.org vom 20. Mai 2018.

40 Vgl. Indymedia.org vom 17. Dezember 2017.

41 Vgl. Chronik widerständische Momente festgehalten vom 9. November 2016.

Hamburger Landeskriminalamt (LKA) registriert für die Zeit vom 3. bis zum 19. Juli 2017 knapp 1.000 Gewaltdelikte durch linke Demonstranten, darunter knapp 150 Fälle von gefährlicher Körperverletzung und etwa 600 von schwerem Landfriedensbruch.<sup>42</sup>

Linke Organisationen und Personen beginnen schon während der Protesttage damit, die Polizei zu beschuldigen, die Gewaltausschreitungen provoziert zu haben. Die Linksextremisten begreifen sich als heldenhafte Kämpfer, die Staat und Kapital ihre gewalttätige Potenz demonstriert haben. Besonders makaber ist das von einer linken Gruppe herausgegebene Stickerheft „Riotini“, in das Freunde der Randalie analog zu den Panini-Alben für Fußballfans gewalttätige Aktionen einkleben können. Die anonyme Herausgebergruppe des Heftes wirbt mit den Worten: „Zelebrieren wir die Auflehnung, die Verwüstung der Stadt der Reichen, des Käfigs, in dem wir leben müssen.“<sup>43</sup>



Linke Gewalttäter beschimpfen Polizisten – ganz in der Tradition der RAF – als „Pigs“ und „Bullenschweine“. In manchen Bekennerschreiben bezeichnen linke Gewalttäter sie darüber hinaus als „übelriechende Schweine“ und „Abschaum“.<sup>44</sup>

42 Vgl. Deutz-Schroeder/Schroeder: Gewaltdiskurse unter Linksradikalen/Linksextremisten, S. 432 ff.

43 Vgl. <https://riotini.blackblogs.org/author/riotini/> (Abruf: 17. September 2020).

44 Auf einer ähnlichen Ebene liegt ein Kommentar einer taz-Kolumnist\*in, die Polizisten pauschalisierend als Müll bezeichnet. Dort heißt es: „Spontan fällt mir nur eine geeignete Option ein: die Mülldeponie. Nicht als Müllmenschen mit Schlüsseln zu Häusern, sondern auf der Halde, wo sie wirklich nur von Abfall umgeben sind. Unter ihresgleichen fühlen sie sich bestimmt auch selber am wohlsten.“ Vgl. <https://taz.de/Abschaffung-der->

Mitunter drohen Linksextremisten, ihre Gewalt zu intensivieren, wenn sich die Polizei in bestimmten Konfliktsituationen nicht zurückziehe. Bisher habe kein „Bulle“ oder „Nazi“ bei gewalttätigen Auseinandersetzungen sterben müssen; ab einer bestimmten Eskalationsstufe seien Tote jedoch nicht mehr ausgeschlossen.<sup>45</sup>

Eine der Gründungsmütter der RAF, Ulrike Meinhof, erklärte schon 1970 nach der Befreiung von Andreas Baader: „Wir sagen, natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in der Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen. Das heißt, wir haben nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.“<sup>46</sup> In dieser Tradition sehen sich offenbar heutzutage nicht wenige gewaltbereite Linke.

Im Visier linker Gewalttäter stehen neben Polizisten insbesondere Personen, die sie als „rechts“ charakterisieren. Gewaltsame Aktionen gegen Sachen und Personen im Umfeld der als „rechts“ definierten Szene finden inzwischen nahezu täglich statt. Im Fokus steht dabei seit mehreren Jahren die AfD. Auch Identitäre, Reichsbürger, Burschenschaftler und andere sind gleichsam zum „Abschuss“ freigegeben. Für die linken Gewalttäter sind es antirassistische und antifaschistische Aktionen.

Im „Kampf gegen Rechts“ ist nach Auffassung von Linken aller Schattierungen nahezu alles erlaubt, auch die Suspendierung von Grundrechten. Da sie die Einordnung als „Rechtsextremist“ oder auch schon als „rechts“ sehr weit fassen, gelten inzwischen gleichsam alle als „Rechte“, die nicht explizit „Linke“ sind. Diese Personen werden geoutet und in ihrem privaten und beruflichen Umfeld denunziert.<sup>47</sup> Dabei belassen es einige linke Militante jedoch nicht, sondern attackieren unliebsame Personen mit körperlicher Gewalt.

In Stuttgart überfällt eine Gruppe verummter Linksextremisten Ende Mai 2020 mehrere Personen, die in einer AfD-nahen Gewerkschaft organisiert sind. Einen der Überfallenen schlagen sie sogar noch, als er auf dem Boden liegt. Die Person erleidet lebensgefährliche Verletzungen und hätte von den linken Gewalttätern bei dem Überfall getötet werden können. Der Vorfall wird zwar in der regionalen, aber kaum in der überregionalen Presse ausführlich erwähnt.

---

Polizei/!5689584/ (Abruf: 17. September 2020). Bedenklich stimmt weniger der Kommentar selbst in einer linken Gesinnungszeitung als vielmehr die Unterstützung, die die Kolumnist\*in für die menschenverachtende Aussage erfährt. Ihre Verteidiger\*innen argumentieren mit Meinungsfreiheit. Ob das generell gilt oder nur, wenn es sich gegen bestimmte Personengruppen richtet, kann bezweifelt werden, sei hier aber dahingestellt. Inzwischen wirbt sogar das Berliner Kaufhaus KaDeWe für bestimmte nicht gerade preiswerte Modartikel mit dieser Person!

45 Vgl. linksunten.indymedia vom 10. Juli 2016.

46 „Natürlich kann geschossen werden“, in: Der Spiegel vom 14. Juni 1970.

47 Linksradikale und Linksextremisten nennen dieses Vorgehen „Nazi-Outing“. Vgl. Schroeder/Deutz-Schroeder: Gegen Staat und Kapital, S. 466 ff.

Die linke Schlägerbande rechtfertigt die Gewalttat mit dem Hinweis auf eine angebliche faschistische Gesinnung der Personen. Eine gezielte Tötungsabsicht bestreiten sie, kommentieren aber zynisch und menschenverachtend: „Unserer Einschätzung nach kann es momentan nicht das Ziel antifaschistischer Angriffe sein, Nazis in Straßenauseinandersetzungen systematisch schwere bis tödliche Verletzungen zuzufügen. Aber wir sind nicht naiv: Jede körperliche Auseinandersetzung birgt die Gefahr einer ungewollten Eskalation. Schon ein Faustschlag kann unter Umständen tödliche Folgen haben und trotz guter Vorbereitungen kann das Eskalationslevel vom Gegner in eine Höhe geschraubt werden, der man sich in der konkreten Situation nicht mehr entziehen kann. Dieses Risiko gehen wir ein, weil es keine Alternative wäre, der Straßenpräsenz der Faschisten, die zwangsläufig zu enthemmter Gewalt und Mord führt, keine Grenzen zu setzen. Es bleibt die Feststellung, dass ein Verantwortungsbewusster und kollektiver Umgang mit dieser Ebene antifaschistischer Arbeit notwendig ist und dass wir die Bereitschaft brauchen, einen konstruktiven und selbstkritischen Umgang mit den Risiken zu entwickeln – sie auszublenden wäre fahrlässig, sie zu verabsolutieren wäre lähmend. [...] Warum wir es darüber hinaus aktuell für die antifaschistische Bewegung für gefährlich und nicht durchführbar halten, den Konfrontationskurs mit den Faschisten gezielt auf die Ebene von schweren/tödlichen Verletzungen zu heben: Wir gehen davon aus, dass wir als Bewegung momentan nicht stark genug wären, dieses Level in größeren Teilen und auf lange Sicht zu halten.“<sup>48</sup> Nahezu unverhüllt drohen sie also, dass sie Morde an politischen Gegnern nicht prinzipiell ausschließen, sondern in taktische Überlegungen einordnen.<sup>49</sup>

Knapp zwei Monate später führt die Polizei wegen dieser Gewalttat Razzien in linken Zentren und bei linken Militanten durch und nimmt einen der mutmaßlichen Täter in Untersuchungshaft. Die linksextreme Szene reagiert auf das polizeiliche Vorgehen „empört“. In einer Erklärung von selbsternannten „AntifaschistInnen“ heißt es: „Aber die heutigen Angriffe auf linke AktivistInnen sind Teil eines großen Ganzen. Sie sind das Ergebnis der wochenlangen, bewussten Stimmungsmache gegen Links durch die bürgerliche Politik, die etablierten Medien und dem Repressionsapparat in Stuttgart. Das geschieht nicht ohne Grund. In Zeiten einer immer präsenter werdenden Wirtschaftskrise ist es für staatliche Akteure wichtig, fortschrittliche Antworten und Perspektiven möglichst großflächig zu delegitimieren.“<sup>50</sup> Mit den mutmaßlichen Gewalttätern solidarisieren sich auf einer Demonstration auch Vertreter der (gemein-

---

48 Vgl. [indymedia.org](https://indymedia.org) vom 27. Mai 2020.

49 Vgl. auch ähnliche Überlegungen auf <https://linksunten.indymedia.org/de/print/184560> (Abruf: 16. September 2020).

50 Vgl. [indymedia.org](https://indymedia.org) vom 2. Juli 2020.

nützigen – sic!) Roten Hilfe<sup>51</sup> und der – ebenfalls verfassungsfeindlichen – Interventionistischen Linken, mit der Teile der Bündnisgrünen und der Jusos oftmals gemeinsame Aktionen durchführen.

Der Übergriff in Stuttgart steht am bisherigen Ende einer Reihe von Gewalttaten gegen Personen aus dem AfD-Umfeld. Im Mai 2018 schlagen sechs verummte Linksextremisten einen dreißigjährigen Rostocker im Stadtteil Lütten Klein zusammen und verletzen ihn mit einem Schlagstock schwer. Sie schlagen auf das Opfer sogar noch ein, als es auf dem Boden liegt, und treten mehrfach gegen seinen Kopf. Im März 2018 greifen linke Gegendemonstranten eine Anti-Merkel-Demonstration an und verletzen einen Demonstrationsteilnehmer schwer. Sie prügeln die Person nieder und treten auf den Kopf des am Boden liegenden Mannes.<sup>52</sup>

Im Februar 2018 werden sechs Besucher einer als rechts eingestuften Kundgebung in Dresden nach Demonstrationsende von 15 Vermummten auf dem Weg zu ihren Autos angegriffen: Zwei schwerverletzte Personen müssen im Krankenhaus behandelt werden. Im Dezember 2017 verletzen Demonstranten einen Bundestagsabgeordneten der AfD auf dem Weg zum Bundesparteitag, der einen Bruch des Handgelenks erleidet, und im August 2017 schlagen zwei Linksextremisten ein AfD-Mitglied in Bochum in der Nähe des Bahnhofs nieder und verletzen es schwer. Der Student erleidet Knochenbrüche im Gesicht und eine Verletzung des Auges mit Erblindungsgefahr.<sup>53</sup>

Mitte September 2021 erscheint auf indymedia.org ein Mordaufruf gegen 53 Politiker der AfD. Laut BKA wird von den namentlich genannten Politikern auch die Privatadresse mitgeteilt. In dem Aufruf im Internet heißt es: „Töten wir die Schweine der AfD mittels Sprengstoff.“ Darüber hinaus betonen die Linksextremisten, auf Bodyguards der Politiker müsse keine Rücksicht genommen werden.<sup>54</sup> Die meisten Medien berichten hierüber nicht. Auf Spiegel online heißt es: „Im Internet ist im September mehrfach zur Gewalt gegen die AfD aufgerufen worden.“ Die Morddrohungen erwähnt der Spiegel nicht.<sup>55</sup> Es stellt sich die Frage, ob die Medien ebenso mit Schweigen reagiert hätten, wenn 53 Politiker/innen der Linkspartei mit Mord bedroht worden wären.

Gewaltübergriffe gegen Personen aus dem AfD-Umfeld sind nicht die Ausnahme, sondern inzwischen fast die Regel. Vorfälle, bei denen Mitglieder oder Sympathisanten der AfD unvermittelt oder gezielt gegen linke Aktivisten vorgehen, sind dagegen nicht bekannt. Es kommt allenfalls zu Auseinander-

51 Wie viele Mitglieder der Roten Hilfe, die die Sicherheitsbehörden als linksextremistisch einstuft, in den Parlamenten, auch im Bundestag, sitzen, ist nicht bekannt und wird von den diversen investigativen Journalistengruppen nicht aufgedeckt. Warum?

52 Vgl. FAZ-online vom 20. März 2018.

53 Vgl. WAZ-online vom 16. August 2017 und WDR-online vom 15. August 2017.

54 Vgl. FOCUS Online vom 1. Oktober 2021.

55 Ebd.

setzungen, wenn linke „Gegendemonstranten“ Wahlkampfstände oder Versammlungen angreifen und zurückgedrängt werden. Die von der Polizei dokumentierte Konfrontationsgewalt zwischen linken und rechten Extremisten geht zumeist von linken Gewalttätern aus. Laut Verfassungsschutzbericht 2020 stehen 77 Gewalttaten, darunter 60 Körperverletzungen, von Rechtsextremisten gegen linke oder vermeintlich linke Personen 340 Gewalttaten, darunter 192 Körperverletzungen, von Linksextremisten gegen rechte oder vermeintlich rechte Personen, gegenüber.<sup>56</sup>

Linksextremisten attackieren zwar auch Politikerinnen und Politiker anderer Parteien, aber greifen sie zumeist nicht körperlich an, sondern bedrohen sie nur oder „bestrafen“ sie mit Sachbeschädigungen. Im November 2017 drohen zum Beispiel militante Baumschützer im Zusammenhang mit Baumfällungen an der Bonner Straße in Köln der Oberbürgermeisterin (parteilos) und der Verkehrsdezernentin (parteilos) mit dem Tod, falls sie die Fällungen nicht stoppen.<sup>57</sup>

Im August 2017 werfen Linksextremisten die Scheiben eines SPD-Büros in Berlin-Tempelhof ein. Dieser Angriff sei richtig und notwendig, heißt es in einer Kommandoerklärung, da die SPD ebenso wie CDU und CSU eine mörderische Kapitalpartei sei. „Jedes zerstörte Parteibüro der SPD ist ein Angriff gegen ihre ausbeuterische, verbrecherische Politik. Kampf dem Kapitalismus und Krieg bedeutet: Kampf den Jusos und der SPD!“<sup>58</sup> Das hindert vielerorts Jusos aber nicht, mit gewaltbereiten Linken zusammen zu demonstrieren.

Zugenommen haben Brandanschläge auf Bahnstrecken, deren Auswirkungen kaum zu kalkulieren sind. Ende März 2018 setzen Linksextremisten mehrere Kabelstränge unter einer Brücke in Berlin-Charlottenburg in Brand. Als Folge sind 6.500 Haushalte und 400 Gewerbekunden stundenlang ohne Strom. Im Bekennerschreiben loben die linken Terroristen sich für die Unterbrechung des reibungslosen Funktionierens der Metropole. „Wir unterbrechen mit unserem Sabotageakt den ganz normalen Gang vielfältiger Arbeitsläufe in der Hauptstadt – das war gesetztes Ziel.“ Die technische Entwicklung laufe auf ein faschistisches System hinaus, allein deshalb sei ein revolutionärer Bruch notwendig. „Wir erkennen eine wachsende Bereitschaft, sich fortschrittsgläubig lenken und bestimmen zu lassen, wir erleben die willigen Helfer, wir spüren die grausame und soziale Kälte, wir ahnen den Vernichtungswillen.“<sup>59</sup>

Anfang Oktober 2020 legen Linksextremisten erneut einen Brand an dem Kabelschacht einer Bahntrasse in Berlin. Sie begreifen ihre Aktion als Warnsignal für die geplante Räumung der Liebigstraße 34. Eine „Feministisch-Revolutionär-Anarchistische-Zelle“ erklärt in einer Kommandoerklärung: „Wir

---

56 Verfassungsschutzbericht des Bundes 2020, S. 28, 30 sowie 36 f.

57 Vgl. Rundschau-online vom 10. November 2017.

58 Vgl. linksunten.indymedia vom 18. August 2017.

59 Vgl. indymedia vom 6. April 2018.

sabotieren die immer katastrophaler werdende Normalität. Sie wollen die Stadt am liebsten hochgefahren, wir fahren sie kurzfristig runter.“<sup>60</sup> Tatsächlich fällt auf der Strecke mehr als eine Woche die S-Bahn aus und zwingt die potenziellen Fahrgäste zum Umstieg in andere Verkehrsmittel, wo sie dicht gedrängt in Corona-Zeiten stärker gesundheitsgefährdet sind.

Beliebt bei linken Gewalttätern sind Anschläge gegen Immobilienfirmen und Personen, die dort arbeiten. Nahezu täglich setzen sie Autos von Immobilienkonzernen in Brand, ohne dass dies noch zu Empörung im öffentlichen Raum führt. Im Mai 2018 fackeln Linksextremisten ein Fahrzeug des Immobilienkonzerns Vonovia ab. Im Bekennerschreiben bezeichnen die Brandstifter den Konzern als mitverantwortlich für die Aufwertung von Wohngebieten, Mieterhöhungen und Mietervertreibungen. Nicht ohne Größenwahn endet die Erklärung mit den Worten: „Unser Weg führt zum Aufstand. Nicht zur Machtübernahme, sondern zur Zerstörung der Macht. Die Zerstörung einer Vonoviakarre kann nur eine Vorschau sein, ein kleiner Schritt in diese Richtung. Die Angriffe auf die Profiteure der Umstrukturierung müssen mehr werden.“<sup>61</sup>

Doch es bleibt nicht beim Abfackeln von Autos und Stein- und Flaschenwürfen auf Gebäude. Im Sommer 2015 werfen Linksextremisten Pflastersteine auf zwei Mietshäuser in Berlin. Ein Familienvater, der in einem dieser Häuser wohnt, gibt an, er lebe in ständiger Angst. „Erstmal war ich geschockt. Dann habe ich gesehen, wie vermummte Leute, die schwarz angezogen waren, Steine warfen. Unsere Kinder waren in Panik. Wenn sie die Steine klatschen hören, ist das wie ein Einschlag.“<sup>62</sup>

Bei einem anderen Neubau schießen Linksextremisten Stahlkugeln mit Zwillen in die Fensterscheiben des Kinderzimmers. Die Geschosse schlagen gegen die Fensterscheibe, während sich die dreizehnjährige Tochter im Zimmer befindet. Da Licht brennt, ist das Zimmer unschwer als Kinderzimmer zu erkennen. Der Vater erklärt im RBB: „Meine Tochter hat bis vor zwei Jahren noch nie in Deutschland gelebt. Und wir haben sie darauf vorbereitet, dass wir zurück nach Deutschland gehen. Und mussten ihr auch sagen – weil: sie sieht asiatisch aus –, dass es in Deutschland Leute gibt, die Menschen anderer Hautfarbe und Menschen, die anders aussehen, nicht mögen. Wir haben ihr von Nazis erzählt, von Skinheads. Meine Tochter fragte nach diesem Angriff: ‚Waren das jetzt die Nazis?‘“<sup>63</sup> Nein, kann man ihr sagen, es waren nicht die Nazis, es waren linke Akteure, die von sich behaupten, eine neue, bessere Welt anzustreben.

60 Vgl. indymedia vom 5. Oktober 2020, auf: <https://de.indymedia.org/node/107536> (Abruf: 6. Oktober 2020).

61 Vgl. indymedia vom 2. Mai 2018.

62 Zit. nach <http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2014/09/linke-gewalttaten-in-berlin.html> listal (Abruf: 16. Juli 2015).

63 Zit. nach [http://www.online.de/klartext/archiv/20150429\\_221/fremdenhass-von-links.htm](http://www.online.de/klartext/archiv/20150429_221/fremdenhass-von-links.htm) vom 29. April 2015 (Abruf: 20. Juli 2015).

Einen Höhepunkt im antizivilen Verhalten linker Gewalttäter stellt der Überfall von Linksextremisten auf die Angestellte einer Immobilienfirma in Leipzig dar. Im November 2019 attackieren zwei verummte Linksextremisten die Mitarbeiterin in ihrer Privatwohnung. Sie schlagen sie und flüchten dann. Bis heute sind sie nicht von der Polizei gefasst worden. In der Kommandoerklärung bekennen die linken Täter freimütig: „Wir haben uns deswegen entschieden, die Verantwortliche für den Bau eines problematischen Projekts im Leipziger Süden da zu treffen, wo es ihr auch wirklich weh tut: in ihrem Gesicht.“ Und weiter heißt es: „Das Einzige, auf das Kapitalanleger und Eigennutzer des Südcarrés treffen werden, sind kaputte Scheiben, brennende Autos und kaputte Nasen. Verpisst euch aus Connewitz!“<sup>64</sup>

Am 9. Oktober 2020 räumt die Polizei mit einem massiven personellen Aufgebot die Liebigstraße 34 in Berlin-Friedrichshain, die seit Jahren von mehreren Dutzend Personen besetzt war. Der Polizei gelingt es schnell, das verbarriadierte Haus zu öffnen und die Bewohner herauszutragen. Die Proteste während der Räumung halten sich in engen Grenzen. Auf indymedia erklären die Geräumten: „Wir sind so viel mehr als dieses Haus – wir sind Anarchist\*innen, Feminist\*innen, Queers und Antifaschist\*innen, die jetzt ihre Wut bündeln und das kapitalistische Patriarchat bis zuletzt angreifen werden.“<sup>65</sup>

Am Abend des gleichen Tages protestieren etwa 2.000 Linke gegen die Räumung und werfen Feuerwerkskörper, Flaschen und Steine gezielt auf Polizisten und zünden mehrere Autos an.<sup>66</sup> In den nachfolgenden Tagen verüben Linksextremisten in verschiedenen Städten Anschläge auf Gebäude und fackeln Autos, vor allem von Immobilienfirmen, ab. Das selbst proklamierte Ziel der Geräumten und ihrer Sympathisanten ist es, einen Sachschaden von 34 Mio. Euro zu erreichen, was ihnen bisher nicht gelang.

Am 1. Mai 2021 knüpfen gewaltbereite Linksextremisten wieder an alte Traditionen an. In Hamburg, Frankfurt am Main und insbesondere in Berlin kommt es zu Straßenschlachten mit der Polizei. Dabei verletzen die linken Gewalttäter etwa 100 Polizisten.

Die wenigen hier dokumentierten Gewaltübergriffe sind – um es zu wiederholen – typisch für das antizivile Denken und Verhalten linker Militanter, die stolz auf ihre Gewaltübergriffe sind. Während sie früher eine „Randal-Meisterschaft“ auslobten, verleihen sie für das Jahr 2020 erstmals einen „Riot-Award“. Beim Riot-Award werden „Flames“, also „Flammen“ genannte Pluspunkte für Gewalttaten vergeben. Für Plünderungen gibt es zum Beispiel 150 Flames, für brennende Polizeiautos 120, für Gefangenenbefreiung 100 und für brennende Autos 80, für brennende Mülltonnen 50 und für einfache Barrikaden 40. Im

---

64 Vgl. Chronik widerständige Momente festgehalten vom 3. November 2019.

65 Vgl. Indymedia vom 9. Oktober 2020, <https://de.indymedia.org/node/108532> (Abruf: 10. Oktober 2020).

66 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 10. Oktober 2020: <https://www.sueddeutsche.de/politik/berlin-liebig-34-demonstration-polizei-gewalt-1.5061612> (Abruf: 10. Oktober 2020).

Jahr 2020 ging die Trophäe an den Dannenröder Forst. Knapp dahinter folgt Leipzig und mit etwas Abstand Berlin.<sup>67</sup>

**Tabelle 1: Aufschlüsselung linker Gewaltstraftaten\***

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
<b>Tötungsdelikte</b>	3	0	0	1	0	1	1	2	3	7	4	3	8	4	8	8	6	3	0	2	6
<b>Tötungsdelikte vollendet</b>	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
<b>Tötungsdelikte Versuch</b>	2	0	1	0	1	1	2	3	7	4	3	8	4	7	8	6	3	0	0	2	6
<b>Körperverletzungen</b>	330	340	306	324	562	626	569	589	849	787	870	683	877	924	1.354	916	661	507	405	532	532
<b>Brandstiftungen</b>	52	50	47	35	33	49	148	139	286	138	197	94	94	114	106	171	169	119	178	183	183
<b>Sprengstoffdelikte</b>	2	0	0	0	0	1	2	0	4	5	7	2	2	1	5	9	10	1	8	2	2
<b>Landfriedensbruch</b>	406	208	195	193	373	258	280	214	345	185	349	240	276	266	340	237	631	143	80	357	357
<b>Gef. Eingriff</b>	142	62	60	42	67	67	48	45	38	46	138	31	45	60	54	56	71	58	50	106	106
<b>Freiheitsberaubung</b>	1	1	0	0	0	0	0	0	3	1	1	0	2	1	0	2	0	1	2	0	0
<b>Raub</b>	10	8	6	16	15	24	20	27	29	27	18	24	27	24	32	32	18	25	17	16	16
<b>Erpressung</b>	0	0	0	1	2	2	3	7	2	4	3	6	4	3	2	1	2	4	4	1	1
<b>Widerstandsdelikte</b>	222	137	188	178	187	181	175	164	259	180	223	203	328	263	345	272	202	482	306	323	323
<b>Summe Gewaltdelikte</b>	1.168	806	803	789	1.240	1.209	1.247	1.188	1.822	1.377	1.809	1.291	1.659	1.664	2.246	1.702	1.967	1.340	1.052	1.526	1.526

Quelle: BKA, \* in absoluten Zahlen

67 Vgl. Klaus Schroeder: Feuer und Flamme für die gute Sache, in: Welt am Sonntag vom 9. Mai 2021.

*Kontinuitäten im gewalttätigen Handeln und im Selbstverständnis*

Ebenso wie ihre Altvorderen lassen heutige Linksextremisten keinen Zweifel an der Berechtigung ihrer gewalttätigen Aktionen zu. Diese Selbstermächtigung zum (vermeintlich) revolutionären Handeln charakterisiert den gewaltbereiten Kern, aber auch nicht gewaltbereite Linksextremisten, die sich mit Gewaltfantasien begnügen.

Linksextremisten spielen sich innerhalb linker Milieus als Gesinnungs- und Revolutionswächter auf und pflegen den Mythos der Revolution. Sie streben nach Selbstgewissheit mittels einer sinnstiftenden Ideologie und politisch-moralisch begründetem Verhalten. Der französische Soziologe Raymond Aron charakterisiert dieses Selbstverständnis schon vor Jahrzehnten wie folgt: „Das Gefühl, zu einer kleinen Zahl von Auserwählten zu gehören, die Sicherheit, die ein geschlossenes System gibt, in dem die Gesamtgeschichte und zugleich unsere Person ihren Platz und ihren Sinn finden, die Anmaßung, die Vergangenheit mit der Zukunft durch die gegenwärtige Aktion zu verbinden, bewegen den wahren Gläubigen und halten ihn aufrecht, auch jenen, den die Scholastik nicht abstößt, den das Zickzack der Linie nicht enttäuscht, der trotz des täglichen Machiavellismus eine Reinheit des Herzens bewahrt, jenen, der ganz für die Sache lebt und außerhalb der Partei [beziehungsweise der Gruppe, d. V.] seinen Zeitgenossen keine Menschlichkeit mehr zuerkennt. Diese Art von Gebundenheit ist nur den Partnern gestattet, die im starken Bewusstsein einer für absolut wahr gehaltenen Ideologie einen radikalen Umsturz verkünden.“<sup>68</sup>

Attraktivität und Verführungskraft kommunistischer beziehungsweise links-extremer Ideologien sind bis heute geblieben, versprechen sie doch eine bessere Welt für nahezu alle Menschen: eine Welt ohne Unterdrückung und Ausbeutung. Ihre vermeintlich hehren Ziele bringen ihnen Zulauf von idealistisch eingestellten jungen Menschen. Insbesondere bei diesen ist der Protest als identitätsstiftendes Lebensgefühl geblieben, der die APO der 1960er und 1970er Jahre ebenso prägt wie große Teile der nachwachsenden Generationen. Der reale Sozialismus/Kommunismus und seine Verbrechen verblassen dagegen oder werden als historische Notwendigkeiten dargestellt. So landen nicht wenige Linksradikale und Linksextreme bei der Position des marxistischen Philosophen Georg Lukács, der alle Irrungen und Wirren der kommunistischen Bewegung in Ungarn durchlebt und kurz vor seinem Tod schreibt: „Ich war immer der Meinung, dass man selbst in der schlechtesten Form des Sozialismus besser leben könne als in der besten Form des Kapitalismus.“<sup>69</sup>

---

68 Vgl. Raymond Aron: *Opium für Intellektuelle oder die Sucht nach Weltanschauung*. Köln/Berlin 1957, S. 382.

69 Georg Lukács: *Über den Vergleich von Sozialismus und Kapitalismus*, zit. nach: Frankfurter Rundschau-online vom 20. April 2010.

Die Betrachtung der historischen Entwicklung des Linksextremismus zeigt in der Argumentation, den politischen Zielen und Kampfmitteln deutliche Kontinuitäten von der revolutionären überwiegend kommunistischen Linken, die sich Anfang des letzten Jahrhunderts konstituiert, über die APO der 1960er Jahre bis hin zum Spektrum der linksextremen, sich als revolutionär verstehenden heutigen Linken. Dies schließt selbstverständlich Modifikationen mit ein, die sich aus dem Wandel der Zeit ergeben haben. Linksradikale und Linksextremisten zeigen sich seit Jahrzehnten überaus flexibel in der Vereinnahmung von Themenfeldern und Kampagnen. Einst interessierten sie sich in keiner Weise für Umwelt und Atomkraftwerke, nutzten aber die Proteste für gewalttätige Ausschreitungen. Heute „sorgen“ sie sich um Klima und Natur, Tierschutz oder die Erhaltung sanierungsbedürftiger Stadtviertel. Vor allem aber beklagen sie einst und heute eine zunehmende „Faschisierung der Gesellschaft“ und fordern den gewalttätigen Kampf gegen alles, was ihnen als „rechts“ gilt.

Nach exzessiven Gewalttaten werfen Politiker den linken Gewalttätern mitunter vor, SA- oder SS-Methoden zu praktizieren. Diese Gleichsetzung geht an der Sache vorbei. Die linken Gewalttäter stehen in der Tradition des Rotfrontkämpferbundes, der in der Zeit der Weimarer Republik Andersdenkende zusammenschlug oder ermordete und gegen die parlamentarische Demokratie und ihre Gesellschaftsordnung gewaltsam kämpfte.

Der ab 1925 von Ernst Thälmann geführte Rotfrontkämpferbund schwört seine Mitglieder auf den Endkampf ein. Die Mitglieder müssen einen Fahnen- eid ablegen, indem es unter anderem heißt: „Wir schwören rot, Sieg oder Tod. Dem großen Klassenkampf sind wir geweiht, wir sind die roten Pioniere einer neuen Zeit. Sieg oder Tod, ein heiliger Schwur. Wir leben oder sterben für dich, du rote Fahne der Proletarierdiktatur.“<sup>70</sup>

Noch deutlicher zeigt sich die Kontinuität, wenn die linksextreme Szene der frühen 1970er Jahre mit der heutigen verglichen wird.<sup>71</sup> Die Gewichte der einzelnen Strömungen innerhalb des linksextremen Lagers haben sich zwar zugunsten der undogmatischen und autonomen Linken verschoben und Themen und Aktionsfelder sind andere geworden, im Zentrum steht aber weiterhin die Fundamental- kritik des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft sowie der aktuellen Herrschaftsform insgesamt. Ungeachtet der Unterschiede zwischen orthodoxen Parteikommunisten, Linksautonomen und Anarchisten streben alle nach Überwindung des bestehenden Systems eine „neue Gesellschaft“ an, ohne diese Vision zumeist näher zu erklären. Sofern sie überhaupt eine konkrete Vorstellung vom „Kommunismus“ haben, meinen sie damit nicht unbedingt das Gleiche.

70 Zit. nach Schroeder/Deutz-Schroeder: Der Kampf ist nicht zu Ende, S. 68.

71 Vgl. Klaus Schroeder/Monika Deutz-Schroeder: Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie. Frankfurt a.M. u. a. 2015, S. 97 ff.

Die besondere Schwierigkeit der Zurückdrängung linksextremer Einstellungen und Verhaltensweisen besteht in vermeintlich positiven Zielen, die (angeblich) auch gewaltsame Mittel rechtfertigen. Von den in der Bewegungsphase propagierten Zielen, insbesondere Egalität und soziale Gerechtigkeit, bleibt, wie der Blick in die Geschichte sozialistisch-kommunistischer Gesellschaften zeigt, in der Regimephase nichts übrig.<sup>72</sup> Sie sind nur ideologische Lockmittel zur Mobilisierung der Massen. Gerade junge Menschen sollten daher die Warnung des Philosophen Karl Popper ernst nehmen: „Der Versuch, den Himmel auf Erden einzurichten, erzeugt stets die Hölle.“<sup>73</sup>

---

72 Vgl. Stéphane Courtois: Das Handbuch des Kommunismus. Geschichte, Ideen, Köpfe. Mit dem Kapitel „Kommunismus in Deutschland“ von Klaus Schroeder und Jochen Staadt. München/Zürich 2010.

73 Karl Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd. 2. Tübingen 1992, S. 277.



# **Ernst Eichelbaum – Soldat, politischer Beobachter, Bürgermeister, Politiker in Ost und West. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung**

**Daniel Westermann**

„Ohren steif halten in diesen schweren Zeiten und sich bewahren! Jeder Mensch, der etwas ist und kann, ist wertvoll; er muß sich bewahren, denn auch er wird gebraucht werden.“<sup>1</sup> Als Ernst Theodor Eichelbaum diese Zeilen im August 1942 verfasste, hatte der am 23. Juni 1893 geborene Pädagoge der Leipziger Thomaschule bereits den Untergang zweier Staaten auf deutschem Boden miterlebt. Ebenso wie für den Rest seiner Generation stellte der Erste Weltkrieg und sein Ausgang für den ehemaligen Kriegsfreiwilligen und Leutnant eines sächsischen Artillerieregiments eine tiefgreifende Zäsur dar, die insbesondere seine Sicht auf die aus der Revolution 1918 entstandene Weimarer Republik prägte. Wie erklärt sich Eichelbaums Ablehnung, sogar Hass gegenüber der Weimarer Republik, der er im Umfeld rechter, antidemokratischer Kreise feindlich gegenüberstand, ihr aber gleichzeitig als verbeamteter Lehrer diente? Fürchtete er den Aufstieg des Nationalsozialismus, weil er väterlicherseits einer jüdischen Kaufmannsfamilie entstammte und somit als „Halbjude“<sup>2</sup> galt oder versprach er sich von ihm, wie so viele andere, einen glorreichen Wiederaufstieg Deutschlands aus dem Schatten der Niederlage?

Seine 1942 geäußerte Hoffnung, noch gebraucht zu werden, erfüllte sich nach dem Untergang des Nationalsozialismus, der ihn in zunehmendem Maße aus der „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen hatte. Eichelbaum gehörte im Juni 1945 zu den Mitgründern der Leipziger Christlich-Demokratischen Union (CDU) und war für diese knapp zwei Jahre als Stadtverordneter und zweiter Bürgermeister der Stadt tätig. Wie erklärt sich seine Bereitschaft, nun als CDU-Mitglied demokratische Freiheiten zu verteidigen, die er zwölf Jahre zuvor noch entschieden ablehnte?

Nachdem ihn seine beharrliche Weigerung, die kommunistische Vorherrschaft in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zu akzeptieren, zur Flucht in den Westen gezwungen hatte, baute Eichelbaum den Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge mit auf, dessen Bundesvorsitzender er bis 1963 blieb. Welchen Einfluss hatte der letztlich gescheiterte Versuch, in der SBZ eine demokratische Partei mit aufzubauen, auf seine politischen Überzeugungen, und

---

1 Brief an Klara Eichelbaum, 29. August 1942, in: ACDP 01-201-012/3.

2 Eichelbaums Klassifizierung nach den Nürnberger Rassegesetzen und die dazugehörige nationalsozialistische Terminologie wird im Abschnitt „Der Ausgeschlossene“ eingehender behandelt.

veränderten sich diese in seiner späten Karriere als Bundestagsabgeordneter, als er im deutschen „Scharnierjahrzehnt“<sup>3</sup> der 1960er Jahre das Ende der Ära Adenauer miterlebte? Die Beantwortung dieser hier kurz umrissenen Fragen verspricht Einblicke in die gewaltigen Umwälzungen und tiefen Einschnitte, die Deutschland und seine Bevölkerung im Verlauf des 20. Jahrhunderts erlebten, und die Eichelbaum als Soldat, Pädagoge, Bürgermeister, Flüchtlingsfürsprecher und schließlich als Abgeordneter des Bonner Bundestages miterlebte, kommentierte und mitgestaltete.

Da über Ernst Eichelbaum selbst, abgesehen von einigen biographischen Abrissen in Stichwortform, keine Literatur vorhanden ist, stützt sich diese Darstellung zum überwiegenden Teil auf Primärquellen, von denen der politische Nachlass Eichelbaums von zentraler Bedeutung ist.<sup>4</sup> Für die Zeit des Nationalsozialismus und seine Arbeit als zweiter Leipziger Bürgermeister ist vor allem die im Stadtarchiv Leipzig liegende Personalakte Eichelbaums von großer Bedeutung. Für die drei Jahre seiner politischen Betätigung in Leipzig gibt es zudem einen im Archiv für Christlich-Demokratische Politik befindlichen Aufsatz Eichelbaums, den er 1982 für das Archiv verfasste.<sup>5</sup> Trotz des großen zeitlichen Abstandes, dem durch die punktuelle Erinnerung bisweilen sprunghaften Aufbau und der durch die Quellenart zwangsläufig gegebenen Subjektivität stellt der Bericht ein wertvolles Dokument dar, dessen Informationen soweit möglich mit anderen Quellen abgeglichen wurden. Ähnlich verhält es sich mit einem weiteren Bericht Eichelbaums für das ACDP, den er 1980 über die Politik der Bundesrepublik betreffend der DDR-Flüchtlinge, vor allem aber seine Rolle dabei, verfasste.<sup>6</sup> Im Abgleich mit anderen zeitgenössischen Quellen, etwa

3 Axel Schildt/Karl Christian Lammers/Detlef Siegfried: Einleitung, in: Dies. (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 11–20, hier 13.

4 Der Nachlass Eichelbaums befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP). Für seine Zeit im Ersten Weltkrieg war hier vor allem die Sammlung von über 600 Feldpostbriefen relevant, die einen unschätzbaren Einblick in seine Rezeption der Ereignisse darstellt. Gleiches gilt für die annähernd 400 Briefe, die Eichelbaum zur Zeit der Weimarer Republik an seine damalige Freundin Luise-Lotte Jakob Woelfel schickte. Obwohl sie vorwiegend aus dem Zeitraum 1919 bis 1923 und 1932 bis 1933 stammen, erlauben sie doch eine hinreichende Verortung Eichelbaums in der politischen Landschaft der Weimarer Republik. Die erhaltenen Briefe enden mit wenigen Ausnahmen 1933, was sich wohl zum einen durch die Zerstörung seiner Wohnung mit dem Großteil seiner Schriften bei einem alliierten Luftangriff 1943, zum anderen auch durch seine Flucht aus der SBZ 1948 erklärt. Zu beachten ist, dass die Feldpost und die Briefe der Weimarer Zeit erst zufällig im Jahr 2016 ihren Weg in das ACDP fanden, also nicht von Ernst Eichelbaum selbst als Teil seines Nachlasses übergeben wurden.

5 Bericht über die Anfänge der CDU in der SBZ (in Leipzig), in: ACDP 01-201-001/7.

6 Auch hier gilt es, die hohe Subjektivität der Erinnerungen im Blick zu behalten. Allerdings schrieb er diesen Bericht im Gegensatz zum zuerst Genannten nicht allein aus der Erinnerung, sondern verwendete für ihn offenbar seine politischen Tagebücher, die er während seiner Zeit im Bundestag führte. Diese sind jedoch nicht im Nachlass erhalten geblieben.

aus dem Bestand der Exil-CDU im ACDP, und der vorhandenen Fachliteratur über die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik, stellt der Bericht die wichtigste Quelle für Eichelbaums politisches Wirken in der Bundesrepublik dar.

### *Der politische Beobachter*

Eichelbaum, der sich 1914 nach einem Studium der Germanistik, Geschichte, Philosophie und evangelischer Theologie freiwillig zum Militärdienst gemeldet hatte, kämpfte vier Jahre – zuletzt im Rang eines Leutnants – als Artillerist an beiden Fronten des Ersten Weltkrieges. Zu seinen prägendsten Erlebnissen gehörten dabei eine schwere Verwundung 1916 im Verlauf der Schlacht an der Somme sowie der Zusammenbruch des deutschen Heeres im Spätsommer 1918, den er bei Arras und Cambrai an vorderster Front miterlebte. Im Januar 1919 kehrte er völlig desillusioniert nach Leipzig zurück. Die Monarchie hatte in seinen Augen durch ihren schnellen, widerstandslosen Zusammenbruch jegliche Legitimation eingebüßt.<sup>7</sup> Er hoffte auf die Revolution 1918/19 als Zerstörerin des Status Quo, ohne das Ziel einer besseren, gerechteren Gesellschaft klar formulieren zu können. Für die entstehende Weimarer Republik hatte er jedoch nichts als Verachtung übrig. Während er ihr als Lehrer für Deutsch, Geschichte und Religion an der Leipziger Thomasschule diente, radikalisierte er sich politisch in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Nach einer kurzen Begeisterung für den revolutionären Sozialismus fand er seine neue „Heimat“ bei der extremen, antidemokratischen Rechten.<sup>8</sup> Wie diese lehnte Eichelbaum nicht nur die neue Demokratie, sondern auch das in seinen Augen rein materialistische Kaiserreich der Vorkriegszeit ab. In der Tendenz antibürgerlich und antikapitalistisch gab es in diesen Kreisen zudem Versuche, eine pronationale Haltung mit sozialistischen Ideen zu verknüpfen.<sup>9</sup> Ansätze eines solchen „Nationalen Sozialismus“ finden sich auch in Eichelbaums Korrespondenz der frühen 1920er Jahre.

Für die Repräsentanten der neuen Demokratie hatte Eichelbaum nur Spott übrig. Er lehnte den 1920 gescheiterten Kapp-Lüttwitz-Putsch nicht grundsätzlich, sondern nur aufgrund seiner offenkundigen Stümperhaftigkeit ab und erwartete in den frühen 1920er Jahren einen deutschen Bürgerkrieg. Die Spannungen in der Gesellschaft zwischen radikalen Linken und radikalen Rechten waren in seiner Sicht zu gravierend, als dass sie friedlich im demokratischen

7 Brief an Agathe Eichelbaum, 6. Dezember 1918, in: ACDP 01-201-007/3.

8 Ohne diese heterogene Landschaft an Geheimbünden, Parteien und Clubs am rechten Rand der Republik aufzuschlüsseln, kann er im Umfeld des „Juni-Klubs“ und der „Konservativen Revolution“ um Ernst Jünger, Eduard Stadtler und Arthur Moeller van den Bruck verortet werden. Vgl. hierzu Kurt Sontheimer: *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933.* München 1968.

9 Ebd., S. 32 f.

Wettstreit ausgetragen werden konnten und letztlich unauflösbar, weil die politischen Zielsetzungen zu unterschiedlich waren. Wenngleich er nicht erwartete, dass eine solche Auseinandersetzung den zugrundeliegenden Konflikt langfristig lösen würde, schrieb er ihm doch die Wirkung einer Entladung der politischen Spannung zu. So sei „er (so ketzerisch das klingt) nicht das Schlimmste, er ist besser als ein korruptes Weiter dahinleben“.<sup>10</sup> Die Erfahrung des Weltkrieges, die Eichelbaum ebenso wie große Teile seiner Generation brutalisiert hatte und die deutsche Gesellschaft der Nachkriegszeit prägte, kann als Grund für diese betont mitleidlose Sicht auf einen möglichen Bürgerkrieg herangezogen werden.<sup>11</sup> Er selbst stellte diesen Vergleich wiederholt an: „Daß in diesen Straßenkämpfen Menschen sterben und viel Unschuldige (und Neugierige) unter ihnen, ist nicht viel schlimmer als der Tod der Vielen im Krieg.“<sup>12</sup> In solchen Äußerungen zeigt sich deutlich die „Atmosphäre radikalisierte Gewaltbereitschaft“<sup>13</sup>, die die Weimarer Gesellschaft prägte und radikal von der wilhelminischen Vorkriegszeit – trotz all ihres zur Schau gestellten Militarismus – unterschied.<sup>14</sup>

Hierzu passt auch Eichelbaums Kommentar zur Ermordung Walther Rathenau durch Mitglieder der rechtsextremen „Organisation Consul“ am 22. Juni 1922. Wenngleich er in früheren Jahren verschiedentlich Bewunderung für Rathenau geäußert hatte und seine Ermordung für sinnlos hielt, kommentierte er betont mitleidlos: „Wer auf dem höchsten Reichsposten steht, kämpft an vorderster Front. Ihn kann jederzeit die Kugel treffen.“<sup>15</sup>

Dem Mord an Walter Rathenau war eine intensive antisemitische Diffamierungskampagne vorausgegangen.<sup>16</sup> Der in weiten Teilen der Weimarer Gesellschaft verbreitete Antisemitismus war aufseiten der antidemokratischen Rechten besonders stark ausgeprägt und stellte dort ein verbindendes Element dar. Ernst Eichelbaums jüdische Abstammung<sup>17</sup> beschäftigte ihn in den Anfangsjahren der Weimarer Republik stark. In seinen Korrespondenzen zeigt sich eine durchaus ambivalente Haltung. Auf der einen Seite verurteilte er im Juni 1920 den auf biologistischen und rassistischen Pseudo-Argumenten beruhenden Antisemitismus.<sup>18</sup> Dies bedeutet jedoch nicht, dass er die Idee einer wissen-

10 Brief an Luise-Lotte Jacob-Woelfel, März 1920, in: ACDP 01-201-010/2.

11 Gerd Krumeich: Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkrieges und die Weimarer Republik. Freiburg i. Br. 2018, S. 221.

12 Brief an Luise-Lotte Jacob-Woelfel, März 1920, in: ACDP 01-201-010/2.

13 Krumeich: Die unbewältigte Niederlage, S. 215.

14 Ebd.

15 Brief an Luise-Lotte Jacob-Woelfel, 19. Juli 1922, in: ACDP 01-201-010/4.

16 Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933, in: Wolfgang Benz (Hg.): Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte. 10. völlig überarb. Aufl. Bd. 18. Stuttgart 2010, S. 173–812, hier 411 f.

17 Er selbst war evangelisch getauft, ebenso wie sein Vater Julius Jacob Eichelbaum, der einer jüdischen Kaufmannsfamilie aus Ostpreußen entstammte.

18 Brief an Luise-Lotte Jakob-Woelfel, Juni 1920, in: ACDP 01-201-010/2.

schaftlich determinierbaren „jüdischen Rasse“, die von der „deutschen Rasse“ unterscheidbar war, als falsch erkannte und ablehnte. Die Unsicherheit, die aus seinen Briefen zu dieser Frage spricht, deutet an, wie sehr ihn, den Sohn eines zum Protestantismus konvertierten Juden, die in der Gesellschaft weitverbreiteten antisemitischen Stereotype belasteten. Das Gefühl der Ziellosigkeit und Unstetigkeit, das Eichelbaum seit seiner Jugend an sich selbst kritisierte, rechnete er der angeblich typischen „Wurzellosigkeit“ der Juden zu. Im April 1921 sprach er sich jedoch davon frei: „Aber wenn ich mich ein wenig selbst beobachte, so bin ich doch kein Jude im Tonfall meiner Stimme, [...] keiner in meiner inneren Gestaltung. Ich müßte dann der allerraffinierteste sein, der sich vor sich selber verstellen kann [...]“. <sup>19</sup> Dass diese „Lossprechung“ zeitlich mit seiner politischen Ankunft in der nationalistischen, antidemokratischen Rechten zusammenfällt, scheint nicht zufällig zu sein. Personen wie der Verleger Theodor Fritsch <sup>20</sup>, der exakt den „Oberflächen-Antisemitismus“ <sup>21</sup> propagierte, den Eichelbaum zwei Jahre zuvor noch attackiert hatte, wurden nun von ihm selbst zwar noch immer als furchtbar in ihrer „Unbildung und Unkultur“ <sup>22</sup> angesehen, aber „[...] es kann auch ein starker Instinkt dahinter stecken“ <sup>23</sup>. Welchen Instinkt er hier genau anspricht, muss Spekulation bleiben, möglicherweise meint er den von rechter Seite vielfach geäußerten Vorwurf über einen angeblich zu großen „jüdischen Einfluss“ auf die Weimarer Gesellschaft und Politik. <sup>24</sup> Deutlich wird hingegen, dass Eichelbaum 1922 zumindest Verständnis für den in der Weimarer Gesellschaft verbreiteten Antisemitismus zeigte.

In den wenigen erhaltenen Briefen der Jahre 1923 bis 1932 zeigt sich, dass Eichelbaum bei seiner grundsätzlichen Ablehnung der Weimarer Republik und des von ihm als übermächtig empfundenen Materialismus blieb. Aus seinen Briefen spricht die Ungeduld angesichts der als phlegmatisch empfundenen Gesellschaft, die den Willen der „Konservativen Revolutionäre“ <sup>25</sup> zum Umsturz nicht teilte. Er selbst machte dies auch an der Person des Staatspräsidenten fest: „Hindenburg hat allerdings dem ‚Fortschritt der Republik‘ genützt, weil er

19 Brief an Luise-Lotte Jakob-Woelfel, 28. März 1921, in: ACDP 01-201-010/3.

20 Theodor Fritsch: Verleger, Publizist, geb. 28. Oktober 1852, verlegte in seinem „Hammer“-Verlag die „Protokolle der Weisen von Zion“ und eigene antisemitische Traktate, gest. 8. September 1933.

21 Brief an Luise-Lotte Jakob-Woelfel, Juni 1920, in: ACDP 01-201-010/2.

22 Brief an Luise-Lotte Jacob-Woelfel, 19. Juli 1922, in: ACDP 01-201-010/4.

23 Ebd.

24 Heinrich August Winkler: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. 1. durchg. Aufl. Paperback. München 2018, S. 300.

25 Zuerst von Ernst Jüngers Privatsekretär Armin Mohler verwendeter Begriff, um unterschiedliche nationalrevolutionäre Strömungen der Weimarer Rechten zusammenzufassen. Die Sammelbezeichnung bleibt aufgrund der Heterogenität und Zersplitterung der so bezeichneten allerdings umstritten. Für eine erschöpfende Auflistung der sich mit dieser Frage beschäftigenden Forschungsbeiträge vgl. Claudia Kemper: Das „Gewissen“ 1919–1925. Kommunikation und Vernetzung der Jungkonservativen. München 2011, S. 23.

zeigt, daß es sich leben läßt, ohne daß man etwas tut. [...] [D]iese bürgerliche Beruhigung aller ist schädlich, weil noch viel zu viel zu tun ist.“<sup>26</sup> Die Phase relativer Ruhe, die er so anprangerte, endete mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929. Bedauerlicherweise haben sich aus den Jahren, in denen diese die Weimarer Republik zunehmend wirtschaftlich und politisch destabilisierte, keine Briefe Eichelbaums erhalten. Der mit der Krise verbundene Aufstieg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) von nur 2,8 Prozent der Stimmen im Mai 1928 auf 37,4 Prozent im Juli 1932 bei den Reichstagswahlen stellte den bis dahin schärfsten Einschnitt in das politische Gefüge der Weimarer Republik dar. Von den „Konservativen Revolutionären“ wurde die NSDAP zwiespältig bewertet, teils als willkommener Träger der imaginierten „Nationalen Revolution“ begrüßt, teils aufgrund ihres destruktiven, totalitären, auf die „Masse“ ausgerichteten Charakters verachtet.<sup>27</sup>

### *Der Ausgeschlossene*

Den Aufstieg des Nationalsozialismus erlebte Ernst Eichelbaum, dessen überlieferte Briefe im Februar 1932 wieder einsetzen, noch immer als Pädagoge an der Leipziger Thomasschule. Er hoffte auf die Nationalsozialisten, soweit aus den Quellen rekonstruierbar, nicht aufgrund einer tiefergehenden Identifikation mit ihrem politischen Programm, sondern als das geeignetste Mittel, die bestehende politische Ordnung zu zerstören. Am Ende dieses Umsturzes stand für Eichelbaum ein starker, autoritärer Staat, der dem Parteienstreit enthoben Entscheidungen zum Wohle eines geeinten Volkes treffen sollte. Generell sah er Deutschland 1932 vor einer Zeitenwende: „Die liberale Zeit [...] läuft ab, die intolerante Zeit beginnt, weniger gescheit, knapper, kürzer, grundsätzlicher, härter [...]“.<sup>28</sup> Dass eine Regierungsübernahme der NSDAP für ihn persönlich aufgrund seiner jüdischen Herkunft durchaus eine Gefährdung darstellen könnte, bleibt in den überlieferten Quellen von ihm unerwähnt. Es ist unwahrscheinlich, dass er diese Gefährdung nicht erkannte, wahrscheinlicher erscheint es, dass er sie für das erhoffte Ende der Weimarer Republik bewusst in Kauf nahm und vielleicht wie der Großteil des deutschen Judentums glaubte, die exzessive antisemitische Propaganda würde nach der Machtübernahme gemäßigt werden.<sup>29</sup>

Die von ihm erhoffte „Beschleunigung“ der Ereignisse fand mit der rasant voranschreitenden „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten tatsächlich statt. Doch schon Anfang April 1933 begann sich die von Eichelbaum erhoffte Revo-

26 Brief an Luise-Lotte Jacob-Woelfel, August 1928, in: ACDP 01-201-011/2.

27 Helmut Jahnke: Edgar Julius Jung. Ein konservativer Revolutionär zwischen Tradition und Moderne. Pfaffenweiler 1998, S. 215.

28 Brief an Luise-Lotte Jacob-Woelfel, 5. März 1933, in: ACDP 01-201-014/2.

29 Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden. 2 Bd. [durchg. Sonderausg. in einem Werk]. München 2007, S. 27.

lution gegen ihn selbst zu wenden. Nach der Verabschiedung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ wurde seine Schwester Agathe, ebenfalls Lehrerin an einer Leipziger Schule, nach monatelangen Auseinandersetzungen im September 1933 aus dem Schuldienst entfernt. Eichelbaum selbst blieb zwar zunächst aufgrund einer Ausnahmeregelung für Frontkämpfer davor geschützt, musste allerdings den ehrenamtlichen Vorsitz der „Vereinigung der Lehrer der höheren Schulen Leipzigs“ aufgeben.<sup>30</sup> Seine „nichtarische Abstammung“<sup>31</sup> führte dazu, dass er sich in zunehmendem Maße als unfreiwillig am Rand stehenden „Zuschauer der Zeit“<sup>32</sup> empfand, der miterlebte, wie langjährige Freunde den Kontakt mit ihm abbrachen und ehemals glühende Gegner der Nationalsozialisten nun „japsend ins Parteitürchen schlüpf[en]“<sup>33</sup>, ein Schritt, der ihm verwehrt blieb. Dass er dennoch nicht völlig ohne Freunde und Förderer blieb, verrät die Tatsache, dass er – zwar mit stetig zunehmenden Einschränkungen – bis 1943 als Lehrer an der Thomasschule verblieb, was nur dadurch zu erklären ist, dass Rektorat und Kollegium ihn deckten.<sup>34</sup> Bei all seiner durchaus scharfen Kritik an Teilaspekten des nationalsozialistischen Staats- und Gesellschaftsumbaus 1933 ist es jedoch von Bedeutung, dass Eichelbaum diese zunächst lediglich für eine „unnötige Begleiterscheinung“<sup>35</sup> der Revolution hielt.

Auf dem Gebiet der Religion zeigte sich jedoch ab der zweiten Jahreshälfte 1933 eine wachsende Distanz Eichelbaums zum Nationalsozialismus. Er war gläubiger evangelischer Christ und beschäftigte sich seit seiner Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg intensiv mit seinem persönlichen Glauben. Bei den von massiver nationalsozialistischer Propaganda begleiteten Kirchenwahlen am 23. Juli 1933 gewannen die „Deutschen Christen“, die die evangelische Kirche in den „Dienst des nationalen und völkischen Aufbruchs“<sup>36</sup> stellen wollten, deutlich. Dass die neuen Machthaber die Bischofsstellen in ihrem Sinne neu

30 Brief an Luise-Lotte Jakob-Woelfel, 6. Mai 1933, in: ACDP 01-201-014/2.

31 Nach den „Nürnberger Gesetzen“ 1935 wurde der christlich getaufte Eichelbaum als „Halbjuden 1. Grades“ kategorisiert. Diese Gruppe stand im Nationalsozialismus unter einem prekären, sich ständig ändernden „Sonderrecht“, war nicht Teil der „Volksgemeinschaft“, sollte aber zunächst nicht wie „Volljuden“ vernichtet werden. Das Ergebnis waren sich permanent verschärfende Einschränkungen sowie eine rechtlich unklare Lage, bei der jedes Vergehen potentiell unabsehbare Folgen haben konnte. Vgl. hierzu Beate Meyer: Zwischen Regel und Ausnahme. „Jüdische Mischlinge“ unter Sonderrecht, in: Magnus Brechtken u. a. (Hg.): Die Nürnberger Gesetze – 80 Jahre danach. Vorgeschichte, Entstehung, Auswirkungen. Göttingen 2017, S. 205–222.

32 Brief an Luise-Lotte Jakob-Woelfel, 3. Mai 1933, in: ACDP 01-201-014/2.

33 Ebd.

34 Judith Krasselt: Die Thomasschule zu Leipzig zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus. Leipzig 2000, S. 41 f.

35 Brief an Luise-Lotte Jakob-Woelfel, 11. Juni 1933, in: ACDP 01-201-014/2.

36 Joachim Scholtzsek: Die deutschen Eliten im Jahr 1933. War Widerstand möglich?, in: Andreas Wirsching (Hg.): Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte). Göttingen 2009, S. 110–134, hier 117.

besetzten kritisierte Eichelbaum weniger, er wandte sich jedoch scharf gegen die Infragestellung zentraler Aspekte des Christentums durch die „Deutschen Christen“. Tatsächlich schloss er sich im Jahr 1935 der „Bekennenden Kirche“ an, für die er unter anderem in seinem Religionsunterricht und in den von ihm geleiteten Andachten der Schule wirkte.<sup>37</sup>

Je weiter die „Machtergreifung“ in Deutschland, die mit dem Tod Hindenburgs am 2. August 1934 und der Übernahme der Reichspräsidentschaft durch Adolf Hitler abgeschlossen wurde, voranschritt, umso schwieriger musste es für Eichelbaum werden, Kritikwürdiges am Nationalsozialismus als bloß vorübergehend abzutun. Denn Antisemitismus, Rassenlehre, Gewalt und Gleichschaltung aller öffentlichen und privaten Organisationen waren keine „Begleiterscheinungen“, sondern der Kern des nationalsozialistischen, totalitären Staates. Ein im Januar 1934 von Eichelbaum verfasstes Gedicht mit dem Titel „Der Verbannte“ macht deutlich, wie er seine Stellung im neuen Staat wahrnahm: „In dem Hause meines angeborenen / Herrn verraten, da er ferne weilte, – / stieß ihr mich die Straße der Verlorenen, [...]. / An dem Grenzstein nah am Reich der Toten / klemm ich meine Hände in die Erde. / Diese Krumen sind mir nicht verboten! / Diese Schollen, die ich schaufeln werde!“<sup>38</sup>

Waren „Halbjuden“ wie Eichelbaum zwar nicht völlig aus der Gesellschaft ausgeschlossen, so konnte bei ihrer unsicheren Lage jedes Vergehen potentiell unabsehbare Folgen haben. Das Naheliegenste wäre es also gewesen, sich möglichst unauffällig zu verhalten und keinesfalls den Anschein von Opposition zu erwecken. Eichelbaum jedoch setzte sich in seiner Lehrtätigkeit dem Risiko aus, nonkonformistisch zu handeln. Trotz zunehmender beruflicher Einschränkungen wirkte er nach eigenen Angaben in seinem Religionsunterricht im Geiste der Bekennenden Kirche und stellte sich gegen die Umdeutungsversuche der „Deutschen Christen“, zudem versuchte er auch im Geschichtsunterricht über Gleichnisse vor der Natur des Regimes zu warnen.<sup>39</sup> Die Frage, welche nonkonformistischen Handlungen während des Dritten Reiches bereits als Widerstand zu klassifizieren sind, wurde in der historischen Forschung kontrovers diskutiert. Folgt man der Position des Schweizer Historikers Walther Hofer, so leistete Eichelbaum zwar keinen aktiven Widerstand gegen das NS-Regime, seine Handlungen als Lehrer überschritten aber durchaus die Schwelle

37 Es existieren bis auf Eichelbaums eigene Angaben, von denen die erste 1945 in einem Lebenslauf für die Besatzungsmächte erfolgte, keine Quellen die bestätigen, dass er für die Bekennende Kirche tätig war. Allerdings hielten Pfarrer der Bekennenden Kirche tatsächlich während des Nationalsozialismus regelmäßige Schulungen für Leipziger Religionslehrer ab, die in den Räumen der Thomaskirche stattfanden. Außerdem kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass eine falsche Angabe Eichelbaums in diesem Fall, die er bereits 1945 getätigt hat, erkannt worden wäre, zumal viele der sächsischen CDU-Gründer Angehörige der Bekennenden Kirche gewesen waren.

38 Gedicht „Der Verbannte“, 2. Januar 1934, in: ACDP 01-201-003.

39 Brief Litt an Eichelbaum, 23. Juni 1983, in: ACDP 01-201-004/3.

zur oppositionellen Tätigkeit, was schon prinzipiell und besonders aufgrund seines Status‘ als „Halbjude“ großen persönlichen Mut erforderte.

1943 schließlich wurde Eichelbaum aus dem Schuldienst entfernt und mit einem Berufsverbot als Lehrer belegt.<sup>40</sup> Er wurde in das Amt für Kriegssachschäden der Stadt Leipzig versetzt, wo er bis zum Kriegsende blieb. Der dortige Amtsleiter bewahrte ihn durch sein persönliches Eintreten vor dem Zwangseinsatz in der Rüstungsindustrie oder der „Organisation Todt“, zu der der größte Teil der „Halbjuden“ in den letzten Kriegsjahren gezwungen wurde.<sup>41</sup> Das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft erlebte Eichelbaum am 20. April 1945 mit dem Einmarsch amerikanischer Truppen in Leipzig.

### *Der Bürgermeister*

Nachdem die Kontrolle Leipzigs im Zuge der Einrichtung alliierter Besatzungszonen von den USA auf die Sowjetunion übergegangen war, gründete Eichelbaum gemeinsam mit einem Kreis Leipziger Bürger am 4. August 1945 eine christlich-demokratische Partei, die am 22. August 1945 unter dem Namen „Christlich-Demokratische Union Deutschlands Stadt Leipzig“ offiziell registriert und in die Struktur der CDU in der SBZ eingeordnet wurde.<sup>42</sup> Programatisches Leitbild der Unionsgründer war eine „Erneuerung der Politik aus christlichem Geist“.<sup>43</sup> Bei allen anfänglichen Differenzen der Gründerkreise einte sie der Wunsch nach einer expliziten Ausrichtung der eigenen Politik am Christlichen Menschenbild und den Leitsätzen christlicher Ethik.

Ruft man sich Eichelbaums politische Überzeugungen während der Weimarer Republik in Erinnerung, fällt bei der Betrachtung der Unions-Programmatik zunächst auf, wie fundamental sie sich in den zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur verändert haben mussten. Ohne die apologetische Implikation der „Stunde null“ zu übernehmen, ist klar, dass es 1945 einen Bruch in Eichelbaums Lebensweg gab. Im Gegensatz zu seiner früheren Verachtung für das Bürgertum, dessen Passivität und mangelnden Gestaltungswillen er so oft beklagt hatte, und seiner Ablehnung von Parteien und der Demokratie überhaupt, gehörte er 1945 zu den Gründungsmitgliedern einer neuen, demokratischen Partei. Die im Rückblick von Eichelbaum gewählte Formulierung, er sei zur Mitarbeit förmlich überredet worden, deutet zumindest eine gewisse

40 Krasselt: Die Thomasschule zu Leipzig, S. 43.

41 Brief an Hermann Fleißner, 5. Mai 1945, in: Stadtarchiv Leipzig StVuR Nr. 1830.

42 Zum Ablauf der Gründung der CDU in Leipzig vgl. Ralf Baus: Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945, in: HPM 2 (1995), S. 83–117, hier 89–97. Eichelbaum selbst nahm an der Gründungssitzung am 4. August nicht teil, da er im Auftrag seiner Parteifreunde nach Berlin gereist war, um dort Kontakt zur CDU-Spitze um Andreas Hermes aufzunehmen.

43 Ebd., S. 96.

Zurückhaltung an.<sup>44</sup> Es erscheint plausibel, wenngleich nicht anhand von Quellen belegbar, dass Eichelbaum in der Zeit des Nationalsozialismus begriff, wohin Radikalität, demonstrativer Wille zur Gewalt und der unbedingte Wunsch nach der Zerstörung des Status Quo führen konnten.

Auch wenn sich nicht belegen lässt, zu welchem Zeitpunkt Eichelbaum innerhalb dieser zwölf Jahre seine Überzeugungen änderte, so ist doch erkennbar, dass der christliche Glaube, für dessen Bewahrung er als Angehöriger der Bekennenden Kirche eintrat, für ihn die Hoffnung auf einen neuen Staat beinhaltete. Die Kirchen waren für Eichelbaum die letzte Aussicht, wo sich „die besseren Kräfte“<sup>45</sup> erhalten könnten: „Der Geistliche kann nicht bis zum letzten von Stufe zu Stufe zurückweichen. Für ihn gibt es die letzte Schranke göttlichen Gebots, hinter das er nicht zurückkann.“<sup>46</sup>

Diese Sicht auf die Kirche als „Repräsentanten des anderen Deutschland“<sup>47</sup>, die hier zum Ausdruck kommt, war für das Selbstverständnis der Unionsgründer von großer Bedeutung.<sup>48</sup> Die Hoffnung auf einen neuen, vom christlichen Glauben geprägten Staat war für Eichelbaum der zentrale Grund, sich 1945 parteipolitisch zu engagieren. Ein weiterer gewichtiger Grund war vermutlich die Hoffnung, ein Gegengewicht zu den sich mit sowjetischer Unterstützung rasch ausbreitenden kommunistischen Bestrebungen aufzubauen. Im Antikommunismus zeigt sich eine wichtige Kontinuität in Eichelbaums Überzeugungen. Neben der Ablehnung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung kritisierte er vor allem den offensiv propagierten Atheismus. Dies zeigt sich beispielsweise bei seiner Verteidigung des schulischen Religionsunterrichts, für den Eichelbaum bei einer Rede im Vorfeld der Gemeinderatswahlen 1946 warb: „Wahre Toleranz dem Christentum gegenüber muss in ihm eine positive politische Kraft sehen. Daher wünschen wir seine Gedanken [...] nicht nur eben geduldet, sondern betreut und gehegt [...] Für die demokratische Schule soll gelten: Kein Glaubenszwang, aber auch kein Unglaubenszwang.“<sup>49</sup>

Die Möglichkeiten zur Durchsetzung der eigenen christlich-demokratischen Politik waren jedoch sehr enge Grenzen gesetzt. Auch in Leipzig waren CDU und die Liberal-Demokratische Partei (LDP) von Beginn an in die antifaschistische Einheitsfront mit SPD und KPD eingebunden und konnten über das Instrument

44 Bericht über die Anfänge der CDU in der SBZ (in Leipzig), S. 6 f., in: ACDP 01-201-001/7.

45 Ebd., S. 4.

46 Ebd.

47 Baus: Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945, S. 98.

48 Speziell in Sachsen gehörte ein signifikanter Teil von ihnen während des Nationalsozialismus der Bekennenden Kirche an. Vgl. ebd.

49 Rede „Die CDU ruft Leipzig“, 20. August 1946, in: ACDP 01-201-001/3.

der Blockpolitik zum Mittragen kommunistischer Politik gezwungen werden.<sup>50</sup> Nimmt man das Bestreben der Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD)<sup>51</sup>, bereits seit dem Sommer 1945 beide Parteien einem „dichten Kontroll- und Anleitungssystem“<sup>52</sup> zu unterwerfen, ebenso wie die zielstrebige Besetzung von Schlüsselposten der öffentlichen Verwaltung hinzu, muss mit Ralf Thomas Bau konstatiert werden: „Diese Kombination von Kontrolle und Beeinflussung [...] lag wie eine Schlinge um den Hals der ‚bürgerlichen‘ Parteien, die sich von Anfang an immer weiter zuzog.“<sup>53</sup>

Eichelbaum war zunächst als Schriftführer und zweiter Kreisvorsitzender im Vorstand der CDU Leipzig tätig und kehrte 1945 in den Schuldienst an der Thomasschule zurück.<sup>54</sup> Bereits in diesem ersten Jahr machte sich innerhalb der CDU in der SBZ in zunehmendem Maße eine Spaltung zwischen Kräften, die zu einer weitgehenden Unterordnung unter den kommunistischen Führungsanspruch bereit waren und denjenigen, die für die Bewahrung einer möglichst großen Eigenständigkeit kämpfen wollten, bemerkbar.<sup>55</sup> Allerdings mussten Letztere, zu denen auch Eichelbaum zu rechnen ist, die Kräfteverhältnisse realistisch einschätzen. Man operierte unter den Bedingungen eines besetzten Landes und inmitten einer „von oben durchgeführten Revolution“<sup>56</sup>, gegen die man aus eigener Kraft nur bedingt erfolgreich sein konnte. So erklärt sich nicht nur die Akzeptanz des erzwungenen Führungswechsels in der CDU und der Bodenreform, sondern auch die Zustimmung zur Verstaatlichung der sächsischen Industrie.<sup>57</sup> Mit der

50 Ralf Thomas Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in Sachsen zwischen Widerstand und Gleichschaltung 1945–1952, in: Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Hg.): Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 22). Köln/Weimar/Wien 2003, S. 129–146, hier 130.

51 Innerhalb der SMAD war vor allem die 1945 gegründete Propaganda-Abteilung unter Oberst Sergej I. Tjul'panov die zentrale sowjetische Lenkungsstelle gegenüber den deutschen Parteien in der SBZ/DDR. Aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung wird im Text jedoch der Oberbegriff SMAD verwendet. Für eine tiefergehende Analyse der Struktur und Arbeitsweise der SMAD vgl. Jan Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 44). Berlin 1999.

52 Baus: Die CDU in Sachsen zwischen Widerstand und Gleichschaltung, S. 129.

53 Ebd.

54 Personalamt Stadt Leipzig: Personalbogen, 1. Dezember 1946, in: Stadtarchiv Leipzig StVuR Nr. 1830.

55 Christoph Wunnicke: Die Blockparteien der DDR. Kontinuitäten und Transformation 1945–1990 (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR 34). Berlin 2014, S. 14.

56 Bericht über die Anfänge der CDU in der SBZ (in Leipzig), S. 13, in: ACDP 01-201-001/7.

57 Zum Konflikt um die Bodenreform, einem der größten politischen Konflikte in der SBZ 1945, vgl. Wunnicke: Die Blockparteien der DDR, S. 12 f. Auch die Leipziger CDU wurde dazu genötigt, am 15. Dezember 1945 eine Erklärung abzugeben, in der sie ihre Bereitschaft zur Bodenreform und eine Rücktrittsforderung an Andreas Hermes und Walther Schreiber bekräftigte.

von der SMAD erzwungenen Absetzung von Andreas Hermes von der Spitze der Berliner CDU und dem Beginn der Führung Jakob Kaisers vergrößerte sich auch der Graben zur CDU in den westlichen Zonen, vor allem zum Gründungskreis um Konrad Adenauer. Dessen Westbindungspolitik lehnte Kaiser entschieden ab und strebte eine möglichst schnelle Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands an.<sup>58</sup> Mit Jakob Kaiser verband Eichelbaum seit ihrer ersten Begegnung im August 1945 eine gute persönliche Beziehung.<sup>59</sup> Er unterstützte dessen Politik weitgehend, stand aber in der Deutschlandpolitik auf Seiten Adenauers und setzte seine Hoffnungen in die USA als Gegenpol zum sowjetischen Einfluss.

Die ersten Wahlen, zu denen die CDU in der SBZ antrat, waren die im Herbst 1946 stattfindenden Landtags- und Kommunalwahlen für Gemeinderäte und Stadtverordnetenversammlungen, die in der ersten Kommunalverfassung der SBZ zumindest theoretisch eine große Machtfülle besaßen.<sup>60</sup> Eichelbaum führte ob seiner Bekanntheit als Lehrer der Thomasschule die Liste der CDU in Leipzig an. Trotz massiver Manipulationen und Beeinflussungen seitens der SMAD im Vorfeld, kam es in Leipzig zu einer knappen „bürgerlichen“ Mehrheit aus CDU und LDP vor der SED, die stärkste Einzelpartei wurde.<sup>61</sup> Infolgedessen erhielten auch Vertreter der LDP und CDU wichtige Ämter in der kommunalen Verwaltung.<sup>62</sup> Die höchste dieser Positionen bekleidete Ernst Eichelbaum als zweiter Bürgermeister der Stadt. Von Beginn seiner Amtszeit an war Eichelbaum von einem engmaschigen Netz aus Überwachung und Kontrolle seitens der SMAD und der SED umgeben, die auch in seinem Dezernat bereits früh Schlüsselstellen besetzt hatten.<sup>63</sup>

Als zweiter Bürgermeister leitete Eichelbaum das Sozialdezernat der Stadt Leipzig und war somit verantwortlich für die Aufnahme der Vertriebenen aus den ehemals deutschen Ostgebieten, die im offiziellen Sprachgebrauch euphemistisch als „Umsiedler“, in Sachsen zunächst auch als „Neubürger“ bezeichnet wurden.<sup>64</sup> Obwohl gerade Großstädte wie Leipzig nicht für die Aufnahme vorgesehen waren, trafen hier aufgrund der Lage als Verkehrsknotenpunkt laufend

58 Manfred Agethen: Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, in: Jürgen Frölich (Hg.): „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953. Köln 1995, S. 47–72, hier 52.

59 Bericht über die deutsche Flüchtlingspolitik 1957–1965, S. 3, in: ACDP 01-201-002/2.

60 Dieter Marc Schneider: Renaissance und Zerstörung der Kommunalen Selbstverwaltung in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VFZ) 37 (1989), S. 457–497, hier 457.

61 Ebd., S. 485.

62 Ebd., S. 483.

63 Ebd., S. 487.

64 Michael Schwartz: Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik, in: VFZ 56 (2008), S. 101–151, hier 102.

neue Transporte ein.<sup>65</sup> Die Zahl der zu versorgenden Flüchtlinge in Leipzig stieg von etwa 28.000 im Oktober 1945 bis auf 84.000 im Herbst 1948.<sup>66</sup> Die von Eichelbaum eingerichtete „Neubürgerstelle“ beschlagnahmte Tanzsäle und Gaststätten, um weitere Notlager einzurichten.<sup>67</sup> Die größte Herausforderung stellte die Vorgabe der SMAD dar, die Zahl der in diesen Lagern untergebrachten Menschen so gering wie möglich zu halten und für eine schnellstmögliche Versorgung mit dauerhaftem Wohnraum zu sorgen.<sup>68</sup> Eichelbaums Verhältnis zur SMAD in Leipzig war dabei geprägt von Ambivalenz: Einerseits gab es eine oftmals gute Zusammenarbeit mit den Offizieren der Stadtkommandantur, die er als „keineswegs durchaus deutschfeindlich“<sup>69</sup> beschrieb. Andererseits war der Arbeitsalltag begleitet von Konflikten und Drohungen, falls neue Direktiven unzureichend umgesetzt wurden.<sup>70</sup>

In Leipzig waren 41 Prozent des Wohnungsbestandes im Krieg durch alliierte Luftangriffe zerstört worden.<sup>71</sup> Weiter erschwert wurde die Situation durch die geforderte Quartierstellung für die Studierenden der wiedereröffneten Universität und die Besucher der Leipziger Messe, die erstmals im Mai 1946 wieder stattfand.<sup>72</sup> Wie in zahlreichen anderen Städten auch in den westlichen Zonen, entschloss sich Eichelbaum zur Unterbringung der Vertriebenen in Privatwohnungen und zur Einschränkung des Wohnraums von bisherigen Mietern und Eigentümern.<sup>73</sup> Rechtliche Grundlage bildete allgemein das Kontrollratsgesetz Nr. 18 aus dem März 1946 und in Leipzig eine von Eichelbaum angestoßene Ortssatzung, die unter anderem die Abgabe von Mobiliar und Haushaltsgegenständen der Leipziger Bevölkerung an die Vertriebenen vorgab.<sup>74</sup> Die erzwungene gemeinsame Unterbringung führte, wie an vielen Orten Deutschlands, zu vielfältigen Problemen und wechselseitigen Ressentiments zwischen Eingesessenen und Vertriebenen.<sup>75</sup> Die provisorische Unterbringung vieler Menschen endete erst mit dem Einsetzen der großen Wohnungsbauprogramme in

---

65 Andreas Thüsing: Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Leipzig 1945–1990, in: Markus Cottin/Hening Steinführer/Volker Titel (Hg.): Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins. Jahrbuch 2005. Beucha 2006, S. 99–115, hier 102.

66 Ebd., S. 106.

67 Vertriebenenpolitik in der SBZ (in Leipzig), S. 4, in: ACDP 01-201-002/1.

68 Gründe hierfür waren vor allem die Sorge um das eigene Ansehen, aber auch der Wunsch nach schneller Assimilation, um die Bildung von Gruppengefühlen und antisowjetischen Ressentiments unter den Vertriebenen zu verhindern. Vgl. hierzu Thüsing: Aufnahme und Eingliederung, S. 113.

69 Bericht über die Anfänge der CDU in der SBZ (in Leipzig), S. 3, in: ACDP 01-201-001/7.

70 Ebd.

71 Thüsing: Aufnahme und Eingliederung, S. 108.

72 Ebd.

73 Vertriebenenpolitik in der SBZ (in Leipzig), S. 4, in: ACDP 01-201-002/1.

74 Ebd.

75 Thüsing: Aufnahme und Eingliederung, S. 108.

den späten 1950er Jahren, die soziale Schlechterstellung der „Neubürger“ hielt sich teils deutlich länger.<sup>76</sup> Der Historiker Andreas Thüsing resümiert über die Vertriebenenpolitik in Sachsen jedoch, dass rückblickend „von vielen seinerzeit Betroffenen die Leistung der Verwaltung bei der Unterbringung in Wohnraum relativ positiv bewertet“<sup>77</sup> worden sei.

Die alltägliche politische Tätigkeit der lokalen CDU-Gruppen in der SBZ bedeutete nicht selten „einen zermürbenden Kleinkrieg gegen die kommunistische Machtpolitik“.<sup>78</sup> Gerade nachdem die SED bei den Gemeindewahlen 1946 schlechter abgeschnitten hatte als erwartet, bemühte sich die SMAD zunehmend um die Gleichschaltung der CDU. Durch die Ausschöpfung der ihr zur Verfügung stehenden repressiven Mittel wie Drohungen, lange Verhöre, zeitweise Verhaftungen bis hin zu Vertreibung und Mord gelang es ihr, den als „reaktionär“ bezeichneten Teil der CDU, der sich einer Unterordnung unter den Machtanspruch der SED verweigerte, zu schwächen.<sup>79</sup> Kleinere Erfolge wie die Absetzung des als sowjetischer Informant bekannten Geschäftsführers des CDU-Kreisverbands durch Eichelbaum bedeuteten nicht, dass sich die kontinuierliche Gleichschaltung der CDU aufhalten ließ.

Die Absetzung Jakob Kaisers, der ab dem Sommer 1947 einen zunehmend konfrontativeren Kurs gegenüber der SMAD und der SED einschlug, im Dezember 1947 bedeutete das Scheitern des zweiten Versuchs, unter den Bedingungen der SBZ eine unabhängige christlich-demokratische Politik zu machen. In der Folge wurden viele als „reaktionär“ geltende Kreisvorsitzende und Anhänger Kaisers in der mittleren Funktionärssebene der Partei von der SMAD abgesetzt.<sup>80</sup> Eichelbaum und die Leipziger Unionsführung beugten sich, blieben aber über Eichelbaum, der in seiner Funktion als Bürgermeister häufige Fahrten nach Berlin unternehmen konnte, weiter in Kontakt mit Kaiser.<sup>81</sup> Eichelbaum selbst bezeichnete Jakob Kaisers Absetzung im Rückblick als den Punkt, an dem ihm die Aussichtslosigkeit seines politischen Wirkens in der SBZ deutlich bewusst geworden sei.<sup>82</sup>

Dennoch blieb er zunächst weiterhin in der Kommunalpolitik aktiv, nicht nur als zweiter Bürgermeister, sondern auch als Fraktionsvorsitzender der CDU in der Stadtverordnetenversammlung. Dort verfügten CDU und LDP, wie bereits erwähnt, seit dem September 1946 über eine knappe Mehrheit, und stellten

76 Ebd., S. 110f.

77 Ebd., S. 110.

78 Baus: Die CDU in Sachsen zwischen Widerstand und Gleichschaltung 1945–1952, S. 136.

79 Stefan Donth: Die Sowjetische Militäradministration und die CDU in Sachsen 1945–1952. Eine bürgerliche Partei aus dem Blickwinkel der Besatzungsmacht, in: HPM (2011), S. 109–133, hier 114.

80 Ebd., S. 126.

81 Die Fahrten zur Berliner CDU-Zentrale wurden von Eichelbaum zumeist als Dienstfahrt zur Zentralen Arbeits- und Sozialverwaltung in Berlin getarnt.

82 Bericht über die deutsche Flüchtlingspolitik 1957–1965, S. 4, in: ACDP 01-201-002/2.

infolgedessen auch die Mehrheit in zentralen Ausschüssen wie dem Rechts- und dem Geschäftsordnungsausschuss.<sup>83</sup> Trotz der Einschränkungen durch die Blockpolitik gelang auf einigen Gebieten zumindest die Abschwächung von SED-Vorgaben, beispielsweise konnte der an den Schulen verbotene Religionsunterricht immerhin außerhalb der Schulen in enger Abstimmung mit den Kirchen zunächst fortgeführt werden. Die eng miteinander kooperierenden Parteien LDP und CDU erzielten ihren größten Erfolg jedoch in der Behauptung ihrer parlamentarischen Mehrheit.<sup>84</sup> Die SED versuchte seit 1946, Vertreter der neuen Massenorganisationen wie dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), die nicht gewählt worden waren, in die Ausschüsse einzubeziehen.<sup>85</sup> Da diese in der Regel SED-Mitglieder waren, hätte sich dadurch der kommunistische Einfluss stark erhöht. Es gelang CDU und LDP, dies „in einem fast zweijährigen Abwehrkampf zu verhindern“.<sup>86</sup> Die Debatten darüber wurden in der Stadtverordnetenversammlung noch 1948 bemerkenswert offen und offensiv geführt, wie Eichelbaums Rede in der Plenarsitzung vom 4. Februar 1948 zeigt: „Wenn der FDGB die Absicht hat, auf der politischen Arena als Partei aufzutreten, dann kann ich ihm bloß sagen: Machen Sie bitte das nächste Mal Gebrauch davon, sich als politische Partei listenmäßig an der Aufstellung zu beteiligen. Wir wünschen eine klare Demokratie. Man kann nicht die Demokratie dadurch übertrumpfen, daß man sie Volksdemokratie nennt, weil man nicht weiß, daß Demokratie schon so Volksherrschaft heißt“.<sup>87</sup> Vermutlich waren auch Debattenbeiträge wie dieser der Grund dafür, dass der Kreisverband Leipzig der SMAD als eines der „Zentren der Opposition“<sup>88</sup> in der CDU galt.

Der sowjetische Druck auf dieses „Zentrum der Opposition“ wuchs 1948 rapide. Unter dem Eindruck wachsender Bedrohung brachte Eichelbaum wiederholt Parteifreunde, deren Verhaftung befürchtet wurde, in seinem Wagen, der mit Ständer der Stadt Leipzig und kyrillischer Aufschrift „Bürgermeister“ nicht kontrolliert wurde, über die Sektorengrenze nach West-Berlin.<sup>89</sup> Aber auch für ihn persönlich wuchs die Gefährdung. Neben seinen Auftritten in der Stadtverordnetenversammlung, die laut Oberbürgermeister Erich Zeigner einer der

---

83 Schneider: Renaissance und Zerstörung, S. 485.

84 Die enge Kooperation wurde auch dadurch begünstigt, dass beide Fraktionsvorsitzenden, Ernst Eichelbaum und Erich Blume, im selben Haus auf einer Etage wohnten. Somit konnten sie sich unüberwacht vor wichtigen Entscheidungen absprechen, auch um gelegentlich verschieden abzustimmen, um nicht als ein „massiver Bürgerblock zu erscheinen“ und so bedrohlicher zu wirken. Vgl. hierzu Berichte über die Anfänge der CDU in der SBZ (Leipzig), S. 39 f.

85 Schneider: Renaissance und Zerstörung S. 485.

86 Ebd.

87 Plenarsitzung Stadtverordnetenversammlung, 4. Februar 1948, in: Stadtarchiv Leipzig StVuR Nr. 118.

88 Donth: Die Sowjetische Militäradministration und die CDU in Sachsen, S. 127.

89 Bericht über die Anfänge der CDU in der SBZ (in Leipzig), S. 27, in: ACDP 01-201-001/7.

Hauptgründe des sowjetischen Ärgers über ihn waren, brachte ihn sein Engagement für die Heimatvertriebenen ins Visier der SMAD.<sup>90</sup> Diese wollte Diskussionen um die Oder-Neiße Grenze im Vorfeld der ostdeutschen Staatsgründung unbedingt unterdrücken und das Werben der CDU um die Vertriebenen verhindern.<sup>91</sup> Eichelbaum tat jedoch genau das und sprach sich in Reden gegen die Anerkennung der Oder-Neiße Grenze und für die Potsdamer Beschlüsse aus, die eine Regelung der Grenzfragen erst nach einem Friedensvertrag vorsahen.<sup>92</sup> Gerade diese „Ablehnung der Oder-Neiße Grenze durch die Mehrheit der CDU-Mitglieder [stieß] Mitte 1948 auf immer schärfere Reaktionen der SMAD“<sup>93</sup>.

Eichelbaum hatte sich offenbar bereits 1947 mit der Planung einer möglichen Fluchtroute in die westlichen Zonen beschäftigt und bei zwei Aufenthalten im Westen Kontakte zur dortigen CDU geknüpft. Inzwischen dauerhaft unter Beobachtung durch den sowjetischen Geheimdienst, wurde ihm die Teilnahme am Parteitag der CDU in Erfurt im September 1948 ohne Angabe von Gründen verboten. Die Wahl Otto Nuschkes zum Parteivorsitzenden, bei der so viele sowjetische Offiziere zwischen den Delegierten saßen, dass von einer freien Wahl nicht gesprochen werden kann, bildete den Schlusspunkt der Existenz der CDU als eigenständige politische Kraft in der SBZ, zumindest auf der zentralen Ebene.<sup>94</sup> Eichelbaum urteilte harsch, aber nicht unzutreffend über Nuschke: „Ich dachte genau wie die anderen Mitglieder der CDU, die das offen und ungeniert als einen Verrat niederträchtigster Art bezeichneten [...]“<sup>95</sup> Ebenfalls im September wurde Eichelbaum jegliche politische Beteiligung verboten und alle Veranstaltungen mit ihm als Redner abgesagt. Seine Kontakte bei der SMAD, Hauptmann Bravermann in Leipzig und Major Stepanov in Dresden, wichen im Gespräch mit ihm aus und blieben unverbindlich, woraufhin sich Eichelbaum zur Flucht entschloss, da er vermutlich zu Recht seine baldige Verhaftung befürchtete.<sup>96</sup>

Im Oktober 1948 floh Eichelbaum in das blockierte West-Berlin und gelangte von dort mit einem Flugzeug der britisch-amerikanischen Luftbrücke nach Bonn, wo einen Monat zuvor der Parlamentarische Rat zusammengelassen war, um über die zukünftige Verfassung eines demokratischen westdeutschen Staates zu beraten. In Leipzig widmete die Leipziger Volkszeitung dem Geflohenen einen Artikel mit dem Titel „Charakterbild eines getarnten Reaktionärs“. Unter Hinweis auf seine jüdische Abstammung gleich zu Beginn des Textes schrieb der Journalist: „Er war das reaktionärste Element seiner Partei in Leipzig. Aller-

90 Ebd., S. 20.

91 Donth: Die Sowjetische Militäradministration und die CDU in Sachsen, S. 130.

92 Bericht über die Anfänge der CDU in der SBZ (in Leipzig), S. 20, in: ACDP 01-201-001/7.

93 Donth: Die Sowjetische Militäradministration und die CDU in Sachsen, S. 127.

94 Ebd.

95 Bericht über die Anfänge der CDU in der SBZ (in Leipzig), S. 41, in: ACDP 01-201-001/7.

96 Ebd., S. 19.

dings trat er nicht gerne ins volle Licht der Aufmerksamkeit. Er arbeitete hinter den Kulissen. Aber wo es zu obstruieren und zu sabotieren gab, da war er an der Spitze“.<sup>97</sup>

Mehr als 50 Prozent der Teilnehmer des ersten Parteitag in der SBZ trafen sich 1950 bei der im Westen gegründeten Exil-CDU wieder.<sup>98</sup> Alle Mitgründer der CDU in Leipzig folgten Eichelbaum bis Ende 1950.<sup>99</sup> Zu diesem Zeitpunkt war die personell völlig veränderte CDU in der SBZ zur „Blockpartei“ geworden, deren Funktionärsschicht den Führungsanspruch der SED weitestgehend widerstandslos akzeptierte.<sup>100</sup> Auch wenn man bezweifeln kann, wie sinnvoll nach der Absetzung von Hermes im Dezember 1945 ein erneuter Anlauf einer unabhängigen Partei unter Jakob Kaiser war, sollte dies nicht zur Geringschätzung derjenigen führen, die es unter schwierigsten Bedingungen und hohem persönlichen Einsatz dennoch versucht haben.

### *Der Flüchtling*

Am 15. Dezember 1948 traf Ernst Eichelbaum, inzwischen 55 Jahre alt, erstmals mit Konrad Adenauer zusammen.<sup>101</sup> Mit diesem stimmte er vor allem in der Frage der zukünftigen außenpolitischen Ausrichtung der im Entstehen begriffenen Bundesrepublik und im Verhältnis zum sowjetischen Machtblock völlig überein. Von seiner Partei wurde Eichelbaum zwar nicht direkt in ein neues politisches Amt gehoben, aber Konrad Adenauer sorgte dafür, dass er in den Schuldienst von Nordrhein-Westfalen übernommen wurde.<sup>102</sup> Ab 1949 war er als Direktor des staatlichen Gymnasiums Wuppertal tätig. Im selben Jahr heiratete er Maria Gradow<sup>103</sup>, die ebenfalls als CDU-Politikerin aus Leipzig geflohen war. Genau wie ihr Ehemann blieb sie auch im Westen weiterhin in der Politik aktiv und wurde 1951 als Protestantin, dem Konzept der konfessionellen Parität folgend, gemeinsam mit der Katholikin Helene Weber die erste Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses der CDU.

---

97 Charakterbild eines getarnten Reaktionärs, in: Leipziger Volkszeitung vom 19. Oktober 1948, in: Stadtarchiv Leipzig StVuR Nr. 1830.

98 Wunnicke: Die Blockparteien der DDR, S. 19f.

99 Manja Winkler: Die Christlich Demokratische Union in Leipzig 1945 bis 1948, in: HPM 15 (2008), S. 125–142, hier 142.

100 Baus: Die CDU in Sachsen zwischen Widerstand und Gleichschaltung, S. 145 f.

101 Bericht über die deutsche Flüchtlingspolitik 1957–1965, S. 9, in: ACDP 01-201-002/2.

102 Ebd., S. 12.

103 Maria Eichelbaum, geb. Gadow: Politikerin, geb. 1910, Mitglied CDU Leipzig, Vorsitzende des Sozialausschusses und Schriftführerin der CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Leipzig, 1948 Flucht, 1952 l. evangelische Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses der CDU, Stadtverordnete in Wuppertal, 1968 Vorsitzende der Frauenvereinigung der Exil-CDU, gest. 1994.

Im Zentrum von Ernst Eichelbaums politischer Betätigung standen die schätzungsweise 2,75 Millionen Menschen, die bis 1961 aus der SBZ/DDR in die Bundesrepublik zuwanderten<sup>104</sup>, insbesondere diejenigen unter ihnen, die wie er aus politischen Gründen ihre Heimat verlassen mussten. Sein Ziel war eine Verbesserung der rechtlichen und sozialen Stellung der Zuwanderer. Schon früh kam es zur Gründung verschiedenster Interessenverbände, deren politischer Einfluss, vor allem im Vergleich zur zahlenmäßig deutlich größeren Gruppe der Heimatvertriebenen, jedoch gering blieb.<sup>105</sup> Eichelbaum selbst war unter anderem in der „Vereinigung der aus der SBZ verdrängten Lehrer und Beamten“ tätig und warb seit 1949 für eine stärkere Kooperation der Flüchtlinge und Verbände, um ihr politisches Gewicht zu erhöhen.<sup>106</sup> Innerhalb der CDU gründete sich im September 1948 die Exil-CDU, in der sich eine Mehrheit des inzwischen geflohenen, 1947 aber noch demokratisch gewählten Parteivorstands um Jakob Kaiser zusammenschloss. Eichelbaum war seit der Gründung der Exil-CDU in ihr als Sprecher der Landsmannschaft Sachsen aktiv.

Unmittelbar vor der Bundestagswahl 1953 wurde in der CDU offenbar das Wählerpotential der Zuwanderer wahrgenommen. Vertreter der Exil-CDU wie Johann Baptist Gradl setzten sich dafür ein, Flüchtlingsvertreter auf aussichtsreiche Listenplätze der Landesverbände zu setzen.<sup>107</sup> Der Landesverband Rheinland weigerte sich jedoch dem Wunsch Gradls nachzukommen, Eichelbaum einen Listenplatz einzuräumen.

Im Verlauf der zweiten Wahlperiode verbesserte sich die politische Situation der Zuwanderer allmählich. Zum einen sorgte das einsetzende starke Wirt-

104 Die vorliegende Studie verwendet die von Helge Heidemeyer in seiner Monographie „Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR“ gebrauchte Terminologie. Demzufolge wird für die Gesamtheit der aus der DDR in die Bundesrepublik kommenden Personen der Begriff der „Wanderung“ beziehungsweise „Zuwanderung“ verwendet. Dieser ist aufgrund seiner weiten Definition in der Lage, die vielfältigen, hauptsächlich wirtschaftlichen Gründe, die zur Abwanderung aus der SBZ/DDR führten, zu umfassen, im Gegensatz zum Begriff der „Flucht“, der immer einen politischen Druck oder Zwang zum Verlassen der SBZ/DDR impliziert. In der vorliegenden Studie findet sich der Begriff der Flucht zum einen in den Quellen, da er die zeitgenössisch häufigste Selbstbeschreibung der Zugewanderten war. Zum anderen wird er für diejenigen verwendet, die aus politischen Gründen geflohen waren. Für eine ausführlichere Begründung der verwendeten Terminologie vgl. Helge Heidemeyer: *Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 100). Düsseldorf 1994, hier S. 23–36. Für eine begriffsgeschichtliche Analyse des Flüchtlingsbegriffs in der Bundesrepublik und DDR vgl. Volker Ackermann: *Der „echte“ Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961* (Studien zur Historischen Migrationsforschung 1). Osnabrück 1995.

105 Heidemeyer: *Flucht und Zuwanderung*, S. 315 f.

106 Vgl. etwa Schriftliche Stellungnahme Hauptvorstandssitzung Exil-CDU, 7. Februar 1955, in: ACDP 03–013-429/1.

107 Brief an Wilhelm Johnen, 30. Juni 1953, in: ACDP 03–013-429/1.

schaftswachstum dafür, dass sie weniger als Belastung und mehr als begehrte Arbeitskräfte wahrgenommen wurden, zum anderen kam es drei Monate nach der Bundestagswahl zur Bildung eines gemeinsamen, bundesweiten Flüchtlingsverbands. Auf der Gründungsversammlung des „Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge e. V.“ am 13. Dezember 1953 wurde Ernst Eichelbaum zum Bundesvorsitzenden gewählt.<sup>108</sup> Johann Baptist Gradl hatte ihn wenige Tage zuvor eindringlich zur Übernahme dieses Amtes aufgefordert, um der CDU den entscheidenden Einfluss im neuen Verband zu sichern.<sup>109</sup> Selbstverständnis des Gesamtverbandes war es, sowohl auf Ebene der Bundespolitik als auch im Kontakt mit kommunalen Verwaltungen, als Anwalt der Flüchtlinge tätig zu werden.

Außerdem stellte man an sich selbst den Anspruch, gesamtdeutsche Themen und vor allem das Ziel der Wiedervereinigung im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu halten. Erwähnenswert ist hierbei, dass das Eintreten für eine Wiedervereinigung von Beginn an mit der Ablehnung von „pointiert nationalem Gedankengut“<sup>110</sup> einherging, wie Barbara Gimkiewicz in ihrer Darstellung der Geschichte des Gesamtverbandes schreibt. Eichelbaum selbst betonte diese Notwendigkeit im Mai 1956 im „Flüchtlings-Anzeiger“ wie folgt: „Wir können in die alte Trompete nicht mehr blasen. Wir müssen unser Recht auf Wiedervereinigung uns selbst und der Welt anders begründen als nur mit nationalen Worten oder Schlagworten“.<sup>111</sup> Aktiv wandte er sich gegen revisionistische Positionen, was sich vor allem im langjährigen Konflikt mit Walther von Keudells „Landsmannschaften der Sowjetzone“ zeigte, die Eichelbaum nicht zu Unrecht verdächtigte, Funktionäre mit nationalsozialistischer Vergangenheit in ihren Reihen zu dulden und sich für die Rehabilitierung ehemaliger Nationalsozialisten einzusetzen. Auch aus diesem Grund wandte er sich gegen jegliche Kooperation mit den Landsmannschaften und verwahrte sich gegen „jene Art der antibolschewistischen ‚Frontbildung‘, die nur ein Aushängeschild unvergessener tausendjähriger [...] Ideologien ist“<sup>112</sup>.

Die „Missionare der Wiedervereinigung“, als die Eichelbaum die Mitglieder des Gesamtverbandes in einem Rundschreiben 1954 bezeichnete<sup>113</sup>, wurden während der zweiten Wahlperiode in zunehmendem Maße als Gesprächspartner und Experten für die Flüchtlingsgesetzgebung von der Bundesregierung wahrgenommen und angehört. Ihren deutschlandpolitischen Anspruch, eine starke Lobby für die Wiedervereinigung aufzubauen, erfüllten sie laut Heidemeyer jedoch „im Wesentlichen nur verbal“. Hierfür war auch der geringe

108 Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung, S. 320.

109 Brief an Eichelbaum, 9. Dezember 1953, in: ACDP 03–013-357/1.

110 Barbara Gimkiewicz: Geschichte des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge 1953–1969. Magisterarbeit Bonn 1990, S. 50.

111 Zit. ebd., S. 51.

112 Rede auf Delegiertentagung Gesamtverband, 13. Dezember 1953, in: ACDP 01-201-002/5.

113 Rundschreiben Gesamtverband, 29. Oktober 1954, in: ACDP 01-201-002/5.

Organisationsgrad der Zuwanderer in der Bundesrepublik verantwortlich, da Schätzungen zufolge weniger als drei Prozent von ihnen Mitglieder des Gesamtverbandes waren.<sup>114</sup> Die Diskrepanz zwischen der Betonung der politischen Fluchtgründe durch führende Verbandsfunktionäre und der mehrheitlich wirtschaftlich begründeten Wanderungsbewegung wird dazu beigetragen haben.<sup>115</sup> Infolgedessen hing der Einfluss des Gesamtverbandes in besonderem Maße von den Persönlichkeiten an seiner Spitze und ihren individuellen Fähigkeiten, sich in den politischen Parteien und der Regierung Gehör zu verschaffen oder selbst auf einflussreiche Posten zu kommen, ab.<sup>116</sup>

Im Vorfeld der Bundestagswahl 1957 intensivierten sich die Bemühungen des Gesamtverbandes, eine bessere parlamentarische Vertretung im Bundestag zu erreichen. Innerhalb der CDU setzte sich erneut Johann Baptist Grادل dafür ein, Eichelbaum nunmehr in Nordrhein-Westfalen aufzustellen. Im Bundesvorstand verwies er auf das große Wählerpotential der Flüchtlinge, das die CDU für sich nutzbar machen müsse: „Für Nordrhein-Westfalen habe ich eine besondere Empfehlung. Ich kann nur dringend empfehlen, den Vorsitzenden des Gesamtverbandes der Zonenflüchtlinge, Oberstudiendirektor Eichelbaum aus Wuppertal, bei der Kandidatenaufstellung in einer einigermaßen aussichtsreichen Position zu berücksichtigen. Damit werden sie viel weitergehende Wirkungen als mit irgend jemand anderem erreichen“.<sup>117</sup>

Dennoch gab es auch dieses Mal erhebliche Vorbehalte vonseiten des Landesverbandes gegen Eichelbaum, der offenbar als störender Seiteneinsteiger betrachtet wurde und zudem evangelisch und kein Rheinländer sei.<sup>118</sup> Trotzdem stellte der Landesverband ihn, vermutlich aufgrund erheblichen Drucks der Bundespartei, für die Wahl zum dritten Bundestag auf. Am 15. September 1957 erreichten CDU und CSU gemeinsam die absolute Mehrheit der Stimmen und Ernst Eichelbaum zog als Abgeordneter der CDU in den Bundestag ein.

### *Der Parlamentarier*

Auch als Bundestagsabgeordneter verfolgte Eichelbaum weiter das Ziel, den aus der DDR Geflohenen zu einer verbesserten rechtlichen und sozialen Stellung im Westen zu verhelfen. Als einer der wenigen CDU-Abgeordneten, die sich explizit mit diesem Thema beschäftigten, war er unter anderem im Ausschuss

---

114 Heidemeyer: *Flucht und Zuwanderung*, S. 324.

115 Gimkiewicz: *Geschichte des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge*, S. 128.

116 Heidemeyer: *Flucht und Zuwanderung*, S. 330.

117 Protokoll CDU-Bundesvorstand, 7. Februar 1957, in: Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 16). Bearb. von Günter Buchstab. Düsseldorf 1990, S. 1201.

118 So Eichelbaum in einem Brief an Johann Baptist Grادل, 29. Juni 1957, in: ACDP 03–013-429/1.

für Vertriebene und Flüchtlinge, im Gesamtdeutschen Ausschuss sowie im Ausschuss für den Lastenausgleich tätig.<sup>119</sup> Im Rückblick kommentierte er selbst, dass sein Thema „freilich nichts Verlockendes an sich hatte“.<sup>120</sup> Denn er verfügte als Quereinsteiger über keinen großen Rückhalt in der Fraktion und kämpfte für Sozialausgaben, deren tatsächliche Höhe wegen der Unvorhersehbarkeit der Flüchtlingszahlen gerade den Finanzpolitikern der Union als potentielles „Faß ohne Boden“ erschien. Zudem betrachteten Vertreter der Heimatvertriebenen seine Versuche, die Versorgung der DDR-Flüchtlinge aus bestehenden Ausgleichsmitteln wie dem Lastenausgleich zu verbessern, als Konkurrenz um ebendiese finanziellen Zuwendungen.<sup>121</sup> Von Vorteil für Eichelbaum war neben persönlichen Freundschaften mit Johann Baptist Gradl und dem Fraktionsvorsitzenden Heinrich Krone vor allem sein außerparlamentarischer Rückhalt als Vorsitzender des größten DDR-Flüchtlingsverbands, der seinen Einfluss in der Fraktion erhöhte.

Eichelbaums grundlegende Haltung gegenüber der Zuwanderung aus der DDR lässt sich exemplarisch am Konflikt um das bereits 1950 beschlossene Notaufnahmegesetz aufzeigen. Im Notaufnahmeverfahren entschieden Ausschüsse in den Aufnahmelagern über die Anerkennung der individuellen Fluchtgründe. Eine Rückführung der Abgelehnten unterblieb zwar, allerdings erhielten sie im Gegensatz zu den Anerkannten keine staatlichen Hilfen zur Eingliederung. Die Anerkennungsquote dieser Verfahren stieg im Lauf der Jahre kontinuierlich, bis schließlich im Dezember 1957 nur noch 0,6 Prozent der Ankommenden nicht als Flüchtlinge anerkannt wurden. Die SPD brachte daraufhin im Januar 1958 zum wiederholten Mal einen Antrag auf Umwandlung in ein reines Registrierungsverfahren in den Bundestag ein.<sup>122</sup>

Eichelbaum hielt jedoch, ebenso wie die Bundesregierung, an dem bisherigen Verfahren fest. Zwar bezeichnete er im Rückblick die Möglichkeit, unerwünschte Personen auszusortieren, vor allem Funktionäre der NS- oder SED-Diktatur, als zwingend notwendig bei einer so liberalen Aufnahmepolitik, wie die Bundesrepublik sie verfolgte.<sup>123</sup> Der zentrale Grund für sein Beharren scheint jedoch ein anderer gewesen zu sein. Durch die im Aufnahmegespräch erfolgende „glänzende Dokumentation des drüben getätigten Unrechts und des von drüben auf die Bevölkerung ausgeübten Drucks seelischer Art, persönlicher Behinderung oder Verfolgung“<sup>124</sup> wurden die politischen Gründe der Zuwanderung in den Vordergrund gestellt und die Tatsache in den Hintergrund gedrängt, dass ein

---

119 Rudolf Vierhaus/Ludolf Herbst (Hg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002. Band 1: A–M. München 2002, S. 171 f.

120 Bericht über die deutsche Flüchtlingspolitik 1957–1965, S. 51, in: ACDP 01-201-002/2.

121 Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung, S. 24.

122 Ebd., S. 185 f.

123 Bericht über die deutsche Flüchtlingspolitik 1957–1965, S. 62 f., in: ACDP 01-201-002/2.

124 Ebd., S. 63.

signifikanter Teil der Zuwanderer nicht aus politischen, sondern wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik floh.<sup>125</sup> Dazu passt, dass Eichelbaum sowohl in seiner zeitgenössischen Korrespondenz, seinen Publikationen und Reden, wie auch aus dem Abstand von dreißig Jahren nur von der politisch motivierten Flucht sprach und wirtschaftliche Gründe nur im Zusammenhang mit direkten Maßnahmen der DDR-Regierung gegen die Existenzgrundlage, etwa durch Enteignungen, in seine Argumentation einfließen ließ.

Der Konflikt mit der SPD bei dieser Frage war Ausdruck einer grundsätzlich unterschiedlichen Auffassung, ob eine großzügigere Aufnahme und Versorgung aller aus der DDR Zuwandernden negative gesamtdeutsche Implikationen haben würde, was von den Sozialdemokraten geleugnet wurde, wovon Eichelbaum jedoch überzeugt war und blieb. In seiner Überzeugung ging es nicht nur um die bessere Versorgung der Flüchtlinge, sondern auch und vor allem darum zu verhindern, „daß Mitteldeutschland auch ein Vertriebenenland wurde, und die dort Gebliebenen ‚vorläufig verhinderte Vertriebene‘“.<sup>126</sup> Aus diesem Grund hielt er an der politischen Überprüfung der Fluchtgründe fest und wehrte sich gegen eine generelle Versorgung aller, auch der aus nicht-politischen Gründen Zugewanderten, weil er durch die „Entleerung“ der DDR die Wiedervereinigung in Gefahr sah. Dieser Gegensatz mit der SPD ließ sich nicht auflösen und führte in zunehmendem Maße auch innerhalb des Gesamtverbandes zu Konflikten, wo die Bundestagsabgeordnete der SPD, Lisa Korspeter, ebenfalls im Vorstand saß und Eichelbaums eher restriktiveren Kurs als flüchtlingsfeindlich bekämpfte.

Eichelbaums erste Legislaturperiode als Abgeordneter endete mit kleineren Erfolgen bei der rechtlichen Besserstellung der Flüchtlinge und einem begrenzten Leistungsausbau, etwa durch Novellierungen des Häftlingshilfegesetzes und des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes sowie eine schrittweise Anhebung der den DDR-Flüchtlingen aus dem Lastenausgleich-Fond gewährten Mitteln. Ein von Eichelbaum geplantes Beweissicherungsgesetz, das eine zukünftige Entschädigung von DDR-Flüchtlingen vorbereiten sollte und das er gegen den Willen der Regierung und seiner eigenen Fraktion vier Jahre vergeblich versucht hatte durchzusetzen, scheiterte jedoch zunächst.<sup>127</sup>

Die Bundestagswahl 1961 wurde vom nur einen Monat zuvor erfolgten Mauerbau in Berlin überschattet. Erst nach schwierigen Verhandlungen gelang

---

125 Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung, S. 59.

126 Bericht über die deutsche Flüchtlingspolitik 1957–1965, S. 66 f., in: ACDP 01-201-002/2.

127 Während eine reine Registrierung der Schäden noch von den betreffenden Ministerien in Betracht gezogen wurde, befürchtete die Bundesregierung durch eine Feststellung der verlorenen Vermögenswerte einem eigenen Lastenausgleich für die Flüchtlinge Vorschub zu leisten. Dieser wurde von der Regierung nicht nur aus gesamtdeutschen Gründen, sondern vor allem aufgrund der unabsehbaren finanziellen Belastungen abgelehnt. Vgl. hierzu Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung, S. 275 f.

es Konrad Adenauer, dessen unglückliches Agieren unmittelbar nach dem 13. August zum Verlust der absoluten Mehrheit der Union beigetragen hatte, eine Regierungskoalition mit der FDP zu bilden. Auf dem Gebiet der Flüchtlingspolitik schien sich die Ausgangssituation für Eichelbaum zunächst zu verbessern. Sein Kollege im Vorstand des Gesamtverbandes, Wolfgang Mischnick, übernahm als einer der fünf Minister der FDP das Vertriebenenministerium.<sup>128</sup> Auf Mischnicks Initiative hin beinhaltete der erstmals vereinbarte Koalitionsvertrag zwischen den Regierungsparteien die Absicht, neben dem Erreichen einer vollständigen Gleichstellung der Flüchtlinge mit den Heimatvertriebenen auch ein Beweissicherungsgesetz zu verabschieden, das in der dritten Wahlperiode noch gescheitert war.<sup>129</sup>

Im Vergleich zu Eichelbaums erster Wahlperiode im Bundestag hatte der Mauerbau die politischen Rahmenbedingungen grundsätzlich verändert. Durch die Abriegelung der Berliner Sektorengrenze war die Zuwanderung plötzlich unterbunden. Die Zahl derjenigen, die das Notaufnahmeverfahren durchliefen, fiel von 207.026 Personen im Jahr 1961 auf 9.922 im ersten Halbjahr 1962.<sup>130</sup> Das Thema ihrer Versorgung und Unterstützung verlor hierdurch zum einen an Dringlichkeit, zum anderen ließ sich nun der Finanzierungsbedarf neuer Maßnahmen deutlich besser planen, weil es sich bei der Empfängergruppe nicht mehr um eine stetig wachsende Gruppe handelte, deren Entwicklung nicht vorausgesagt werden konnte.<sup>131</sup> Auch das Argument der „Sogwirkung“ zu großzügiger Sozialleistungen fiel durch den Mauerbau weg, was die Bereitschaft aller im Bundestag vertretenen Parteien für einen Ausbau der Leistungen erhöhte.

Auch wenn es auf den ersten Blick schien, als habe der Mauerbau die Bedingungen für die zukünftige Flüchtlingspolitik verbessert, wehrte sich Eichelbaum sowohl privat als auch öffentlich gegen diese Sichtweise, die er vor allem als ein Im-Stich-Lassen der nun in der DDR „Eingekerkerten“<sup>132</sup> empfand. Er betonte, dass der gesamtdeutsche Anspruch trotz des Mauerbaus aufrechterhalten bleiben müsse. Bei neuen Gesetzen oder Novellierungen beharrte er darauf, zuerst die Wirkung auf die Bevölkerung der DDR zu beachten und zu verhindern, dass die bessere soziale Versorgung der Flüchtlinge in der Bundes-

---

128 Hans-Peter Schwarz: Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 3). Stuttgart 1983, S. 238.

129 Vgl. Rede Eichelbaum auf der Landesgeschäftsführertagung des Gesamtverbandes, 16. November 1961, in: ACDP 01-280-137/1.

130 Vertriebenenministerium: Vermerk „Die Fluchtbewegung aus der SBZ“, 30. September 1962, in: ACDP 03–013-402/1. Die knapp 10.000 Personen im ersten Halbjahr 1962 beinhalten laut dem Vermerk vor allem Personen, die sich zum Zeitpunkt des Mauerbaus entweder im Ausland oder in der Bundesrepublik aufgehalten hatten. Die Zahl derjenigen, die nach dem 13. August 1961 noch über die Grenze floh, lag viel niedriger.

131 Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung, S. 337.

132 Bericht über die deutsche Flüchtlingspolitik 1957–1965, S. 113, in: ACDP 01-201-002/2.

republik jenseits der Mauer Verbitterung auslöste.<sup>133</sup> Diese Position wurde außerhalb des kleinen Kreises der Exil-CDU offenbar nur von wenigen Abgeordneten der Union verstanden oder geteilt. Bei der SPD und auch beim Koalitionspartner löste Eichelbaum damit ebenfalls Unverständnis aus.<sup>134</sup>

Wie in der dritten Wahlperiode kämpfte er gegen die Umwandlung der Notaufnahme in ein reines Registrierungsverfahren und einen Ausbau der Leistungen für Zuwanderer mit nicht-anerkanntem Fluchtgrund, für den sich mittlerweile auch die FDP einsetzte.<sup>135</sup> In einer Plenardebatte über die Flüchtlingspolitik im März 1963 argumentierte er: „Ausharrewillen ist ein Recht und eine Pflicht, und das Anerkennungsverfahren ist ja [...] nichts weiteres als eine Kontrolle im Interesse der Mitteldeutschen, ob der Betreffende die ihm [...] auferlegte Solidaritätspflicht seinen Mitmenschen gegenüber gewahrt hat [...] oder sich diesem Schicksal ohne Not entzogen hat.“<sup>136</sup>

Diese restriktive Haltung Eichelbaums war in seiner zweiten Periode als Bundestagsabgeordneter bereits bekannt. Die Unterstützung des Gesamtverbandes, dessen Bundesvorsitzender er noch immer war, verlor er im Sommer 1962. Auf der Bundesdelegiertentagung im Juni 1962, an der Eichelbaum aufgrund einer schweren Erkrankung nicht teilnehmen konnte, schwenkten die Delegierten und der Vorstand endgültig auf die SPD-Position, die Aufhebung der Notaufnahme, liberalere Anerkennungskriterien und finanzielle Hilfen für alle Zuwanderer gleichermaßen zu fordern, ein.<sup>137</sup> Eichelbaum selbst schrieb dies allein einer Intrige seiner Konkurrentin im Bundesvorstand Lisa Korpeter zu. Man kann hierin auch ein Zeichen dafür erkennen, dass Eichelbaums Kurs unter den in im Gesamtverband organisierten Zuwanderern aus der SBZ/DDR an Rückhalt verlor. Eichelbaums Fixierung auf die Flucht aus politischen Gründen dürfte dazu beigetragen haben, stellten diejenigen, die aus wirtschaftlichen Gründen aus der DDR abgewandert waren, doch seit jeher die größere Gruppe unter den Zuwanderern dar.

An dieser Auseinandersetzung zeigte sich das bereits seit längerem bestehende Dilemma, dass Eichelbaum als Angehöriger der Regierungsfraktion zum einen an die Politik der Regierung, die in der Flüchtlingsgesetzgebung trotz der

133 Ebd., S. 66.

134 Gimkiewicz: Geschichte des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge 1953–1969, S. 91.

135 Das als Konkurrenz zum Flüchtlingshilfegesetz der SPD von der FDP in den Bundestag eingebrachte Hilfsmaßnahmengesetz sah ebenfalls einen Ausbau verschiedener Leistungen für die Gruppe der nicht-anerkannten Zuwanderer vor, was Eichelbaums Linie entgegenlief, sich allein als Interessenvertreter derjenigen zu verstehen, die aufgrund einer politischen Notlage aus der DDR geflohen waren. Hier zeigt sich, dass Eichelbaums Position in der neuen Regierungskonstellation deutlich an Einfluss verloren hatte.

136 Rede in der Sitzung des Deutschen Bundestages, 13. März 1963, Plenarprotokoll 04/64, S. 2979.

137 Bericht über die deutsche Flüchtlingspolitik 1957–1965, S. 81 f., in: ACDP 01-201-002/2.

Abreden im Koalitionsvertrag nur sehr langsam vorankam, gebunden war und zum anderen die vorhandenen finanziellen Spielräume berücksichtigen musste.<sup>138</sup> Im Gesamtverband verwahrte Eichelbaum sich nach seiner Genesung gegen den Beschluss, verwies auf seine Mandatsfreiheit als Abgeordneter und erklärte die neue Linie unter Androhung seines Rücktritts als nicht für sich gültig.<sup>139</sup> Dennoch ist ersichtlich, dass sein Rückhalt im Verband zu diesem Zeitpunkt schwach geworden war.<sup>140</sup>

Im gleichen Jahr, in dem Eichelbaum aufgrund seiner Erkrankung aussetzen musste, führte die vom Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß ausgelöste „Spiegel-Affäre“ zum vorzeitigen Ende der vierten Regierung Adenauer. Zwar gelang es ihm, eine erneute Koalition mit der FDP auszuhandeln, allerdings war das Ende seiner Kanzlerschaft mit der Festlegung auf den Rücktritt zur Mitte der laufenden Legislaturperiode besiegelt. Als Adenauer am 15. Oktober 1963 zurücktrat und Ludwig Erhard am folgenden Tag vom Bundestag zum neuen Kanzler gewählt wurde, endete die von Adenauer dominierte Anfangsphase der Republik.

Mit dem Ende der Kanzlerschaft Konrad Adenauers fiel auch Eichelbaums Ende als Bundesvorsitzender des Gesamtverbandes zusammen. Im Sommer 1963 kandidierte er nicht erneut für das Amt des Vorsitzenden. Der Widerstand im Verband gegen die Fortführung seines Kurses war offenbar zu stark, als dass ihm eine weitere Amtszeit möglich oder sinnvoll erschien.<sup>141</sup> Dies bedeutete für Eichelbaum den Verlust eines Großteils seines politischen Kapitals beziehungsweise seiner Machtbasis. Schließlich verfügte er über keine Hausmacht im Landesverband Rheinland, sondern war ausschließlich aufgrund seiner Eigenschaft als Funktionär des größten Flüchtlingsverbandes in den Bundestag gekommen. Innerhalb der CDU besaß er zwar noch Rückhalt bei der Exil-CDU,

---

138 Gerade dieser Verweis war nach Jahren der fast kontinuierlichen Expansion des Sozialstaats nur bedingt geeignet, um Popularität zu gewinnen, weil die sich 1962 abzeichnende Verengung des Spielraums für neue Ausgaben zu verstärkten Bemühungen zahlreicher Interessenverbände führte, noch etwas für ihre Klientel zu erreichen. Vgl. Rudolf Morsey: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969 (Oldenbourg Grundriß der Geschichte 19). 4. überarb. und erw. Aufl. München 2000, S. 73 f.

139 Eichelbaum, in: Bulletin des Gesamtverbandes „Information Nr. 31“, 20. Februar 1963, in: ACDP 01-294-074/3.

140 Die Liste derjenigen Parteifreunde, die ihm 1962 seinen vorzeitigen Rücktritt als Bundesvorsitzender ausredeten, umfasste den zahlenmäßig überschaubaren Kreis prominenterer CDU-Politiker, die Eichelbaum bei seinem Kurs in der Flüchtlingspolitik noch hinter sich wusste. Unter ihnen befanden sich neben Johann Baptist Gradl unter anderem Heinrich Krone, im vierten Kabinett Adenauer Bundesminister für besondere Aufgaben, Ernst Lemmer, bis 1962 Minister für Gesamtdeutsche Aufgaben, und Franz Thedieck, Staatssekretär im Gesamtdeutschen Ministerium.

141 Brief an Johann Baptist Gradl, 1. Mai 1963, in: ACDP 01-294-074/3.

allerdings nahm deren Einfluss in der Partei kontinuierlich ab.<sup>142</sup> Im zweiten Halbjahr 1961 zeichnete sich also ab, dass Eichelbaum ins politische Abseits zu geraten begann. Sowohl in der Ost- als auch in der Flüchtlingspolitik geriet seine starre, prinzipientreue Haltung zunehmend in Widerspruch zu Teilen seiner Partei, zum Gesamtverband, aber auch zur FDP. Gerade vor dem Hintergrund eines gewachsenen Anspruchsdenkens der Bevölkerung an den Staat isolierte Eichelbaum sich mit seiner Ablehnung, weitreichende Verbesserungen für alle Zugewanderten zu fordern.

In Debatten um die Gesetzgebung zur Flüchtlingspolitik, die sich auch nach dem Antritt Erhards noch immer um die Verabschiedung eines Beweissicherungsgesetzes und um das von der FDP geplante Hilfsmaßnahmengesetz drehte, fällt auf, dass Eichelbaum seine Position zwar nicht veränderte, nun aber anders artikulierte. Um zu umfangreiche Leistungen zu verhindern, legte er den Fokus auf den hohen Finanzbedarf und verwies kontinuierlich auf die angespannte Finanzlage des Bundeshaushalts. Insofern gehörte er zur Minderheit der Parlamentarier im Bundestag, die Erhards „Maßhalte-Appelle“ ernstnahmen.<sup>143</sup> Es ist nicht frei von Ironie, dass ausgerechnet die Finanzpolitiker, die in vergangenen Wahlperioden wiederholt Forderungen, die Eichelbaum im Namen des Gesamtverbandes vorgetragen hatte, bekämpft hatten, nun zu seinen Verbündeten zählten.

Seinen letzten und zugleich größten parlamentarischen Erfolg erreichte Eichelbaum mit der Durchsetzung des Feststellungs- und Beweissicherungsgesetzes, das am 25. März 1965 in der abschließenden Lesung vom Bundestag verabschiedet wurde.<sup>144</sup> Damit war gelungen, was in der vorherigen dritten Wahlperiode nach langen Auseinandersetzungen gescheitert war. Das Gesetz vermied den Begriff der Entschädigung oder des Ausgleichs, um gegenüber der DDR keinen Verzicht auf die erhobenen Forderungen zu signalisieren, sah nun aber explizit die Gewährung von Leistungen nach der erfolgten Schadensfeststellung durch die Bundesregierung vor, wenn auch für eine endgültige Regulierung der Schäden auf den gesamtdeutschen Gesetzgeber verwiesen wurde.<sup>145</sup> Auf Eichelbaums Initiative enthielt das Gesetz zudem im § 40 den Zusatz, dass das Verfahren ruhe, solange der Antragssteller sich noch im Schadensgebiet

---

142 Oliver Salten: Exil-CDU (1950–1991), <https://www.kas.de/web/geschichte-der-cdu/exil-cdu-1950-1991-> (Abruf: 4. Mai 2019).

143 Wenn auch vorrangig aus dem pragmatischen Versuch, über diesen Weg die eigene Linie in der Flüchtlingspolitik zu retten. Vgl. zu Ludwig Erhards Finanzpolitik unter anderem Klaus Hildebrand: Von Erhard zur Großen Koalition. 1963–1969 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 4). Stuttgart 1984; Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben. München 1996; Alfred C. Mierzejewski: Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft. Berlin 2005.

144 Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung aus, S. 279.

145 Ebd.

aufhalte.<sup>146</sup> Hierdurch sollte verhindert werden, dass Ansprüche derjenigen, die von Enteignungen betroffen waren, allerdings bis zum Mauerbau nicht in die Bundesrepublik geflohen waren, verlorengingen und sich hieraus Ressentiments unter der Bevölkerung der DDR gegenüber den Geflohenen bildeten. Insofern demonstrierte das Gesetz noch einmal, wie Eichelbaum den Sinn seiner Politik auffasste, nämlich durch die ständige Rücksichtnahme auf mögliche gesamtdeutsche Auswirkungen bundesrepublikanischer Gesetze eine Vertiefung der Teilung zu verhindern.

Im Alter von 72 Jahren erkrankte Eichelbaum im Sommer 1965 erneut schwer, was zum zweiten Mal in der laufenden Wahlperiode einen mehrmonatigen Klinik- und Kuraufenthalt erforderlich machte.<sup>147</sup> Es ist fraglich, ob er bei seiner wachsenden Verbitterung über die eigene Machtlosigkeit in Bonn ein weiteres Mal zu einer Kandidatur bereit gewesen wäre. Die Entscheidung wurde ihm allerdings durch den Landesverband Rheinland abgenommen, der ihn nicht erneut aufstellte, da er „nicht mehr das Vertrauen der Flüchtlinge“<sup>148</sup> besäße. So endete Ernst Eichelbaums späte Karriere als Parlamentarier der jungen Bundesrepublik nach zwei Wahlperioden mit der Verabschiedung des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes als Erfolg nach zehnjährigem Bemühen, aber auch mit der Erkenntnis, dass seine Sicht auf die Zuwanderung, die DDR und die Wiedervereinigung weder im Parlament noch in den Flüchtlingsverbänden mehrheitsfähig war. Sein grundlegendes Argument, bei der westdeutschen Gesetzgebung auch und immer die Bevölkerung der DDR zu bedenken, wurde immer weniger verstanden, je stärker sich die deutsche Teilung im Bewusstsein der Bundesrepublik abseits ritualisierter Gedenkveranstaltungen normalisierte.

### *Der Pensionär*

Eichelbaum beendete seine politische Karriere inmitten des „Scharnierjahrzehnts“<sup>149</sup> zwischen der Ära Konrad Adenauers und der bereits während der Großen Koalition beginnenden Neuorientierung in der Ost- und Deutschlandpolitik, deren Ansätze er zeitlebens entschieden ablehnte und für grundfalsch hielt. Dass die „Neue Ostpolitik“ reale Verbesserungen für die Menschen der DDR erreichte, für deren Interessen Eichelbaum doch eigentlich seine politische Karriere begonnen hatte, galt ihm nichts, stellte die Aufnahme von Beziehungen zwischen den zwei deutschen Staaten für ihn doch nichts weniger als die endgültige Aufgabe der Hoffnung auf Wiedervereinigung dar. Noch bis zum Beginn der 1980er Jahre blieb er von der Angst erfüllt, die bundesrepublikanische

---

146 Bericht über die deutsche Flüchtlingspolitik 1957–1965, S. 88, in: ACDP 01-201-002/2.

147 Ebd., S. 108.

148 Ebd., S. 107.

149 Schildt/Siegfried/Lammers (Hg.): Einleitung, S. 13.

Gesellschaft sei aufgrund ihrer Konsumsucht und ihres Materialismus nicht mehr lange in der Lage, ihre Abwehrbereitschaft gegenüber dem sowjetischen Machtblock aufrecht zu erhalten. Dass es Eichelbaum vergönnt war, die Widerlegung dieser Furcht durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten und die darauffolgende Wiedervereinigung im Alter von 97 Jahren – ein Jahr vor seinem Tod in Sankt Peter-Ording – zu erleben, bildete den Abschluss eines an Wendungen, Brüchen und vermeintlichen Widersprüchlichkeiten reichen, mehrfach gebrochenen Lebens. In all ihrer Komplexität steht Eichelbaums Lebensgeschichte somit symbolhaft für die Verwicklungen der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert.

# Zwischen Freiheit der Kunst und Zensur. Die Rolle der Frankfurter CDU in der Kontroverse über das Theaterstück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ von Rainer Werner Fassbinder

Bianca Dommès

## Einleitung

Am 31. Oktober 1985 besetzten Mitglieder der Jüdischen Gemeinde die Bühne der Kammerspiele im Frankfurter Schauspielhaus und verhinderten damit die Aufführung des Theaterstücks „Der Müll, die Stadt und der Tod (MüllStadt-Tod)“ von Rainer Werner Fassbinder. Ignatz Bubis, der damalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Frankfurt und Bühnenbesetzer an vorderster Front, hielt das Stück für antisemitisch und hatte nach der Lektüre des Textes im Jahr zuvor den festen Entschluss gefasst, eine Aufführung zu verhindern.<sup>1</sup> Die Bühnenbesetzung stellte den Höhepunkt einer Kontroverse über das Stück dar, die in mehreren Wellen die deutsche Öffentlichkeit beschäftigte. Sie hatte 1976 mit dem Erscheinen des Textes begonnen,<sup>2</sup> war 1984 durch einen Aufführungsversuch des Generalmanagers der Alten Oper Frankfurt, Ulrich Schwab, neu entfacht worden und fand nach der verhinderten Uraufführung am Frankfurter Schauspiel 1985 unter der Intendanz von Günther Rühle sogar Eingang in die „Antisemitismus-Debatte“ des Deutschen Bundestags.<sup>3</sup>

Das Stück, so die Kurzbeschreibung des Verlags, „berichtet vom Aufstieg einer plappernden 50-Mark-Person zur erfolgreichen Lebedame, zur Beichtmutter der High-Society im Underground. Sie gewinnt Einblicke, die schließlich so übermächtig werden, daß sie sie zerstören.“<sup>4</sup> Beschrieben wird eine unschwer als Frankfurt am Main zu identifizierende Stadt, in der die Menschen krank werden, weil Kälte, Gewalt und Ausbeutung das Leben bestimmen. Zu den *dramatis personae* gehören in provozierender Verknüpfung verschiedener Milieus die genannte Prostituierte, ihr Zuhälter und ihre Kolleginnen. Daneben treten ein korrupter Polizeipräsident und zwei Immobilienspekulanten auf, von denen der eine als „Der reiche Jude“ eingeführt wird, während sein Gegenspieler „Hans

---

1 Ignatz Bubis mit Peter Sichrovsky: „Damit bin ich noch längst nicht fertig“. Die Autobiographie. Frankfurt a. M. 1996, S. 137.

2 Rainer Werner Fassbinder: Die bitteren Tränen der Petra von Kant/Das brennende Dorf/ Der Müll, die Stadt und der Tod (edition suhrkamp 803, Stücke 3). Frankfurt a. M. 1976 (Erstausgabe).

3 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenografische Berichte 10. Wahlperiode, 201. Sitzung am 27. Februar 1986, Zusatzpunkt 2 der TO (Aktuelle Stunde), S. 15413–15426.

4 Klappentext der Erstausgabe von Fassbinder: Tränen/Dorf/Müll.

von Gluck“ ebenso wie der als Transvestit auftretende Vater der Prostituierten „Herr Müller“ den Typ eines Nazis verkörpert. Die Kritik am Stück entzündete sich an der Figur des „reichen Juden“ und an den Monologen der beiden Nazi-Figuren. Sie ließ das Stück am Ende weit hinter sich und weitete sich aus „zu einer deutschen Diskussion, in der Fragen der Erinnerung, der Nachwirkung der Verbrechen der Nazi-Zeit, ihrer Verjährbarkeit, der psychischen Belastbarkeit, der Opportunität und der Normalisierung wie des Verhältnisses der Kunst zur Politik behandelt wurden“.<sup>5</sup> So bezieht jede Untersuchung der Fassbinder-Kontroverse ihre Relevanz daraus, dass sie im Forschungskontext der Diskurse über das deutsch-jüdische Zusammenleben in der Bundesrepublik nach 1945 steht. Dabei sind die Ereignisse um die beiden versuchten Uraufführungen von „MüllStadtTod“ der Jahre 1984 und 1985 zeitlich und inhaltlich zwischen der vorangegangenen „Bitburg-Kontroverse“ und dem nachfolgenden „Historikerstreit“ sowie der „Walser-Bubis-Debatte“ einzuordnen.<sup>6</sup> Speziell auf Frankfurt bezogen besteht auch ein Zusammenhang mit der Verleihung des Goethepreises an Ernst Jünger 1982 und – noch der Erforschung harrend – mit dem Konflikt um den Börneplatz 1987, bei dem es um die Zerstörung und Überbauung von Resten des mittelalterlichen Judenghettos ging.

Die Aufführungs- und Wirkungsgeschichte des Stücks zeichnete sich von Beginn an durch ihre besondere politische Qualität aus. Die Auseinandersetzung um das Stück war bereits im politischen Bereich angekommen war, noch ehe dieses überhaupt als Lektüre, geschweige denn in einer Inszenierung allgemein zugänglich war: Der Suhrkamp-Verlag hatte auf einen „Verriss“ des Bühnentextes in der FAZ mit der Verfügung eines Auslieferungsstopps reagiert und die erste Auflage makuliert.<sup>7</sup> Eine im eigentlichen Sinne literatur- oder gar theaterwissenschaftliche Analyse des Stücks in seiner Gesamtanlage oder auch nur eine vollständige textimmanente Interpretation hat hingegen trotz der zeitgeschichtlichen Bedeutung der vom Stück initiierten Diskussion bis heute nicht

5 Günther Rühle: Die Diskussion geht weiter, in: Intendanz des Schauspiels Frankfurt (Hg.): *Der Fall Fassbinder. Dokumentation des Streits um *Der Müll, die Stadt und der Tod**. Frankfurt a. M. 1987 (= Doku II), S. 3.

6 Der Historikerstreit wird zuweilen sogar als Fortsetzung der Fassbinder-Kontroverse mit anderen Mitteln verstanden. Vgl. Rolf Vogt: Rainer Werner Fassbinders „Der Müll, die Stadt und der Tod“ – eine deutsche Seelenlandschaft, in: *Psyche* 49 (1995), S. 309–372, hier 354. Die Thematik sei in beiden Fällen weitgehend die gleiche, im ersten Fall artikuliere sie sich im Medium der Kunst (Schauspiel), im zweiten im Medium der Geschichtswissenschaft. Diese Auffassung stützt auch Micha Brumlik, der in Bitburg die Motive des Historikerstreits vorweggenommen sieht. Vgl. Micha Brumlik: *Das Öffnen der Schleusen. Bitburg und die Rehabilitation des Nationalismus in der Bundesrepublik*, in: Georg M. Hafner/Edmund Jacoby (Hg.): *Die Skandale der Republik*. Frankfurt a. M. 1990, S. 261–274, hier 264.

7 Joachim Fest: *Reicher Jude von links*. Fassbinders Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod“, in: FAZ vom 19. März 1976; Siegfried Unseld: In dieser Form nie wieder, in: *Die Zeit* vom 9. April 1976.

beziehungsweise nur auf bestimmte Einzelaspekte konzentriert stattgefunden.<sup>8</sup> Stattdessen kam es bei der Rezeption des Textes zu einer Fragmentierung des Stücks, bei der ihres Zusammenhangs beraubte Versatzstücke als Beleg für „richtige“ Standpunkte in einem politisch-moralischen Kampf gegen Antisemitismus eingesetzt wurden. Dreh- und Angelpunkt der Konflikte war in allen Phasen Frankfurt am Main. In Frankfurt war die Idee zum Stück entstanden, die Stadt und ihre im Folgenden zu beschreibenden aktuellen Themen hatten Fassbinder, der 1974/75 als Künstlerischer Direktor am Theater am Turm (TAT) wirkte, inspiriert. Hier fanden mehrere Anläufe statt, das Stück aufzuführen, und hier beschäftigte das Thema Gerichte und die Politik. So erscheint es folgerichtig, die Rolle der politischen Parteien vor Ort genauer zu betrachten, zumal die Rolle der Christlich Demokratischen Union (CDU) in diesem Kontext bislang noch nicht eingehend untersucht worden ist. Der Fokus liegt auf der unmittelbar in die Ereignisse involvierten CDU Frankfurt, obgleich auch aus anderen Teilen der Republik einzelne Wortmeldungen aus der Partei zu vernehmen waren und sogar der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl sich nach Absetzung des Stücks zu Wort meldete.<sup>9</sup>

Welche Rolle also spielte die CDU, die seit der Kommunalwahl 1977 mit absoluter Mehrheit die stärkste Fraktion in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung bildete und mit Walter Wallmann den Oberbürgermeister stellte? Den Part der CDU in den Jahren 1984 und 1985 zu beleuchten, bedeutet, die Person Wallmanns, seine Überzeugungen und seine Positionen ins Zentrum der Untersuchung zu stellen, denn die Partei stand im Fassbinder-Konflikt geschlossen hinter ihrem Oberbürgermeister, abweichende Meinungen innerhalb der CDU konnten nicht festgestellt werden.<sup>10</sup> Es ist aber auch umgekehrt zu fragen: Was bedeuteten die Querelen um das Theaterstück, die in die Amtszeit Wallmanns fielen, für ihn und die CDU? Noch 2009, also ein Vierteljahrhundert nach dem Beginn der Ereignisse, bezeichnete Wallmann jene Tage rund um die Bühnenbesetzung als „vielleicht die dramatischsten“ seiner neunjährigen Zeit als Oberbürgermeister Frankfurts.<sup>11</sup>

---

8 Z. B. Peter Menne: Die Dramatisierung eines Romans. Eine vergleichende Untersuchung zu Gerhard Zwerenz: „Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond“ und Rainer Werner Fassbinder: „Der Müll, die Stadt und der Tod“. Aschaffenburg 2018; Wanja Hargens: Der Müll, die Stadt und der Tod. Rainer Werner Fassbinder und ein Stück deutscher Zeitgeschichte. Berlin 2010.

9 Kohl hatte geäußert, er sei „heilfroh“, dass das Fassbinder-Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ vom Spielplan des Frankfurter Schauspiels abgesetzt wurde. dpa-Meldung, zit. nach: Kohl Müll Tod, in: Die Zeit vom 22. November 1985.

10 Vgl. auch Frolinde Balsler: Frankfurt am Main in der Nachkriegszeit und bis 1989, in: Frankfurter Historische Kommission (Hg.): Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen. Sigmaringen 1994, S. 565.

11 Peter Lückemeier: „Das war überhaupt Deine beste Rede“, in: FAZ vom 17. April 2009.

Grundlage der Untersuchung sind die beiden vom Schauspiel Frankfurt herausgegebenen und kommentierten Dokumentationen<sup>12</sup> sowie vor allem archivalische Bestände aus dem Frankfurter Institut für Stadtgeschichte (ISG) und dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung. Persönlich geführte Interviews mit beteiligten Akteuren ergänzen die schriftlichen Quellen, von denen einige hier erstmals ausgewertet werden. Dass ein Teil der bereits bereitgestellten Akten im ISG am Tag der verabredeten Einsichtnahme zum „nicht öffentlichen Archivgut“ erklärt und im ACDP einige Akten zwar eingesehen, aber nicht kopiert werden durften, wirkte sich bei der Recherche umso erschwerender aus, als ohnehin aufgrund der Sperrzeiten viele Akten noch nicht einsehbar sind und gleichzeitig die Generation der in den 1970er- und 1980er-Jahren am Geschehen beteiligten Zeitzeugen allmählich ausstirbt.

### *Die Frankfurter CDU*

Die Kommunalwahl im März 1977 hatte unerwartet einen klaren Sieg der CDU und ihres Kandidaten Walter Wallmann ergeben. Nach über 30 Jahren, in denen die SPD regiert hatte, stellte nun die CDU den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, die zu diesem Zeitpunkt ein geradezu legendär schlechtes Image hatte. Sie war zum Sinnbild einer lebensfeindlichen Stadt geworden und galt als schwer oder gar nicht regierbar – die Erinnerungen an die Studentenunruhen und den Häuserkampf im Frankfurter Westend waren noch präsent. Spitznamen wie „Krankfurt“ oder „Hauptstadt der Kriminalität“ hingen ihr an. Kurz: Die Stadt hatte es „offensichtlich unter den bundesdeutschen Großstädten in der öffentlichen Meinung zu symbolischem Rang gebracht, wann immer vom beispielhaft Schlechten die Rede ist“.<sup>13</sup> So das Fazit einer 1979 von der Stadt beim Institut für Demoskopie Allensbach in Auftrag gegebenen Studie.<sup>14</sup> Auf der Agenda des neuen Oberbürgermeisters stand daher ganz oben, den schlechten Ruf der Stadt zu verbessern und „Frankfurt wieder zu einer lebenswerten Stadt zu machen“.<sup>15</sup> Hier nun sind mit Blick auf das inkriminierte Theaterstück jene drei Handlungsfelder zu betrachten, die das enorme Kollisionspotential des Fassbinder-Stücks aufscheinen lassen.

- 
- 12 Intendanz des Schauspiel Frankfurt (Hg.): Fassbinder ohne Ende. Eine Dokumentation anlässlich der Uraufführung von Rainer Werner Fassbinders Theaterstück *Der Müll, die Stadt und der Tod*. Frankfurt a. M. 1985 (= Doku I); Dies. (Hg.): *Der Fall Fassbinder* (= Doku II).
- 13 Elisabeth Noelle-Neumann anlässlich der Vorstellung der nachfolgend genannten Studie (s. Anmerkung 15), zit. nach: *Ideale Stadt* (Kommentar), in: FAZ vom 10. September 1980.
- 14 Institut für Demoskopie Allensbach: *Frankfurt – Nahbild und Fernbild*. Allensbach 1980.
- 15 Walter Wallmann: *Im Licht der Paulskirche. Memoiren eines Politischen*. Potsdam 2002, S. 117.

Zunächst ist das Frankfurter Rotlichtviertel zu nennen. Es war Wallmanns erklärtes Ziel, Prostitution und organisierte Kriminalität von dort zu verdrängen und der „moralischen Verslumung des Bahnhofsviertels“<sup>16</sup> zu Leibe zu rücken. Hierbei kam es allerdings, wie später aufgedeckt wurde, unter Beteiligung der Stadt zu „einem unvergleichlichen Bauskandal wahrhaft mafioser Dimension“, der nach den beiden beteiligten (jüdischen) Immobilienbesitzern Chaim und Hersch Beker benannten „Beker-Affaire“.<sup>17</sup> Ohne dass hierfür auf weitere Details eingegangen werden müsste, erschließt sich die Ähnlichkeit genau dieser in der Realität vorzufindenden Verbindung von Rotlichtmilieu auf der einen sowie einem jüdischen Immobilienhändler und der Stadt auf der anderen Seite, die das Fassbinder-Stück auf provokant-verstörende Weise aufgreift und die einen wesentlichen Teil seiner Brisanz ausmacht.

Auf einem zweiten Feld wurde Wallmann aktiv: Unter der Prämisse „Kulturpolitik ist für mich ein Ferment der Kommunalpolitik, denn sie gibt unseren Städten ein unverwechselbares Gesicht“<sup>18</sup> wurde in seiner Amtszeit eine Reihe von großen Projekten mit außerordentlichem Nachdruck realisiert. So wurde unter anderem die Ostzeile des Römerbergs nach historischem Vorbild restauriert, das Museumsufer weiter ausgebaut und der bereits beschlossene Wiederaufbau der Opernhaus-Ruine nach seinen Vorstellungen zu einem Ort bürgerlicher (Hoch-) Kultur umgeplant.<sup>19</sup> Dies alles geschah in „kongeniale[r] Zusammenarbeit“<sup>20</sup> mit seinem Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann, mit dem er eng abgestimmt auch die Konflikte um das Fassbinder-Stück managte. Zwar hatte Wallmann bei den verschiedensten Gelegenheiten vom Theater als „künstlerische[m], aber auch künstliche[m] Freiraum für Außenseiter und Non-Konformisten“<sup>21</sup> gesprochen. Die Schwierigkeiten im Umgang mit den Künsten müssten akzeptiert werden, auch wenn Kunst oft Provokation und Ärgernis sei.<sup>22</sup> Kunst und Kultur waren innerhalb seines bürgerlichen Kulturbegriffs jedoch weniger in ihrer „Sperrigkeit“ gefragt,<sup>23</sup> als vielmehr in ihrer Rolle als „werbender Standortfaktor“<sup>24</sup>. Der Einsatz für Kultur wurde von Wallmann durchaus

---

16 Hilmar Hoffmann: Frankfurts Oberbürgermeister 1945–1995. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte der Stadt. Frankfurt a. M. 2012, S. 380 f. Hoffmann verwendet den Begriff der „Säuberung“.

17 Ebd., S. 381 f.

18 Walter Wallmann: Kulturpolitik – Ferment der Kommunalpolitik, in: Ders.: Der Preis des Fortschritts. Beiträge zur politischen Kultur. Stuttgart 1983, S. 260.

19 Walter Wallmann: Kultur im Zeitalter der Massenzivilisation, ebd., S. 263–267.

20 Dem Gemeinwesen dienen. Zum Tod von Walter Wallmann, in: FAZ vom 22. September 2013.

21 Walter Wallmann: „Die Phantasie an die Macht!“. Aktuelle Fragen der Kulturpolitik, in: Ders.: Fortschritt, S. 270.

22 Walter Wallmann: Kunst und Kunstpolitik, ebd., S. 237.

23 Rainer Erd (Hg.): Kulturstadt Frankfurt, Szenen – Institutionen – Positionen. Frankfurt a. M. 1990, S. 272.

24 Hoffmann: Oberbürgermeister, S. 378.

nicht nur als Selbstzweck, sondern darüber hinaus als imagebildende Maßnahme begriffen. Dafür verfügte Frankfurt neben Berlin über den bundesweit höchsten Kulturretat Deutschlands.<sup>25</sup> In diesen Kulturbegriff passte ein Theaterstück nicht so recht, in dem davon gesprochen wird, dass die Stadt die Menschen zu lebenden Leichen macht,<sup>26</sup> in dem Prostituierte und nackte Schwule in Lederkneipen auftreten und in dem nicht nur alter, sondern auch neuer Antisemitismus dargestellt wird. Fassbinder selbst vermutete, dass das Stück als „zu obszön oder brisant“ wahrgenommen wurde.<sup>27</sup> Und Ulrich Schwab brachte dieses Unbehagen ganz komprimiert auf den Punkt: „Für die Frankfurter ‚Hautevolee‘ war das Stück schlicht ‚Schweinkram.‘“<sup>28</sup>

Ein dritter, der wohl wichtigste Bereich, betraf Wallmanns Verhältnis zur Geschichte der Juden in Frankfurt. Wallmann stellte mit zahlreichen Aktivitäten seinen Willen zur Aussöhnung mit der jüdischen Gemeinde unter Beweis. So entstand 1980 die Initiative „Frankfurter Juden besuchen ihre Heimatstadt“. Ebenfalls 1980 wurde der Beschluss zur Einrichtung eines jüdischen Museums gefasst und eine Kommission zur Erforschung der Geschichte der Juden eingerichtet. 1981 schließlich wurde der Vertrag zur Städtepartnerschaft zwischen Frankfurt und Tel Aviv unterzeichnet. In seinen Memoiren<sup>29</sup> finden sich über jeden Zweifel erhabene Schilderungen, dass ihm all diese Projekte Herzensangelegenheiten waren, was selbst von der Opposition anerkennend bemerkt wurde.<sup>30</sup>

Schon bei der in diesem Rahmen nur kursorisch möglichen Betrachtung des kommunalpolitischen Kontextes einerseits und der immensen kulturpolitischen Anstrengungen Wallmanns andererseits wird verständlich, dass die Aufführung dieses Stücks nicht im Sinne Wallmanns und seiner CDU sein konnte: Es thematisierte den Umbau des Frankfurter Westends und dabei die Spekulationstätigkeit jüdischer Immobilienhändler und – als wäre das nicht schon genug – als weiteres Reizthema auch noch das Frankfurter Rotlichtviertel. Dass das Stück darüber hinaus aufgrund des gegen ihn erhobenen Antisemitismus-Vorwurfs geeignet war, die gerade von Wallmann so nachdrücklich geförderten Beziehung zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Bürgern der Stadt atmosphärisch zu stören, bedarf keiner weiteren Erklärung.

25 Carola Scholz: Frankfurt – eine Stadt wird verkauft. Stadtentwicklung und Stadtmarketing – zur Produktion des Standort-Image am Beispiel Frankfurt. Frankfurt a. M. 1989, S. 86.

26 Fassbinder: Tränen/Dorf/Müll, S. 122.

27 Demnächst in Paris an meinem Roman schreiben. Interview, in: Frankfurter Rundschau (FR) vom 6. Juni 1975.

28 Ulrich Schwab, Telefonat mit der Autorin am 28. März 2018.

29 Wallmann: Paulskirche, S. 113.

30 Balsler: Frankfurt, S. 574.

*Die Entstehung der Kontroverse*

Um die hier untersuchten Kontroversen der Jahre 1984 und 1985 um „MüllStadtTod“ verstehen und einordnen zu können, muss zunächst ihr Ursprung betrachtet werden, denn sie entstanden nicht erst im Vorfeld der beiden geplanten Uraufführungen, sondern reichen in ihren Anfängen in die Jahre 1975 und 1976 zurück. Hier schon wurden die Weichen gestellt, mit welchem Fokus das Stück rezipiert wurde, und von hier aus dynamisierte sich die von der CDU in entscheidenden Phasen geprägte Auseinandersetzung bis zur ultimativen Eskalation. Die eine Seite, für die Schauspielregisseur Günther Rühle stand, beharrte darauf, dass nur eine Aufführung für Entspannung und Auflösung der Dissonanzen sorgen könne und die andere Seite, die Jüdische Gemeinde Frankfurt, sah im genauen Gegenteil, nämlich in der Verhinderung der Uraufführung von „MüllStadtTod“ die Ultima Ratio.

Das erste Mal ließ sich die CDU vernehmen, als zu Beginn des Jahres 1975 unüberhörbare Dissonanzen aus dem TAT an die Öffentlichkeit drangen. Zu diesem Zeitpunkt noch in der Opposition, schaltete sie sich umgehend mit einem Fragenkatalog an den Magistrat ein, in dem es neben der Organisationsstruktur des TAT explizit um die Person Fassbinders ging, der mutmaßlich seine Verpflichtungen nicht erfüllte.<sup>31</sup> Im April des gleichen Jahres stellte die CDU einen Dringlichkeitsantrag, die notwendigen rechtlichen und organisatorischen Konsequenzen zu ziehen, wenn seine Arbeit tatsächlich gescheitert sei.<sup>32</sup> Dabei war es ein offenes Geheimnis, dass Fassbinder vor allem im bürgerlichen Lager nicht nur wegen seiner künstlerischen Werke als vielmehr wegen seines exzentrischen Lebenswandels mit erheblichen Vorbehalten gesehen wurde. Am 3. Juni 1975 kündigte Fassbinder fristlos, obwohl er im Mai gerade erst mit den Proben zu „MüllStadtTod“ begonnen hatte. Ob Fassbinders Scheitern am TAT „nur“ einen Summationseffekt der vorangegangenen Querelen darstellte oder ob schon zu diesem Zeitpunkt ein politischer Konsens „hinter den Kulissen“ bestand, Fassbinder zur Kündigung zu provozieren, um damit auch „MüllStadtTod“ zu verhindern, wird im Rahmen einer größeren Arbeit Gegenstand der Untersuchung sein. Die Kündigung wurde von der Stadt jedenfalls auffallend rasch, geradezu erleichtert bestätigt und die Proben auf Weisung des Rechtsträgers des TAT mit sofortiger Wirkung eingestellt.<sup>33</sup> Aus der Berichterstattung über einen Prozess, den die Schauspielerin Margit Carstensen gegen die Stadt führte, ist die Äußerung der verhandelnden Richter überliefert: „Da hat die CDU geschossen, und die Konservativen murmurten.“<sup>34</sup> Tatsache ist, dass der Inhalt des Stücks nach

31 CDU fragt nach TAT-Mitbestimmungsmodell, in: FAZ vom 31. Januar 1975.

32 Für das Theater am Turm „eine sinnvolle Nutzung“, in: FAZ vom 18. April 1975.

33 Theater am Turm, Protokoll der Vollversammlung am 5. Juni 1975, in: ISG, Sign. V18/226 (Frankfurter Bund für Volksbildung, Protokolle Vollversammlungen), S. 279.

34 Fassbinders Maß war der Stadt schon zu voll, in: FAZ vom 29. September 1976.

den ersten Proben auch außerhalb des Theaters bekannt geworden war und „die Stadt von wilden Gerüchten über das Opus schwirrte“<sup>35</sup>. Von einer Schauspielerin wurde hier erstmals, allerdings zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend unbeachtet, der Vorwurf des Eingriffs in die künstlerische Freiheit erhoben, mit dem sich später Wallmann in den Kontroversen um die Aufführungen von 1984 und 1985 konfrontiert sehen sollte.<sup>36</sup>

Zur offenen Skandalisierung des Stücks kam es, von Joachim Fest in der FAZ initiiert, jedoch erst 1976. In der oben erwähnten Rezension belegte er Fassbinder mit dem Vorwurf des „Linksfaschismus“.<sup>37</sup> Zum „Beweis“ seiner Behauptungen platzierte er direkt unter dem Artikel eine zusammenhanglose Aneinanderreihung von Zitaten aus dem Stück, die in ihrer Loslösung von jeglichem Kontext einzig darauf angelegt waren, Abscheu und Entsetzen beim Leser auszulösen und damit Fassbinder als angeblichen Vertreter der antisemitischen Neuen Linken zu diffamieren. Wenn auch Kollegen anderer Zeitungen gegen dieses unseriöse Collage-Verfahren umgehend protestierten und es als „Kurpfuscherei“<sup>38</sup> enttarnten, so war es Fest doch gelungen, das Muster anzulegen, nach dem künftig gegen das Stück argumentiert werden konnte. Darauf wird im Folgenden zurückzukommen sein: In fast identischer Form und mit demselben Argumentationsziel findet sich später eine solche Sammlung von Zitaten in den Reden Wallmanns. Der Topos der „Zensur“ tauchte in dem als Feuilleton-Debatte apostrophierten Streit noch nicht auf, obwohl es faktisch ein Akt der Selbstzensur darstellte, dass der Suhrkamp-Verlag wenige Tage nach dem Verdikt von Fest einen Auslieferungsstopp verfügte.

#### *Der erste Aufführungsversuch 1984*

Die Aufführungspläne von Ulrich Schwab mussten Wallmann und seiner CDU äußerst ungelegen kommen. Im Folgenden sollen daher Strategie und Argumente beleuchtet werden, mit denen die Frankfurter CDU in den Fassbinder-Krisenjahren 1984 und 1985 die Verhinderung einer Aufführung von „MüllStadtTod“ zu erreichen versuchte.

Während die erste nicht zustande gekommene Aufführung des Stücks 1975 zumindest kein hörbares Echo auf der Ebene der Politik ausgelöst hatte, weiteten sich die beiden folgenden Aufführungsversuche 1984 und 1985 zu große-

35 So die Auskunft des damaligen Geschäftsführers des Verlags der Autoren, Dr. Karlheinz Braun, an die Autorin am 8. März 2020; vgl. auch Vorhang zu, in: FAZ vom 25. Juni 1975; Helmut Schmitz: Müllkutscher Fassbinder, in: FR vom 12. März 1976.

36 Fassbinders Maß war der Stadt schon zu voll, in: FAZ vom 29. September 1976.

37 Fest: Reicher Jude von links, in: FAZ vom 19. März 1976.

38 Wolfram Schütte: Hinweis und Einspruch gegen Kurpfuscherei, in: FR vom 26. März 1976.

ren Ekklats unter breiter Beteiligung von Presse und Politik aus.<sup>39</sup> Womöglich ermutigt von der ausgebliebenen negativen Resonanz auf eine von ihm im Rahmen der Frankfurt Feste 1983 veranstaltete Lesung des Theaterstücks<sup>40</sup> plante der erfolgreiche und überaus ambitionierte Generalmanager der Alten Oper Frankfurt, Ulrich Schwab, für das Sommerfestival des Folgejahres unter dem Motto „Tod als Tabu und seine Bewältigung in der Kunst“ eine szenische Realisation des Stücks. Ob vor dem Hintergrund des „Flops“ der Lesung die Behauptung von Wallmanns Kulturdezernenten Hoffmann haltbar ist, dass Schwab aus Gründen der Selbstprofilierung eine Sensation provozieren wollte<sup>41</sup> oder ob es ihm ursprünglich eher darum ging, seine Kompetenzen von der reinen Konzertveranstaltung hin zu Eigenproduktionen von Sprechtheaterstücken zu erweitern, kann dahingestellt bleiben. Am plausibelsten erscheint die Annahme, dass er im Verlauf der Auseinandersetzung mit dem Aufsichtsrat der Alten Oper den Plan entwickelte, die mit dem aufflammenden Streit verbundene weit über Frankfurt hinausreichende Publicity für einen Karrieresprung zu nutzen<sup>42</sup> – ein Kalkül, das aufging: Zu den vielen Ungereimtheiten der Fassbinder-Kontroverse zählt, dass ausgerechnet ein jüdischer Regisseur und Intendant, nämlich Peter Zadek, ihn als Generalmanager ans Schauspielhaus Hamburg holte und dies, obwohl er zu denen gehörte, die das Stück für antisemitisch hielten.<sup>43</sup> Nachdem ein persönliches Gespräch zwischen Wallmann und Schwab zu keinem Konsens geführt hatte, steuerte Schwab jedenfalls zielsicher in eine offene Konfrontation mit dem Oberbürgermeister und dessen Kulturdezernenten und legte es bewusst auf einen Machtkampf an. Eine ursprünglich angedachte Koproduktion mit dem Schauspiel war laut Schwab zwar von Hoffmann genehmigt, aber aufgrund von Terminproblemen gescheitert.<sup>44</sup> Heiko Holefleisch, der spätere Dramaturg des Stücks, präsentiert zu diesem Sachverhalt allerdings eine andere Sichtweise, die durchaus glaubwürdig erscheint und bereits auf das nächste Kapitel der Kontroverse vorausweist: Das Schauspielhaus unter der Leitung von Adolf Dresen habe sich an einer Koproduktion mit der AOF aus prinzipiellen Grün-

---

39 Es gab zwischen 1975 und 1984 eine Reihe weiterer Ankündigungen der jeweils amtierenden Schauspielregisseure, die aber nie in das Stadium konkreter Planung eintraten und hier deshalb nicht betrachtet werden.

40 Die Kultfigur. Frankfurter Fassbinder-Memorial, in: FR vom 13. Juni 1983.

41 Das Stück, der Manager und der Dezernent: Streit über Zensur und Freiheit der Kunst. Fassbinder-Aufführung vielleicht im U-Bahnhof Alte Oper, in: FAZ vom 5. Juli 1984.

42 Vgl. Verschiebungen, in: FR vom 6. Juli 1984; Telefonat mit Ulrich Schwab mit der Autorin am 28. März 2018.

43 Peter Zadek zum Frankfurter Streit um Fassbinder, Leserbrief, in: Die Zeit vom 12. September 1985.

44 Streit im Bühnennebel. Der Kommentar, in: FAZ vom 5. Juli 1984.

den nicht beteiligen wollen, und auch, um sich die Möglichkeit einer eigenen Uraufführung offen zu halten.<sup>45</sup>

Mit dem Entschluss, die Produktion im Alleingang vom 30. August bis 9. September 1984 im Rohbau des U-Bahnschachts der Station Alte Oper mit einem hochkarätig besetzten Ensemble zu realisieren, hatte sich Schwab formal jedoch in eine angreifbare Position manövriert. Am 29. Mai fand unter dem Vorsitz von Wallmann ein Treffen des Aufsichtsrats der AOF zur Frage statt, ob Schwab zu einer Theaterproduktion grundsätzlich überhaupt berechtigt sei. Ergebnis der Sitzung war, dass Schwab aufgefordert wurde, das Stück abzusetzen.<sup>46</sup> Eine weitere Sitzung des Aufsichtsrats fand am 29. Juni statt. Nach dreistündiger Sitzung wurde der Beschluss vom 10. Mai 1981 nochmals gefasst, wonach der AOF untersagt war, eigene Theater-Produktionen auf die Bühne zu bringen. Dieses Procedere wurde vorsorglich von einem Rechtsgutachten flankiert.<sup>47</sup> Dass ein bereits existierender Beschluss „sicherheitshalber“ ein zweites Mal gefasst wurde, ist bemerkenswert und stützt bei genauer Betrachtung die Sichtweise Schwabs, dass es sich bei dem fraglichen Schriftstück aus dem Jahr 1981 doch eher um eine „Empfehlung“ gehandelt haben müsse, denn in den vorangegangenen Jahren waren entsprechende Produktionen unbeanstandet „über die Bühne“ gegangen.<sup>48</sup> Im Übrigen stellt sich die Frage, warum die schon länger strittige Frage nach Abgrenzung von Kompetenzen zwischen Schauspiel und AOF nicht in einem sachlichen Gespräch mit dem Generalmanager und sinnvollerweise auch den Beteiligten vom Schauspiel erörtert wurde, sondern die Angelegenheit gleich auf die juristische Ebene gehoben und vorsorglich „wasserdicht“ gemacht wurde. Von der Presse wurde – unabhängig von den unterschiedlichen Auffassungen von Nutzen oder Schaden einer Aufführung von „MüllStadtTod“ – diese Begründung mehrheitlich als „scheinheilige Formalie“<sup>49</sup> kritisiert und die „scheinheilige Entrüstung“<sup>50</sup> über das Handeln Schwabs moniert. Der Verband deutscher Schriftsteller beschloss eine Presseerklärung mit folgenden Worten: „Es wäre besser, die Frankfurter Politiker hätten den Anlaß genutzt, eine offene Diskussion über Stadtzerstörung und den zweifelsfrei vor-

45 Heiko Holefleisch: „Das Glück ist nicht immer lustig.“ Publizistisches Echo auf ein brisantes Zeitstück, in: TheaterZeitSchrift, 14/1985, S. 110. Diese Auffassung stützten auch Peter Iden und Josef Oehrlein, vgl. Die notwendige Zumutung. An Fassbinders „Der Müll, die Stadt und der Tod“ kommt die Stadt nicht vorbei, in: FR vom 3. Juli 1984 sowie Bühnennebel, in: FAZ vom 5. Juli 1984.

46 Aufsichtsrat will ein Fassbinderstück absetzen, in: FR vom 2. Juli 1984.

47 Bühnennebel, in: FAZ 5. Juli 1984.

48 Vgl. auch ISG (Hg.): 1880–2005 – Mehr als Musik – 125 Jahre Alte Oper. Frankfurt a. M. 2005, S. 79.

49 Die Stadt, die Zensur und der Müll, in: Frankfurter Neue Presse (FNP) vom 3. Juli 1984 (Doku I), S. 57.

50 Schatten der Häuser, in: FR vom 8. September 1984 (Doku II), S. 66 f.

handenen Rassismus und Antisemitismus in Teilen der Bevölkerung zu suchen, statt mit der deutschen Sitte des Verbietens und Verschweigens zu reagieren.<sup>51</sup>

So verwundert nicht, dass der inzwischen kühn pokernde Schwab diese Vorlage nutzte und im nächsten Schritt „die Vokabel ‚Zensur‘ fröhlich ins Freie flattern ließ.“<sup>52</sup> Er, der von Anfang an die Auseinandersetzung gezielt unter Einbezug der Presse austrug, machte den Begriff der Zensur zum zentralen Topos.

Nun schalteten sich die GRÜNEN mit einem Dringlichkeitsantrag zur Ermöglichung der Uraufführung ein.<sup>53</sup> Er wurde Gegenstand einer in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 5. Juli bis weit nach Mitternacht „engagiert und mit großem Ernst geführten Debatte“.<sup>54</sup> Am Tag der Sitzung titelte die FAZ „Streit über Zensur und Freiheit der Kunst“<sup>55</sup> und formulierte damit die beiden Leitbegriffe. Die grünen Stadtverordneten Jutta Ditfurth und Manfred Zieran bezichtigten den Oberbürgermeister rundheraus der Zensur und sprachen darüber hinaus von einer „opportunistischen Haltung gegenüber der Jüdischen Gemeinde“. Das „Leid von damals“ könne nicht dazu genutzt werden, die Freiheit der Kunst einzuschränken.<sup>56</sup> Und die Unterdrückung der Kunst sei zur Bekämpfung des Antisemitismus ohnehin ein prinzipiell untaugliches Mittel.<sup>57</sup> Aber nicht nur die GRÜNEN praktizierten heftige Opposition, sondern auch die SPD wartete auf eine Gelegenheit, sich zu profilieren. Es wäre für sie sicherlich „acht Monate vor der Kommunalwahl ein politischer Leckerbissen gewesen, den Oberbürgermeister dabei ertappt zu haben, daß er, angetan mit einem liberalen Mäntelchen, die Aufführung von Theaterstücken hier untersage“.<sup>58</sup> Wallmann musste sich maßlos provoziert fühlen: Ausgerechnet ihm, der bereits in seiner Antrittsrede die „liberale Erneuerung“<sup>59</sup> zum zentralen Credo gemacht und sich immer wieder bei den verschiedensten Anlässen dafür ausgesprochen hatte, dass „die Politiker Freiräume für Künstler“ zu schaffen hätten,<sup>60</sup> wurde ein Angriff auf die Freiheit der Kunst unterstellt. So hatte er sich trotz schwerer Erkrankung an den Sitzungsort begeben, um höchstpersönlich diesen Vorwürfen in einer streckenweise sehr emotionalen Grundsatzrede Paroli zu bie-

51 Zit. nach: Holefleisch: Das Glück, S. 108.

52 Kleinkrieg, in: FAZ vom 6. Juli 1984.

53 Antrag der Grünen vom 5. Juli 1984, in: Akte Presseberichte MST (ISG Sign. S4c/361).

54 Politisch instinktlos (Kommentar), in: FAZ vom 7. Juli 1984.

55 Das Stück, der Manager und der Dezernent, in: FAZ vom 5. Juli 1984.

56 Positionen, in: FAZ vom 7. Juli 1984 (Doku I), S. 55.

57 Rupert von Plottnitz: Von Fassbindern, Wallmännern und anderen unbewältigten Gegenwarten, in: Pflasterstrand, Juli 1984 (Doku I), S. 58 f.

58 Politisch instinktlos, in: FAZ vom 7. Juli 1984.

59 Z. B. Walter Wallmann: Verantwortung für alle Bürger – Antrittsrede als Oberbürgermeister vor der Stadtverordnetenversammlung am 15. Juni 1977, in: Wallmann: Fortschritt, S. 65–78, hier 68.

60 Ebd., S. 73.

ten. Diese Rede<sup>61</sup> muss als Kernstück der 1984er-Debatte betrachtet werden, weil sie nicht nur seine eigene Position gegen eine Aufführung benennt, sondern sich argumentativ detailliert an der Gegenposition abarbeitet. Wallmann kommt nach einigen einleitenden Sätzen unmittelbar zum Vorwurf der Zensur, den er scharf zurückweist und unterstreicht, dass es bei der Entscheidung zur Absetzung um ein reines Kompetenzproblem gegangen sei, das, wie er mehrfach variiert wiederholt, mit dem Stück überhaupt nichts zu tun gehabt habe. Acht Mal bemüht er in seiner Rede den Topos von der „Freiheit der Kunst“. Diese Freiheit sei keinesfalls verletzt worden. Noch bevor er auf das Stück und den mit ihm verbundenen Antisemitismus-Vorwurf eingeht, nimmt er Stellung zum Vorwurf der „opportunistischen Haltung gegenüber der jüdischen Gemeinde“.<sup>62</sup>

Bemerkenswert ist an den entsprechen Passagen der Rede, wie minutiös Wallmann schildert, dass er ein Protestschreiben der jüdischen Gemeinde erst am Ende der fraglichen Sitzung erhalten habe und schon deshalb bei seiner Entscheidung keinen Pressionen hätte ausgesetzt sein können. An späterer Stelle erweitert er seine Einlassung dahingehend, dass nicht nur er, sondern überhaupt kein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats beeinflusst worden sei. Und ein drittes Mal geht er auf den Vorwurf der Pression seitens der Jüdischen Gemeinde ein, indem er auch den Kulturdezernenten vor Angriffen in Schutz nimmt. Dieser habe nicht aus Angst seine Position eingenommen. Er, Wallmann, habe die Freiheit, seine Meinung über das Fassbinder-Stück zu sagen. Er beanspruche jedoch nicht, dass seine Meinung von jedem zu übernehmen sei. Offenbar war die Meinungsbildung zur Opportunität einer Aufführung des Stücks noch nicht so weit verfestigt, dass er es bei einer bloßen Feststellung seiner Auffassung hätte belassen können, sondern eine Rechtfertigung nötig erschien. Gleichzeitig erklärt er zweimal fast wortgleich: „Zu dieser Aufführung wird es meine Zustimmung nicht geben.“ Relativiert wird diese Aussage durch die Feststellung, dass dieses Stück, wenn überhaupt, dann nur innerhalb eines „besonderen ästhetischen Umfelds“ und mit „aller-, allergrößter Sorgfalt“ aufgeführt werden könne. Darunter verstand Wallmann, wie sein Kulturdezernent nach ihm ergänzend ausführte, eine professionelle Vor- und Nachbereitung ausdrücklich im Schauspielhaus. In einem langen Exkurs beschreibt Wallmann die Verdienste jüdischer Bürger in der Geschichte der Stadt und leitet aus der deutschen Schuld eine historische Verantwortung und

61 Die im folgenden Absatz wiedergegebenen direkten und indirekten Zitate Wallmanns entstammen ausnahmslos seiner Rede vor der Stadtverordnetenversammlung am 5. Juli 1984, in: ACDP Bestand Walter Wallmann 01-742-092/3, S. 262–283.

62 Diese von den GRÜNEN geäußerte Behauptung war unter anderem vom in der Frankfurter Kulturszene einflussreichen und gut vernetzten Theaterkritiker Peter Iden unterstützt worden, der davon sprach, dass ein Vetorecht keiner Gruppe zugestanden werden dürfe und der so weit ging, vom „Druck des seinerseits von der jüdischen Gemeinde beeinflussten Magistrats“ zu schreiben, vgl. Zumutung, in: FR vom 3. Juli 1984.

die Pflicht zur besonderen Rücksichtnahme ab. Zum Beleg für die „eindeutigen Aussagen“ des Stücks zitiert er nach dem von Joachim Fest eingeführten Verfahren die aus dem Zusammenhang genommene Figurenrede des als Nazi-Figur konzipierten Hans von Gluck, in der dieser seiner Rolle entsprechend in Nazi-Manier über „den Juden“ sinniert. Fassbinder zeichne einen Juden als Negativfigur in einem Umfeld von Zuhältern, Huren, korrupten, zweimal Morde veruschelnden Polizeibeamten, Homosexuellen, Transvestiten, Schlägern. Ohne Überleitung folgert er aus der Schilderung dieses Milieus, dass man da doch nicht sagen könne, Fassbinder sei kein Antisemit und wolle doch keine antisemitischen Vorstellungen verbreiten. Der Eindruck ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass die hier versuchte Ableitung des antisemitischen Charakters des Stücks an dieser Stelle nicht recht passt, denn das Setting einer jüdischen Figur im geschilderten Milieu ist sicher noch nicht als antisemitische Aussage zu werten. Mehrfach widmet sich Wallmann mit eindringlichen Mahnungen der befürchteten Außenwirkung des Stücks. Es müsse bedacht werden, worüber in der Welt (sic!) über diese Stadt geredet werde. Er spricht von Rufschädigung und kündigt Konsequenzen gegenüber Schwab an. Wallmann traute dem Argument der Schwabschen Kompetenzüberschreitung augenscheinlich selbst nicht recht, denn sonst wären derart umfangreiche inhaltliche Einlassungen bezüglich „MüllStadtTod“ im Hinblick auf die beabsichtigte Kündigung Schwabs gar nicht erforderlich gewesen. Dass außerdem die ausführlichen wörtlichen Zitate genau die Textstellen ins Licht der Öffentlichkeit rückten, deren Verbreitung doch gerade verhindert werden sollten, stützt eine Vermutung, die in anderem Rahmen weiter untersucht werden wird: Die Schlussfolgerung, das Stück von Fassbinder sei antisemitisch, erfüllte vor allem die Funktion, den eigenen Protest gegen Antisemitismus sichtbar zu machen.

Sechs Tage vor der Entlassung Schwabs hatte man in der Zeitung lesen können, dass dieser entgegen der Weisung des Aufsichtsrats seinen Plan der Aufführung gar nicht aufgegeben hatte. Er hatte lediglich die Rolle des Veranstalters an das Renaissance-Theater Berlin abgegeben, das bereits probte.<sup>63</sup> Dass Schwab eine Zusicherung gegeben hatte, das Stück nicht in der Alten Oper beziehungsweise im noch nicht fertig gestellten U-Bahnhof im Rahmen der Frankfurt Feste aufführen zu lassen, während er ohne Absprache mit dem Aufsichtsrat bereits Verträge mit dem Regisseur Volker Spengler, dem Dramaturgen Heiner Müller und den Schauspielern geschlossen hatte, ließ das Vertrauensverhältnis zwischen Stadt und Generalmanager endgültig zerrüttet erscheinen. Am 11. Juli 1984 wurde Schwab unter Berufung auf den erwähnten Beschluss aus dem Jahr 1981<sup>64</sup>

---

63 Spenglers Schauspieltruppe fühlt sich von der Stadt erpresst, in: FR vom 27. Juli 1984.

64 Diese Akte war im ISG nicht einsehbar, der Wortlaut des Beschlusses konnte daher nicht überprüft werden.

und im Übrigen unter lautem Protest der Beschäftigten<sup>65</sup> fristlos entlassen. Wie groß die Unsicherheit war, ob dieses Vorgehen in einer arbeitsrechtlichen Auseinandersetzung durchgestanden hätte, lässt sich daran ablesen, dass Schwab eine hohe Abfindung erhielt. Alexander Gauland, damals persönlicher Referent Wallmanns, lieferte schließlich noch eine zusätzliche Begründung, dass es sich nämlich um eine „längerfristige sachliche Differenz [gehandelt habe], die nur an dem Fassbinderstück virulent geworden“ sei.<sup>66</sup>

Nachdem die Gefahr der Aufführung durch den Schachzug Schwabs immer noch nicht gebannt war, versuchte die Stadt mit Sicherheitsbedenken gegen den Aufführungsort zu argumentieren.<sup>67</sup> Aber als die Schauspieler ankündigten, notfalls auch in einem Zelt zu spielen, beendete die Stadt den Kompetenzkampf endgültig zu ihren Gunsten, indem sie den Schauspielern die Gagen in Höhe von 370.000 DM ausbezahlte. Die Bedingung war, dass sie „in keiner Form“<sup>68</sup> bis mindestens 30. März 1985, also bis nach der anstehenden Kommunalwahl, in Frankfurt und Umgebung mit dem Stück auftreten durften. Zum Vorwurf der Zensur kam nun noch der einer „Erpressung“.<sup>69</sup> Wallmann hatte zwar sein Ziel erreicht, dass das Stück nicht aufgeführt wurde, aber es war Schwab gelungen, die Kündigungsbegründung als vorgeschoben zu enttarnen. Bei der Vorstellung von Schwabs Nachfolger, Rudolf Sailer, betonten Wallmann und Hoffmann nochmals, dass Schwab nicht entlassen worden sei, weil er das umstrittene Theaterstück habe aufführen wollen, sondern wegen der äußeren Umstände im Zusammenhang damit.<sup>70</sup> Der amtierende Schauspielerektor hätte das Stück aufführen können, denn eine Zensur finde nicht statt. Dieser nachdrückliche und anlässlich der Amtseinführung von Schwabs Nachfolger eher unpassende Hinweis belegt den Rechtfertigungsdruck, der sich in der Öffentlichkeit aufgebaut hatte und die Altlast für die kommenden Auseinandersetzungen bildete.<sup>71</sup> Die Verhinderung des Stücks ließ sich Wallmann viel kosten: die Alte Oper hatte ihren anerkannt erfolgreichen Generalmanager verloren, eine hohe Abfindung und Gagen für eine nicht erbrachte Leistung waren gezahlt worden, und er hatte – weil dies alles gar zu durchsichtig war – den Vorwurf der Zensur auf sich geladen. Mit Wanja Hargens ist abschließend zu konstatieren, dass die Aufführung zwar ohne direkte Zensur verhindert wurde, dass allerdings von zensurähnlichen Umständen gesprochen werden kann.<sup>72</sup>

65 Wir schämen uns für Ihr Verhalten, in: FAZ vom 17. Juli 1984.

66 Frankfurt steht vor einem Kultur-Eklat, in: FNP vom 5. Juli 1984.

67 Müll-Abfuhr, in: Der Spiegel vom 9. Juli 1984.

68 Spenglers Schauspieltruppe fühlt sich von der Stadt erpresst, in: FR vom 27. Juli 1984.

69 Ebd.

70 Wallmann und Hoffmann: Nicht wegen Fassbinder, in: FR vom 29. September 1984.

71 Auch anlässlich der Bekanntgabe von Günther Rühle als neuem Intendanten versicherte Hoffmann noch einmal ausdrücklich, Rühle werde „absolut autonom“ arbeiten können, vgl. Günther Rühle neuer Schauspielchef, in: FAZ vom 9. November 1984.

72 Hargens: Müll, S. 106.

*Der zweite Aufführungsversuch 1985*

Wallmann hatte sich auf ein eindeutiges Bekenntnis zur Freiheit der Kunst und gegen jegliche Zensur festgelegt – allerdings nicht ahnend, dass das Thema bereits im Folgejahr wieder virulent und zur noch viel größeren Herausforderung für ihn werden würde. Ende 1984 war der renommierte Theaterkritiker und Feuilletonchef der FAZ, Günther Rühle, von der Stadt gebeten worden, die Intendanz des Schauspiels Frankfurt zu übernehmen. Die Amtsübernahme fiel in eine Zeit, in der sich das Kulturklima der Stadt durch die Auseinandersetzungen um Ulrich Schwab rapide verschlechtert hatte, worüber die Presse auch überregional berichtete.<sup>73</sup> Der Zensur-Vorwurf stand im Raum und harrte der Widerlegung. Rühle hatte ihn quasi als Anfangshypothek geerbt. So war es folgerichtig, dass er das Schauspiel in der Pflicht sah, nun endlich eine Aufführung zu realisieren, weil „die sich als liberal verstehende Stadt Frankfurt herunter müsse vom Vorwurf der Zensur. [...] Frankfurt und das Frankfurter Theater hätten sich dem Stück verantwortungsvoll zu stellen.“<sup>74</sup> Er konnte sich zu diesem Zeitpunkt an Wallmanns Seite wähen, der im Vorjahr in seiner Rede genau diese Auffassung angelegt hatte. Sie war von Hoffmann dahingehend konkretisiert worden, dass nämlich „eine Aufführung nur in einem für die Bühnenkunst professionell ausgewiesenen Schauspielhaus in Szene gesetzt werden sollte“.<sup>75</sup> Und Rühle hatte – durchaus nicht im Widerspruch dazu, dass er den „Kunstwert“<sup>76</sup> nicht hoch ansetzte – schon 1984 in einer Rezension die Auffassung vertreten, dass der „Rumor“<sup>77</sup>, den das Stück mache, nur durch eine Aufführung beseitigt werden könne. Rühles Entscheidung, das Stück auf den Spielplan zu setzen, kam also entgegen der bislang in der Forschung vertretenen Meinung nicht überraschend,<sup>78</sup> sondern war schlicht der nächste Schritt, der sich logisch aus dem bisherigen Verlauf der Ereignisse ergab. Er war deshalb von ihm frühzeitig in den Gesprächen, die seiner Einstellung vorausgingen, thematisiert worden. Wie Rühle seinem Tagebuch anvertraute, hatte er in einer Runde mit Wallmann, Gauland und Hoffmann ausdrücklich die Frage nach dem Fassbinderstück gestellt. Es habe zwar keine Begeisterung gegeben, aber auch keine Einwände.<sup>79</sup> Diesen Ansatz der Interpretation stützt im Übrigen quasi nebenbei auch die Berichterstattung der Presse über die Vorstellung des ersten Spielplans von Rühle im

73 Klima der Zensur?, in: Deutsches Sonntagsblatt vom 27. Oktober 1985.

74 Neue Schauspieler, neue Regisseure, neue Stücke, in: FAZ vom 23. April 1985.

75 Rede Hilmar Hoffmanns in der Stadtverordnetenversammlung vom 5. Juli 1984, in: ACDP 01-742-092/3, S. 292.

76 Kleinkrieg, in: FAZ vom 6. Juli 1984.

77 Ebd.

78 Vgl. unter anderem Hargens: Müll, S. 108; Janusz Bodek: Die Fassbinder-Kontroversen. Entstehung und Wirkung eines literarischen Textes. Frankfurt a. M. 1991.

79 Unveröffentlichte Tagebuchblätter von Günther Rühle, Eintrag vom 17. Juni 1985 (Kopien im Besitz der Verfasserin).

April 1985: „Natürlich [sic!] durfte bei der Vorstellung der neuen Künstler und des Spielplans nicht die delikate Frage nach dem Frankfurt-Stück fehlen.“<sup>80</sup>

Am 30. Mai richtete Hoffmann in Wallmanns Auftrag ein Schreiben an Rühle.<sup>81</sup> Indem er verwaltungstechnisch gesprochen einen „Vorgang“ anlegte, erstellte er vorsorglich den Nachweis seines „engagierten Versuch[s]“, wie er sein Schreiben bezeichnet, Rühle davon abzubringen, das Stück schon in der ersten Spielzeit in den Spielplan aufzunehmen. Das Problem bestehe darin, dass die von Wallmann und ihm zu diesem Zweck geltend gemachten Gründe nun nicht mehr in Ansatz zu bringen seien. Weder der unpassende Kontext der Frankfurt Feste noch die künstlerische Qualität könnten gegenüber dem Schauspiel in die Waagschale geworfen werden. Als Gründe blieben die heftigen Proteste der Jüdischen Gemeinde übrig, die Dr. Wallmann und er so nicht erwartet hatten. Das Schreiben sei jedoch nicht der Versuch, Zensur zu üben und in die Autonomie des Schauspiels einzugreifen. Eingriffe durch Magistratsbeschlüsse seien nicht zu erwarten.<sup>82</sup>

Dieses Schreiben macht aus dem Verdacht die Gewissheit, dass es im Vorjahr tatsächlich ausschließlich darum gegangen war, das Stück zu verhindern.

Rühle antwortete postwendend am 4. Juni und gab zu bedenken, dass er sich die Mühsal mit dem Stück nicht ausgesucht habe, sie sei auf sein Amt gekommen. Er erinnerte daran, dass es viele Leute gebe, die den Vorwurf Schwabs, hier sei Zensur geübt worden, nur zu gerne aufgriffen und verbreiteten. Eine Aufführung würde auch dieser „Rufverschmutzung“ den Boden entziehen.<sup>83</sup> Nachdem der Vorstoß von Hoffmann nicht erfolgreich war, wurde Rühle am 13. Juni zu einem Gespräch beim Stadtverordneten Hans Dieter Kirchholtes (CDU) eingeladen, bei dem auch Moshe Hess als Vertreter der jüdischen Seite anwesend war. Hier wurde wiederum versucht, auf Rühle Einfluss zu nehmen.<sup>84</sup> Einen Tag später, am 14. Juni, erfuhr Rühle von Hoffmann, dass Wallmann sehr ungehalten und enttäuscht von Rühle sei. Er werde versuchen, die Aufführung mit allen Mitteln zu verhindern. Verbunden wurde diese Ankündigung laut Rühle mit der Drohung: „Wenn das Stück dennoch aufgeführt würde, liefe im Theater nichts mehr.“<sup>85</sup>

Die Versuche, die Pläne zur Aufführung im Vorfeld hinter verschlossenen Türen zu vereiteln, hatten also keinen Erfolg gezeigt. Nun verlagerte sich das Tauziehen um die Absetzung der Aufführung in die Öffentlichkeit. Zunächst

80 Neue Schauspieler, in: FAZ vom 23. April 1985.

81 Schreiben Hilmar Hoffmann an Dr. Günther Rühle vom 20. Mai 1985, in: ISG Akte Kulturdezernat, Sign. 68.

82 Ebd.

83 Günther Rühle Schreiben an Hilmar Hoffmann vom 4. Juli 1985, in: ISG Akte Kulturdezernat, Sign. 68.

84 Tagebuchblätter Rühle, 15. Juni 1985.

85 Ebd.

war die CDU-Fraktion erfolglos bei Rühle vorstellig geworden.<sup>86</sup> In einem nächsten Schritt brachte die CDU am 28. August einen Dringlichkeitsantrag in der Stadtverordnetenversammlung ein, der ihr prompt den erneuten Zensurvorwurf, diesmal von Seiten der SPD, einbrachte.<sup>87</sup> Am 12. September wurde darüber abgestimmt, die Aufführungsabsicht des Schauspielers zu missbilligen und an Rühle zu appellieren, auf die Aufführung zu verzichten.<sup>88</sup> Die Debatte ergab nach dreistündiger Dauer und namentlicher Abstimmung mit den Stimmen der CDU eine Mehrheit für den Antrag. Jetzt wurde die schwierige Situation der CDU immer deutlicher: 1984 konnte die Position der Ablehnung von Zensur noch uneingeschränkt vertreten werden, ohne dass Wallmann hätte Farbe bekennen müssen, ob er im Ernstfall denn wirklich in letzter Konsequenz gegen jede Zensur die Aufführung des Theaterstücks ermöglicht hätte. Nun aber war kein formaler Kunstgriff, wie ihn die Kündigung Schwabs darstellte, mehr möglich, um das Stück zu verhindern. Wallmanns Rede war wesentlich kürzer und prägnanter als seine Rede am gleichen Ort ein Jahr zuvor.<sup>89</sup> Vor ihm hatten zwei Mitglieder der Opposition, Tom Koenigs und Manon Tuckfeldt von den GRÜNEN, gesprochen: Die Stadtverordnetenversammlung solle nicht drängen und nicht zwingen und auch nicht bestimmen, wann eine Diskussion zu Ende sei und wann niemand mehr bereit sein könne, noch etwas zu lernen. Wallmann sei schließlich verantwortlich für die Ehrung von Ernst Jünger, eines Militaristen und radikalen Antisemiten,<sup>90</sup> und wolle hier lediglich ein Stück Frankfurter Geschichte – gemeint waren der Häuserkampf im Westend und die Problematik des Bahnhofsviertels – verdrängen. Darauf reagierte Wallmann, indem er wiederum differenzierte zwischen seiner Einschätzung als „Bürger“, der das Recht habe, seine „freie Meinung zu sagen“, nämlich die, dass er das Stück für schlecht halte und seiner Pflicht, „in Verantwortung zu prüfen, was in der gegebenen Situation [...] nach Recht, Gesetz und Verfassung ist“. Wie im Vorjahr bestritt er den Vorwurf der Pression und kam dann an mehreren Stellen seiner Rede auf den Vorwurf der Zensur zu sprechen: „Wir haben aus nationalsozialistischer Gewaltherrschaft auch eine andere Lehre ziehen müssen: Zensur zerstört die Geistesfreiheit und damit zugleich die politische Freiheit eines demokratischen Gemeinwesens. Gerade damit aber würde auch unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern Freiheit und Sicherheit genommen.“

---

86 Schreiben der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 7. August 1985, in: Doku I, S. 108.

87 Stellungnahme der SPD vom 4. September 1985, in: ISG, Akte A.04, Sign. 68 (Dezernate).

88 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 28. August 1985, Betr.: Vorgesehene Aufführung des Theaterstücks von R.W. Faß(!sic!)binder „Der Müll, die Stadt und der Tod“ an den Städtischen Bühnen, in: Doku I, S. 85.

89 Rede Wallmanns in der Stadtverordnetenversammlung am 12. September 1985, in: ACDP 01-742-092/3, S. 141–145.

90 Hier wird angespielt auf die Verleihung des Frankfurter Goethepreises an Ernst Jünger im Jahr 1982.

Eine neue Wendung nahm seine Argumentation, als er die Rolle des Schauspielers benannte. Hier offenbarte er, wie er den Ausweg aus seinem Dilemma zu gestalten beabsichtigte. Indem er die Verantwortung für die Aufführung und mögliche Folgen vollständig und ohne ihn seiner Unterstützung zu versichern an Rühle übertrug, konnte er seiner Festlegung, unter ihm werde es keine Zensur geben, treu bleiben: „Heute stelle ich hier nur fest, ganz bewußt, der Schauspieldirektor der Städtischen Bühnen entscheidet in alleiniger Verantwortung über den Spielplan. Er allein. Niemand kann ihm diese Verantwortung abnehmen. Auch ich nicht. Eine völlig andere Rechtslage als im Falle der Alten Oper.“

Tom Koenigs bescheinigte Wallmann, er sei wie immer „über den Wassern“ gewandelt. Nur einmal sei seine Stimme aus Empörung über „soviel Schmutz“ umgeschlagen, nämlich als er über „den Juden“ als Negativfigur schlechthin in einem Umfeld von Zuhältern, Dirnen, Korrupten, Morde vertuschenden Polizeibeamten, Homosexuellen, Transvestiten und Schlägern gesprochen habe.<sup>91</sup> Es handelte sich fast wortgleich um dieselbe markante Stelle, von der aus er im Jahr zuvor den Antisemitismus-Vorwurf gegenüber dem Stück begründet hatte. In der Presse findet sich als Interpretation von Wallmanns Rede verschiedentlich die Spekulation, dass vor allem die Frankfurter Westendthematik nicht diskutiert werden sollte.<sup>92</sup>

Trotz der Dissonanzen in Bezug auf das Fassbinder-Stück bemühten sich die CDU einerseits und die Jüdische Gemeinde andererseits sehr darum, positive Signale zu senden. In der gleichen Sitzung, unter dem direkt folgenden Tagesordnungspunkt, wurde berichtet, dass Wallmann am Tag zuvor das von der jüdischen Gemeinde Frankfurt zum ersten Mal verliehene Ehrensiegel in Silber für sein aktives Eintreten zur Versöhnung und Verständigung zwischen Juden und Christen erhalten habe. Und die CDU stellte den Antrag, im Haushalt des kommenden Jahres für eine Grünanlage rund um das Frankfurt-Center in Tel Aviv den Betrag von 600.000 DM zur Verfügung zu stellen, um der freundschaftlichen Verbundenheit zwischen den Städten Tel Aviv und Frankfurt Ausdruck zu verleihen.<sup>93</sup> Am Ende der Sitzung empfahl der Stadtverordnete Hans-Ulrich Korenke (CDU) – ein absolutes Novum – die Teilnahme an einer geplanten Demonstration gegen die Aufführung. Wallmann erklärte, dass er die Aufführung „unter gar keinen Umständen“<sup>94</sup> besuchen werde, wozu sein persönlicher Referent Gauland jedoch später die Begründung nachschob, dies

91 Zit. nach: Der Jude von Frankfurt, in: Die Zeit vom 1. November 1985.

92 So unter anderem Holger Fuss: Sind Juden niemals böse?, in: Vorwärts vom 28. September 1985 (Doku I, S. 96); Werner Petermann: Die Gräben vertieft?, in: FR vom 25. September 1985 (Doku I, S. 100); Boike Jacobs: Die Katze ist aus dem Sack, in: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung vom 4. Oktober 1985 (Doku I, S. 103).

93 Die CDU will nicht den Kopf des Intendanten fordern, in: FAZ vom 13. November 1985.

94 Wallmann: Das muss Herr Rühle verantworten, in: FNP vom 26. Juli 1985.

habe nichts mit einem Boykott zu tun, sondern Wallmann sei wegen anderer dienstlicher Aufgaben verhindert.<sup>95</sup>

Die Proteste der Jüdischen Gemeinde waren im Vorjahr vernehmbar, aber moderat geblieben. Ignatz Bubis hatte zwar persönlich Position gegen das Stück bezogen. Aber die Frage, ob er in dem Bemühen, dieses Stück nun zur Aufführung zu bringen, antisemitische Tendenzen sehe, hatte er 1984 noch mit einem klaren „Nein, wirklich nicht“ beantwortet.<sup>96</sup> Im vorliegenden Rahmen kann nur angedeutet werden, welches Ereignis auf der Ebene der Bundespolitik die Protestbereitschaft der Jüdischen Gemeinde in der Zwischenzeit angefacht hatte: im Frühjahr hatte Bundeskanzler Kohl den amerikanischen Präsidenten Reagan auf dem Bitburger Soldatenfriedhof getroffen, auf dem auch Mitglieder der SS beerdigt waren. Diese als Versöhnungsgeste gedachte Veranstaltung hatte bei Juden die Befürchtung genährt, deutsche Schuld solle relativiert und die Opfer des Holocaust dem Vergessen überantwortet werden. Im Zusammenwirken mit weiteren Ereignissen, von denen hier stellvertretend nur die Debatte über das „Auschwitz-Lügen-Gesetz“ genannt werden soll, hatte dies zu der Einschätzung geführt, die jüdische Position müsse deutlicher vernehmbar und vor allem öffentlich vertreten werden.<sup>97</sup>

Nachdem die Uraufführung am 31. Oktober, wie einleitend dargestellt, verhindert worden war, hatte Rühle eine geschlossene Veranstaltung für die Presse am 4. November angesetzt, der weder Vertreter der CDU noch Mitglieder der Jüdischen Gemeinde beiwohnten. Trotz mehrheitlich positiver Berichterstattung blieb die Situation angespannt, und so versuchte Wallmann im Beisein seines Kulturdezernenten in einem persönlichen Gespräch am 6. November Rühle von weiteren Aufführungsversuchen abzubringen. Gerne hätte Wallmann in seiner Rede am 10. November in der Synagoge zum 47. Jahrestag der Synagogenzerstörung die Nachricht überbracht, dass das Stück endgültig abgesetzt sei. Rühle hatte dieses Ansinnen jedoch wiederum von sich gewiesen. So blieb Wallmann nur, zu berichten, dass er dem Intendanten nochmals dringend nahegelegt habe, auf die Aufführung zu verzichten. Gleichzeitig legte er sich aber mit bemerkenswerter Klarheit und Konsequenz auf die Aussage fest, dass es sich bei der Freiheit der Kunst um bindendes Verfassungsrecht handle, zu dem er sich bekenne. Und nichts könne auch die jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger besser schützen als das geltende Recht der Bundesrepublik Deutschland. Daraus leitete er am Ende seiner Rede die Feststellung ab, dass er die Verhinderung der

95 Proteste, Desinteresse und negative Gefühle, in: FNP vom 23. Oktober 1985.

96 Zit. nach: Fragen an Ignatz Bubis. Haben die Juden Angst in Frankfurt?, Interview, in: Abendpost/Nachtausgabe vom 12. Juli 1984, (Doku I), S. 64 ff.

97 Vgl. „Wir haben Nesselwang, wir haben Bitburg hinnehmen müssen, wir werden nicht zulassen, daß es in diesem Lande so weitergeht.“ So das Statement eines Bühnenbesetzers, zit. nach: Das Scheitern der Uraufführung – ein Sieg?, in: Badische Zeitung vom 2. November 1985 (Doku II), S. 86 f.

Aufführung des Fassbinder-Stückes in den Städtischen Bühnen durch Mitglieder der Jüdischen Gemeinde nicht billigen könne, obwohl er sie verstehe.<sup>98</sup> Eine große Anzahl der jüngeren Juden verließ daraufhin unter lautem Protest die Synagoge. In seinen Memoiren bezeichnete Wallmann seine Rede als seine „wohl schwerste Stunde“ in seinem politischen Leben.<sup>99</sup>

Am 11. November kam es zu einem weiteren Gespräch zwischen Wallmann, Hoffmann und Rühle, in dessen Folge Rühle das Stück nun doch vom Spielplan nahm. Die CDU sprach von einer Belastung des Vertrauensverhältnisses, wollte aber nicht die Forderung stellen, Rühle solle sein Amt zur Verfügung stellen.<sup>100</sup> Zwar wurde per Magistratsbeschluss vom 22. November 1985 Rühle sogar Rechtsschutz für die noch ausstehenden Gerichtsverfahren gewährt, das Verhältnis zwischen CDU und Rühle war dennoch dauerhaft beschädigt.<sup>101</sup>

### *Fazit*

Die Fassbinder-Kontroverse erzeugte mit den beiden Aufführungsversuchen von Rainer Werner Fassbinders *Der Müll, die Stadt und der Tod* in den Jahren 1984 und 1985 für Walter Wallmann und die Frankfurter CDU die Situation eines klassischen Dilemmas, bei dem beide möglichen Handlungsoptionen unausweichlich mit negativen Konsequenzen verknüpft sind. Hätte Wallmann die Aufführung des Fassbinder-Stücks offen verhindert, wäre ihm Zensur vorzuwerfen gewesen. Und bei der Alternative, kein Verbot auszusprechen, musste eine Belastung seiner Aussöhnungspolitik mit der Jüdischen Gemeinde befürchtet werden. Die CDU versuchte in beiden Fällen zunächst auf einen freiwilligen Verzicht bei den beiden jeweils Verantwortlichen hinzuwirken. Nach dem Scheitern dieser Bemühungen konnte im ersten Fall der Ausweg gefunden werden, dem Generalmanager der Alten Oper Frankfurt, Ulrich Schwab, wegen einer Kompetenzüberschreitung zu kündigen. Diese Begründung erschien der Öffentlichkeit aufgrund der Begleitumstände jedoch wenig glaubhaft, so dass sich Wallmann im Folgejahr nicht nur mit der Herausforderung konfrontiert sah, einen weiteren Aufführungsversuch zu verhindern, sondern überdies den im Raum stehenden Vorwurf der Zensur zu widerlegen. Mit beeindruckender Konsequenz blieb Wallmann in der Öffentlichkeit unter Berufung auf die grundgesetzlich verbürgte Freiheit der Kunst seiner Haltung treu. Allerdings bleibt bei der Betrachtung seines Verhaltens im Innenverhältnis dem Schauspielregisseur gegenüber ein Schatten: Rühle wurde nicht nur keinerlei Unterstützung bei der Realisierung einer Aufführung im Sinne der „Freiheit der Kunst“ gewährt, sondern Wallmann und

98 Rede Wallmanns in der Frankfurter Synagoge am 10. November 1985, in: Doku II, S. 206.

99 Wallmann: Paulskirche, S. 105.

100 Die CDU will nicht den Kopf des Intendanten fordern, in: FAZ vom 13. November 1985.

101 Rühle: Tagebuchblätter; Frankfurt. Der lange Nachhall des Streits um das Fassbinder-Stück, in: Süddeutsche Zeitung vom 1. Februar 1986.

die CDU distanzierten sich vielmehr ausdrücklich von ihm und übten mit dem Ziel einer Selbstzensur erheblichen Druck auf ihn aus. Während Wallmann in Worten für die Freiheit der Kunst eintrat, sollten die befürchteten Folgen einer auf dieses Postulat gegründeten Tat, nämlich der Aufführung in den alleinigen Verantwortungsbereich Rühles fallen.

Ein Forschungsdesiderat stellt mit Blick auf die zwei Jahre später folgenden Auseinandersetzungen um die Überbauung des jüdischen Ghettos am Börneplatz die Frage nach den Konsequenzen des Konflikts für die Beziehungen zwischen der CDU und der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt dar. Diese Frage soll im Rahmen einer größeren Arbeit beantwortet werden.



# Mehr als ein symbolisches Amt: Vizepräsidenten im 19. Bundestag. Zum Scheitern der Kandidaten der AfD

Peter Rütters

## *Einleitung*

Der Einzug von AfD-Mitgliedern in die Landesparlamente seit August 2014 belastete und verhärtete seitdem die Plenardebatten in den Parlamenten. Die Vertretung in den Landtagen, Bürgerschaften und im Abgeordnetenhaus diente den AfD-Abgeordneten kaum für eine „konstruktive Kontrolle der Regierung“, sondern war mit Hilfe von „Protest und Provokationen“ auf eine Selbstinszenierung der Abgeordneten und der AfD-Fraktion ausgerichtet.<sup>1</sup> Provokativ waren das in Anspruch genommene Vokabular der rechtspopulistischen und völkisch-nationalen Bewegungen und der nicht selten bemühte Rekurs auf deren gesellschaftspolitische Vorstellungswelt. Das Auftreten und die Selbstinszenierung von AfD-Abgeordneten in den Parlamenten, orchestriert von der eigenen Fraktion, verharrten nicht bei dieser politischen Kampfrhetorik. Herausfordernd waren antiparlamentarische, antidemokratische und antipluralistische Politik- und Gesellschaftsvorstellungen, für deren öffentlichkeitsgerichtete Inszenierung AfD-Abgeordnete die parlamentarische Bühne einzunehmen versuchten.<sup>2</sup> Zugleich waren sie bemüht, den modernen Parlamentarismus, das parlamenta-

---

1 Wolfgang Schroeder u. a.: *Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten*. WZB Discussion Paper SP V 2017–102, Berlin Juni 2017, S. 42 f.; ferner Wolfgang Schroeder/Bernhard Weßels/Alexander Berzel: *Die AfD in den Landtagen: Bipolarität als Struktur und Strategie – zwischen Parlaments- und „Bewegungs“-Orientierung*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl)* 49 (2018), S. 91–110; Alexander Hensel u. a.: *Die AfD vor der Bundestagswahl 2017. Vom Protest zur parlamentarischen Opposition*, Frankfurt a. M. 2017 (Studien der Otto-Brenner-Stiftung); ferner Heidrun Deborah Kämper: *AfD im Parlament – neue Sprach- und Kommunikationsstile. Kommentar und Befund* (Vorfassung einer Studie von: Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper – Leibniz-Institut für Deutsche Sprache). Mannheim o. J. [2020]; Heinrich Detering: *Was heißt hier „wir“? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten*, 6. durchges. u. bibliographisch erg. Aufl. Stuttgart 2019; ferner Suzanne S. Schüttemeyer: *Der 19. Bundestag: Schwierige Lernprozesse zur Sicherung parlamentarischer Arbeitsfähigkeit*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 70 (2020) 38, S. 18–23.

2 Vgl. die Illustration dieses Vorgehens im Interview von Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) mit der Rheinischen Post vom 28. Juni 2021: *Ich schenke denen nicht meine Angst. Die Bundestagsvizepräsidentin über die Lehren nach vier Jahren mit der AfD im Parlament*. In ihrer Antwort auf die Frage, wie die AfD im Parlament gearbeitet hat, führte sie aus: „Ich bedauere sehr, dass die Ausschusssitzungen nicht öffentlich sind. Dort findet die eigentliche Parlamentsarbeit statt. Von der AfD bekommt man dort nichts mit, so wird ihre inhaltliche Leere sichtbar. Sie [die AfD-Abgeordneten, PR] nutzen vielmehr das Redepult

rische Regierungssystem und die repräsentative parlamentarische Demokratie durch ihre politische Rhetorik und ihre parlamentarischen Aktionen in Frage zu stellen und für diesen Zweck den Handlungsspielraum des parlamentarischen Mandates auszunutzen. Das Spektrum solcher Aktionen reichte (unter anderem) von Versuchen, das symbolisch bedeutende Amt des Alterspräsidenten einzunehmen, indem gezielt betagtere AfD-Mitglieder für ein Parlamentsmandat nominiert wurden,<sup>3</sup> über die Scharade bei der Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) zum (kurzzeitigen) Thüringer Ministerpräsidenten am 5. Februar 2020 bis zum konstruktiven Misstrauensvotum gegen den Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Die Linke) am 23. Juli 2021, als die AfD-Fraktion Björn Höcke an dessen Stelle zur Wahl vorschlug. Die Reaktionen der Fraktionen und Abgeordneten der etablierten Parteien in den Landesparlamenten variierten von ausharrender punktueller Hinnahme, gelegentlicher, vielleicht ungewollter Kooperation über konfrontative Zurückweisungen in den Plenardebatten bis zur Änderung der Geschäftsordnung, mit der insbesondere beim Amt des Alterspräsidenten der AfD ein Zugriff auf diese parlamentarische Position verwehrt wurde. Im Bundestag zeigte sich bei der Mehrheit der Abgeordneten offensichtlich eine fraktionsübergreifende Bereitschaft, den Zugang zu parlamentarischen Positionen zu regulieren und deren missbräuchliche, selbstinszenierende Nutzung mit Hilfe demokratischer Mittel zu begrenzen.

Bereits der 18. Bundestag, in dem die AfD noch nicht vertreten war, hatte, beschlossen von der Mehrheit seiner Mitglieder, gegen Ende der Wahlperiode durch eine Änderung der Geschäftsordnung präventiv verhindert, dass die AfD das Amt des Alterspräsidenten in der konstituierenden Sitzung des nächsten, des 19. Bundestages einnehmen und die „Repräsentation des neugewählten Bundestages vor der Öffentlichkeit“<sup>4</sup> verkörpern würde. Nicht mehr, wie bisher, sollte der nach Jahren älteste Abgeordnete des Parlaments, sondern „das am längsten dem Bundestag angehörende Mitglied“ (Geschäftsordnung des

---

im Bundestag als Bühne, die Reden sind dann innerhalb weniger Minuten als Videos im Netz unterwegs. Aus meiner Sicht waren die letzten vier Jahre der AfD vielmehr die Verweigerung einer konstruktiven Arbeit im gemeinsamen Sinn.“

- 3 Derartige Bestrebungen richteten sich nicht nur auf den Bundestag bei der Wahl 2017, sondern betrafen vorher bereits verschiedene Landesparlamente, wobei die AfD mit dieser Ambition zum Teil erfolgreich war (Brandenburg: Alexander Gauland (2014) und Marianne Spring-Räumschüssel (2019); Baden-Württemberg: Heinrich Kuhn (2016); Thüringen: Karlheinz Frosch (2019)). Einige Landesparlamente veränderten den Zugang zum Amt des Alterspräsidenten und verhinderten für die AfD den Zugriff auf dieses symbolträchtige Amt (unter anderem Bremer Bürgerschaft, Landtag von Schleswig-Holstein, inzwischen auch der Landtag von Baden-Württemberg).
- 4 Ursula Bleek: Alterspräsident, in: Hans-Helmut Röhring/Kurt Sontheimer: Handbuch des deutschen Parlamentarismus. München 1970, S. 28.

Bundestages § 1 Abs. 2) zu Beginn die erste Plenartagung leiten.<sup>5</sup> Damit war ein nicht unumstrittenes, gleichwohl deutliches Zeichen gesetzt, dass anti-parlamentarischen und anti-demokratischen Positionen, die in der AfD programmatisch und politisch einflussreich vertreten sind, kein (vermeidbares) parlamentarischer Podium geboten werden sollte.

Dieser Intention folgte in der konstituierenden Sitzung des 19. Bundestages offensichtlich auch das Abstimmungsverhalten der Mehrheit der Abgeordneten bei der Wahl der Stellvertreter des Bundestagspräsidenten. Nach der Geschäftsordnung des Bundestages (GO BT, § 2 Abs. 1) ist seit 1994 „jede Fraktion des Deutschen Bundestages [...] durch mindestens einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin im Präsidium vertreten“. Bei der Abstimmung des Bundestages am 24. Oktober 2017 wurden die Kandidaten von fünf der insgesamt sechs im 19. Bundestag vertretenen Fraktionen mit der (absoluten) Mehrheit der Mitglieder des Parlaments jeweils im ersten Wahlgang gewählt. Der Kandidat der AfD (Albrecht Glaser) erreichte bei keinem der drei (unmittelbar möglichen) Wahlgänge die erforderliche Mehrheit. Im Laufe der Wahlperiode versuchte die AfD-Fraktion – dem Anschein nach – mit fünf weiteren Personalvorschlägen das Amt des Vizepräsidenten und die Mitgliedschaft im Präsidium zu erlangen.<sup>6</sup> Sie blieb bei diesem Bemühen bis zum Ende der Legislaturperiode erfolglos.

Die Stellvertreter des Bundestagspräsidenten, die Vizepräsidenten, finden in politikwissenschaftlichen Analysen zur Organisation, zu Funktionen und Entscheidungsprozessen des Bundestages bestenfalls beiläufige Aufmerksamkeit.<sup>7</sup> Sie werden erwähnt, wenn die Position und Funktion des Bundestagspräsidenten

---

5 Zum Alterspräsidenten vgl. Heinrich Wilhelm Klopp: Das Amt des Alterspräsidenten im Deutschen Bundestag. Historische Entwicklung, Bestellung, Befugnisse und Rechtsstellung einer Institution des deutschen Parlamentarismus. Berlin 2000; Bleek: Alterspräsident; Gerd Michael Köhler: Die Rechtsstellung des Alterspräsidenten des Deutschen Bundestages, in: ZParl 22 (1991), S. 177–188; Benedikt Brunner: Der Alterspräsident. Ein Konstituierungsreglement und seine Alternativen. Wiesbaden 2012; Peter Rütters: Querelen um das Amt des Alterspräsidenten im Deutschen Bundestag, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 26 (2019), S. 153–172.

6 Nach Albrecht Glaser präsentierte die AfD-Fraktion Mariana Harder-Kühnel im November 2018, Gerold Otten im April 2019, Paul Podolay im September 2019, Karsten Hilse im Januar 2020 sowie Harald Weyel im November 2020. Auch diesen Kandidaten gelang es nicht, im ersten oder in folgenden Wahlgängen die Zustimmung der erforderlichen Mehrheit der Abgeordneten zu erhalten.

7 Vgl. Joseph Bücker: Präsident und Präsidium, in: Hans-Peter Schneider/Wolfgang Zeh (Hg.): Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Berlin 1989, S. 795–807; Florian Edinger: Wahl und Begrenzung parlamentarischer Gremien. Präsidium, Ältestenrat, Ausschüsse. Berlin 1992, S. 164–175; Wolfgang Ismayr: Der Deutsche Bundestag. 3., völlig überarb. und aktual. Aufl. Wiesbaden 2012, S. 142–154; Michael F. Feldkamp (Hg.): Der Bundestagspräsident. Amt – Funktion – Person, 19. Wahlperiode. Reinbek/München 2018, S. 83–90. Für die Landesparlamente vgl. Werner Reutter: Vizepräsidenten in Landesparlamenten. Eine Bestandsaufnahme aus Anlass einer Verfassungsänderung in Brandenburg, in: ZParl 47 (2016), S. 607–618.

erörtert werden und in diesem Zusammenhang ihre begrenzten Aufgaben bei der Leitung und Organisation des Bundestages sowie ihre Mitgliedschaft im Präsidium des Bundestages, das sie zusammen mit dem Bundestagspräsidenten unter dessen Vorsitz bilden, vorgestellt werden. Die Anforderung an den Bundestagspräsidenten und an dessen Stellvertreter, die parlamentarische Leitungsfunktion parteipolitisch neutral („unparteiisch“) und integrativ auszuüben und den Bundestag als Ganzes zu repräsentieren, trägt dazu bei, dass sie in diesen Funktionen vorrangig nicht als parteipolitische Akteure wahrgenommen werden und auch nicht parteipolitisch gestaltend agieren können. Es bedarf besonderer Ereignisse wie eine vom Plenum des Bundestages verweigerte Wahl für das Amt eines Vizepräsidenten, um sich mit der Funktion und Legitimation der Stellvertreter des Bundestagspräsidenten näher zu befassen.<sup>8</sup>

Da die Wahl der Mitglieder des Präsidiums des Bundestages ohne Aussprache erfolgt<sup>9</sup> und es sich um eine Abstimmung mit verdecktem Stimmzettel (geheim) handelt, muss es zunächst dahingestellt bleiben, ob die verweigerte Legitimation von AfD-Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten ein Votum gegen die Politik und Programmatik der AfD war oder ob die jeweils präsentierten Kandidaten (auch) abgelehnt wurden, weil sie für das Amt des Stellvertreters des Bundestagspräsidenten als politisch ungeeignet oder parlamentarisch zu unerfahren angesehen wurden. Ob es sich bei der verweigerten Legitimation vor allem um eine symbolische politische Zurückweisung handelte oder ob Überlegungen hinsichtlich der parlamentarischen Relevanz des Amtes der Vizepräsidenten eine ausschlaggebende Rolle spielten, kann daher nur vermutet werden.

Um einer Antwort auf die aufgeworfenen Fragen näher zu kommen, soll im Folgenden zunächst die Stellung der Vizepräsidenten im Bundestag und die mit dem Amt verbundenen Funktionen (Leitungsfunktionen, Repräsentation) skizziert werden (1). Bei der Wahl der Vizepräsidenten (2), die in einem weiteren Schritt betrachtet werden, kann das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten mit einem Dilemma konfrontiert sein. Die Geschäftsordnung des Bundestages räumt seit 1994 jeder Fraktion einen Vertreter im Bundestagspräsidium ein. Dieser Anspruch kann, wie (nicht nur) das Beispiel der AfD-Fraktion zeigt, in ein Spannungsverhältnis zu der vom Grundgesetz vorgesehenen Wahl der Stell-

---

8 Vgl. Sebastian Lovens: Der Bundestag zwischen Wahl und Entsendung zu seinem Präsidium: die Causa Bisky, in: ZParl 39 (2008), S. 18–29; auch Florian Edinger: Fraktion und Präsidium. Zum Anspruch jeder Fraktion auf Vertretung im Präsidium des Deutschen Bundestages, in: Recht und Politik. Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik 31 (1995), S. 77–84.

9 Eine Wahl ohne vorhergehende parlamentarische Debatte, „ohne Aussprache“, ist die gängige Praxis des Bundestages bei Personenwahlen (Bundeskanzler, Richter des Bundesverfassungsgerichts, Bundestagspräsident und dessen Stellvertreter), sie basiert auf einer Vorschrift des Grundgesetzes (Bundeskanzler, auch für die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung), auf einer gesetzlichen Regelung (Bundesverfassungsrichter) oder folgt der gängigen Praxis des Bundestages, angelehnt an andere Personenwahlen.

vertreter des Bundestagspräsidenten durch den Bundestag (GG Art. 40 Abs. 1) geraten. Unabhängig von den politischen Motiven, die die jeweilige Stimmabgabe der Abgeordneten leiteten, ist zu erörtern, ob durch die Vorgabe der Geschäftsordnung des Bundestages die vom Grundgesetz verlangte Wahl faktisch auf eine Art Akklamation reduziert wurde. Um zu bewerten, ob die verweigerte Wahl von AfD-Abgeordneten in das Präsidium des Bundestages eine Besonderheit darstellt, soll in einem weiteren Schritt auf frühere Verzögerungen oder Ablehnungen bei der Wahl von Bundestagspräsidenten und dessen Stellvertretern eingegangen und nach Anlass und Folgen gefragt werden (3).

In der AfD haben sich politische Akteure organisiert, die (unter anderem) ein Konglomerat von parlamentarismuskritischen, antiparlamentarischen bis zu demokratiefeindlichen Positionen vertreten. Sie nehmen Einfluss auf die programmatische Ausrichtung der Partei, haben wichtige Funktionen in ihr erlangt und konnten für die AfD und über sie Mandate in Parlamenten erreichen. Da die Vizepräsidenten Repräsentanten des als Zentrum des demokratischen politischen Systems verstandenen Parlaments sein sollen, ist zu untersuchen (4), ob die Ablehnung von AfD-Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten (auch) daraus resultiert, dass von diesen nicht erwartet wird, mit gebotener parteipolitischer „Neutralität“ und Unabhängigkeit – auch gegenüber der eigenen Partei – den Bundestag und das Grundverständnis der parlamentarischen Demokratie zu vertreten. Da hier weder die politischen Motive für das Abstimmungsverhalten der einzelnen Abgeordneten ermittelt werden können noch ein differenziertes politisches Profil für die nominierten AfD-Abgeordneten erstellt werden kann, sollen ersatzweise die politisch-institutionellen Erfahrungen (Positionen) der AfD-Kandidaten zusammengestellt werden. Diese sollen verglichen werden mit den politischen Karrierewegen der gewählten Vizepräsidenten der etablierten Parteien, um (hilfsweise) die Voraussetzungen und informellen Anforderungen für die Nominierung und Wahl in das Amt des Stellvertreters des Bundestagspräsidenten festzustellen und die „Tauglichkeit“ der AfD-Kandidaten für dieses Amt zu ermesen. Im Fazit (5) werden die Ergebnisse zusammengefasst und bewertet.

### *1. Aufgaben und Relevanz des Amtes des Vizepräsidenten*

Die Aufgaben des Bundestagspräsidenten und dessen Stellvertreter (Vizepräsidenten) sind durch das Grundgesetz (Art. 40) nicht festgelegt. Sie werden durch Regelungen in der Geschäftsordnung des Bundestages (GO-BT) und durch die eingeübte parlamentarische Praxis bestimmt.<sup>10</sup> Denn auch die Geschäfts-

---

<sup>10</sup> Der Geltungszeitraum der Geschäftsordnung des Bundestages ist an die Wahlperiode gebunden, so dass es zu den ersten Aufgaben des neugewählten Parlaments gehört, sich eine Geschäftsordnung zu geben (Art. 40 GG). In der Regel wird die Geschäftsordnung der

ordnung umfasst keinen detaillierten Aufgabenkatalog für die Vizepräsidenten. Deren öffentliche Wahrnehmung wird überwiegend durch die Beteiligung an der Leitung der Plenarsitzungen des Bundestages, im Wechsel mit dem Bundestagspräsidenten, geprägt. Hervorgehoben ist die Vertretung des Bundestagspräsidenten im Fall seiner Verhinderung in allen Aufgabenbereichen durch einen „seiner Stellvertreter aus der zweitstärksten Fraktion“ (GO-BT § 7 Abs. 6).<sup>11</sup> Weiterhin sieht die Geschäftsordnung vor, dass die Vizepräsidenten gemeinsam mit dem Bundestagspräsidenten das Präsidium des Bundestages bilden (§ 5) und dass sie dem Ältestenrat angehören (§ 6 Abs. 1). In beiden Gremien hat der Bundestagspräsident den Vorsitz.

Das Präsidium dient vor allem der regelmäßigen Abstimmung seiner Mitglieder über Angelegenheiten, die die Leitung der Plenarsitzungen des Bundestages, die Anwendung des Ordnungsrechts sowie Entscheidungen über Personalangelegenheiten der Bundestagsverwaltung betreffen. Der Bundestagspräsident fungiert als Dienstherr der ca. 3.000 Mitarbeiter des Bundestages. Für Personalentscheidungen über Beschäftigte des höheren Dienstes bedarf es des „Benehmens“ (Information, Kenntnisnahme, Stellungnahme) und bei Beamten und Angestellten in Leitungsfunktionen der „Zustimmung“ (der Mehrheit) der Vizepräsidenten (GO-BT § 7 Abs. 4). Die Mitwirkung der Vizepräsidenten an den Personalentscheidungen des Bundestages erlaubt dem einzelnen Vizepräsidenten zwar keine strategische Personalpolitik, doch gestattet sie in nicht unbeachtlicher Weise, aufgrund des Kollegialitätsprinzips bei den Entscheidungen und einer damit verknüpften informellen Vetoposition parteipolitische Einseitigkeiten zu begrenzen.<sup>12</sup> Die kontinuierliche Verständigung im Rahmen des Präsidiums über die Wahrnehmung der Leitung der Plenarsitzung

---

vorangegangenen Wahlperiode durch Mehrheitsbeschluss des Parlaments übernommen, mitunter werden einige Regelungen auf Antrag von Fraktionen zu Beginn der Wahlperiode modifiziert oder ergänzt. In größeren Zeitabständen erfolgt eine Novellierung der Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung beschließt der Bundestag eigenständig ohne Mitwirkung anderer Bundesorgane. Vgl. Hans-Achim Roll: Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Kommentar. Baden-Baden 2001, S. 15–18; siehe auch die Beiträge in Hans-Peter Schneider/Wolfgang Zeh (Hg.): Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Berlin 1989 von Gerald Kretschmer: Geschäftsordnung deutscher Volksvertretungen (S. 291–331), Jost Pietzcker: Schichten des Parlamentsrechts: Verfassung, Gesetz und Geschäftsordnung (S. 333–357), Helmuth Schulze-Fielitz: Parlamentsbrauch, Gewohnheitsrecht, Observanz (S. 359–393). Dem Bundestagspräsidenten weist das Parteiengesetz im Rahmen der staatlichen Parteienfinanzierung und der verlangten Rechenschaftspflicht der Parteien über ihre Einnahmen einige weitere Aufgaben zu, vgl. Parteiengesetz §§ 23–23b und 31a–31c.

11 In der Praxis übernehmen auch andere Vizepräsidenten die Vertretung des Bundestagspräsidenten.

12 Vgl. Feldkamp (Hg.): Bundestagspräsident, S. 79, mit dem Hinweis, dass die „gesetzlichen Befugnisse des Präsidenten“ – gemeint sind beamten- und disziplinarrechtliche Befugnisse – „durch solche Vorbehalte in der Geschäftsordnung nicht rechtswirksam eingeschränkt werden“.

und über die Anwendung des Ordnungsrechtes dient auch dazu, den integrativen Charakter der Parlamentsleitung durch den Bundestagspräsidenten und seine Stellvertreter zu stärken.

Im Ältestenrat, der für interfraktionelle Verständigungen über die Organisation des Bundestages relevanter als das Präsidium ist, haben die Vizepräsidenten geringen Einfluss. Der Ältestenrat, dem neben den Mitgliedern des Präsidiums 23 Vertreter der Fraktionen angehören, darunter deren parlamentarische Geschäftsführer, gilt als das „zentrale interfraktionelle politische Steuerungsorgan des Bundestages“ und dient der Verständigung der Fraktionen über die Arbeitsplanung des Bundestages.<sup>13</sup>

Den Vizepräsidenten als Mitgliedern des Präsidiums und als Stellvertretern des Bundestagspräsidenten kommt, wie erwähnt, als wichtige Aufgabe die Beteiligung an der Leitung der Plenardebatten zu. Für die Ausübung dieser Funktion fordert die GO-BT eine „gerechte und unparteiische“ Leitung der Plenarsitzung (§ 7 Abs. 1). Insbesondere die Verpflichtung zu einer „unparteiischen“ Amtsführung resultiert aus der Funktion, den Bundestag als Verfassungsorgan und im Interesse aller Abgeordneten zu vertreten. Erwartet wird von den Amtsträgern, dass sie ihre parteipolitischen Ambitionen und Verpflichtungen zugunsten eines parlamentarischen Gesamtinteresses zurücknehmen und eine vermittelnde Rolle zwischen den politischen Interessen ihrer eigenen Fraktion und den Anforderungen des Bundestages und den Erwartungen des Präsidiums einnehmen.

Zu den nicht formell geregelten Aufgaben der Vizepräsidenten des Bundestages gehört die Repräsentation des Parlaments in der Öffentlichkeit, die Vertretung des Bundestagspräsidenten bei offiziellen Anlässen und gegenüber anderen Verfassungsorganen sowie die Repräsentation des Bundestages im Rahmen eigenständiger öffentlicher Auftritte. Die Vizepräsidenten mögen dabei als Mitglieder ihrer Partei auftreten, in der Regel werden sie aber auch in ihrer Funktion als Mitglied des Bundestagspräsidiums und als Repräsentanten des Parlaments wahrgenommen. Zu den informellen Anforderungen an das Amt des Vizepräsidenten zählt daher, dass sie bei ihren öffentlichen Auftritten das Grundverständnis der parlamentarischen Demokratie und die Bedeutung des Parlaments als wichtigste Institution der parteienbasierten repräsentativen Demokratie vermitteln.

Die hier nur umrissenen Anforderungen und Erwartung an die Vizepräsidenten verdeutlichen, dass die Nominierung von Kandidaten für dieses Amt keine triviale, beiläufig zu erledigende Pflichtübung für die Fraktionen ist, sondern mit Bedacht hinsichtlich der innerparlamentarischen Leitungsfunktionen und der nach außen gerichteten Repräsentation des Bundestages erfolgen sollte. Auch die Wahl (selten eine Ablehnung) von Kandidaten durch das Plenum des Bundes-

---

13 Ebd., S. 86.

tags geschieht nicht als beiläufige Akklamation durch das Parlament; sie stellt eine „echte“ Wahl dar und verlangt vorab eine bedachte Personalentscheidung.<sup>14</sup>

## 2. Stellvertreter des Bundestagspräsidenten: Wahlordnung, Anzahl der Vizepräsidenten und formale Anforderungen

Regelungen für die Wahl der Stellvertreter des Bundestagspräsidenten und über deren Anzahl finden sich in karger Form in Art. 40 Abs. 1 des Grundgesetzes sowie etwas detaillierter in § 2 der Geschäftsordnung des Bundestages. Das Grundgesetz legt ohne weitere Vorgaben fest, dass der Bundestag „seinen Präsidenten, dessen Stellvertreter und die Schriftführer“ wählt und sich eine Geschäftsordnung gibt. Sich eine Geschäftsordnung zu geben, konstatiert das uneingeschränkte Recht des Parlaments zur Selbstorganisation. Bezogen auf den oder die „Stellvertreter“<sup>15</sup> macht das Grundgesetz keine weiteren Vorgaben für deren Anzahl, das Wahlverfahren oder ein Wahlquorum, über das Vorschlagsrecht für die Nominierung von Kandidaten und über Anforderungen, die Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten erfüllen müssen. Nur für das Wahlverfahren (Quorum, Wahl mit verdecktem Stimmzettel, Anzahl möglicher Wahlgänge, weiteres Vorgehen nach drei Wahlgängen) und die Amtszeit – verbindlich für die gesamte Wahlperiode ohne Abwahloption – finden sich Bestimmungen in der Geschäftsordnung des Bundestages.

Von 1949 bis 1994 gab es in der GO-BT<sup>16</sup> keine Vorgaben für die Anzahl der Stellvertreter. Es war und ist auch gegenwärtig dem Bundestag überlassen, zu Beginn der Wahlperiode die Anzahl der Stellvertreter für die Legislaturperiode festzulegen. Erst 1994 wurde eine Grundmandatsklausel in die Geschäftsordnung (§ 2 Abs. 1) aufgenommen, nach der jede Fraktion mit mindestens einem Vizepräsidenten im Präsidium des Bundestages (GO-BT § 5) vertreten sein soll.<sup>17</sup> Auch diese Neuregelung überlässt es dem Parlament, die Anzahl der

14 Roll: Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, S. 21.

15 Die Formulierung des Grundgesetzes lässt beide Möglichkeiten zu, die Geschäftsordnungen sahen mit der Formulierung „seine Stellvertreter“ mehr als einen Vizepräsidenten vor, faktisch gab es in der 1. Wahlperiode zwei und in den folgenden Wahlperioden jeweils mindestens drei Vizepräsidenten.

16 Der Bundestag gab sich erst 1951 eine eigene Geschäftsordnung. Zuvor hatte er die Geschäftsordnung des Reichstages der Weimarer Republik „im wesentlichen übernommen“. Vgl. Norbert Lammert: „Zur Geschäftsordnung“. Notizen zur Entstehung und Bedeutung parlamentarischer Verfahrensregeln, in: Die Geschäftsordnungen deutscher Parlamente seit 1848. Eine synoptische Darstellung. Hg. vom Deutschen Bundestag. Bearb. von Werner Güth und Gerald Kretschmer. Bonn 1986, S. 9–14, hier 11.

17 Vgl. auch für das Folgende Edinger: Fraktion und Präsidium, S. 77–84; ders.: Wahl und Begrenzung parlamentarischer Gremien, S. 164–175; ferner Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Bd. III. Baden-Baden 1999, S. 3094–3122; Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Bd. I. Baden-Baden 1999, S. 861–881; Bucker: Präsident und Präsidium, S. 795–807.

Stellvertreter, die die Anzahl der Fraktionen übersteigen kann, zu bestimmen. Aus Mangel an einer konkreten Vorgabe kann zwar jedes Mitglied des Bundestages Kandidaten für die Wahl zum Vizepräsidenten vorschlagen.<sup>18</sup> In der Parlamentspraxis liegen die Wahlvorschläge in Händen der Fraktionen und sind Teil der Personalplanung des jeweiligen Partei- und Fraktionsvorstandes.<sup>19</sup> Zudem entspricht es der Funktionslogik der Grundmandatsklausel, dass das Vorschlagsrecht für Fraktionsmitglieder im Präsidium der jeweiligen Fraktion zusteht. Befestigt wird diese Nominierungsprerogative der Fraktion durch die Vorgaben von §§ 75 und 76 der GO-BT, wonach „Wahlvorschläge“, die als Vorlagen gelten, „sofern sie als Drucksachen verteilt wurden“, von „einer Fraktionen oder von fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages unterzeichnet sein“ müssen. Abgesehen von der nicht explizit benannten, aber selbstverständlichen Anforderung, dass die Mitglieder des Präsidiums Abgeordnete des Bundestages sein müssen, benennt die Geschäftsordnung keine Qualifikationsanforderungen für die Amtsträger. Die Verantwortung für eine der parlamentarischen Position angemessene Auswahl von Kandidaten liegt bei den nominierenden Fraktionen.

Für die Wahl von Stellvertretern legt die Geschäftsordnung fest, dass im ersten und gegebenenfalls im zweiten Wahlgang eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist (das heißt die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages). Erst im dritten Wahlgang genügt die einfache Mehrheit der abgegebenen (gültigen) Stimmen.<sup>20</sup> Bis die Partei Die Grünen 1983 erstmals in den Bundestag gewählt wurde, erfolgten die Festlegung der Anzahl der Stellvertreter, die Nominierung der Kandidaten und die Wahl meistens nach einer interfraktionellen Vereinbarung (im Ältestenrat des Bundestages) über die Anzahl und die Aufteilung der Stellvertreter-Posten.<sup>21</sup> Entsprechend verliefen die Wahlen meistens ohne nennenswerte Zwischenfälle.<sup>22</sup> Zwischen 1983 und 1994 reklamierten die Frak-

---

18 Vgl. Bückler: Präsident und Präsidium, S. 795; ferner Heinrich G. Ritzel/Josef Bückler/Hermann Josef Schreiner: Handbuch für die Parlamentarische Praxis mit Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Neuwied 1981 ff. Kommentar § 2, S. 1. Aus unterschiedlichen Gründen erfolgte dies einige Male, aber nicht mit der Erwartung, dass vorgeschlagene Kandidaten bei der Wahl erfolgreich sein würden; mit dieser symbolisch verstandenen Nominierung wurde der Anspruch auf einen (weiteren) Sitz im Präsidium erhoben.

19 Vgl. Suzanne S. Schüttemeyer: Fraktionen im Deutschen Bundestag. Empirische Befunde und theoretische Folgerungen. Wiesbaden 1998, S. 266–276.

20 Abhängig von der Anzahl der Wahlbewerber kann es in diesem dritten Wahlgang auch zu einer Abstimmungskonkurrenz kommen; von den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen ist derjenige gewählt, der in diesem Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereingt (relative Mehrheit), vgl. GO-BT § 2 Abs. 2.

21 Vgl. Edinger: Wahl und Begrenzung parlamentarischer Gremien, S. 167 f.

22 Eine dieser Ausnahmen bildete die Nominierung von Victor-Emanuel Preusker durch die Fraktion der Deutschen Partei (DP), die von 1949 bis 1961 an den Koalitionsregierungen von CDU/CSU beteiligt war. Durch eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag (3. Wahlperiode) war der DP 1958 die Position eines Vizepräsidenten zugestanden worden, die erst im dritten Wahlgang (mit relativer Mehrheit) besetzt werden konnte. Vgl. unten Anm. 32.

tion der Grünen und seit 1990 auch die Abgeordneten der PDS einen Anspruch auf Vertretung im Präsidium.<sup>23</sup> Bis 1994 wurde er insbesondere von der Unionsfraktion zurückgewiesen, nicht zuletzt weil Zweifel an der parlamentarischen und demokratischen Integrität der Grünen (später auch der PDS) bestanden. Mit der Einführung der von den Grünen bereits in den 1980er Jahren geforderten Grundmandatsklausel (GO-BT § 2 Abs. 1) zu Beginn der 13. Wahlperiode wurde jeder Fraktion die Vertretung im Präsidium mit mindestens einem Mitglied zugestanden.<sup>24</sup> Dadurch änderte sich die Entscheidungssituation für die Wahl der Vizepräsidenten. Nunmehr konnte jede Fraktion die Wahl eines Vizepräsidenten fordern und sich dabei auf die Geschäftsordnung des Bundestages berufen. Doch resultierte aus dieser Bestimmung der Geschäftsordnung keine Verpflichtung für das Parlament, einen vorgeschlagenen Kandidaten mit der erforderlichen Mehrheit zu wählen.<sup>25</sup> Das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten orientierte sich in der Mehrzahl der Fälle an einem interfraktionellen Einverständnis, sofern die aufgestellten Kandidaten mit der gebotenen politischen Sorgfalt von der nominierenden Fraktion ausgewählt worden waren und dabei die Akzeptanz für die anderen Fraktionen Beachtung gefunden hatte.

Die Wahl des Bundestagspräsidenten und seiner Stellvertreter erfolgt „für die Dauer der Wahlperiode“ (GO-BT § 2 Abs. 1). Um gegenüber der nominierenden Fraktion und der jeweiligen Partei- und Fraktionsbindung die Eigenständigkeit auch der Stellvertreter in ihrer Verpflichtung, das Gesamtinteresse des Bundestages unparteiisch zu repräsentieren, zu ermöglichen, wird die festgelegte Dauer der Amtszeit dadurch ergänzt, dass keine explizite Regelung für eine Abwahl vorgesehen ist.<sup>26</sup> Ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Amt ist nur durch Rücktritt, Mandatsverlust oder Tod möglich.

Der fehlenden Möglichkeit einer späteren Korrektur einer personellen Fehlentscheidung bei der Wahl eines Vizepräsidenten steht die präventive Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber. Die Bestätigung von Kandidatenvorschlägen der Fraktionen erfolgt nicht als Akklamation, sondern als entscheidungsoffener Wahlakt. Die Abgeordneten haben darüber zu befinden, ob die von den Frak-

23 Die Partei Die Grünen zog seit 1983, abgesehen von der 12. WP (1990–1994), in Fraktionsstärke in den Bundestag ein; bei der Wahl zum 12. Bundestag 1990 scheiterten die westdeutschen Grünen an der Sperrklausel, während Bündnis 90/Die Grünen sie in den neuen Bundesländern überwinden konnte. Mit acht gewählten Abgeordneten erreichten sie jedoch keinen Fraktionsstatus. Auch der PDS gelang seit 1990 stets der Einzug in den Bundestag – in der 15. Wahlperiode 2002–2005 jedoch nur mit zwei direkt gewählten Abgeordneten –, sie erhielt aber in der 12. und 13. WP nur die Anerkennung als „Gruppe“.

24 Zu den Gründen für die Änderung der GO–BT vgl. Edinger: Fraktion und Präsidium, S. 77–84; Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999, Bd. I, S. 873 f.

25 Vgl. Röll: Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, S. 21.

26 Bei einem schwerwiegenden Konfliktfall sollte es einer Mehrheit der Abgeordneten dennoch möglich sein, durch eine Änderung der Geschäftsordnung eine unmittelbar wirksame Regelung einzuführen, die eine Abwahl erlauben würde.

tionen vorgeschlagenen Kandidaten aufgrund ihrer bisherigen politischen und parlamentarischen Erfahrungen (Lebensläufe) den politischen und organisatorischen Anforderungen des Parlamentsamtes genügen. Und sie haben zu erwägen, ob schwerwiegende Zweifel bestehen, dass die vorgeschlagenen Kandidaten in ihrer Amtsführung und durch ihre politische Reputation das Grundverständnis der parlamentarischen Demokratie und die Bedeutung des Parlaments als zentraler Institution der repräsentativen Demokratie vertreten werden, und ob zu befürchten steht, dass die mit dem Amt eines Vizepräsidenten verbundenen parlamentarischen Aufgaben (unter anderem bei der Leitung von Bundestagsdebatten) für anti-parlamentarische Demonstrationen oder einseitige Begünstigungen von Abgeordneten der eigenen Fraktion genutzt und missbraucht werden. Eine parlamentsöffentliche Debatte über die zur Wahl gestellten Kandidaten, die Wahlempfehlungen in den Fraktionen und die Wahlentscheidungen der Abgeordneten findet nicht statt. Personelle Korrekturen vorgeschlagener Kandidaten erfolgen entweder vor der Wahl im Bundestag bei der Präsentation der Kandidaten im Ältestenrat oder durch eine verweigerte Legitimation bei der Wahl im Parlament.

### *3. Querelen bei der Wahl des Bundestagspräsidenten und dessen Stellvertreter*

Die von der Mehrheit der Abgeordneten des Bundestages verweigerte Bestätigung eines von einer Fraktion vorgeschlagenen Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten, was die AfD während der Wahlperiode des 19. Bundestages wiederholt erfahren musste, gehört zwar nicht zur ständigen Übung des Parlaments, kann aber auch nicht als beispiellose Ausnahme angesehen und als Bruch mit parlamentarischen Traditionen gewertet werden. Verwundern mag im Fall der AfD die Persistenz, immer wieder neue Kandidaten zu präsentieren und stets drei Wahlgänge zu verlangen. Es sei zunächst dahingestellt, ob es sich um einen Mangel an realistischer Einschätzung der Bereitschaft der Mehrheit der Bundestagsabgeordneten handelte, die präsentierten AfD-Kandidaten zu bestätigen, oder ob dieses Vorgehen darauf abstellte, eine sehr wahrscheinliche Ablehnung bewusst herbeizuführen, um der AfD immer wieder Medienaufmerksamkeit zu verschaffen, für die Partei und die Fraktion eine vermeintliche Opferrolle zu zelebrieren und zu demonstrieren, dass man von den Fraktionen der etablierten Parteien im Bundestag an der Mitwirkung in Parlamentsgremien – in vermeintlich undemokratischer Weise – gehindert würde.

Aus den wenigen Fällen einer „verzögerten“ Legitimation eines nominierten Kandidaten sticht die Wahl des Bundestagspräsidenten am 16. November 1954, in der Nachfolge des verstorbenen Hermann Ehlers (CDU), hervor. Bereits in den ersten Wahlperioden des Bundestages war es als Parlamentsbrauch, der sich in der Weimarer Republik etablieren konnte, anerkannt, dass

die mitgliederstärkste Fraktion den Kandidaten für das Amt des Parlamentspräsidenten vorschlägt und eine reibungslose Wahl durch das Abstimmungsverhalten der anderen Fraktionen unterstützt wird. Dass Eugen Gerstenmaier (CDU) erst im 3. Wahlgang mit relativer Mehrheit gewählt wurde,<sup>27</sup> resultierte nicht aus Zweifeln an der fachlichen Fähigkeit des Kandidaten, das Amt des Bundestagspräsidenten angemessen ausüben zu können. Das Abstimmungsverhalten vieler Abgeordneter, nicht nur der Oppositionsfraktionen, sondern auch der Regierungsfractionen, war vornehmlich eine Reaktion auf die kurzfristige, nicht einmal innerhalb der CDU/CSU-Fraktion ausreichend kommunizierte Nominierung Gerstenmaiers durch die Partei- und Fraktionsführung der Unionsparteien.<sup>28</sup> Das monierte auch Walter Menzel (SPD), als er in der Plenardebatte hervorhob: „Die stärkste Fraktion stellt jedoch den Präsidenten nicht für sich allein, sie stellt ihn für das gesamte Parlament!“<sup>29</sup> Dieses Wahlschehen blieb eine Ausnahme und förderte offensichtlich das Verständnis dafür, dass bei der Auswahl und der Präsentation des Kandidaten für das Amt des Bundestagspräsidenten eine breite, fraktionsübergreifende Akzeptanz auch im Nominierungsverfahren anzustreben ist.<sup>30</sup>

Auch für die Stellvertreter des Bundestagspräsidenten finden sich nur wenige Beispiele einer verzögerten oder verweigerten Wahl nominierter Kandidaten. Hinzu kommen die Fälle, dass einer Fraktion das Amt des Vizepräsidenten verwehrt und die Mitgliedschaft im Präsidium des Bundestages bestritten wurde.

Mehrere Wahlgänge benötigte 1958 Victor-Emanuel Preusker, bis er als einer der Stellvertreter des Bundestagspräsidenten im dritten Wahlgang bestätigt wurde. Die Nominierung des Abgeordneten der Deutschen Partei (DP) zum Vizepräsidenten am 23. April 1958 resultierte aus einer Koalitionsvereinbarung der kleinen DP-Fraktion mit der CDU/CSU-Fraktion, die über eine knappe absolute Mehrheit der Abgeordneten im 3. Bundestag verfügte und auf die Stimmen der DP eigentlich nicht angewiesen war.<sup>31</sup> Mit der Nominierung und Wahl Preuskers wurde die Anzahl der bereits in der konstituierenden Sitzung

27 Vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999, Bd. I, S. 864 f. und 869. In den folgenden Wahlperioden (3.–5.) wurde Gerstenmaier jeweils mit überzeugender Mehrheit bestätigt.

28 Vgl. Edinger: Wahl und Begrenzung parlamentarischer Gremien, S. 166 f.; Schüttemeyer: Fraktionen im Deutschen Bundestag, S. 271 f.; Gerhard Loewenberg: Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1969, S. 176.

29 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenografische Berichte, 2. Wahlperiode, 55. Sitzung vom 16. November 1954, S. 2696; ferner Loewenberg: Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, S. 176; Feldkamp (Hg.): Der Bundestagspräsident, S. 27.

30 Vgl. Schüttemeyer: Fraktionen im Deutschen Bundestag, S. 272.

31 Die DP war seit 1949 an Koalitionsregierungen von CDU/CSU beteiligt, in der 3. Wahlperiode (1957–1961) als einziger Koalitionspartner. Zur Deutschen Partei vgl. Horst W. Schmollinger: Die Deutsche Partei, in: Richard Stöss (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Bd. 2: CSU bis DSU. Opladen 1986,

des 3. Bundestags am 15. Oktober 1957 gewählten Stellvertreter des Bundestagspräsidenten von drei auf nunmehr vier aufgestockt. Die Mitglieder der Koalitionsparteien (CDU, CSU und DP) stellten dadurch im fünfköpfigen Präsidium die Mehrheit. Vorbehalte der SPD-Fraktion, die mit 181 Abgeordneten mit nur einem Mitglied (Carlo Schmid) im Präsidium vertreten war, gegen die Wahl eines Abgeordneten der DP-Fraktion, die zu Beginn der Wahlperiode nur 17 Mitglieder umfasste, zum Vizepräsidenten problematisierten diese Ungleichgewichtigkeit der Repräsentanz im Präsidium. Doch vermochte sich die SPD-Fraktion, die für sich einen weiteren Sitz im Präsidium forderte, nicht durchzusetzen. Die Nominierung eines DP-Kandidaten stieß offensichtlich nicht nur bei den Oppositionsparteien (SPD und FDP) auf Ablehnung, sondern auch bei einigen Abgeordneten der Unionsfraktion. Die Regierungsfaktionen schafften es nicht – ob nun wegen Vorbehalten gegen Preusker<sup>32</sup> oder gegen die DP –, unter den Mitgliedern der Koalitionsfraktionen in zwei Wahlgängen eine absolute Mehrheit zu organisieren. Erst im dritten Wahlgang wurde der Kandidat nun mit relativer Mehrheit gegen den von der SPD für diesen Wahlgang eigens aufgestellten Erwin Schoettle zum Vizepräsidenten gewählt.<sup>33</sup> Mit der Nominierung Schoettes wollte die SPD ihren Anspruch auf einen zweiten Sitz im Präsidium parlamentsöffentlich demonstrieren.

Zu einem weiteren Legitimationskonflikt, bei dem die Wahl eines Kandidaten in diesem Fall nicht nur verzögert, sondern verweigert wurde, kam es zu Beginn der 16. Wahlperiode (2005–2009). In der konstituierenden Sitzung des 16. Bundestages wurde der Abgeordnete Lothar Bisky von der Fraktion Die Linkspartei/PDS für einen Sitz im Bundestagspräsidium vorgeschlagen, da, wie erwähnt, seit Einfügung der Grundmandatsklausel in die Geschäftsordnung jede Fraktion Anspruch auf Vertretung im Präsidium erheben kann-

---

S. 1025–1111. Vgl. zum Folgenden Edinger: Wahl und Begrenzung parlamentarischer Gremien, S. 168, sowie Loewenberg: Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, S. 177 f.

32 Victor-Emanuel Preusker (25.2.1913–13.5.1991), promovierter Diplomkaufmann, war während der NS-Zeit Mitglied der SS und der SA (seit 1933) und der NSDAP (seit 1937) gewesen; nach 1945 engagierte er sich in der FDP, die er 1956 wegen der linksliberalen Wendung des nordrhein-westfälischen Landesverbandes verließ. Er gründete mit einigen Mitgliedern der FDP-Bundestagsfraktion („Euler-Gruppe“) die Freie Volkspartei (FVP), die bereits 1957 mit der Deutschen Partei (DP) fusionierte. Preusker wechselte 1960 von der DP zur CDU und ein Jahrzehnt später zurück zur FDP. Von 1953 bis 1957 war er Bundesminister für Wohnungsbau. Vgl. die Kurzbiographie von Udo Wengst: Preusker, in: Neue deutsche Biographie. Bd. 20. Berlin 2001, S. 707 f.

33 Vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999, Bd. I, S. 874. Mit dem 1960 erfolgten Partei- und Fraktionswechsel Preuskers von der DP zur CDU war er veranlasst, vom Amt eines Vizepräsidenten des Bundestages zurückzutreten. Da Preusker sich zunächst geweigert hatte, das Amt des Vizepräsidenten zurückzugeben, schlug die SPD vor, wenn auch vergeblich, für solche Fälle die Geschäftsordnung des Bundestages zu ändern und einen obligatorischen Rücktritt vom Amt vorzusehen, vgl. Loewenberg: Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, S. 177 f.

te.<sup>34</sup> In der konstituierenden Sitzung des Bundestages am 18. Oktober 2005 erhielt Bisky im 1. und im 2. Wahlgang nicht die für eine Wahl erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen der Bundestagsabgeordneten; auch im 3. Wahlgang erreichte er nicht die in diesem Wahlgang notwendige einfache Mehrheit der Stimmen.<sup>35</sup> Schließlich vermochte er es auch bei einem vierten Wahlgang nicht, der in der nächsten Sitzung des Bundestages am 8. November 2005 stattfand, die erforderliche einfache Stimmenmehrheit zu erhalten.<sup>36</sup> Erst als die Fraktion der Linkspartei nicht mehr an Bisky festhielt, sondern Monate später Petra Pau aufstellte, erfolgte – nun im ersten Wahlgang – ihre Bestätigung als Vizepräsidentin.<sup>37</sup>

In der verweigerten Wahl Lothar Biskys zum Vizepräsidenten des Bundestages wurde zum ersten Mal durchgespielt, dass die Grundmandatsklausel der Geschäftsordnung kein Entsendungsrecht für die Fraktionen kreiert und die vorgegebene Wahl durch das Parlament nicht auf eine Akklamation reduziert hatte. Kontrolle und Bewertung der vorgeschlagenen Kandidaten und deren Legitimation zählten weiterhin zu den Aufgaben des Parlaments. Da die Wahl von Vizepräsidenten ohne Aussprache im Plenum, die Abstimmung mit verdecktem Stimmzettel und die Bekanntgabe des Ergebnisses ohne kommentierende parlamentsöffentliche Stellungnahme und Debatte erfolgen, können die Gründe für die Ablehnung Biskys hier nur vermutet werden.<sup>38</sup> Wenn vom Bundestagspräsidenten und seinen Stellvertretern parteipolitische Zurückhaltung und unparteiische Amtsführung erwartet werden, zählt zu den informellen Nominierungsvoraussetzungen, dass von den aufgestellten Kandidaten weder in der Fraktion noch in der Partei die Spitzenfunktion eingenommen werden sollte. Für Bisky als langjährigen und amtierenden Bundesvorsitzenden der PDS/Linkspartei/Die Linke (1993–2000 und 2003–2010) gab es offensichtlich keinen Vertrauensvorschuss hinsichtlich einer unparteiischen Ausübung der Position des Vizepräsidenten. Sicherlich durfte nicht erwartet werden, dass Bisky seine hochrangige und einflussreiche Parteifunktion zugunsten der Vize-

34 Die PDS konnte bereits in der 14. WP (1998–2002) für eine Kandidatin (Petra Bläss) die Wahl durch die absolute Mehrheit der Mitglieder des Bundestages erreichen, vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1990 bis 2010. Baden-Baden 2011, S. 414; in der 15. Wahlperiode (2002–2005) gehörte die PDS dem Bundestag nicht in Fraktionsstärke an, sondern war nur durch zwei direktgewählte Abgeordnete (Gesine Löttsch und Petra Pau) vertreten.

35 Vgl. Deutscher Bundestag, Stenografische Berichte 16. WP, 1. Sitzung, 18. Oktober 2005, S. 10–15; Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1990 bis 2010, S. 418 f.; Lovens: Der Bundestag zwischen Wahl und Entsendung, S. 18–29.

36 Vgl. Deutscher Bundestag, Stenografische Berichte 16. WP, 2. Sitzung, 8. November 2005, S. 41 f.

37 Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenografische Berichte 16. Wahlperiode, 33. Sitzung vom 7. April 2006, S. 2778 u. 2783.

38 Vgl. auch zum folgenden Der Bundestag zwischen Wahl und Entsendung zu seinem Präsidium, S. 20 f.

präsidenschaft aufgeben würde. Als problematisch für die Wahl in ein repräsentatives Leitungsgremium eines demokratischen Parlaments galt aber wohl auch die ungeklärte Intensität seiner Beziehung zum Ministerium für Staatssicherheit (MfS/Stasi) während seiner erfolgreichen Berufskarriere in der DDR.<sup>39</sup> Vielleicht wurden die Nominierung und die so nachdrücklich über vier Wahlgänge aufrechterhaltene Kandidatur als Mangel an politischer Sensibilität verstanden, da die Bedeutung des Amtes des Vizepräsidenten und des Präsidiums des Bundestages für die Funktionsfähigkeit des Parlaments und für die Repräsentation der parlamentarischen Demokratie anscheinend unterbewertet wurde.

Als weitere Beispiele für verweigerte Wahlen zum Stellvertreter des Bundestagspräsidenten und zum Mitglied im Präsidium des Bundestages kann die Erfahrung der Partei Die Grünen angesehen werden. Den Grünen wurde etwa ein Jahrzehnt (1983–1994) der Zugang zu diesen Positionen verwehrt. Die 1980 gegründete Partei hatte bei der Bundestagswahl von 1983 den Einzug in den Bundestag geschafft und war mit Fraktionsstatus im Parlament vertreten. Gegenüber der sogenannten Öko-Partei bestanden über längere Zeit erhebliche Vorbehalte hinsichtlich ihrer „Parlamentsfähigkeit“, so dass die seit 1983 immer wieder von den Grünen erhobene Forderung nach einem Grundmandat für Fraktionen (auch für Gruppen) für die Mitgliedschaft im Bundestagspräsidium vom Ältestenrat (vor allem von den Unionsparteien) abgewiesen wurde und die stetig erfolgte Nominierung von Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten bei der Abstimmung im Bundestagsplenum jeweils scheiterte. Erst seit der erwähnten Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages im Jahr 1994 (Einführung des Grundmandats) sind die Grünen kontinuierlich an der Leitung des Bundestages beteiligt. Die kurzfristig beschlossene Änderung der Geschäftsordnung resultiert aus dem Dilemma der FDP, nach der Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994 nicht mehr wie bisher drittstärkste Fraktion im Bundestag zu sein, sondern knapp hinter den Grünen auf dem vierten Platz zu rangierte. Da die FDP gegenüber den Unionsparteien, mit denen die Liberalen koalitierten, auf eine Vertretung im Bundestagspräsidium beharrte, war dies angesichts der Fraktionsstärken der Parteien und unter Wahrung demokratietheoretischer Grundsätze nur zu realisieren, wenn der Fraktion der Grünen der Zugang zum Bundestagspräsidium nicht mehr verweigert würde. Ermöglicht wurde dies – in gewisser Weise indirekt bezogen auf die Grünen – durch die Einführung des fraktionsgebundenen Grundmandats.<sup>40</sup> Die Grünen (Bündnis 90/Die Grünen) hatten bis zu diesem Zeitpunkt etwa ein Jahrzehnt parlamen-

---

39 Lothar Bisky (1941–2013) war (unter anderem) von 1980–1986 Dozent an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, seit 1986 ordentlicher Professor für Film- und Fernsehwissenschaft an der Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam-Babelsberg, deren Rektor er von 1986–1990 war.

40 Vgl. Edinger: Fraktion und Präsidium, S. 77–84; Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1990 bis 2010, S. 409 und 412.

tarische Erfahrungen im Bundestag und in Landesparlamenten gewinnen können. Sie hatten gezeigt, dass ihre parlamentarischen Aktivitäten und politischen Kooperationen sowie ihre gesellschaftspolitischen Ziele mit der parlamentarischen Demokratie kompatibel waren.

Die PDS/Linkspartei, die in unterschiedlicher Stärke und variierender parlamentarischer Organisationsform seit 1990 im Bundestag vertreten war,<sup>41</sup> erhob zwar auch seit ihrem Einzug in den Bundestag den Anspruch auf einen Vizepräsidenten und auf eine Vertretung im Präsidium. Das gelang ihr nach 1994 nur, wenn sie durch die Überwindung der 5-Prozent-Schwelle bei den Bundestagswahlen Fraktionsstatus erreichte und bei der Auswahl der Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten, wie am Beispiel von Lothar Bisky gezeigt, die informellen Akzeptanzkriterien für die Wahl durch die Mehrheit der Abgeordneten des Bundestages beachtete.

#### *4. AfD-Kandidaten für das Bundestagspräsidium*

Das Amt des Vizepräsidenten (und des Präsidenten) des Bundestages ist gewiss bedeutungsvoller als die von Gerhard Loewenberg den Parteien zugeschriebene Neigung, es als „Sinekure [...] anzusehen“.<sup>42</sup> Die Leitungsfunktion des Bundestagspräsidiums – neben dem einflussreicheren Ältestenrat – für die Organisation und den Ablauf des Parlamentsgeschehens, die Mitwirkung der Vizepräsidenten an wichtigen Personalentscheidungen der vom Bundestagspräsidenten geleiteten Bundestagsverwaltung mit ihren ca. 3.000 Beamten und Angestellten sowie die Beteiligung an der Repräsentation des Parlaments in der Öffentlichkeit und auf nationalen und internationalen (politischen) Foren lassen erwarten, dass die Kandidatenvorschläge der Fraktionen für das Amt des Präsidenten und der Vizepräsidenten nicht ausschließlich innerfraktionelle und innerparteiliche Personalplanungen berücksichtigen. Ebenso wichtig – auch mit Blick auf die von den Funktionsträgern erwartete parteipolitisch neutrale Amtsführung – ist die Berücksichtigung der Eignung und der parlamentarischen Erfahrung der Kandidaten, den (informellen) Anforderungen des Amtes gerecht zu werden.<sup>43</sup> Schließlich haben die Vorschläge der jeweiligen Fraktion für die Mitglieder des Präsidiums deren Akzeptanz für die (meisten) anderen Fraktionen und die

41 Organisationsstatus der PDS im Bundestag: 12. WP (1990–1994) und 13. WP (1994–1998): Gruppe; 14. WP (1998–2002): Fraktion; 15. WP (2002–2005): zwei fraktionslose Abgeordnet als Direktkandidatinnen; seit der 16. WP (2005–2009) als Fraktion.

42 Loewenberg: *Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, S. 180.

43 Hinsichtlich der politischen und parlamentarischen Erfahrungen, der fraktionsinternen Bewährung und der Vertrautheit mit Leitungsaufgaben von Vizepräsidenten vgl. Schüttemeyer: *Fraktionen im Deutschen Bundestag*, S. 272–276.

Mehrheit der Abgeordneten zu beachten, um die vom Grundgesetz und der Geschäftsordnung verlangte Legitimation zu erreichen.

In den Fraktionen gibt es unterschiedliche Gründe, Abgeordneten zu einer (erfolgreichen) Nominierung für das Amt des Vizepräsidenten zu verhelfen (vgl. zum Folgenden Tab. 1: Vizepräsidenten des 19. Bundestages). Dazu zählen gelegentlich die „Versorgung“ eines verdienstvollen und erfahrenen Politikers mit einem repräsentativen Amt (Hans-Peter Friedrich, CSU) oder die Nominierung für das Vizepräsidentenamt, weil ein angestrebtes Ministeramt aus innerparteilichen Proporzgründen versagt und der Fraktionsvorsitz anderweitig besetzt wurde (Thomas Oppermann, SPD). Eher selten kommt es zur Aufstellung und Wahl als „Ersatzkandidat“, weil der Bundestag die Legitimation des ursprünglich von der Fraktion nominierten Abgeordneten verwehrt (Petra Pau 2006 anstelle von Lothar Bisky). Ansonsten begünstigt ein Wechsel in eine hochrangige politische Funktion (in der Partei und/oder im Parlament) die Nominierung für das prestigeträchtige Amt des Stellvertreters des Bundestagspräsidenten (2017: Wolfgang Kubicki, FDP, Wechsel von der Landes- in die Bundespolitik; 2013: Claudia Roth, Die Grünen, Wechsel von der Position der Bundesvorsitzenden ihrer Partei zur Vizepräsidentin des Bundestages). Diesen Nominierungen für das Amt des Vizepräsidenten des Bundestages gingen eine jahrzehntelange Mitgliedschaft und ein intensives Engagement für die jeweilige Partei, Funktionen in ihren Führungsgremien auf Landes- oder Bundesebene, eine oft langjährige Wahrnehmung von Abgeordnetenmandaten in Landesparlamenten (Oppermann 1990–2005, seine Nachfolgerin Dagmar Ziegler 1994–2009, Kubicki 1992–2017, Pau 1995–1998), im Europäischen Parlament (Roth 1989–1998) und im Bundestag (Friedrich seit 1998; Oppermann 2005–2020; seine Nachfolgerin Ziegler seit 2009; Pau seit 1998 und Roth 1998–2001 und seit 2002), oft verbunden mit Positionen im Fraktionsvorstand, voraus. Ergänzt wird die politische Erfahrung bei einigen Vizepräsidenten durch mehrjährige Regierungsfunktionen (Friedrich Bundesminister 2011–2014, Oppermann Landesminister in Niedersachsen 1998–2003, Ziegler Landesministerin in Brandenburg 2000–2009). Einige Vizepräsidenten leiteten ihr politisches Engagement durch Wahlfunktionen in kommunalen Selbstverwaltungsgremien ein (Ziegler 1990–2000 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Lenzen, Pau 1990–1995 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Hellersdorf).

Was die Vizepräsidenten der 19. Wahlperiode hinsichtlich ihrer politischen und parlamentarischen Erfahrungen auszeichnete und für das Amt qualifizierte, sind – zusammengefasst – neben langjähriger Mitgliedschaft Engagement und einflussreiche Funktionen in ihrer Partei und in Parlamenten sowie (zum Teil) Erfahrungen in Regierungsfunktionen (Ministerämter).

Tabelle 1: Vizepräsidenten des Bundestages, 19. Wahlperiode (2017-2021)

Name	Geburtsjahr	Partei	Parteimitgl. seit*	Alter 2017	Vizepräs. seit	MdB seit	
Friedrich, Hans-Peter	1957	CSU	1974	60	2017	1998	
Kubicki, Wolfgang	1952	FDP	1971	65	2017	1990–1992 2002 2017	
Oppermann, Thomas	1954	SPD	1980	63	2017–2020	2005–2020	
Ziegler, Dagmar	1960	SPD	1990	57 [60]	2020	2009	
Pau, Petra	1963	Die Linke	1983 (SED)	54	2006	1998	
Roth, Claudia	1955	Die Grünen	1987	62	2013	1998–2001 seit 2002	

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

\* Parteimitgliedschaft seit bezieht sich auf die jeweilige Partei, für die der/die gewählte Vizepräsident/ in gewählt wurde; es handelt sich jeweils um die einzige Parteimitgliedschaft.

\*\* Angaben zu Funktionen in der Fraktion beziehen sich auf den Bundestag, falls nichts anderes erwähnt ist.

\*\*\* Bei den Parteifunktionen werden ebenfalls nur die wichtigsten und zuletzt eingenommenen berücksichtigt.

	MdL	MdEP	Kommunal- pol. Mandate	Regierungs- ämter	Funktionen in der Fraktion**	Parteifunk- tionen***
				2011–2014 Bundesmi- nister	2005–2009 stellv. Fraktionsvors. 2009–2011 Vors. CSU- Landesgruppe	Seit 2011 Mitgl. Präsi- dium der CSU
	1992–2017 SH				1992–2017 Fraktionsvors. im Landtag SH	Seit 2013 1. stellv. Vors. FDP (Bund)
	1990–2005 Nds.		2001–2005 Kreistag von Göttingen/ Land	1998–2003 Minister in Nds.	2007–2013 1. Parl. Geschäftsf. SPD-Fraktion 2013–2017 Fraktionsvors.	
	1994–2009 BBG		1990–2000 Stadtverordn.- Vers. Lenzen	2000–2009 Ministerin in BBG	2013–2020 Parl. Geschäftsf. SPD-Fraktion 2009–2013 stellv. Fraktionsvors.	2000–2008 stellv. Vors. SPD Brandenburg
	1995–1998 Berlin		1990–1995 Bezirksver- ordn.-Vers. Berlin-Hel- lersdorf		seit 2005 Mitgl. Frak- tionsvorstand	1992–2001 Vors. PDS-LV Berlin 2000–2002 stellv. Bun- des-Vors. PDS
		1989–1998				2001–2002, 2004–2013 Bundesvors. der Grünen

Im Vergleich zu den politischen Erfahrungen und Kompetenzen der gewählten Vizepräsidenten des 19. Bundestages unterscheiden sich die sechs Abgeordneten, die von der AfD-Fraktion im Laufe der Legislaturperiode für die Wahl in das Bundestagspräsidium vorgeschlagen wurden, auffallend (vgl. Tab.2: AfD-Kandidaten für das Präsidium des Bundestages). Dies mag dem Umstand geschuldet sein, dass die AfD erst 2013 gegründet wurde und deren Abgeordneten zumindest in der AfD wenig Zeit für eine politische Profilierung zur Verfügung stand. Gleichwohl unterscheidet sich die Altersstruktur dieser Abgeordneten nicht markant von den 2017 gewählten Vizepräsidenten. Der Altersdurchschnitt der fünf gewählten Stellvertreter und der sechs nominierten AfD-Abgeordneten zum Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung des Bundestages im Oktober 2017 betrug etwa 60 Jahre; nur bei der AfD waren zwei Abgeordnete älter als 70 Jahre (Albrecht Glaser, Paul Podolay). Alle AfD-Kandidaten hätten bei entsprechendem politischen Engagement vor der Gründung der AfD in anderen Parteien ähnliche politische Erfahrungen machen, vergleichbare politische Karrieren durchlaufen und politische Wahlfunktionen erreichen können.<sup>44</sup> Nur ein AfD-Abgeordneter, Albrecht Glaser (geb. 1942), der zu Beginn der Legislaturperiode für das Amt des Vizepräsidenten kandidierte, weist als früheres CDU-Mitglied (1970–2012) eine langjährige politische und administrative Berufskarriere, vor allem auf kommunaler Ebene, auf.<sup>45</sup> Die übrigen AfD-Abgeordneten geben keine biographischen Informationen über politische Wahlfunktionen auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene vor dem Beitritt an. Zwei von ihnen gehörten vor dem Beitritt zur AfD keiner Partei an (Karsten Hilde, AfD seit 2016; Mariana Harder-Kühnel, AfD seit 2013), während die drei anderen AfD-Abgeordneten langjährige Mitgliedschaften in der FDP (Gerold Otten, 1989–2013), der CSU (Paul Podolay, 1997–2015) oder den Freien Wählern (Harald Weyel, 2009–2013) mitteilten. Offensichtlich führten diese Parteimitgliedschaften nicht zu politischen Wahlämtern. Einige der AfD-Abgeordneten entwickelten mit dem Beitritt zur AfD parteipolitisches Engagement, indem sie auf unterschiedlichen politischen Ebenen zu Gründungsmitgliedern der Partei wurden (Albrecht Glaser: auf Bundes- und Landesebene; Mariana Harder-Kühnel: Kreisverband Main-Kinzig; Gerold Otten: Mitgründer des Kreisverbandes München-Land).

---

44 Diese Art von Parteikarrieren ist für AfD-Abgeordnete weitgehend hypothetisch. Es findet sich bislang kaum ein AfD-Abgeordneter, der nach langjähriger Mitgliedschaft und Engagement in einer etablierten Partei (CDU, CSU, SPD, FDP, Die Grünen oder PDS/Die Linke), die zu Spitzenfunktionen in der Parteiorganisation auf Landes- oder Bundesebene sowie zu politischen Wahlämtern (Landesparlament, Bundestag, Europäisches Parlament) führten, zur AfD wechselte.

45 Albrecht Glaser, unter anderem Erster Beigeordneter in Bretten, direkt gewählter Bürgermeister von Waldbronn, Erster Beigeordneter des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Stadtrat (1995–2001) und Kämmerer (1997–2001) der Stadt Frankfurt a. M.

Nimmt man die politischen, parlamentarischen und gouvernementalen Kompetenzen der fünf gewählten Vizepräsidenten als Maßstab, verfügen die AfD-Kandidaten bei weitem nicht über die politisch-institutionellen Erfahrungen, um den informellen Kompetenzanforderungen für eine Mitgliedschaft im Bundestagspräsidium gerecht werden zu können. Das mag eingeschränkt auch für Albrecht Glaser gelten, der jedoch seine Akzeptanz für die Mehrzahl der Mitglieder des Bundestages nicht nur durch seine umstrittene Amtsführung als Kämmerer der Stadt Frankfurt (Stichwort: Glaser-Fonds) selbst in Zweifel stellte, sondern auch durch politische Positionen – unter anderem Aberkennung der grundgesetzlich geschützten Religionsfreiheit für Muslime –, in denen er eine vorbehaltlose Geltung von Grundrechten in Frage stellte.<sup>46</sup> (siehe Tabelle 2)

Die Ausdauer, mit der die AfD-Fraktion Abgeordnete für die Wahl als Stellvertreter des Bundestagspräsidenten nominierte und auf die Einlösung der Grundmandatsklausel für die Mitgliedschaft im Bundestagspräsidium, wie sie die Geschäftsordnung jeder Fraktion zugesteht, insistierte, mag als Beharren auf ein parlamentarisches Mitwirkungsrecht verstanden werden.<sup>47</sup> Doch erfolgte die Abweisung der aufgestellten AfD-Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten durch eine eindeutige Mehrheitsentscheidung der Bundestagsabgeordneten im Rahmen des vom Grundgesetz geforderten und von der Geschäftsordnung präzisierten Legitimationsverfahrens: einer entscheidungsoffenen Wahl „mit verdeckten Stimmzetteln“. Das Abstimmungsergebnis als „Kriegserklärung“ (Armin-Paulus Hampel, ähnlich auch Alexander Gauland) zu apostrophieren oder als „Schlag ins Gesicht der Demokratie“ (Alice Weidel) zu werten,<sup>48</sup> zieht die Legitimität des demokratischen Abstimmungsverfahrens des Bundestages in Zweifel und stellt die parlamentarische Demokratie in Frage. Der AfD konnte es – realistischerweise – bei den wiederholt aufgestellten Kandidaten für eine Wahl zum Vizepräsidenten des Bundestages kaum darum gehen, die für eine Wahl erforderliche Mehrheit der Bundestagsmitglieder gewinnen und diese Posi-

---

46 Vgl. Umstrittener „Musterdemokrat“ der AfD, in: Süddeutsche Zeitung, 10. Oktober 2017, [www.sueddeutsche.de/politik/neuer-bundestag-tagesordnungspunkt-eins-streit-1.3700705](http://www.sueddeutsche.de/politik/neuer-bundestag-tagesordnungspunkt-eins-streit-1.3700705) (Abruf: 30. September 2021): „Der Anlass für die grundsätzliche Ablehnung Glasers sind Sätze aus einer Rede im Frühjahr auf einer Veranstaltung in Oestrich-Winkel im Rheingau. ‚Wir sind nicht gegen die Religionsfreiheit‘, hatte er da gesagt. ‚Der Islam ist eine Konstruktion, die selbst die Religionsfreiheit nicht kennt und die sie nicht respektiert. Und die da, wo sie das Sagen hat, jede Art von Religionsfreiheit im Keim erstickt. Und wer so mit einem Grundrecht umgeht, dem muss man das Grundrecht entziehen.“

47 Ein Motiv der AfD für die wiederholte Nominierung von Kandidaten dürfte in dem Versuch gesehen werden, auszutesten, ob Abgeordnete etablierter Parteien offen sind, für AfD-Abgeordnete zu votieren und dadurch die geschlossene Ablehnung der AfD aufzuweichen; ob erwartet wurde, über solche Öffnungen Kooperationen einzuleiten, mag dahingestellt sein.

48 Niederlage für Harder-Kühnel – AfD: „Eine Kriegserklärung“, 4. April 2019: [www.zdf.de/nachrichten/heute/mariana-harder-harder-kuehnel-will-im-dritten-anlauf-in-praesidium-des-bundestages-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/heute/mariana-harder-harder-kuehnel-will-im-dritten-anlauf-in-praesidium-des-bundestages-100.html) (Abruf: 30. September 2021).

Tabelle 2: Kandidaten der AfD für das Bundestagspräsidium (Vizepräsidenschaft)

Namen*	Geburtsjahr	AfD seit	Alter 2017**	frühere Parteimitgl.	Zeitraum	kommunal-pol. Erfahrung	Tätigkeit vor MdB
Glaser, Albrecht	1942	2013	75	CDU	1970–2012	langjährig, hauptamtlich verschiedene Positionen	Ruhestand
Harder-Kühnel, Mariana	1974	2013	43			ehrenamtl. Beigeordnete Main-Kinzig-Kreis 2016–2017	Rechtsanwältin
Otten, Gerold	1955	2013	61	FDP	1989–2013		– Berufssoldat Bundeswehr/Luftwaffe (1975–1997) – Vertreter DASA u. Airbus Defence and Space (1997–2017)
Podolay, Paul	1946	2015	71	CSU	1997–2015		– Präs. Deutsche Slowakische Wirtschaftsunion – Repräsentant CHECKus Media Group in Deutschland
Hilse, Karsten	1964	2016	52				Polizeibeamter
Weyel, Harald	1959	2013	58	Freie Wähler	2009–2013		Professur TH Köln

Quelle: Eigene Zusammenstellung. Jeweils Angaben (Selbstdarstellungen) auf der Homepage des Bundestages; ergänzt durch Angaben auf den personenbezogenen Homepages der AfD und durch Wikipedia-Einträgen.

\* Reihenfolge nach dem Zeitpunkt der Nominierung für das Amt des Vizepräsidenten.

\*\* Alter 2017: Zeitpunkt bezogen auf die konstituierende Sitzung des 19. Bundestages und den jeweiligen Geburtstag.

tion besetzen zu können. Seit der gescheiterten Kandidatur von Albrecht Glaser für das Amt des Vizepräsidenten im ersten Wahlgang in der konstitutiven Sitzung des 19. Bundestages am 24. Oktober 2017 – sowie in den zwei weiteren Wahlgängen in dieser Plenarsitzung – dürfte die Ablehnung dieses Ansinnens der AfD-Fraktion durch eine fraktionsübergreifende Mehrheit der Parlamentsmitglieder manifest geworden sein. Die wiederholten fünf Nominierung von Kandidaten und die jeweils drei Wahlgänge, die nicht mehr wie bei Albrecht Glaser in jeweils einer Sitzung des Bundestages abgearbeitet wurden, sondern sich immer über mehrere Monate erstreckten, dienten offensichtlich einer medienwirksamen Inszenierung der AfD-Fraktion. Mit diesem – aus ihrer Sicht als antidemokratisch gewerteten – Abstimmungsverhalten, das die Fraktion allerdings durch absehbar aussichtslose Kandidatenaufstellungen erzwang, wollte sie gestreckt über die gesamte Wahlperiode wiederholt vorführen, dass die AfD an einer legitimen parlamentarischen Mitwirkung gehindert würde. Begleitete wurde diese parlamentarische Inszenierung zuletzt durch zwei im Jahr 2020 von der AfD-Fraktion bzw. einem AfD-Abgeordneten (Fabian Jacobi) beim Bundesverfassungsgericht eingereichte Organstreitklagen. Der AfD-Abgeordnete Jacobi hatte beim Bundestagspräsidenten als einzelner Abgeordneter, gestützt auf sein Mitwirkungs- und Beteiligungsrecht als Abgeordneter (Art. 38, 1 GG), beantragt, einen eigenen Kandidatenvorschlag für die Wahl eines Vizepräsidenten des Bundestages einzureichen und zur Abstimmung zu stellen. Von der sitzungsleitenden Vizepräsidentin (Sitzung des Bundestages am 7. November 2019) wurde dieser Antrag zurückgewiesen und folglich nicht zur Abstimmung gestellt mit der Begründung, dass einzelne Abgeordnete kein Vorschlagsrecht für die Wahl von Vizepräsidenten haben.<sup>49</sup> Die AfD-Fraktion wiederum hatte ein Organstreitverfahren gegen den Bundestag beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, weil jeder ihrer Wahlvorschläge für die Wahl eines Abgeordneten/einer Abgeordneten als Mitglied des Präsidiums gescheitert war und der Bundestag keine geeigneten Vorkehrungen getroffen habe, um sicherzustellen, dass „solche Ablehnungen nicht von sachwidrigen Gründen bestimmt werden“.<sup>50</sup>

Beide Anträge, die im Hauptverfahren noch anhängig sind, deren begleitend beantragte einstweilige Anordnungen vom Bundesverfassungsgericht verworfen beziehungsweise abgelehnt wurden, richten sich gegen Grundsätze der parlamentarischen Demokratie. Der Antrag des Abgeordneten Jacobi stellt die Geschäftsordnungsautonomie des Bundestages in Frage und spricht dem Parlament implizit das Recht ab, den parlamentarischen Willensbildungsprozess eigenständig zu organisieren, die Fraktion in den Mittelpunkt der innerparlamentarischen

49 Vgl. BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 7. Juli 2021–2 BvE 2/20 -Rn. (1–36), [http://www.bverfg.de/e/es20210707\\_2bve000220.html](http://www.bverfg.de/e/es20210707_2bve000220.html) (Abruf: 30. September 2021).

50 BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 7. Juli 2021–2 BvE 9/20 -Rn. (1–36), S. 1; [http://www.bverfg.de/e/es20210707\\_2bve000920.html](http://www.bverfg.de/e/es20210707_2bve000920.html) (Abruf: 30. September 2021).

Organisation, der Entscheidungsprozesse und der Mitwirkungsmöglichkeiten der Abgeordneten zu setzen. Weiter geht die Organstreitklage der AfD-Fraktion, wenn sie vom Bundestag Vorkehrungen verlangt, mit denen verhindert wird, dass sich das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten bei der Wahl der Vizepräsidenten von „sachwidrigen Gründe“ leiten lässt. Auch wenn die AfD-Fraktion die geforderten Vorkehrungen nicht präzisiert hat, fordert sie letztlich eine Art Gesinnungsprüfung der Abgeordneten, eine Zensur des freien Mandats und die Steuerung des Abstimmungsverhaltens der Abgeordneten. Ganz offensichtlich liegt diesem Ansinnen ein autoritäres Politikverständnis zugrunde,<sup>51</sup> das konträr zur parteienbasierten und repräsentativen parlamentarischen Demokratie steht. Das zeigt sich im parlamentarischen Alltag, wenn das Podium des Bundestages zur De-Legitimierung des Parlaments ge- und benutzt wird. Mit Kampfbegriffen wie „Corona-Diktatur“ (Gauland) für die parlamentarisch gestützte Regierungspolitik und deren institutionellen Maßnahmen während der Covid-19-Pandemie werden das parlamentarische Regierungssystem, die repräsentative Demokratie und dessen Institutionen diskreditiert und diffamiert. Sie dienen als „Legitimationsbrücke“ (Heitmeyer) – „von der Bühne des Parlaments auf die Straße“ – entsprechend dem „bewegungsorientierten“ Politikverständnis des rechtspopulistischen und völkisch-nationalistischen Teils der Mitglieder und Abgeordneten der AfD.<sup>52</sup>

### 5. Fazit

Parlamente als zentrale Institutionen demokratischer politischer Systeme sind letztlich nicht in der Lage, durch Festlegungen für die Periodizität, durch Anforderungen an das passive Wahlrecht, durch ihre organisatorische Binnenstruktur, die Kompetenzverteilung unter ihren Mitgliedern und prozessuale Regeln für die Entscheidungsverfahren einen demokratischen Grundkonsens zu generieren, der ihren Bestand und ihre demokratische Funktionsweise garantiert. Es bedarf eines ‚demokratisch gesinnten‘ Grundkonsenses, der Verpflichtung auf eine ‚regulative Idee‘ (Ernst Fraenkel) der überwiegenden Anzahl der Abgeordneten eines Parlaments, um dessen Funktion und Handlungsfähigkeit als Zentrum des demokratischen Entscheidungsprozesses herzustellen und zu erhalten. Dieses demokratische Selbstverständnis, dieser politische Grundkonsens legitimiert Maßnahmen, die, auf der Basis demokratischer Mehrheitsentscheidungen, darauf zielen, Missbrauch und Unterminierung des Parlaments, seiner Gremien und seiner Verfahren zu verhindern. In diesem Sinne

51 Vgl. die Charakterisierung des Antrags der AfD-Fraktion durch den „Antragsgegner“ (der Deutsche Bundestag, vertreten durch dessen Präsidenten) im Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Juli 2021, S. 10, RN 18.

52 Kontrollverlust, in: Süddeutsche Zeitung vom 2./3. Oktober 2021, S. 5; Schroeder/Weßels/Berzel: Die AfD in den Landtagen: Bipolarität als Struktur und Strategie.

hatte bereits, wie erwähnt, Walter Menzel 1954 – in diesem Fall bezogen auf die Art wie die Unionsfraktion ihren Wahlvorschlag für das Amt des Bundestagspräsidenten (Eugen Gerstenmaier) kommunizierte und durchzusetzen versuchte – eine fraktionsübergreifende Verpflichtung bei der Nominierung von Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten und bei dessen Wahl angemahnt und zu beachten gefordert, dass bei dieser Personalentscheidung das Parlament in seiner Gesamtheit zu repräsentieren sei.

Dieser Grundsatz wurde bezogen auf die Wahl der Vizepräsidenten und die Vertretung der Fraktionen im Präsidium durch die Änderung der Geschäftsordnung von 1994 (§ 2 Abs. 1) nicht aufgegeben, als jeder Fraktion ein Grundmandat für die Mitgliedschaft im Präsidium zugesprochen wurde. Denn trotz dieser Regelung in der Geschäftsordnung besitzen die Fraktionen zwar ein Vorschlags-, aber kein „Entsendungsrecht“; die Wahl der Vizepräsidenten ist nach wie vor eine „echte Wahl“, und die von den Fraktionen vorgeschlagenen Kandidaten „müssen das Vertrauen der Mehrheit der Abgeordneten erlangen“.<sup>53</sup>

Die von der Mehrheit der Abgeordneten des Bundestages verweigerte Wahl von AfD-Kandidaten als Stellvertreter des Bundestagspräsidenten mag als symbolischer Akt parlamentarischer Selbstbehauptung begriffen werden. Faktisch richtete sich das Wahlverhalten der Mehrheit der Abgeordneten sowohl gegen die jeweils nominierten AfD-Abgeordneten für das Amt des Vizepräsidenten als auch gegen die Fraktion der AfD im Bundestag, und zwar gegen eine Partei, die in ihrer Programmatik, durch ihr parlamentarisches Auftreten<sup>54</sup>, durch Debattenbeiträge und Reden ihrer Abgeordneten im Parlament und im öffentlichen Raum den (informellen) Grundkonsens eines demokratischen Parlaments, von dem dessen Handlungsfähigkeit und die Bewältigung des parlamentarischen Alltags entscheidend abhängen, bewusst in Frage zu stellen und zu delegitimieren sucht. Die wiederholt verweigerte Wahl von AfD-Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten war offensichtlich von der Intention geleitet, der Partei nicht das im Bundestag hervorgehobene Podium der Sitzungsleitung zu überlassen, zumal diese Position für die Binnenorganisation der Plenarsitzungen und für die öffentliche Wahrnehmung des Bundestages als demokratisches Parlament über ihre symbolische Bedeutung hinausweist.

Die Intensität der Vorbehalte der Mehrheit der den etablierten Parteien angehörenden Abgeordneten gegenüber der AfD-Fraktion und den von ihr für das Amt des Vizepräsidenten vorgeschlagenen Kandidaten zeigte sich in dem fortgesetzten Scheitern der im Laufe der Wahlperiode präsentierten sechs Kandidaten der AfD. In keinem der 18 Wahlgänge im Laufe der Legislaturperiode kam eine beziehungsweise einer der Nominierten in die Nähe der absoluten

---

53 Roll: Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, S. 21.

54 Bis zur Konstituierung des Bundestages im Oktober 2017 gab es einschlägige Erfahrungen mit Abgeordneten und Fraktionen der AfD in 12 Landesparlamenten.

Mehrheit oder der für den 3. Wahlgang ausreichenden relativen Mehrheit, auch wenn es einige Unterschiede im Abstimmungsverhalten gab und einige Kandidaten mehr als die doppelte Anzahl der AfD-Stimmen erhielten.<sup>55</sup>

Mit diesem Wahlverhalten, mit dem verhinderten Zugang zum Amt des Vizepräsidenten und zur Mitwirkung im Präsidium des Bundestages wurde präventiv ein Missbrauch dieser parlamentarischen Position verhindert. Es bedeutete aber nicht, dass die AfD-Fraktion grundsätzlich vom parlamentarischen Alltag ausgeschlossen wurde. Im 19. Bundestag war sie im für innerparlamentarische und interfraktionelle Abstimmungen wichtigen Ältestenrat vertreten, sie verfügte proportional zu ihrer Fraktionsstärke über Mitglieder in den Bundestagsausschüssen und war an deren Leitung (Vorsitz) beteiligt.<sup>56</sup> Neben diesen aufgrund von Regelungen in der Geschäftsordnung und von parlamentarischen Gepflogenheiten unabwendbaren Positionen und Mitgliedschaften scheiterte die AfD-Fraktion in der 19. Wahlperiode bei der Besetzung von Gremien, die keine geschäftsordnungsmäßig zwingende Beteiligung jeder Fraktion verlangten und deren Besetzung von einer Wahl durch die Abgeordneten des Bundestages abhängig war.<sup>57</sup>

Bei diesem Abstimmungsverhalten zeigte sich eine fehlende „Konsensmöglichkeit beziehungsweise Konsensbereitschaft“ zwischen den Fraktionen der etablierten Parteien und der AfD-Fraktion. Sie resultierte vornehmlich aus den politischen Positionen der AfD und dem Handeln und den Auftritten ihrer Abgeordneten im Parlament. Ein „gegenseitiges Grundvertrauen“ als Voraussetzung für „informelle Regelungen zur Sicherung der reibungslosen parlamentarischen Arbeitsabläufe“ konnte unter diesen Bedingungen nicht aufgebaut

55 In jedem Wahlgang votierten für AfD-Kandidaten mehr Abgeordnete als der AfD-Fraktion angehörten. Bei drei Abgeordneten (Albrecht Glaser, Karsten Hilse und Harald Weyel) lag die Zustimmung von Parlamentariern anderer Fraktionen oder von fraktionslosen Abgeordneten (rechnerisch) zwischen 15 und 64 Stimmen; bei drei weiteren AfD-Kandidaten (Mariana Harder-Kühnl, Gerold Otten und Paul Podolay) lag die Anzahl der Stimmen von Nicht-AfD-Abgeordneten (rechnerisch) zwischen 98 und 150. Den möglichen Gründen für das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten etablierter Parteien zugunsten der AfD-Kandidaten kann hier nicht nachgegangen werden.

56 Die Vergabe des Vorsizes der Bundestagsausschüsse konnte nicht durch interfraktionellen Konsens im Ältestenrat geregelt werden, sondern musste nach dem „Zugriffsverfahren“ in formalisierter Weise erfolgen. Die AfD erhielt den Vorsitz im Haushaltsausschuss (Peter Boehringer) als stärkste Oppositionsfraktion sowie im Rechts- und Verbraucherausschuss (Stephan Brandner, bis zu seiner Abwahl am 13. November 2019 infolge von verschiedenen provokativen, parlamentarisch inakzeptablen Äußerungen) und im Ausschuss für Tourismus (Sebastian Münzenmaier). Vgl. hierzu auch Schüttemeyer: Der 19. Bundestag, S. 19 f.

57 Beispielsweise scheiterten Wahlvorschläge der AfD-Fraktion wiederholt: für die Besetzung des Vertrauensgremiums gemäß § 10a Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung (Gremium zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste), für das Gremium gemäß Paragraph 3 des Bundesschuldenwesengesetzes und für das Sondergremium gemäß Paragraph 3 Absatz 3 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes.

werden.<sup>58</sup> Letztlich bestehen – keineswegs unbegründete – erhebliche Zweifel, ob und wie weit AfD-Abgeordnete sich den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie, einem parteibasierten parlamentarischen Regierungssystem und einer pluralistischen Gesellschaft verpflichtet sehen.

---

58 Schüttemeyer: Der 19. Bundestag, S. 20.



## AUS DEM ACDP

### **„Lasst Euch durch keine Grenzfähle mehr aufhalten“. Eine Rede beim europäischen Jugendlager auf der Loreley 1951**

**Christopher Beckmann**

„Ich weiß nicht, was soll es bedeuten ...“. Diese Textzeile aus dem berühmten Gedicht von Heinrich Heine kommt wohl den meisten Älteren in den Sinn, wenn von dem Rheinfelsen bei St. Goarshausen in Rheinland-Pfalz die Rede ist. Andere verbinden mit der „Loreley“ vor allem weinselige Rheinromantik für überseeische Touristen, viele Jugendliche wiederum einen populären Veranstaltungsort, an dem unter anderem jedes Jahr ein gut besuchtes Rock-Festival stattfindet.

Vom 20. Juli bis zum 6. September 1951 war das Areal auf dem Loreley-Felsen Schauplatz eines großen europäischen Jugendtreffens, das unter dem Motto „Jugend baut Europa“ stand. Initiator war die französische Regierung, die hoffte, damit das Entstehen einer europäischen Jugendbewegung und die Verbreitung des Gedankens der europäischen Einigung befördern zu können.<sup>1</sup> In der Eröffnungsveranstaltung sprach unter anderen mit Josef Rommerskirchen der Vorsitzende des kurz zuvor gegründeten Deutschen Bundesjugendrings (DBJR). Das Typoskript – mit einigen wenigen handschriftlichen Ergänzungen und Korrekturen – von Rommerskirchens Rede, die im Gegensatz zu den Reden anderer Teilnehmer in der Literatur bisher offenbar nicht thematisiert worden ist, findet sich in seinem Nachlass, der im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung verwahrt wird.<sup>2</sup> Sie wird hier in vollem Wortlaut veröffentlicht.

---

1 Siehe den Aufsatz von Gerhard Brunn: Das europäische Jugendtreffen 1951 auf der Loreley und der gescheiterte Versuch einer europäischen Jugendbewegung, in: Jürgen Reulecke (Hg.): Rückkehr in die Ferne. Die deutsche Jugend in der Nachkriegszeit und das Ausland (Materialien zur historischen Jugendforschung). Weinheim/München 1997, S. 81–101 sowie den knappen Beitrag von Jacqueline Plum: Das Europäische Jugendtreffen auf der Loreley im Sommer 1951. Ein jugendpolitischer Einigungsversuch, in: Lendemains 27 (2002), S. 190–199. Auch in zwei Dissertationen wird das Treffen im Rahmen der Gesamthematik behandelt: Jacqueline Plum: Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1955. Jugendpolitik und internationale Begegnungen als Impulse für Demokratisierung und Verständigung. Wiesbaden 2007, S. 199–212; Christina Norwig: Die erste europäische Generation. Europakonstruktionen in der europäischen Jugendkampagne 1951–1958 (Göttinger Studien zur Generationsforschung 11). Göttingen 2016, S. 84–94.

2 Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) Nachlass Josef Rommerskirchen 01-234-024. Zu Rommerskirchen siehe Christopher Beckmann: Jugendarbeit und politische Bildung als lebenslanges Kontinuum: Josef Rommerskirchen (1916–2010), in: Historisch-Politische Mitteilungen 18 (2011), S. 193–227.

### 1. Vorgeschichte

Schon bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatten sowohl wichtige Persönlichkeiten der Besatzungsbehörden als auch die führenden Vertreter der Europabewegungen Jugendliche als Akteure in den internationalen Beziehungen „entdeckt“. Gerade der Europagedanke erschien aufgrund seiner Popularität geeignet, die ansonsten politisch noch weitgehend apathische deutsche Jugend im westlichen Interesse positiv zu mobilisieren, Brücken zu den Jugendlichen und den Jugendverbänden in den anderen westeuropäischen Ländern zu schlagen und die Einbindung der Bundesrepublik in den Westen zu stärken. Die jungen Deutschen, so konstatierte etwa der französische Hohe Kommissar André François-Poncet im August 1950, „ont une passion: l'Europe“.<sup>3</sup> Im Jahr zuvor hatte der Internationale Rat der Europäischen Bewegung in einem „Appell an die europäische Jugend“ die Jugendorganisationen Europas aufgerufen, sich am Einigungsprozess aktiv zu beteiligen, da die Einheit Europas nicht nur durch Verträge herbeigeführt werde, sondern eines Einstellungswandels der Europäer bedürfe.<sup>4</sup> 1951 ging daraus die bis 1958 laufende Europäische Jugendkampagne hervor, die sich durch vielfältige Maßnahmen bemühte, Jugendliche in den Prozess der Schaffung eines vereinten Europas einzubeziehen. Anders als die zumeist binational ausgerichteten Jugendbegegnungsprogramme jener Zeit widmete sich die Kampagne „auf transnationaler Ebene der Europa-bildung“. Das Treffen auf der Loreley im Sommer 1951 gehört zur unmittelbaren Vorgeschichte dieser Kampagne und lieferte ihr „personelle und inhaltliche Anknüpfungspunkte“.<sup>5</sup>

Die Initiative war vom „Internationalen Begegnungsdienst“ (Service de Rencontre Internationales) ausgegangen, einer Dienststelle der französischen Hochkommission. Sie stand unter der Leitung von Jean Moreau, der seit Beginn der Besatzungsherrschaft maßgeblichen Einfluss auf die französische Jugendpolitik in Deutschland ausübte.<sup>6</sup> Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges wurde die Veranstaltung als „spektakuläre[...] zukunftsweisende[...] Aktion“ geplant, um die Idee der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas – am 18. April 1951 war der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) unterzeichnet worden, die Verhandlungen um eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) waren in vollem Gange – zu propagieren, vor allem der französischen und deutschen Jugend positive politische Ziele vorzugeben und

---

3 Plum: Französische Kulturpolitik, S. 201. Zur Person Françoise Berger: André François-Poncet, un acteur de l'histoire franco-allemande et européenne, <https://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-00695416/document> (Abruf: 5. Oktober 2021).

4 Norwig: Die erste europäische Generation, S. 8 f.

5 Ebd., S. 10, 72.

6 Brunn: Das europäische Jugendtreffen, S. 83 f. Zu Moreau und seiner Rolle auch Plum: Französische Kulturpolitik, S. 45–48, 64–173.

besonders bei den deutschen Jugendlichen einen Kontrapunkt gegen nazistische Nostalgie und kommunistische Verführung zu setzen.<sup>7</sup> Weitere Ziele waren die Stärkung der Strukturen der teilnehmenden Jugendorganisationen, ihrer demokratischen Praxis sowie ihrer internationalen Vernetzung, die Stärkung des Bewusstseins für das gemeinsame kulturelle Erbe Europas und die Verankerung eines europäischen Bewusstseins bei den Teilnehmern.<sup>8</sup>

Die Festlegung des Termins (Mitte Juli bis Anfang September) war sicher ebenfalls kein Zufall: Vom 5.–19. August 1951 fanden in Ost-Berlin die mit enormem Aufwand geplanten „Weltfestspiele der Jugend und Studenten für Frieden und Freundschaft“ statt.<sup>9</sup> Auch die Sowjetunion nutzte die internationale Jugendarbeit als Instrument ihrer weltpolitischen Interessen im Ost-West-Konflikt, wodurch sich die Jugendorganisationen zu einem kulturellen „Schlachtfeld“ des Kalten Krieges entwickelten<sup>10</sup>, wenngleich ihre Bedeutung sich natürlich nicht darin erschöpfte. Mit Blick auf die Rolle von Jugendfestivals in den Ost-West-Auseinandersetzungen der frühen 1950er Jahre ist pointiert von der „battle of the festivals“ gesprochen worden.<sup>11</sup>

## 2. Organisation und Durchführung

Zuschüsse zur Finanzierung der Veranstaltung kamen von allen drei westlichen Siegermächten und speziell aus Frankreich. Ein Großteil der Kosten in Höhe von rd. 800.000 DM wurde allerdings mit Mitteln aus dem 1950 eingerichteten Bundesjugendplan bestritten. Bei dessen feierlicher Verkündung im Bonner Bundeshaus am 18. Dezember 1950 hatte neben Bundespräsident Theodor Heuss auch Bundeskanzler Konrad Adenauer gesprochen und dabei erklärt, gerade die Jugend habe erkannt und müsse „in erster Linie“ dazu beitragen, „dass die Schranken der Vergangenheit zwischen den Europäern fallen und dass der Europäer erkennt, dass wir alle für einen und einer für alle stehen müssen, wenn Europa weiter bestehen soll“. Der Bundesjugendplan habe daher „vor allem die Aufgabe sich gesetzt, den internationalen Jugendaustausch

---

7 Brunn: Das europäische Jugendtreffen, S. 86 f.

8 Norwig: Die erste europäische Generation, S. 84–86.

9 Hierzu Michael Buddrus: Die Jugend der DDR und das Ausland. Die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für Frieden und Freundschaft im Jahre 1951 in Ost-Berlin, in: Reulecke (Hg.): Rückkehr in die Ferne, S. 125–150; Andreas Ruhl: Stalin-Kult und Rotes Woodstock. Die Weltjugendfestspiele 1951 und 1973 in Ostberlin. Marburg 2009.

10 Joël Kotek: Youth Organisations as Battlefield in the Cold War, in: Giles Scott-Smith/Hans Krabbendam (Hg.): Cultural Cold War in Western Europe, 1945–1960. London 2004, S. 168–191. Als Gesamtgeschichte des Kalten Krieges neuerdings Odd Arne Westad: Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte. Stuttgart 2019.

11 Richard J. Aldrich: Putting Culture into the Cold War. The Cultural Relations Department (CRD) and British Covert Information Warfare, in: Scott-Smith/Krabbendam (Hg.): Cultural Cold War, S. 109–133, hier 109.

zu fördern“.<sup>12</sup> Auch in der Folgezeit blieb die internationale Jugendarbeit einer der Förderschwerpunkte des Plans<sup>13</sup>, wie generell die Jugendpolitik in der frühen Bundesrepublik den Schwerpunkt darauf legte, neben der Bekämpfung der durch den Krieg und seine Folgen bedingten „Jugendnot“ die junge Generation sowohl an die parlamentarische Demokratie als auch an Europa heranzuführen.<sup>14</sup>

Als Schirmherren des Loreley-Treffens fungierten neben den Hohen Kommissaren André Francois-Poncet (Frankreich), Brian Robertson (Großbritannien) und John McCloy (USA) daher auch Bundeskanzler Konrad Adenauer und Bundespräsident Heuss. Die Federführung übernahm, trotz mancher Bedenken wegen einer möglicherweise zu starken politischen Einflussnahme, der 1949 als Zusammenschluss aller demokratisch orientierten Jugendverbände in der Bundesrepublik gegründete Deutsche Bundesjugendring<sup>15</sup>; die Organisation vor Ort wurde dem Landesjugendring Rheinland-Pfalz übertragen.<sup>16</sup>

Für den Veranstaltungsort auf der Loreley sprachen einmal die Infrastruktur – ein geeignetes Gelände und zahlreiche Jugendherbergen in der Umgebung, die von den Teilnehmern genutzt werden konnte – und die gute Erreichbarkeit auch aus den westlichen Nachbarländern. Hinzu kam, dass der Rheinfelsen durch das berühmte Gedicht Heinrich Heines ein deutsches Nationalsymbol repräsentierte, das zugleich eine transnationale Dimension besaß, da der Rhein gerade in internationalen Jugendprojekten der 1950er Jahre immer wieder als Sinnbild des zu einigenden Europas dargestellt wurde.<sup>17</sup>

Das sieben Wochen dauernde Treffen war in fünf „Dekaden“ à neun Tage unterteilt, für die sich jeweils neue Gruppen anmelden konnten, vorzugsweise von Jugendorganisationen. Daneben waren auch Einzelbesucher und Tagesgäste willkommen. Insgesamt nahmen rd. 35.000 Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren teil, von denen 60 % aus Deutschland, 20 % aus Frankreich, 10 % aus Großbritannien und 10 % aus elf weiteren europäischen Ländern stammten. Bei

12 Rede des Herrn Bundeskanzlers anlässlich der Verkündung des Bundesjugendplanes am Montag, 18.12.50, im Plenarsaal des Bundestages. Mitteilung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 1064/50 vom 18. Dezember 1950.

13 Hans Gängler: Zwischen Reaktion und Innovation – Notizen zum Kinder- und Jugendplan des Bundes, in: Deutscher Bundesjugendring (Hg.): Eine wechselvolle Geschichte. 50 Jahre Kinder- und Jugendplan des Bundes. Berlin 2001, S. 21–27, hier 22.

14 Zu den Anfängen der Jugendpolitik in der Bundesrepublik Ursula Münch: Familien-, Jugend- und Altenpolitik, in: Günther Schulz (Hg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bd. 3: Bundesrepublik Deutschland 1949–1957. Bewältigung der Kriegsfolgen, Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität. Baden-Baden 2005, S. 597–651, hier vor allem 632–649.

15 Zur Gründungsgeschichte Deutscher Bundesjugendring: Gesellschaftliches Engagement und politische Interessenvertretung – Jugendverbände in der Verantwortung. 50 Jahre Deutscher Bundesjugendring. Berlin 2003, S. 184–234.

16 Brunn: Das europäische Jugendlager, S. 91.

17 Norwig: Die erste europäische Generation, S. 87.

der Rekrutierung ausländischer Teilnehmer spielten französische Stellen ebenfalls eine bedeutende Rolle.<sup>18</sup>

Die Dauergäste wurden in fünf Zeltdörfern für jeweils bis zu 2.000 Bewohner untergebracht. Der Tagesablauf war in der Regel dreigeteilt: Der Vormittag stand den teilnehmenden Gruppen und Verbänden für ihre eigene Arbeit zur Verfügung, nachmittags wurde in kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Arbeitsgemeinschaften die internationale Zusammenarbeit gepflegt, abends gab es ein zum Teil sehr anspruchsvolles und hochwertiges Kulturprogramm.<sup>19</sup> Einer der Höhepunkte war hier die Aufführung des Stückes „Le Cid“ von Pierre Corneille. Die Hauptrolle spielte der berühmte französische Schauspieler und Frauenschwarm Gérard Philipe, später in Deutschland vor allem bekannt durch seine Filmrolle als „Fanfan, der Husar“. Hinzu kamen drei Großveranstaltungen: Neben der Eröffnungs- und der Schlussitzung gab es eine Großveranstaltung unter dem Veranstaltungsmotto „Jugend baut Europa“ am 19. August 1951. Bei letzterer sprachen unter anderem der französische Hochkommissar François-Poncet, der für ein gemeinsames Europa einschließlich übernationaler Institutionen sowie das Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft warb und die verbreitete Skepsis gegenüber der Idee eines politischen Europa beklagte, sowie der bundesdeutsche Vizekanzler Franz Blücher (FDP).<sup>20</sup> Weitere prominente Politiker, die während des Lagers Reden hielten, waren beispielsweise Bundestagspräsident Hermann Ehlers (CDU)<sup>21</sup> und der Leiter des Internationalen Rates der Europäischen Bewegung, der Belgier Paul-Henri Spaak<sup>22</sup>.

Die Formen, in denen das Loreley-Lager durchgeführt wurde, zeigten deutliche Anklänge an die Traditionen der Jugendbünde, die in der Zwischenkriegszeit in Deutschland eine wichtige Rolle gespielt hatten.<sup>23</sup> Diese Bezüge zur Jugendbewegung äußerten sich nicht nur in den äußeren Formen – Unterbringung in Zelten, Lieder- und Theaterabende, Volkstanz, Vortrags- und Diskussionsrunden –, sondern auch in dem Bestreben, das Treffen vorzugsweise von

18 Brunn: Das europäische Jugendtreffen, S. 93–95.

19 Plum: Französische Kulturpolitik, S. 204 f.

20 Ebd., S. 206 f. zu Blücher Dirk van Laak: Franz Blücher, in: Torsten Oppeland (Hg.): Deutsche Politiker 1949–1969. Bd. 1. Darmstadt 1999, S. 117–128.

21 Manuskript seiner Rede in der Eröffnungsveranstaltung in: ACDP Nachlass Hermann Ehlers 01-369-016/1. Zu Ehlers Henning Krüger: Hermann Ehlers (1904–1954). Bundestagspräsident, in: Günter Buchstab/Brigitte Kaff/Hans-Otto Kleinmann (Hg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Freiburg i. Br. 2004, S. 138–147.

22 Zu Spaak siehe Spaak, Paul Henri; belgischer Staatsmann; Premierminister (1946; 1947–1949) –Munzinger Online (Abruf: 5. Oktober 2021).

23 Der wohl noch immer beste und umfassendste Einstieg in eine Auseinandersetzung mit der kaum überschaubaren Vielfalt der zur Jugendbewegung gehörenden Organisationen und Bünde ist die voluminöse Dokumentation von Werner Kindt (Hg.): Dokumentation der Jugendbewegung, 3 Bde. Düsseldorf 1963–1974; siehe ferner Joachim Knoll/Julius H. Schoeps (Hg.): Typisch deutsch: die Jugendbewegung. Beiträge zu einer Phänomen-geschichte. Opladen 1988.

Jugendlichen für Jugendliche organisieren zu lassen. Neben der Gesamtleitung durch den Bundesjugendring wurden auch die Zeltdörfer eigenverantwortlich durch von den Bewohnern gewählte „Bürgermeister“ organisiert und geleitet.<sup>24</sup> Dies entsprach der Tradition der Jugendbewegung, die den Eigenwert der Jugend und die Eigenständigkeit der jungen Menschen betont hatte. In der stärker hierarchisch organisierten „bündischen Phase“ der Jugendbewegung nach dem Ersten Weltkrieg war hieraus der später von der Hitler-Jugend aufgegriffene Grundsatz „Jugend soll durch Jugend geführt werden“ hervorgegangen.<sup>25</sup>

### 3. Die Rede Josef Rommerskirchens

Auch der 1916 geborene Josef Rommerskirchen war durch geprägt durch die – katholische Ausprägung – der Jugendbewegung der Zwischenkriegszeit.<sup>26</sup> Als Schüler hatte er, wie viele andere spätere CDU-Politiker auch, zunächst dem 1919 als Schülerbund gegründeten Bund Neudeutschland (ND) angehört.<sup>27</sup> Nachdem er 1933 das Gymnasium aufgrund politischer Differenzen mit den neuen Machthabern verlassen hatte, absolvierte Rommerskirchen eine Handelslehre und schloss eine Ausbildung im Verlags- und Zeitschriftenwesen des ebenfalls von der Jugendbewegung geprägten Katholischen Jungmännerverbands (KJVM) an. Nach deren Abschluss wurde er in die Zentrale des KJVM übernommen, wo man ihm die Schriftleitung der Zeitschrift „Am Scheidewege“ übertrug. 1934 wurde Rommerskirchen Mitglied im „Grauen Orden“, einer gesonderten Gruppe innerhalb der katholischen Jugendbünde, deren Angehörige sich als Elite verstanden und bemüht waren, sich Eigenständigkeit und Anders-Sein zu bewahren und nicht in der Masse aufzugehen.<sup>28</sup> Hier begegnete Rommerskirchen dem im Oktober 1943 als Mitglied der studentischen Widerstandsgruppe „Weiße Rose“

24 Plum: Französische Kulturpolitik, S. 203; Norwig: Die erste europäische Generation, S. 85.

25 Gisela Müller-Kipp: „Jugend soll durch Jugend geführt werden“. Formen und Folgen der Aufkündigung des pädagogischen Generationenverhältnisses, beispielsweise in der Anti-pädagogik, in der deutschen Jugendbewegung und im Nationalsozialismus, in: Eckart Lieb- bau/Christoph Wulf (Hg.): Generation. Versuche über eine pädagogisch-anthropologische Grundbedingung. Weinheim 1996, S. 286–303. Zur Hitler-Jugend jetzt André Postert: Die Hitlerjugend. Geschichte einer überforderten Massenorganisation (Schriften des Hanna-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 68). Göttingen 2021.

26 Zum Folgenden Beckmann: Jugendarbeit und politische Bildung, S. 193–216.

27 Zur Geschichte des ND und einigen Protagonisten der Nachkriegszeit zusammenfassend Christopher Beckmann/Jürgen Nielsen-Sikora: Bund Neudeutschland. Entstehung, Protagonisten, Netzwerke, in: Barbara Stambolis (Hg.): Die Jugendbewegung und ihre Wirkungen. Prägungen, Vernetzungen, gesellschaftliche Einflussnahmen (Formen der Erinnerung 58). Göttingen 2015, S. 281–302 (mit weiterer Literatur).

28 Zum Grauen Orden siehe Franz Josef Schäfer: Willi Graf und der Graue Orden. Jugendliche zwischen Kreuz und Hakenkreuz (Lebensbilder 3). St. Ingbert 2017, zu Gründung und Aktivitäten bes. S. 119–142.

hingerichteten Willi Graf<sup>29</sup>. In seinem Nachlass befindet sich ein kleiner Briefwechsel der beiden aus den 1930er Jahren, der einiges über die Vorstellungswelt in der katholischen bündischen Jugend jener Zeit aussagt.<sup>30</sup> Ab Frühjahr 1937 leistete Rommerskirchen zunächst seine Arbeitsdienst-, dann seine Wehrpflicht ab. Zum Zeitpunkt der deutschen Kapitulation war er Major und Kommandeur eines Jägerbataillons im norwegisch-finnischen Grenzgebiet. In französische Kriegsgefangenschaft überstellt, redigierte er im Lager Coudray bei Chartres eine Monatsschrift für Kriegsgefangene mit dem Titel „Licht ins Dunkel“ und beteiligte sich an einer Akademie für Kriegsgefangene, dem „Stacheldraht-Seminar“ Chartres, wo sämtliche deutsche und österreichische kriegsgefangene Theologiestudenten zusammengezogen worden waren.

Kurz nach der Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft wurde er im März 1948 in das Amt des „Bundesführers“ für die männlichen Mitglieder des neugegründeten Bundes der Deutschen Katholischen Jugend gewählt und war als solcher maßgeblich am Wiederaufbau der katholischen Jugendarbeit beteiligt. Entsprechend seiner Überzeugung, dass die Zusammenarbeit mit anderen Jugendverbänden, so sie demokratisch orientiert waren, eine unabwendbare Notwendigkeit sei, war er 1949 einer der Mitgründer des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) und bis 1952 dessen erster Vorsitzender. In dieser Eigenschaft hatte er bei der erwähnten feierlichen Verkündung des Bundesjugendplanes am 18. Dezember 1950 ebenfalls das Wort ergriffen und – in Erinnerung an die Hitler-Jugend und mit Blick auf die FDJ in der DDR, aber sicherlich auch in Anlehnung an die früheren Bestrebungen der Jugendbünde – betont, die Jugend wolle „nie mehr im Gleichschritt marschierende Staatsjugend werden, sondern in Freiheit und eigener Verantwortung ihr Leben gestalten“. Sie wolle „auch nicht gleichgeschaltet werden, sondern in der Vielfalt demokratischen Kräftespiels sich freiwillig zusammenschließen zum gemeinsamen Wirken“.<sup>31</sup>

Nachdem er von 1952 bis 1960 Referent bei der Bundeszentrale für Heimatdienst beziehungsweise für Politische Bildung gewesen war, gehörte er von 1960 (zunächst als Nachrücker, dann als stets direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Neuss-Grevenbroich I) bis 1976 für die CDU dem Deutschen Bundestag an, wo er sich vor allem mit verteidigungspolitischen Fragen

---

29 Siehe aus der Literatur zu Willi Graf Peter Goergen: Willi Graf. Ein Weg in den Widerstand. St. Ingbert 2009.

30 Schriftwechsel in: ACDP 01-234-008/2. Siehe dazu Christopher Beckmann, „Wir wollen doch menschenwürdiger leben...“ Katholische Jugendbewegung in den 1930er Jahren: Ein Schriftwechsel zwischen Willi Graf („Weiße Rose“) und dem späteren BDKJ-Gründer Josef Rommerskirchen, in: Hermann-Josef Scheidgen/Sabine Prorok/Helmut Rönz (Hg.): Kirche und Gesellschaft im Wandel der Zeiten. Festschrift für Gabriel Adriány zum 75. Geburtstag. Nordhausen 2012, S. 417–436.

31 Zit. nach Gaby Hagmans/Marie-Theres Pütz-Böckem: Jugendverbände. Veränderungsprozesse aktiv mitgestalten, in: Deutscher Bundesjugendring (Hg.): Eine wechselvolle Geschichte, S. 97–105, hier 97.

befasste. 1976 kehrte er zur Bundeszentrale für Politische Bildung zurück und war bis zur Pensionierung 1981 einer ihrer Präsidenten. Von 1982 bis 1992 war Rommerskirchen ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf. Er starb am 9. März 2010 im Alter von 94 Jahren in seinem Haus in Wachtberg bei Bonn.

In seiner Rede auf der Loreley während der Eröffnungsfeier des Jugendlagers bezeichnete Josef Rommerskirchen die Einigung Europas als unabdingbare Voraussetzung für einen Neubeginn und eine friedliche Zukunft des durch „Chauvinismus und Nationalismus“ schwer zerstörten Kontinents. Gerade die Jugend habe die Aufgabe, hierbei Motor und Antreiber zu sein und Visionen zu entwickeln, zu denen die „vielfach so stark in die politische Tages- und Kleinarbeit“ eingespannten Politiker oftmals gar nicht fähig seien. Nötig seien vielfältige „zwischenmenschliche Beziehungen“ zwischen den europäischen Völkern, die durch keine Institutionen, so notwendig diese auch seien, ersetzt werden könnten. Nur das Bewusstsein der gemeinsamen Werte und der Wille, diese gemeinsam zu verteidigen, versetze Europa in die Lage, „der tödlichen Gefahr [zu] entrinnen, die uns allen von einem entmenslichten System droht“ – eine klare Positionierung gegenüber der Sowjetunion im Kalten Krieg. Die konkreten Forderungen neben der Schaffung eines „europäische(n) Bewusstsein(s)“ sind eher knapp gehalten, haben es aber in sich. Sie sind oftmals erst viele Jahre später Realität geworden und zum Teil bis heute nicht erfüllt: Wegfall von Währungs- und Handelsschranken, „europäische Freizügigkeit“ für Studenten und Arbeiter, wirtschaftliche, geistige und kulturelle Zusammenarbeit sowie „die europäische Staatsbürgerschaft für die Bürger aller Völker Europas“.

Mit seinem an den Schluss gestellten Appell an die Jugendlichen, sich „durch keine Grenzpfähle mehr aufhalten“ zu lassen, griff Rommerskirchen die bereits zuvor in seiner Rede erwähnte Grenzstürmung von Sankt Germanshof am 6. August 1950 auf, als Jugendliche aus mehreren europäischen Ländern, vor allem aber aus Deutschland und Frankreich, einen deutsch-französischen Grenzübergang gestürmt und die Grenzpfähle zerstört hatten.<sup>32</sup>

#### 4. Wirkungen

Das Treffen auf der Loreley wurde nicht wie erhofft zur Initialzündung einer europäischen Jugendbewegung oder mündete in die Bildung eines europäischen Jugendverbandes. Aus der rückblickenden Sicht damals Beteiligter handelte es sich um „Höhepunkt und zugleich Ende einer Ära internationaler Jugend-

---

32 Dazu Christina Norwig: Die Grenzerstürmung von Sankt Germanshof (1950) als Gründungsmythos der ersten europäischen Generation, in: Sönke Grothusen/Vania Morais/Hagen Stockmann (Hg.): Generation und Raum. Zur symbolischen Ortsbezogenheit generationeller Dynamiken. Göttingen 2014, S. 217–234.

treffen“.<sup>33</sup> Eine kurze „Epoche der europäischen Leidenschaften“ ging damit zu Ende<sup>34</sup> und auf die Europa-Euphorie der ersten Nachkriegsjahre, die in Rommerskirchens Rede deutlich zum Ausdruck kam, folgte das mühsame, aber kaum vermeidbare, mit manchen Rückschlägen verbundene Bohren harter und dicker Bretter. Dennoch bleibt die Tatsache, dass sich nur sechs Jahre nach Ende des verheerenden Zweiten Weltkriegs Zehntausende Jugendliche aus vierzehn europäischen Ländern trafen, um einander kennen zu lernen und an einer gemeinsamen Zukunft zu bauen, ein bemerkenswertes Ereignis. Schon das Resümee der Verantwortlichen indes fiel seinerzeit allenfalls gemischt aus. Josef Rommerskirchen selbst konstatierte noch erheblichen Handlungsbedarf beim Bestreben, „Europa“ als Thema und Ziel zu einem integralen Bestandteil der Arbeit der Jugendverbände zu machen. Das Treffen auf der Loreley bezeichnete er als „halb gelungen“.<sup>35</sup> Zu diesem zurückhaltenden Urteil dürften auch die zum Teil erheblichen organisatorischen Probleme während der Veranstaltung sowie massive Schwierigkeiten bei der korrekten finanziellen Abwicklung im Nachgang beigetragen haben.<sup>36</sup> Aber auch an der inhaltlichen Arbeit hatte es Kritik gegeben. So hatten Teilnehmer moniert, dass das Treffen insgesamt zu unverbindlich und viele Teilnehmer zu wenig diszipliniert gewesen seien, außerdem nichtpolitische kulturelle Veranstaltungen einen zu breiten Raum eingenommen hätten. Andere monierten hingegen die zu weitreichende Einflussnahme der Franzosen und die zahlreichen Auftritte von Politikern. Mitorganisator Jean Moreau und Rommerskirchen, der im Laufe der Veranstaltung immer wieder vermitteln und Krisenmanagement hatte betreiben müssen, argumentierten demgegenüber, die Vermittlung freiheitlicher Werte erfordere, den Jugendlichen Freiräume und Eigenständigkeit zuzugestehen. Ähnlich reagierte man auf externe Kritik, etwa den zuerst im „Rheinischen Merkur“ vom 17. August 1951 unter der Überschrift „Loreley mit roten Haaren“ erhobenen Vorwurf, manche Teilnehmer betrieben „kommunistische Agitation“, indem sie sich etwa in der Lagerzeitung gegen einen bundesdeutschen Verteidigungsbeitrag im Rahmen der EVG aussprachen. Dem wurde entgegengehalten, man praktiziere bewusst das hohe Gut der Meinungsfreiheit, gerade auch im Unterschied zu den totalitären Praktiken im Ostblock.<sup>37</sup>

Während in älteren Arbeiten das Loreley-Festival als Höhepunkt einer Hochphase europäischer Jugendbegegnungen und Europabegeisterung charakterisiert wird, an die in der Folgezeit nicht mehr angeknüpft werden konnte<sup>38</sup>, kommt eine neuere Arbeit zu einem positiveren Fazit. Danach fanden in den folgenden

---

33 Plum: Französische Kulturpolitik, S. 199.

34 Brunn: Das europäische Jugendtreffen, S. 82.

35 Zit. nach Norwig: Die erste europäische Generation, S. 93.

36 Brunn: Das europäische Jugendtreffen, S. 94 f., 98 f.

37 Norwig: Die erste europäische Generation, S. 91 f.

38 Brunn: Das europäische Jugendtreffen, S. 100; Plum: Französische Kulturpolitik, S. 197.

Jahren zwar keine vergleichbaren, prominent besetzten Großveranstaltungen mehr statt; allerdings habe die europäische Jugendkampagne der 1950er Jahre, zu deren unmittelbaren Vorläufern das Loreley-Treffen gehörte, „weitere Teile der organisierten und unorganisierten Jugend“ erreicht und „deren Partizipation im europäischen Integrationsprozess“ gefördert.<sup>39</sup>

Dass der Deutsche Bundesjugendring das Festival auf der Loreley inzwischen als ein herausragendes Ereignis seiner Geschichte betrachtet, zeigt die Tatsache, dass ein Foto von diesem Ereignis, das dem Impressum zufolge aus dem „Privatarchiv Rommerskirchen“ stammt, ausgewählt wurde, um das Cover einer vom DBJR herausgegebenen Festschrift zum 50. Jahrestag der Verkündung des ersten Kinder- und Jugendplans des Bundes zu zieren.<sup>40</sup>

Auch die Rede von Josef Rommerskirchen zur Eröffnung des Loreley-Treffens bleibt nach nunmehr sieben Jahrzehnten eine interessante und lohnende Lektüre. Einmal, weil sie zeigt, wie sehr zumindest für einen kurzen Zeitraum für viele derjenigen, deren Kindheit und Jugend durch Nationalsozialismus und Krieg geprägt und überschattet worden war, „Europa“ der Inbegriff von Hoffnung und friedlicher Zukunft gewesen ist. Dann aber auch, weil die in der Rede artikulierten konkreten Forderungen zeigen, wie weitreichend ein europäischer Integrationsprozess damals bereits gedacht wurde – mit Ideen, die erst viele Jahre oder Jahrzehnte später in die Tat umgesetzt werden konnten oder bis heute nicht Realität geworden sind. Zudem mag die Erinnerung daran, wie an das Loreley-Treffen insgesamt, angesichts der aktuellen Diskussionen um die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses vielleicht wieder ins Gedächtnis rufen, dass nach den Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gerade die deutschen Jugendverbände einen wichtigen Anteil an der Wiederanbahnung internationaler Kontakte hatten und dass die Idee eines geeinten Europas gerade in den ersten Jahren der Umsetzung auch ein mit großen Hoffnungen verbundenes Jugendprojekt gewesen ist.

---

39 Norwig: Die erste europäische Generation, S. 94.

40 Deutscher Bundesjugendring (Hg.): Eine wechselvolle Geschichte.

### Dokumenten-Edition

Zur Eröffnung der Aktion „Begegnung europäischer Jugend“ auf der Loreley, 20.7.–6.9.1951<sup>41</sup>

Meine Damen und Herren!

Liebe Freunde! Brüder und Schwestern im jungen Volk!

Froh und dankbar bin ich, in dieser erhebenden Feierstunde als einer von Euch sprechen zu dürfen von dem, was unsere kühnste Hoffnung und auch zugleich begründetste Erwartung ist.

Jugend hat allzeit das Vorrecht, hochgemut hoffen zu dürfen.

Und Jugend, die selber gerade erst heimgekehrt ist aus dem großen Sterben eines unheilvollen Krieges, sie darf nicht nur hoffen, sondern sie kann und muß fordern, daß ihre Zukunft, ihr Leben von morgen frei wird und frei bleibt von solchem Verderben, daß ihre Zukunft vielmehr dem Wohlstand gehört in Freiheit und Gerechtigkeit. Ja, wir alle, die wir jung, vielleicht viel zu jung mit Entsetzen Zeugen wurden dessen, was Nationalismus und Chauvinismus bewirkten, die handgreiflich die Folgen des Mißbrauchs der Macht vor Augen haben, wir fordern unabdingbar und wollen unter Einsatz unserer ganzen Kraft mitschaffen eine umfassende Ordnung, deren Frucht der Frieden ist. Wenn wir in dieser Zeit, die uns manchmal wie eine Verschnaufpause zwischen Sturm und Sturm scheinen mag, eine reale, feste Grundlage für eine umfassende Ordnung fordern, dann treibt uns nicht Angst oder gar schon Panik, sondern allein eine unbändige Sehnsucht nach einem starken, dauerhaften Frieden.

Und wenn, nachdem die Berge von Trümmern mehr und mehr abgetragen sind, uns das freigelegte Fundament zu schmal und zu bröckelig für den Neuanfang erscheint und wir ein größeres, festeres Fundament fordern, dann ist das nicht Vermessenheit und Größenwahn, sondern eine nüchterne Erkenntnis der vor uns liegenden Aufgaben.

Ohne Pathos und falsche Romantik, ganz nüchtern und zielklar fordern wir eine breite Basis, ein tief verankertes Fundament für das, was neu erstehen soll und erstehen muß, fordern als Unterpfand der künftigen geistigen und kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung nichts mehr und nichts weniger als den Verbund der Schicksalsgemeinschaft von gestern und morgen, fordern das Vereinigte Europa!

Europa! Es ist kein Hirngespinnst von Fantasten, sondern Ziel und Wille derer in den Völkern des zerschundenen Kontinents, die mit kühlem Verstand und heißem Herzen ein größeres, entscheidendes Verderben aufzuhalten bereit sind.

---

41 Handschriftlicher Zusatz. Das Dokument in: ACDP 01-234-024.

Europa – es ist die Idee der Wagemutigen und Weitblickenden, die noch einmal den Durchbruch zu einem größeren, menschenwürdigen Leben wagen.

Europa – es ist die Aufgabe all derer, die wunderbar aus dem glühenden Feuerofen gerettet wurden und sich nun verpflichtet fühlen, das sengende Feuer in lebenspendende Wärme zu verwandeln.

Europa – Vermächtnis und Auftrag. Es ist nicht Sache der Staatsmänner allein, sondern Sache der Völker und nicht zuletzt ihrer Jugend. Gerade sie ist auf den Plan gerufen, sie muß die Avantgarde der Freiheit und des Friedens sein. Die vorgeschrittene Zeit duldet keinen Aufschub mehr. Wenn wir müde und mit den Händen im Schoß auf die Staatsmänner warten, die vielfach so stark in die politische Tages- und Kleinarbeit eingespannt sind, daß sie keine Zeit finden, die Aufgabe Europas in ihrer ganzen Tragweite zu überschauen, dann warten wir wahrscheinlich noch lange und erwachen vielleicht mit weit aufgerissenen, entsetzten Augen, wenn es zu spät ist. Entweder rafften wir uns alle miteinander auf und packen endlich fest zu, oder wir werden übermächtig von einer Macht, die das Leben in Unfreiheit und Knechtschaft erstickt. Entweder wird jeder einzelne von uns sich seiner geschichtlichen Aufgabe bewußt, oder Europa wird es nicht.

Ja, Ihr Freunde all, laßt uns zu pochenden, fordernden Gewissen all derer werden, die besondere Verantwortung für das politische Geschehen tragen. Sie müssen sich vor einen revolutionären Europa-Willen der Jugend aller Völker gestellt sehen, den sie nicht unerfüllt lassen können.

Nein, wir sind nicht zufrieden mit Bruchstücken, sondern wollen ein Ganzes. Das Europa, das wir meinen, soll und darf kein technisch funktionierender Apparat sein, den dann ein einziger Kurzschluß zum Stillstand bringt. Das Ziel ist vielmehr ein europäischer Bundesstaat mit einer Verfassung für eine übernationale Demokratie, ein lebendiger Organismus von Gliedern an einem Körper, eine geistige, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Einheit.

Das muß vielleicht gerade am Vorabend des Inkrafttretens des Schumann[*sic!*]-Planes klar und deutlich ausgesprochen werden. So ermutigend dieser Schritt auch sein mag, wenn er kein Schritt auf dem Wege zum aufgezeigten Ziel ist, dann wäre er vielleicht besser unterblieben. Er und alle ähnlichen Planungen sind wertvolle Bausteine, wenn sie bewußt zum Aufbau des gemeinsamen Hauses Europa dienen. Wenn sie der Ersatz sein sollen für die höhere, umfassende Einheit, dann können und werden sie Sprengladungen in der Hand derer sein, die ihre Eigenpläne und Privatinteressen verfolgen. Nicht funktionelle Institutionen werden Europa schaffen, sondern Menschen müssen es sein, die durch ihre freigeschlossenen Beziehungen Europa garantieren. Ohne zwischenmenschliche Beziehungen wird es ein Apparat, aber kein Organismus, werden es Vereinbarungen, die mehr oder weniger lange gehalten, aber keine geistige, kulturelle, soziale und politische Einheit.

Allein dann, wenn die Menschen und Völker Europas sich ihrer gemeinsamen Werte bewußt werden und sie zusammen tragen, pflegen und verteidigen als gemeinsamen Besitz, allein dann werden sie der tödlichen Gefahr entrinnen, die uns allen von einem entmenslichten System droht. Es geht um eine unverbrüchliche europäische Solidarität, deren Stärke und Kraft der Besitz der kulturellen Freiheit, die Achtung der menschlichen Persönlichkeit und ein gemeinsamer höherer Lebensstandard, d. h. eine soziale Ordnung auf der Grundlage der Gerechtigkeit ist.

Wer Augen hat, zu sehen und Ohren hat, zu hören, der weiß, daß nach den großen Umwälzungen infolge von zwei Weltkriegen die einzelnen Staaten nicht mehr in der Lage sind, die Wohlfahrt ihrer Bürger zu sichern. Zu großräumig ist unsere Zeit geworden, zu fest sind die Verkettungen, als daß ein individuelles, nationalstaatliches Dasein noch möglich wäre. Wenn nun klar erkennbar ist, daß jeder Eiterherd in diesem und jenem Volk das Ganze zu überwuchern, alles zu infizieren und in tödliche Gefahr zu bringen droht, warum sollen dann nicht die gesamten Abwehrstoffe zusammengetragen und dem gemeinsamen Körper kräftigend und stärkend verfügbar gemacht werden. Und man sollte nicht ständig warten, bis höchste Gefahr gegeben ist. Warum sollten sich die Völker und Staaten nur zur Abwehr des Giftes, zur Erringung des Sieges über die böse Gewalt zusammenschließen können und nicht ebenso auch zur Erhaltung der Gesundheit, der Ordnung und also zur Sicherung des Friedens!

Sozialer Wohlstand in Gerechtigkeit, Freiheit des Geistes, der Person und der Gemeinschaft, eine gesunde Gesellschaftsordnung und überzeugende Sittlichkeit haben stärkere Durchschlagskraft und größere Reichweite als Kanonen. Selbst Atombomben mit ihrer lebenszerstörenden Radioaktivität verblassen in ihrer Wirkung vor den lebenssteigernden Kräften einer umfassenden geistigen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung.

Allein ein vereinigtes Europa vermag diese Ordnung zu garantieren. In ihm müssen die verschiedenen geistigen Energien zusammengefasst, die zerstreuten kulturellen Werte gesammelt werden und die einseitig vorhandenen wirtschaftlichen Möglichkeiten einander ergänzen.

Und ein solches Europa, dessen Vereinigung ja nur nach dem Prinzip der Gleichberechtigung erfolgen kann, hat dann nicht nur ein Recht auf die gemeinsame Verteidigung seiner Ordnung, auf die Sicherung des Friedens, sondern allein auch die Chance, gegen jeden Angreifer wirksam und erfolgreich verteidigt zu werden. In ihm ist auch die Frage des deutschen Sicherheitsbeitrages kein Problem mehr. Sie hat sich dann von selbst geklärt, weil der Einsatz sich dann nicht nur lohnt und Erfolg verspricht, sondern Erfolg garantiert. Die zusammengeballte Kraft europäischer Menschen, die überzeugt sind von einer sozialen Ordnung, deren Segnungen sie tagaus und tagein am eigenen Leibe verspüren, die geeint sind durch den gemeinsamen Besitz der persönlichen Freiheit und der Menschenwürde, vermag kein gezwungenes Kollektiv zu erschüttern.

Ja, wir sind überzeugt davon, daß eine solche umfassende Ordnung und geistig-sittliche Einheit nicht nur verteidigende, schützende Kraft besitzt, sondern ausstrahlend das System der Knechtschaft und Unterdrückung zerbröckeln wird. Die Eisernen Vorhänge in Deutschland und vor den Satellitenstaaten Sowjetrußlands werden nicht verbergen können, wie der Wohlstand, die innere Zufriedenheit und Sicherheit der europäischen Menschen wächst. Wenn die Stärkung Europas sich nur auf militärische Machtentwicklung beschränken würde, dann wehe uns. Wenn es aber in einem der geschichtlichen Situation würdigen großmütigen Entschluß unter Preisgabe gewisser nationalstaatlicher Souveränitäten alle gesunden Kräfte mobilisiert, die sozialen, sittlichen, kulturellen, geistigen und wirtschaftlichen, dann sind wir gerettet!

Europa – unsere große, vielleicht, ja wahrscheinlich, die letzte Chance. Wollt ihr sie, noch skeptisch, oder schon wieder müde geworden, tatenlos vertun? Unser ist es, unbeirrt aller Nebenwege, aller Teilbemühungen, auch aller Rückschläge das Ziel klar ins Auge zu fassen und es anzustreben. Unser, der Jugend, die ihr Haus von morgen selber mitbauen muß. Und wir können es mitbauen, ganz entscheidend sogar. Wenn in Germanshof mit dem Ruf „Nieder mit den Grenzen“ die trennenden Pfähle verbrannt wurden, dann möchte auch ich Euch zurufen, „Nieder mit den Grenzen“!

Ja, nieder mit den künstlichen oder traditionellen, der existenzbedrohenden Situation nicht mehr angepaßten Grenzen! Weg mit allen Hemmungen, weg mit allen egoistischen Ansprüchen sowohl des einzelnen dem anderen Menschen gegenüber wie zwischen den Gemeinschaften und Völkern. Europa soll weder ein französisches noch englisches noch deutsches Haus werden, ebenso wenig kann es werden ein christliches oder sozialistisches oder sonst ein bestimmtes. Wir wollen und müssen alle miteinander darin Platz haben, müssen es alle miteinander unter Aufbieten unserer besten Kräfte erbauen. Europa wird das sein, was sein Baumeister aus ihm macht. Sorgen wir dafür, daß es ein Hort ist der Eintracht, des Wohlstandes, der Gesittung, des Friedens.

So ist unsere Aufgabe zunächst und entscheidend, die Grenzen in uns selber niederzureißen. Ein europäisches Bewußtsein muß mehr und mehr an die Stelle überholter nationaler Ressentiments treten. Allein ein solches Bewußtsein, das sich durch nichts beirren läßt, vermag feste zwischenmenschliche Beziehungen zu schaffen, die entscheidende Grundlage des politischen Zusammenschlusses. Das muß zwischen den jungen Generationen aller Völker Europas wegleitendes Prinzip allen Denkens und Handelns werden, jenes überzeugte und überzeugende Bekenntnis: Bruder und Schwester, Dein Leben ist mein Leben und Dein Tod wäre mein Tod!

Und was für dann, jeder einzelne für sich und jede Gemeinschaft und wir allen zusammen noch hinzutun können, das soll nicht unterlassen bleiben, sondern im Gegenteil bewußter als alles andere geschehen.

Ja, ein jeder kann an seiner Stelle mitwirken, den Austausch der geistigen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Güter mitzufördern! Die unsinnigen Schranken müssen fallen. Was würde ein europäischer Jugendpaß nutzen, wenn die Währungsbeschränkungen nicht fallen. Darum fordern wir beides. Ja, wir fordern hochgemut – auch ohne Kenntnis der letzten Zusammenhänge – die Beseitigung der Handelsschranken, eine Koordinierung des Verkehrswesens, die freie Verbreitung und den freien Austausch aller geistigen und kulturellen Güter, Möglichkeit des Studiums an allen europäischen höheren Schulen und Universitäten<sup>42</sup>, eine europäische Freizügigkeit für Studenten ebenso wie für Arbeiter, die gemeinsame Sorge um Beseitigung der Flüchtlingsnot und Arbeitslosigkeit, die Sicherung der Menschenrechte auf der Grundlage absoluter Gleichberechtigung.

Ja, wir fordern hochgemut die europäische Staatsbürgerschaft für die Bürger aller Völker Europas!

Freunde, lasst Euch von heute ab nicht mehr überbieten im Aufbau unseres gemeinsamen Hauses. Seid fortan der Motor, die Avantgarde der europäischen Bewegung! Schmiedet das Eisen, solange es warm ist.

Jugend ist aufgebrochen. Laßt Euch durch keine Grenzpfähle mehr aufhalten.

Es lebe Europa!

---

42 Halbsatz handschriftlich eingefügt.



# **Auf den Spuren Christlicher Demokratinnen – Archivalische Quellen zur historischen Frauenforschung im Archiv für Christlich-Demokratische Politik**

**Rebecca Schröder**

Anfangs noch weitgehend reduziert auf die Themen Frauen- und Familienpolitik gelang es Christlichen Demokratinnen, wenn auch nicht selten kritisch beäugt von männlichen Weggefährten, sich ihren Platz in der politischen Welt sukzessive zu erobern. Wichtige Meilensteine stellten vor allem die großen Kongresse der 1960er Jahre dar, in denen sich die CDU mit der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen und der Vereinbarkeit von Familie und Karriere auseinandersetzte. In den 1970er und 1980er Jahren wurde der traditionellen Emanzipationsbewegung dann das Programm der neuen Partnerschaft von Mann und Frau für alle Lebensbereiche entgegengestellt. Nach der Wiedergewinnung der Einheit Deutschlands galt es, die anstehenden Probleme der Gleichberechtigung gemeinsam weiterzuentwickeln. Heute sind Frauen als Mandats- und Funktionsträgerinnen auf kommunaler sowie auf Kreis-, Landes-, Bundes- und Europaebenen kaum noch wegzudenken – gemeinsam ergeben sie eine beeindruckende Bilanz erfolgreicher christlich-demokratischer Politik.

Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. ist in vielerlei Hinsicht Gedächtnis und wissenschaftliche Begleiterin christlich-demokratischer Politik. Unter anderem zeigen seine Bestände in einer großen Breite und Tiefe, wie christlich-demokratische Politikerinnen die Geschichte der CDU bis heute mitgeprägt und gestaltet haben. Zu den wichtigsten Archivalien zählen sicherlich die persönlichen Unterlagen von mehr als 80 Mandats- und Funktionsträgerinnen der CDU, aber auch die Akten der Frauen-Union, der Bundespartei sowie der Bundestagsfraktion der CDU/CSU.

Die Bestände erfuhren in der Vergangenheit eine vielfache Benutzung. Erinnert werden kann hier an die beiden Ausstellungen der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. zum 40- und 50-jährigen Jubiläum der Frauen-Union, die durch die Ausstellungskataloge „Für Gleichberechtigung und Partnerschaft. Christlich-Demokratische Frauen in der Politik“<sup>1</sup> (1990) und „50 Jahre Frauen-Union der CDU“<sup>2</sup> (1998) dokumentiert sind. Die Präsentation wichtiger Dokumente erfolgte auch durch Leihgaben für Ausstellungen des Frauenmuseums Bonn zum Frauenwahlrecht und die Sonderausstellung „Fremde Schwestern“ des Hau-

---

1 Vgl. Günter Buchstab/Angela Keller-Kühne: Für Gleichberechtigung und Partnerschaft. Christlich-Demokratische Frauen in der Politik. Katalog zur Ausstellung. Sankt Augustin 1990.

2 Vgl. Angela Keller-Kühne/Sabine Klein: 50 Jahre Frauen-Union der CDU. Katalog zur Ausstellung. Sankt Augustin 1998.

ses der Geschichte. In diesem Kontext zu nennen sind auch biographische und soziologische Studien sowie Arbeiten zur Geschichte von Frauenverbänden und Jubiläumsschriftchen, für die die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik eine wichtige Quellengrundlage darstellten.<sup>3</sup>

Trotz dieser Beiträge ist die Forschungslage zum Thema der christlich-demokratischen Politikerinnen immer noch recht überschaubar. Dies hat sicherlich damit zu tun, dass die Christdemokratie lange Zeit nicht in Verbindung mit Frauenpolitik gebracht wurde. Erst mit dem Aufstieg Angela Merkels zur Parteivorsitzenden und dann Bundeskanzlerin rückte sie stärker in den Untersuchungsfokus der Wissenschaft.<sup>4</sup> Analysen, die sich mit der politischen Partizipation von Frauen in der CDU<sup>5</sup> beschäftigen, existieren nach wie vor nur in sehr geringer Anzahl und beziehen sich vor allem auf das Engagement von Politikerinnen in der Frauen-Union<sup>6</sup>. Zwar gibt es einzelne lebensgeschichtliche Beiträge, nach wie vor fehlen aber – selbst zu bekannten und bedeutenden Frauen der Union wie Aenne Brauksiepe oder Helga Wex – eigenständige biographische Werke. Studien zur Analyse der Frauenpolitik in der CDU gibt es nach wie vor kaum, einzelne Arbeiten dazu kommen eher aus dem angloamerikanischen Raum.<sup>7</sup> Die Frauenpolitik in der DDR war zwar mehrfach Gegenstand der Forschung, Studien zur Rolle von Frauen in der Ost-CDU sind hingegen ebenfalls nur selten zu finden.<sup>8</sup> Eine Ausnahme stellt das Werk Ina vom Hofes dar, das die

3 Vgl. Heike Drummer/Jutta Zwilling (Hg.): Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986). Portrait einer streitbaren Politikerin. Freiburg i. Br. 2001; Petra Holz: Zwischen Tradition und Emanzipation. CDU-Politikerinnen in der Zeit zwischen 1946 bis 1960. Königstein/Ts. 2004; Corinna Franz/Oliver Gnad: Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der BRD Deutschland. Düsseldorf 2005.

4 Vgl. Anke Schuster: Frauenpolitik zwischen parteipolitischer Programmatik und Wirklichkeit. Ein Bundesländervergleich. Sinsheim 1997, S. 257; Thomas von Winter: Die Christdemokraten als Analyseobjekt oder: Wie modern ist die CDU-Forschung?, Opladen 1993, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.): Stand und Perspektiven der Parteiforschung in Deutschland. Opladen 1993, S. 57–80.

5 Renate Hellwig (Hg.): Frauen in der Politik – Die Christdemokratinnen unterwegs zur Partnerschaft. Herford 1984; Rita Süßmuth (Hg.): Mut zur Macht in Frauenhand. Herford 2001.

6 Vgl. Hans Süßmuth: Kleine Geschichte der Frauen-Union. Erfolge und Rückschläge 1948–1990, Baden-Baden 1990; Frank Bösch: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. Stuttgart/München 2002, S. 240–265.

7 Vgl. Sarah Elise Wiliarty: The CDU and the Politics of Gender in Germany. Bringing Women to the Party. Cambridge 2010; Joanna McKay: Women in German Politics: Still Jobs for the Boys?, in: German Politics 13 (2004), S. 56–80; Dies.: Women MPs and the socio-environmental preconditions for political participation in the Federal Republic, in: German Politics, Vol. 16, No. 3, 0/2007, S. 379–390.

8 Vgl. Heike Trappe: Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik. Berlin 1995; Heike Schmidt: Frauenbilder in der DDR, in: Die Politische Meinung Nr. 459 vom 8. Februar 2008, S. 39–43.

Entwicklungen der Frauenpolitik der CDU im Osten – wenn auch nur knapp – behandelt.<sup>9</sup>

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat mit verschiedenen Artikeln, Aufsätzen und Biogrammen versucht, dieser Forschungssituation Rechnung zu tragen.<sup>10</sup> Exemplarisch soll an dieser Stelle auch der im Jahr 2013 erschienene Band „Mut zur Verantwortung. Frauen gestalten die Politik der CDU“<sup>11</sup> genannt werden.

Der vorliegende Beitrag reiht sich in diese Bemühungen ein: Als thematisch angelegtes Inventar, soll er einen Überblick über die im Archiv für Christlich-Demokratische Politik sich befindenden archivalischen Quellen geben, die für die Erforschung der Geschichte der Christlichen Demokratinnen innerhalb der Union bedeutsam sind. Damit schließt der Beitrag an die in der jüngsten Vergangenheit ins Leben gerufenen Initiativen an, verstärkt nach „Spuren von Frauen“ in historischen Quellen zu suchen und die Leistungen bedeutender Frauen für Staat, Politik und Gesellschaft sichtbar zu machen.<sup>12</sup>

### *Personenbestände*

Die wichtigsten Quellen zu frauenpolitischen Themen bilden die im Archiv für Christlich-Demokratische Politik überlieferten Vor- und Nachlässe von verschiedenen Mandats- und Funktionsträgerinnen der CDU, wobei hier zwischen vollständig vorhandenen Nachlässen und Teil- beziehungsweise Splinternachlässen unterschieden werden muss.

Schon allein die folgende Auflistung verdeutlicht das breite Spektrum der Mandats- und Funktionsträgerinnen, die ihre persönlichen Unterlagen an das Archiv für Christlich-Demokratische Politik abgegeben haben: Mitbegründerinnen der Partei<sup>13</sup>, Ministerinnen auf Bundesebene<sup>14</sup>, Ministerinnen

9 Vgl. Ina vom Hofe: Die Frauenpolitik der CDU. Traditionen-Entwicklungen-Einflüsse 1945 bis 2013. Sankt Augustin/Berlin 2017.

10 Vgl. Gerd Langguth: Die Europapolitik Angela Merkels, in: Hanns Jürgen Küsters (Hg.): Deutsche Europapolitik Christlicher Demokraten. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel (1945–2013) (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 66). Bonn 2014; Denise Lindsay: „Europa schafft Chancen, auch für Frauen“ – Marlene Lenz und die deutschen Christlichen Demokratinnen im Europäischen Parlament, in: Michael Borchard (Hg.): Deutsche Christliche Demokraten in Europa. Sankt Augustin/Berlin 2020, S. 129–158.

11 Vgl. Beate Neuss/Hildigund Neubert (Hg.): Mut zur Verantwortung. Frauen gestalten die Politik der CDU. Köln/Weimar/Wien 2013.

12 Vgl. Verschiedene Blogs wie der des Digitalen Deutschen Frauen-Archivs und Portale wie die „Denk-Tage“ des Vereins Frauen und Geschichte Baden-Württemberg e. V.

13 Vgl. Hildegard von der Gablentz (ACDP, 01-152), Mathilde Gantenberg (ACDP, 01-016).

14 Vgl. Ursula Lehr (ACDP, 01-557), Elisabeth Schwarzhaupt (ACDP, 01-048).

auf Landesebene<sup>15</sup>, Staatssekretärinnen<sup>16</sup>, Bundestagsabgeordnete<sup>17</sup>, Landtagsabgeordnete<sup>18</sup>, Europaabgeordnete<sup>19</sup>, Abgeordnete der Landesparlamente<sup>20</sup>, Vorsitzende der Frauen-Union auf Bundesebene<sup>21</sup>, Vorsitzende der Frauen-Union auf Landesebene<sup>22</sup>, Vorsitzende verschiedener Vereinigungen<sup>23</sup>, Parlamentarische Geschäftsführerinnen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion<sup>24</sup>, Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU im Deutschen Bundestag.<sup>25</sup>

Unterlagen dieser Christlichen Demokratinnen stammen aus unterschiedlichen Epochen. So finden sich Dokumente aus den Gründungs- und Anfangsjahren der CDU nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die jüngste Gegenwart hinein. In einigen Fällen sind auch Unterlagen aus der Vorkriegszeit enthalten, die die politische Arbeit in der Zentrumsparterie dokumentieren. Mehrheitlich enthalten die Vor- und Nachlässe Unterlagen aus der Abgeordnetentätigkeit, zu denen im Wesentlichen Korrespondenzen, Protokolle, und Manuskripte zu Reden und Veröffentlichungen gehören. Ego-Dokumente, wie Tagebücher oder Lebenserinnerungen, findet man dahingegen nur selten. Ganz besonders geht es dabei um die Aufbauleistung von Frauen in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Forderung nach mehr Beteiligung der Frauen an politischen Ämtern und Mandaten und ihren Einfluss auf die verschiedenen Gesetzgebungsverfahren.<sup>26</sup>

### *Elisabeth Schwarzhaupt und Helene Weber*

Zu den bekanntesten „Frauennachlässen“ des Archivs für Christlich-Demokratische Politik gehört ohne Frage der Teilnachlass der Bundesministerin Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986). Anhand ihrer persönlichen Unterlagen wird die Diskussion um ein modernes Frauen- und Familienbild innerhalb der Union in besonderem Maße deutlich.

- 
- 15 Vgl. Annemarie Griesinger (ACDP, 01-461), Barbara Schäfer-Wiegand (ACDP, 01-584).  
 16 Vgl. Irmgard Karwatzki (ACDP, 01-899), Sabine Bergmann-Pohl (ACDP, 01-766), Lieselotte Berger (ACDP, 01-462).  
 17 Vgl. Ursula Benedix-Engler (ACDP, 01-525), Roswitha Wisniewski (ACDP, 01-622).  
 18 Vgl. Lena Ohnesorge (ACDP, 01-774), Elisabeth Pitz-Savelsberg (ACDP, 01-176).  
 19 Vgl. Marlene Lenz (ACDP, 01-738), Doris Pack (ACDP, 01-843).  
 20 Vgl. Christine Arlt-Palmer (ACDP, 01-794), Maria Stirtz (ACDP, 01-319).  
 21 Vgl. Helga Wex (ACDP, 01-379), Maria Böhmer (ACDP, 01-783).  
 22 Vgl. Margot Kalinke (ACDP, 01-026), Hedwig Matuschek (ACDP, 01-336), Roswitha Verhülsdonk (ACDP, 01-627).  
 23 Vgl. Erika Reinhardt (ACDP, 01-595) von der Senioren-Union Baden-Württemberg und Maria Roos (ACDP, 01-821) von der Jungen Union Rheinland.  
 24 Vgl. Brigitte Baumeister (ACDP, 01-768), Dorothee Wilms (ACDP, 01-619).  
 25 Vgl. Bärbel Sothmann (ACDP, 01-767), Roswitha Verhülsdonk (ACDP, 01-627).  
 26 Vgl. Angela Keller-Kühne: Frauen in der CDU – Zur Überlieferung im Archiv für Christlich-Demokratische Politik, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 16 (2009), S. 293–303, hier 296.

Elisabeth Schwarzhaupt war eine vehemente Gegnerin des Stichentscheides in der Ehe, mit der der Mann bei Streitfällen in allen die Ehegatten betreffenden Angelegenheiten seine Ansicht hätte durchsetzen können. Gemeinsam mit Margot Kalinke, die damals noch der Deutschen Partei angehörte, stimmte sie im Rechtsausschuss des Bundestages für einen entsprechenden Änderungsantrag der FDP-Fraktion und sorgte damit für eine Niederlage der Regierungsfractionen, zu denen auch die CDU/CSU gehörte. Das „Gesetz über die Gleichstellung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts“ konnte somit am 18. Juni 1957 ohne die Stichentscheids-Klausel verabschiedet werden. Nach der Bundestagswahl 1961 wurde Schwarzhaupt Bundesministerin für das Gesundheitswesen und war die erste Frau, die das Amt einer Bundesministerin in Deutschland bekleidete. Diese Ernennung war von den CDU-Frauen, allen voran Helene Weber und Aenne Brauksiepe, durch erheblichen Druck auf Konrad Adenauer durchgesetzt worden.<sup>27</sup>

Durch ihre im ACDP verwahrten Unterlagen ist die politische Arbeit Schwarzhauts genauestens dokumentiert: Die Schwerpunkte des Bestands bilden die Bundestagsberatungen zur Ehe-, Familien- und Strafrechtsreform – insbesondere Ausschussdrucksachen – sowie Reden und Veröffentlichungen aus weiteren Tätigkeitsbereichen, die vor allem Themen des Gesundheitswesens und des Umweltschutzes tangieren. Der Teilnachlass wurde 1976 vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik übernommen und unter der Bestands-signatur 01-048 formiert. Einzelne Nachlieferungen von Unterlagen erfolgten bis in das Jahr 1984.<sup>28</sup> Weitere Nachlassfragmente befinden sich im Bundesarchiv in Koblenz. Unter der Bestandssignatur N1177 werden dort hauptsächlich Unterlagen zu Schwarzhauts Tätigkeit in der Kirche, der CDU und im Deutschen Akademikerinnenverbund verwahrt. Dieser Teil des Nachlasses umfasst die Jahre von 1938 bis 1984. Im Evangelischen Zentralarchiv in Berlin finden sich zudem Korrespondenzen Schwarzhauts von 1946 bis 1950, im Institut für Stadtgeschichte in Frankfurt am Main lagern Briefe und Fotografien ihrer Familie von 1870 bis 1948.

Dass die Bedeutung der Organisationsbestände als Ersatzüberlieferung für personenbezogene Unterlagen nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, zeigt der Fall Helene Weber (1881–1962). Sie war eine der prominentesten

---

27 Zu Elisabeth Schwarzhaupt vgl. Ursula Salentin: Elisabeth Schwarzhaupt – Erste Ministerin der Bundesrepublik. Ein demokratischer Lebensweg. Freiburg i. Br. 1986; Heike Drummer/Jutta Zwilling (Hg.): Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986). Porträt einer streitbaren Politikerin. Freiburg i. Br. 2001; Nina Stenger: Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986): Erste Gesundheitsministerin der Bundesrepublik Deutschland. Leben und Werk. Diss. Heidelberg 2003. Vgl. auch: Dorothea Oelze: Biogramm Elisabeth Schwarzhaupt, online unter: <https://www.kas.de/de/statische-inhalte-detail/-/content/schwarzhaupt-elisabeth> (Abruf: 27. September 2021).

28 Vgl. Bestandsbeschreibung im Findbuch 01-048.

Frauen der Zentrumsparlei und der Nachkriegs-CDU, Zeit ihres Lebens galt sie als „einflussreichste Frau der Union“. Im Laufe ihrer politischen Karriere war sie Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und als solche schon an der Erarbeitung der Weimarer Reichsverfassung beteiligt, des Preußischen Landtags, des Reichstags, des Landtags von Nordrhein-Westfalen, des Parlamentarischen Rats und des Deutschen Bundestags. Als eine der vier „Mütter des Grundgesetzes“ hatte Weber nach anfänglicher Zurückhaltung den Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ für das Grundgesetz mit erkämpft.<sup>29</sup>

Trotz ihrer hohen Bedeutung für die Geschichte der Christdemokratie existiert von Helene Weber lediglich ein Nachlasssplitter, der im Institut für Zeitgeschichte in München aufbewahrt wird. Dieser umfasst den Zeitraum von 1918 bis 1980 und enthält hauptsächlich parteipolitische Unterlagen zu ihrem Engagement im CDU/CSU-Frauenausschuss, im Parlamentarischen Rat, im Deutschen Bundestag und Europarat.<sup>30</sup> Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik kann hier immerhin eine Ersatzüberlieferung anbieten. Diese setzt sich zum einen aus Unterlagen aus den westlichen Besatzungszonen zusammen, wo die Weber die CDU als Mitgründerin entscheidend geprägt hat. Zum anderen finden sich auch Unterlagen der regionalen Frauenausschüsse, die in den Aktenbeständen der Landes- und Bezirksverbände der CDU enthalten sind. Hinzu kommen die Sitzungsprotokolle der Frauenausschüsse und Unterlagen zur Tätigkeit Webers im Parlamentarischen Rat<sup>31</sup>. Informationen zu Helene Weber finden sich auch im Zusammenhang mit der Berufung von Elisabeth Schwarzhaupt zur Ministerin, die in Form von Telegrammen und Briefen, aber auch Karikaturen<sup>32</sup> dokumentiert ist.<sup>33</sup>

29 Zu Helene Weber vgl. Elisabeth Gnauck-Kühne: Helene Weber – „Der reine Männerstaat ist das Verderben der Völker“, in: Renate Hellwig (Hg.): Die Christdemokratinnen unterwegs zur Partnerschaft. Stuttgart/Herford 1984, S. 110–119; Rudolf Morsey: Helene Weber, in: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 3. Hg. von Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher. Mainz 1979, S. 223–235; vgl. auch: Ina vom Hofe: Biogramm Helene Weber, online unter: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/helene-weber-v1> (Abruf: 27. September 2021). Siehe außerdem die sich noch in Arbeit befindende Biographie zu Helene Weber von Antonia Schilling-Malottke.

30 Vgl. Helene Weber in der Zentralen Nachlassdatenbank im Bundesarchiv; online unter: [https://www.bundesarchiv.de/nachlassdatenbank/viewsingle.php?category=W&person\\_id=14968&asset\\_id=16230&sid=51b00542602127623459d](https://www.bundesarchiv.de/nachlassdatenbank/viewsingle.php?category=W&person_id=14968&asset_id=16230&sid=51b00542602127623459d); (Abruf: 27. September 2021).

31 Die Rolle Webers im Parlamentarischen Rat wurde schon aufgearbeitet. Vgl. dazu: Wolfgang Tischner: Helene Weber (1881–1962), in: Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann (Hg.): In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49. Freiburg i. Br. 2008, S. 374–384.

32 Vgl. Keller-Kühne/Klein: 50 Jahre Frauen-Union der CDU, S. 108.

33 Ebd., S. 196.

*Spuren von Frauen in Nachlässen von CDU-Politikern –  
die Beispiele Franz Josef Wuermeling und Bruno Heck*

Auch die Nachlässe von CDU-Politikern können für frauen- und geschlechterspezifische Fragestellungen von Interesse sein, da durch sie eine dezidiert männliche Perspektive auf familien- und frauenpolitische Themen sichtbar wird. Ein Beispiel dafür ist der Nachlass von Adenauers langjährigem Familienminister Franz Josef Wuermeling (1900–1986), der über neun Jahre hinweg das Frauen- und Familienbild der CDU im konservativen Sinn entscheidend beeinflusste. Nach der Bundestagswahl 1953 wurde er am 20. Oktober 1953 als Bundesminister für Familienfragen in die von Bundeskanzler Konrad Adenauer geführte Bundesregierung berufen. Das Ministerium wurde nach der Bundestagswahl von 1957 in „Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen“ umbenannt. Als fünffacher Vater und strenger Katholik war Würmeling der richtige Repräsentant für das überwiegend patriarchalische Geschlechtermodell der Adenauer-Ära.<sup>34</sup> Sein Nachlass wurde in den Jahren 1979 und 1980 in das ACDP übernommen und unter der Bestandssignatur 01-221 formiert. Die Akten umfassen die Laufzeit von 1922 bis 1978 und beinhalten Leserbriefe, Reden, Artikel und eine umfangreiche Korrespondenz mit Familienverbänden und Kirchen.<sup>35</sup>

Von Interesse ist auch der schriftliche Nachlass seines Nachfolgers Bruno Heck (1917–1989), der unter anderem Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und einer der Mitbegründer des Archivs für Christlich-Demokratische Politik war. Heck war zum 11. Dezember 1962 bei der Kabinettsumbildung nach der „Spiegel-Affäre“ von Adenauer zum Bundesminister für Familie und Jugend berufen worden. In diesem Amt wurde er von den Bundeskanzlern Ludwig Erhard 1963 und Kurt Georg Kiesinger 1966 bestätigt. Auch Hecks Familienbild war von einer katholischen Weltanschauung geprägt und so wundert es nicht, dass er als Familienminister die konservative Linie seines Vorgängers fortsetzte.<sup>36</sup> Der Nachlass Bruno Hecks wurde 1979 bis 1989 in mehreren Lie-

34 Zu Franz-Josef Wuermeling vgl. Jürgen Aretz: Franz-Josef Wuermeling (1900–1986), in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 10. Hg. von Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher. Münster 2001, S. 245–259; Irene Gerlach: Wuermeling, Franz-Josef, in: Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hg.): *Kanzler und Minister 1949–1998*. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen. Wiesbaden 2001, S. 766–770. Vgl. auch: Stefan Marx: *Biogramm Franz-Josef Wuermeling*, online unter: <https://www.kas.de/de/statische-inhalte-detail/-/content/wuermeling-franz-josef> (Abruf: 27. September 2021).

35 Vgl. Bestandsbeschreibung im Findbuch zu 01-221.

36 Zu Bruno Heck vgl. Jürgen Aretz: Bruno Heck (1917–1989), in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 8. Hg. von Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher. Mainz 1997, S. 213–232. Vgl. auch: Markus Lingen: *Biogramm Bruno Heck*, online unter: <https://www.kas.de/de/statische-inhalte-detail/-/content/heck-bruno> (Abruf: 27. September 2021).

ferungen vom ACDP übernommen und ist unter der Bestandssignatur 01-022 zu finden. Das Aktenmaterial umfasst die Zeit von 1952 bis 1989 und enthält Reden, Aufsätze, Artikel und Interviews zur Bildungs-, Familien- und Jugendpolitik.<sup>37</sup>

### *Bestände der Frauen-Union*

Da nicht von jeder bedeutenden Unions-Politikerin persönliche Unterlagen vorhanden sind, bilden die Organisationsbestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik eine wichtige Ersatz- und Ergänzungsdokumentation. Für die frauenhistorische Forschung besonders wichtig ist der Bestand der Frauen-Union, die dieses Jahr ihr 70-jähriges Gründungsjubiläum feiern kann.

### *Der Organisationsbestand der Frauen-Union*

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden dezentral in den verschiedenen Besatzungszonen erste Frauenausschüsse der CDU und der CSU. Aus diesen konstituierte sich am 1. Mai 1948 im Hotel „Monopol“ in Frankfurt die „Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands“. Auf dem Parteitag in Karlsruhe 1951 konstituierte sich der Bundesfrauenausschuss der CDU, der sich organisatorisch von der Schwesterpartei CSU trennte. Im Mai 1956 wurde der Ausschuss in „Frauenvereinigung der CDU“ umbenannt, fortan wurden alle weiblichen Mitglieder automatisch Mitglied. Eine eigene satzungsgemäße Organisation bekam die Vereinigung auf dem Karlsruher CDU-Parteitag 1960. 1988 folgte dann die Umbenennung der Frauenvereinigung in „Frauen-Union“, nach der Wiedervereinigung 1991 in „Frauen-Union Deutschlands“.<sup>38</sup>

Die ersten Akten der Frauen-Union konnten bereits 1976, kurz nach Entstehung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, übernommen werden. Weitere Unterlagen folgten 1999/2000 im Rahmen des Umzugs der CDU-Geschäftsstelle von Bonn nach Berlin. Formiert wurde der Bestand unter der Signatur 04-003, der Umfang beträgt aktuell 25 laufende Meter. Die Akten beinhalten Unterlagen aus der Gründungs- und Anfangszeit sowie Unterlagen der Vorsitzenden und der Bundesdelegiertentage. Verwahrt werden außerdem Anträge zu den Bundesparteitagen, zu Hearings, zu Einberufungen von Kommissionen und Arbeitskreisen sowie zu Stellungnahmen und Ausarbeitungen zu frauen- und familienpolitischen Themen. Allesamt dokumentieren sie die Bemühungen der Frauen-Union, ein zeitgemäßes Frauen- und Familienbild innerhalb der Partei zu etablieren.<sup>39</sup>

37 Vgl. Bestandsbeschreibung im Findbuch zu 01-221.

38 Vgl. Hans Süsmuth: Kleine Geschichte der CDU-Frauen-Union: Erfolge und Rückschläge 1948–1990. Baden-Baden 1990.

39 Vgl. Bestandsbeschreibung im Findbuch zu 04-003.

*Aenne Brauksiepe und Helga Wex*

Ebenfalls durch die Organisationsbestände rekonstruiert werden muss die politische Arbeit Aenne Brauksiepes (1912–1997), von der gar kein schriftlicher Nachlass erhalten ist. Brauksiepe gehörte von 1949 bis 1972 dem Deutschen Bundestag an, 1964–1968 war sie stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und von 1968–1969 Bundesministerin für Familie und Jugend unter Kurt Georg Kiesinger. Die Amtszeit von Aenne Brauksiepe ist für die historische Forschung deswegen so bedeutsam, weil in sie die ersten frauenpolitischen Kongresse der CDU fallen: Im Jahr 1964 fand unter dem Titel „Frau und Arbeitswelt – morgen“ der erste Frauenkongress der CDU in Bochum statt, fünf Jahre später erfolgte ein weiterer großer Frauenkongress mit dem Thema „Die Frau im Spannungsfeld unserer Zeit“ in Ludwigshafen, der sich vor allem mit dem Spannungsfeld von familiären und außerfamiliären Aufgaben auseinandersetzte.<sup>40</sup> Brauksiepes politische Arbeit ist fast ausschließlich anhand des Aktenbestands der Frauen-Union, der CDU-Bundespartei und der von ihr geführten umfangreichen Korrespondenz, die sich aus anderen Nachlässen rekonstruieren lässt, nachvollziehbar.<sup>41</sup> Die Unterlagen belegen, wie sehr Brauksiepe durch ihren politischen Einsatz den Weg für ein neues Frauen- und Familienbild der Union bahnte, an das ihre Nachfolgerin an der Spitze der CDU-Frauen, Helga Wex, (1924–1986) anknüpfen konnte.

Wex war von 1969 bis 1977 stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU und als Nachfolgerin von Aenne Brauksiepe Mitglied des Präsidiums geworden. Von 1971 bis 1986 war sie Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU, in diesem Amt forderte sie eine stärkere Beteiligung von Frauen in der Partei. Sie erkämpfte die Antragsberechtigung auf Parteitag für die Frauenvereinigung, die sie schließlich im Jahr 1975 erhielt.<sup>42</sup>

Der Nachlass von Helga Wex wurde in den 1980er Jahren vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik übernommen und unter der Bestandssignatur 01-379 formiert. Er umfasst vor allem die Jahre von 1967 bis 1986. Er gehört

---

40 Zu Aenne Brauksiepe vgl. Walter Henkels: 99 Bonner Köpfe. Durchges. und erg. Ausg. Frankfurt a. M. 1965, S. 54 f.; Rudolf Vierhaus/Ludolf Herbst (Hg.), Bruno Jahn (Mit-  
arb.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002.  
Bd. 1: A–M. München 2002, S. 94; Brigitte Kaff: Aenne Brauksiepe (1912–1997), in:  
Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahr-  
hunderts. Bd. 9. Hg. von Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher. Münster 1999,  
S. 277–289; Vgl. auch Christopher Beckmann: Biogramm Aenne Brauksiepe, online unter:  
[https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/aenne-  
brauksiepe-v1](https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/aennebrauksiepe-v1) (Abruf: 27. September 2021).

41 Vgl. Keller-Kühne: Frauen in der CDU, S. 297.

42 Zu Helga Wex vgl. Denise Lindsay: Helga Wex, in: HPM 18 (2011), S. 229–248; vgl. auch  
dies.: Helga Wex, online unter: [https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/  
biogramm-detail/-/content/helga-wex](https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/helga-wex) (Abruf: 27. September 2021).

sicherlich zu den bedeutendsten Unterlagen, die das ACDP zum Thema der Frauenpolitik in der CDU zu bieten hat. Besonders interessant sind die in reichlichem Umfang vorhandenen Unterlagen, die ihre Tätigkeit in Gremien wie beispielsweise der Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ betreffen sowie Schreiben zu wichtigen Themen der Frauen- und Familienpolitik wie Alleinerziehende, Frauenarbeitslosigkeit und die soziale Sicherung der Frau. Im Nachlass von Helga Wex finden sich außerdem Unterlagen zur Stellung der Frau in der Gesellschaft, zum Scheidungsrecht, zur Rentenversicherung, zur Frauenarbeitslosigkeit und zum Paragraphen 218. Von herausragender Bedeutung sind hier vor allem die Materialien zu den Essener Leitsätzen für die Gleichberechtigung von Mann und Frau aus dem Jahr 1985. Zudem sind Unterlagen zu den Kommissionen beim Bundesparteivorstand 1973 bis 1981 (Kommission Frauen, Internationales Jahr des Kindes, Zukunftschancen der Jungen Generation) im Nachlass vorhanden, ferner auch von Kongressen und Veranstaltungen.<sup>43</sup>

#### *Landesorganisationen der Frauen-Union*

Die wichtigsten regionalen Organisationsbestände für die frauenhistorische Forschung stellen die der FU-Landesverbände dar. Leider sind hierbei nicht alle Länder gleichermaßen vertreten. Im Archiv für Christlich-Demokratische Politik sind aktuell ausschließlich die Unterlagen der Frauen-Union Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und des Saarlands zu finden.

Die Akten der Frauen-Union Nordrhein-Westfalen wurden im November 2004 aus der Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf abgeholt, in das Archiv für Christlich-Demokratische Politik gebracht und unter der Signatur 04-039 formiert. Der Bestand spiegelt deutlich die bis 1987 bestehende Trennung der beiden Landesverbände Westfalen-Lippe und Rheinland wider. Die Akten aus den Jahren 1972–2000 bestehen mehrheitlich aus Schriftgut des Landesverbandes Rheinland. Archivmaterial zur Frauenvereinigung im Landesverband Westfalen-Lippe findet sich im betreffenden Bestand mit der Signatur 03-002. Der Bestand zur Frauen-Union Nordrhein-Westfalen enthält hauptsächlich Materialien zu Gremien, Arbeitsgruppen und Kommissionen sowie Geschäftsberichte und Korrespondenzen.<sup>44</sup>

Der Bestand der Frauen-Union in Niedersachsen wurde 2002 aus dem Bestand des CDU-Landesverbands ausgegliedert und unter der Signatur 04-070 selbständig weitergeführt. Nachlieferungen, die hauptsächlich Akten der Landesvorsitzenden und der Geschäftsführung enthielten, erfolgten in den Jahren 2004 und 2008. Den Hauptschwerpunkt der Überlieferung bildet der

43 Vgl. Einleitung zum Findbuch 01-379.

44 Vgl. Einleitung zum Findbuch 04-039.

Zeitraum zwischen 1970 und 2003. Die Landesparteitage sind in diesem Zeitraum vollständig vorhanden, während die Überlieferung des Landesvorstands etwas später einsetzt und dann lückenlos von 1977 bis 2005 vorhanden ist. Die Akten betreffen fast ausschließlich den Landesvorstand der Frauen-Union in Niedersachsen. Akten aus den Landesverbänden Hannover, Braunschweig und Oldenburg sind im Bestand kaum vorhanden. Sie befinden sich in erster Linie in den Beständen der Landesverbände der CDU Braunschweig (03-005) und Oldenburg (03-021). Der Umfang des Bestands beläuft sich auf übersichtliche 3,4 laufende Meter.<sup>45</sup>

Der Organisationsbestand des Landesverbands Rheinland-Pfalz der Frauen-Union wurde 1989 übernommen und 2002 sowie 2009 ergänzt. Er enthält Akten aus den Jahren 1952 bis 1981, bei denen es sich vorwiegend um Schriftwechsel, Protokolle und Unterlagen zu Landesdelegiertentagen handelt. Die Akten der Frauen-Union Rheinland-Pfalz wurden aus dem Bestand des Landesverbandes ausgegliedert und unter der Bestandssignatur 04-031 formiert. Sie umfassen die Zeit von den späten 1960er Jahren bis Mitte der 1990er Jahre und dokumentieren vor allem die Arbeit des Landesvorstandes und der einzelnen Parteitage. Dabei handelt es sich meist um Protokolle, Arbeitsmaterialien und Korrespondenzakten.<sup>46</sup>

Von der Frauen Union in Schleswig-Holstein ist ebenfalls ein Verwaltungsaktenbestand vorhanden, der unter der Bestandssignatur 04-058 geführt wird. Dieser wurde im Jahr 1999 übernommen und seitdem mehrmals ergänzt. Er umfasst die Laufzeit von 1959 bis 2005. Durch den Bestand wird vor allem die Arbeit des Landesvorstandes und der einzelnen Parteitage dokumentiert, bei den Unterlagen handelt es sich meist um Protokolle, Arbeitsmaterialien und Korrespondenzakten. Die darin enthaltenen Akten der Frauenvereinigung beziehungsweise Frauen-Union wurden aus dem Bestand des Landesverbands Schleswig-Holstein ausgegliedert.<sup>47</sup>

Die Akten der Frauen-Union Saar sind unter der Bestandssignatur 04-085 im ACDP enthalten, umfassen jedoch noch nicht einmal einen laufenden Meter und sind aktuell noch unerschlossen. Sie betreffen den Zeitraum von 1980 bis 1993 und dokumentieren Landes- und Bundesdelegiertentage sowie die Aktivitäten des Landesvorstandes und des Landesausschusses.<sup>48</sup>

---

45 Vgl. Einleitung zum Findbuch 04-070.

46 Vgl. Einleitung zum Findbuch 04-031.

47 Vgl. Einleitung zum Findbuch 04-058.

48 Vgl. Einleitung zum Findbuch 04-085.

*Die Frauen-Union auf europäischer Ebene*

Die Frauen-Union der CDU und die Frauen-Union der CSU bilden für ihre internationalen Aufgaben die Europa-Sektion der Frauen der CDU/CSU, „Deutsche Sektion“ genannt. Diese ist für eine gemeinsame Wahrnehmung der Aufgaben in der Sektion der Europäischen Volkspartei zuständig. Die Europäische Frauen-Union und die Frauen in der Europäischen Volkspartei bilden auf der internationalen Ebene die gemeinsame Dachorganisation „European Women’s Association“.

Die Akten der Europäischen Frauen-Union wurden über viele Jahre hinweg in der Bundesgeschäftsstelle der CDU geführt, wodurch sich die internationale Arbeit Christlicher Demokratinnen bis in die Anfangsjahre, genauer bis 1954, zurückverfolgen lässt. Überliefert sind die Unterlagen der Generalversammlungen, des Rates, der Kommissionen, des Vorstands, des Generalsekretariats sowie der Deutschen Sektion. Darunter befinden sich Protokolle, Anträge, Rundschreiben, Tätigkeitsberichte, Mitgliederlisten sowie Korrespondenzen mit wichtigen politischen Persönlichkeiten wie beispielsweise Konrad Adenauer. Im Archiv für Christlich-Demokratische Politik verwahrt werden auch Unterlagen zur Europa-Sektion der Frauen der CDU/CSU ab 1980, der Frauensektion der EVP/EUCD (einschließlich Unterlagen der Deutschen Gruppe ab 1979) sowie der Union Christlich-Demokratischer Frauen (UCDF) ab 1974.<sup>49</sup> Zudem existiert eine biographische Sammlung zu führenden Persönlichkeiten der Europäischen Frauen-Union. Dazu gehören die Reden der ersten deutschen Vorsitzenden Maria Probst (1963–1967).

Probst wurde bereits im Jahr 1946 für die CSU Mitglied des Bayerischen Landtags. Zudem gehörte sie – seit dessen erster Wahl 1949 – dem Deutschen Bundestag an. Von 1958 bis 1965 war sie Mitglied des Europaparlaments. Ihr Bemühen galt hier vor allem der Aussöhnung mit Frankreich. Probst, die sich immer für das Engagement von Frauen in der Politik stark gemacht hatte, wurde 1965 erste weibliche Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags. Als Abgeordnete der CSU und Vorsitzende des Verbands deutscher Katholiken (VdK) setzte sich Probst besonders für die Opfer des Zweiten Weltkriegs ein. Von den Betroffenen erhielt sie daher den Namen „Maria Hilf“. Auf Grund ihres Engagements, mit dem sie Gelder für die Sozialleistungen erstritt, war sie unter den Finanzpolitikern hingegen als „Maria Heimsuchung“ bekannt.<sup>50</sup>

<sup>49</sup> Vgl. Einleitung zum Findbuch 04-003.

<sup>50</sup> Zu Maria Probst vgl. Henkels 99 Bonner Köpfe, S. 201ff; Ursula Männle: Probst, Maria, in: Neue Deutsche Biographie 10 (2001), S. 735; Rudolf Vierhaus/Ludolf Herbst (Hg.), Bruno Jahn (Mitarb.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages. 1949–2002. Bd. 2: N–Z. München 2002, S. 657f.; Ursula Männle: Maria Probst (1902–1967), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 7. Hg. von Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher.

Nach dem Tod von Maria Probst wurde die Hamburger Politikerin Charlotte Fera (1967–1973) zu ihrer Nachfolgerin gewählt. Neben anderen politischen Tätigkeiten war Fera Präsidentin der Europäischen Frauen-Union und ab 1983 Generalsekretärin der Weltunion Christlich-Demokratischer Frauen. In dieser Funktion nahm sie an den Weltfrauenkonferenzen der UNO in Kopenhagen 1980 und Nairobi 1985 teil.<sup>51</sup> Von Charlotte Fera ist kein persönlicher Nachlass vorhanden, die persönlichen Unterlagen von Maria Probst werden im Bundesarchiv in Koblenz unter der Bestandssignatur N 1219 verwahrt. Hier finden sich vor allem Materialsammlungen und Korrespondenzen zu Probsts parlamentarischen Tätigkeit, insbesondere als sozialpolitische Sprecherin der CSU. Die Unterlagen umfassen die Laufzeit von 1950 bis 1967.

Die Arbeit der beiden Frauen ist fast ausschließlich anhand des oben skizzierten Organisationsaktenbestandes im ACDP nachvollziehbar.

Dieser wird ab Mitte beziehungsweise Ende der 1970er Jahre durch den persönlichen Nachlass von Marlene Lenz (geb. 1932) ergänzt. In der CDU war Lenz als Frauenreferentin tätig, sie gehörte dem Bundesvorstand der Frauen-Union an, war langjährige Europaabgeordnete und außerdem Vorsitzende der Europa-Sektion der Frauen bei der CDU und der CSU sowie Präsidentin der Frauensektion der EVP. Von 1979 bis 1999 gehörte sie dem Europäischen Parlament an, in dem sie Vorsitzende des Ausschusses für die Rechte der Frau und des Unterausschusses für Menschenrechte sowie stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses zur Situation der Frau in Europa war.<sup>52</sup>

Ihr politischer Nachlass wird unter der Bestandssignatur 01-738 im Archiv für Christlich-Demokratische Politik verwahrt. Der erste Teil wurde im Juli 1999 vom ACDP übernommen und unter der Signatur 01-738 formiert. In den folgenden Jahren wurde der Bestand durch mehrere Nachlieferungen ergänzt. Schwerpunkt des Nachlasses ist die europäische Frauenpolitik. So umfassen die betreffenden Akten vor allem die Enquête-Kommission des Bundestages „Frau und Gesellschaft“, den Ad-hoc-Ausschuss des Europäischen Parlaments „Rechte der Frau“ und ihres Nachfolgers, des ständigen Ausschusses „Rechte der Frau“, und den Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments „Position der Frau in Europa“. Des Weiteren finden sich Unterlagen zur CDU-Frauenvereinigung beziehungsweise Frauen Union auf Bundes- und Landesebene, der Europa-Sektion der Frauenvereinigungen von CDU und CSU, der EVP-Frauen,

---

Mainz 1994, S. 113–127; dies.: Biogramm Maria Probst, online unter: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/maria-probst> (Abruf: 27. September 2021).

51 Zu Charlotte Fera vgl. Inge Grolle/Rita Bake: „Ich habe Jonglieren mit drei Bällen geübt.“ Frauen in der Hamburgischen Bürgerschaft von 1946 bis 1993. Hamburg 1995, S. 112–118.

52 Zu Marlene Lenz vgl. Denise Lindsay: „Europa schafft Chancen, auch für Frauen“; vgl. auch dies.: Biogramm Marlene Lenz, online unter: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/marlene-lenz-v1> (Abruf: 27. September 2021).

der EFU, UCDF und der Weltfrauenkonferenzen. Hervorzuheben ist hier Marlene Lenz' besondere Interesse für den Themenkomplex „Frau und Medien“.<sup>53</sup>

### *Weitere Organisationsaktenbestände*

Für die frauenhistorische Forschung ebenfalls bedeutsam sind die Bestände zur Bundespartei und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie die regionalen Organisationsbestände.

### *Bundespartei*

Die Akten der Frauen-Union sind zusammen mit denen der Bundespartei für die programmatischen Veränderungen in der Frauenpolitik der CDU aufschlussreich. Der Aktenbestand der Bundespartei wird unter der Signatur 07-001 im Archiv für Christlich-Demokratische Politik geführt und umfasst aktuell eine Aktenlaufzeit von 1945 bis 2018. Das Schriftgut umfasst insgesamt 1.200 laufende Meter.

Von besonderer Bedeutung sind die Unterlagen zu den Bundesparteitag, hier besonders die Anträge der Frauen-Union und ihre Stellungnahmen zur Diskussion um das Grundsatzprogramm. Einen herausragenden Rang nehmen die Unterlagen zum Essener Bundesparteitag 1985 ein, auf dem sich erstmals eine große Volkspartei in Deutschland schwerpunktmäßig mit den Belangen der Frauen beschäftigte. Die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung, die Gewährung von Erziehungsgeld und die Gleichwertigkeit von Familien- und Berufstätigkeit stehen seitdem für das neue Frauen- und Familienbild der CDU.

Ebenfalls von Interesse für die frauenhistorische Forschung zur Christlichen Demokratie sind die Akten der Bundesfachausschüsse Frauen-, Familien- und Sozialpolitik. Bis in das Jahr 1981 oblag dem Bundesfachausschuss Sozialpolitik die Zuständigkeit für die Frauen- und Familienpolitik. Im Juni 1981 wurde aus dem Bundesfachausschuss Sozialpolitik der Bundesfachausschuss Familienpolitik herausgelöst mit dem Ziel, die Grundsätze der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verstärkt zu thematisieren. Die Zuständigkeit für die Frauenpolitik verblieb bis zum Januar 1988 beim Bundesfachausschuss Sozialpolitik. Als Aufgaben des neu gegründeten Bundesfachausschusses Frauenpolitik vermerkte das Protokoll der konstituierenden Sitzung die konkrete Umsetzung der Essener Leitsätze, die ganz unter dem Zeichen einer neuen Partnerschaft zwischen Mann und Frau stehen sollte. Realisiert werden sollten zudem auch der sogenannte „C3-Beschluss“ des Mainzer Bundesparteitags von 1986, der sich von einer Quotenregelung

---

53 Vgl. Bestandsbeschreibung im Findbuch 01-738.

abwandte und stattdessen die Beteiligung der Frauen an Ämtern und Mandaten entsprechend ihrem Mitgliederanteil anstrebte.<sup>54</sup>

Nicht zu vernachlässigen sind die Protokolle der Sitzungen des Bundesvorstands und des Präsidiums sowie die Korrespondenz der Parteivorsitzenden und Vorstandsmitglieder, von denen ebenfalls Nachlässe im Archiv für Christlich-Demokratische Politik zu finden sind. Erwähnenswert sind auch die Akten der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der CDU, in der die Werbestrategie und die Werbemittel für die Zielgruppe der Frauen bei den Bundestagswahlen entwickelt wurden. Der seit 1988 auf den Bundesparteitagen regelmäßig als Anlage zum Bericht des Generalsekretärs vorgelegte Frauenbericht, der 2007 in „Bericht zur politischen Gleichstellung von Mann und Frau“ umbenannt wurde, informiert über die Anzahl der weiblichen CDU-Mitglieder sowie den Frauen-Anteil an den Mandats- und Funktionsträgern.<sup>55</sup>

Im Bestand der Bundespartei ebenfalls überliefert und erwähnenswert sind die Unterlagen der im Jahr 1985 gegründeten Initiative „Christdemokraten für das Leben“ (CDL). Die CDL wurden 1985 durch Mitglieder der Unionsparteien gegründet, welche sich für einen uneingeschränkten Schutz von menschlichen Embryonen, insbesondere vor Eingriffen aus medizinischen, elterlichen oder wissenschaftlichen Interessen, einsetzt. Die Initiative ist im Rahmen eines christlich verstandenen Menschenbildes Teil der Lebensrechtsbewegung und steht auch Personen außerhalb der Union offen. Nicht vergessen werden dürfen außerdem die Akten des Arbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen<sup>56</sup> (BACDJ). Zu berücksichtigen ist hierbei auch der im ACDP unter der Bestandssignatur 01-616 verwahrte Nachlass des langjährigen Vorsitzenden des Arbeitskreises Friedrich Vogel (1929–2005), der 1966 Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen war und von 1982 bis 1987 Staatsminister beim Bundeskanzler.<sup>57</sup> In seinem Nachlass befinden sich auch Unterlagen der Fachkommissionen, wie beispielsweise Ehe- und Familienrecht.

### *CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

Für die frauenhistorische Forschung ebenfalls von Interesse sind die Akten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die unter der Bestandskategorie 08 im Archiv für Christlich-Demokratische Politik verwahrt werden. Hier sind auch die Akten der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion enthalten.

---

54 Vgl. Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs auf dem Bundesparteitag in Wiesbaden 1988. Bonn 1988.

55 Vgl. Keller-Kühne: Frauen in der CDU, S. 298.

56 Vgl. die Homepage des BACDJ; online unter: [www.cdu.de/bacdj](http://www.cdu.de/bacdj), (Abruf: 27. September 2021).

57 Vgl. Vierhaus/Herbst (Hg.): Biographisches Handbuch. Bd. 2: N-Z, S. 899 f.

Der Bestand dokumentiert in erster Linie die Tätigkeit der weiblichen Fraktionsmitglieder in den Ausschüssen des Bundestags. Die Auseinandersetzungen mit dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Benennung der Nachfolgerin von Rita Süßmuth für das Amt der Ministerin für Frauen- und Familienangelegenheiten sind gut im Aktenbestand dokumentiert und stehen exemplarisch für die Forderung der Frauen nach einer stärkeren Berücksichtigung bei der Vergabe von Ministerposten, aber auch nach Vertretung im Vorstand der Bundestagsfraktion sowie in den Ausschüssen des Parlaments. An Hand der Ausschussunterlagen lassen sich verschiedene thematische Schwerpunkte identifizieren und erforschen wie der Schutz des ungeborenen Lebens, die Wiedereingliederung in den Beruf, die soziale Absicherung der Frau im Alter. Daneben lässt sich erkennen, dass die Frauen auf die Einhaltung des Gleichberechtigungsgesetzes achteten und auf die Umsetzung der Mainzer und Wiesbadener Parteitagsbeschlüsse zur Verbesserungen der Chancen von Frauen bei der Vergabe von Ämtern und Mandaten pochten.<sup>58</sup>

Im Archiv für Christlich-Demokratische Politik verwahrt werden beispielsweise die persönlichen Papiere der langjährigen Vorsitzenden der Gruppe der Frauen Bärbel Sothmann (geb. 1939) und Roswitha Verhülsdonk (geb. 1927), die von 1990 bis 1994 das Amt der Parlamentarischen Staatssekretärin und Bundesministerin für Frauen und Senioren bekleidete. Gerade die Unterlagen der Gruppe Frauen dokumentieren in besonderer Weise die vielfältigen Initiativen der Parlamentarierinnen der Unionsfraktion ab den 1980er Jahren.

Im Aktenbestand überliefert ist ebenfalls die Tätigkeit der weiblichen Fraktionsmitglieder in den Arbeitskreisen der Fraktion. Diese prägten auch als Vorsitzende die Arbeit der Arbeitskreise und Arbeitsgruppen, standen Kommissionen vor und traten als Sprecherinnen ihrer Fraktion auf. Exemplarisch sollen hier die ehemalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1994–1998) Claudia Nolte (geb. 1966) als Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauen und Jugend sowie die ehemalige Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1989–1990) sowie Gesundheit (1991–1992) Gerda Hasselfeldt (geb. 1950) als Vorsitzende der Arbeitsgruppe Finanzen genannt werden.

Vor allem die in der Bundesrepublik geführte Diskussion um die gesetzgeberischen Initiativen auf den Gebieten der Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik spiegeln sich in den Akten des Vorstands und der Arbeitskreise beziehungsweise Arbeitsgruppen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wieder. Die Akten des Arbeitskreises Recht, in denen sich Unterlagen zu Ehe- und Familienrecht, Scheidungsrecht, Reform des Unehelichenrechts und zur Auseinandersetzung um die Reform des Paragraphen 218 befinden, sind hierbei von besonderem Interesse. Umfangreiche Materialien zur Familien- und Jugendgesetzgebung, Alters- und Rentenversorgung der Frauen und der Mutterschutz-

---

58 Vgl. Keller-Kühne: Frauen in der CDU, S. 300.

gesetzgebung finden sich in den Akten der entsprechenden Arbeitskreise und Arbeitsgruppen.<sup>59</sup>

### *Regionale Organisationsbestände*

In den im Archiv für Christlich-Demokratische Politik verwahrten Aktenbeständen der Landes- und Bezirksverbände der CDU mit der Bestandskategorie 03 befinden sich die Unterlagen der regionalen Frauenausschüsse, die eine weitere wichtige Quelle für die Rolle der Frauen in den Gründungs- und Anfangsjahren der Christlich-Demokratischen Union sind.

In der sowjetischen Besatzungszone arbeiteten die CDU-Frauen zunächst in den überparteilichen antifaschistischen Frauenausschüssen mit. Als im März 1947 diese Frauenausschüsse in den Demokratischen Frauenbund (DFD) überführt wurden, war die Mitarbeit für CDU-Mitglieder äußerst schwierig. Versuche, den Einfluss der CDU in den Ausschüssen für Arbeit und Soziales zu wahren, scheiterten. In Berlin sprach sich die Parteileitung gegen jede Kooperation mit dem DFD aus, da man in ihm einen verlängerten Arm der SED sah.

Die betreffenden Aktenbestände wurden vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik nach dem Ende der DDR übernommen. An Hand der Unterlagen wird sichtbar, wie die Frauen der CDU – vor allem in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – unter großen Schwierigkeiten politisch tätig waren. Die Akten verdeutlichen in besonderer Weise, wie sie sich bis zum Juni 1950 der Gleichschaltung der CDU-Frauenorganisation durch die Überführung der Frauenausschüsse in den DFD widersetzen<sup>60</sup> und ihre politische Arbeit von der Sowjetischen Militäradministration und der SED behindert wurde.<sup>61</sup>

Ergänzt werden können die Organisationsbestände durch die Nachlässe von Esther-Maria von Coelln (1911–1997), die Redeverbot erhielt, als sie sich für die Nutzung alter Wehrmachtkasernen für Flüchtlinge einsetzte. Sie floh später nach Westen und wurde kurz darauf von der CDU der DDR ausgeschlossen.<sup>62</sup> Ihre persönlichen Unterlagen wurden sukzessive in den Jahren 1982, 1987 und 2012 vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik übernommen und unter der Signatur 01-331 formiert. Sie umfassen die Jahre 1946 bis 1992. Der

---

59 Ebd., S. 300.

60 Vgl. Günter Buchstab (Hg.): Verfolgt und entrechtet – Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1954–1961. Eine biographische Dokumentation. Düsseldorf 1998.

61 Vgl. Keller-Kühne: Frauen in der CDU, S. 299.

62 Zu Esther-Maria von Coelln vgl. Jochen Lengemann: Thüringische Landesparlamente 1919–1952. Biographisches Handbuch. Köln/Weimar/Wien 2014, S. 202 f.

Bestand enthält vor allem verschiedene Korrespondenzen, eigene Artikel, Pressemeldungen und Sitzungsprotokolle.<sup>63</sup>

In diesem Kontext ebenfalls von Interesse ist der Nachlass von Hedwig Matuschek (1903–1992). Die Christliche Demokratin erhielt 1948 ebenfalls Redeverbot auf Grund „politischer Unzuverlässigkeit“.<sup>64</sup> Ihre persönlichen Unterlagen wurden 1982 an das Archiv für Christlich-Demokratische Politik übergeben und unter der Bestandssignatur 01-336 formiert. Sie umfassen den Zeitraum von 1947–1970. Der Aktenbestand beinhaltet überwiegend Material zu den Parteitagen der Exil-CDU<sup>65</sup> und zur politischen Tätigkeit Hedwig Matuscheks in der CDU-Frauenvereinigung Hessen. In den Unterlagen finden sich vor allem verschiedene Korrespondenzen und Zeitungsausschnitte.<sup>66</sup>

### *Sammlungen*

Besonders interessante, aber bisher wenig genutzte Bestände sind die Akten des Verbands Weiblicher Angestellter sowie des Deutschen Landfrauenbundes und seiner Gründerin Elisabet Boehm, die im Archiv für Christlich-Demokratische Politik aufbewahrt werden.

### *Elisabet Boehm und der Deutsche Landfrauenbund*

Die ostpreußische Gutsbesitzerin Elisabet Boehm (1859–1943) war die Gründerin des ersten Landwirtschaftlichen Hausfrauenvereins sowie der Landfrauenorganisation in Deutschland und damit die Begründerin der Landfrauenbewegung allgemein. Die Zielsetzung der Organisationen lag in der Förderung von Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten, der Anerkennung der hauswirtschaftlichen Arbeit als Berufsarbeit, der Überbrückung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land sowie praktischer Aspekte bei der Verbesserung der Erzeugung des Absatzes in der Landwirtschaft. Neben ihrer Verbandstätigkeit engagierte sich Boehm für die Berufsausbildung von Frauen und gründete 1912 die erste Landwirtschaftliche Frauenschule. Im Zuge der Machtübernahme durch

63 Vgl. Bestandsbeschreibung im Findbuch 01-331.

64 Zu Hedwig Matuschek vgl. Jochen Lengemann: Das Hessen-Parlament 1946–1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungsberatenden Landesversammlung und des Hessischen Landtags (1.–11. Wahlperiode). Hg. vom Präsidenten des Hessischen Landtags. Frankfurt a. M. 1986, S. 327.

65 Vgl. Oliver Salten: Exil-CDU (1950–1991), online unter: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/exil-cdu-1950,1991> (Abruf: 27. September 2021).

66 Vgl. Bestandsbeschreibung im Findbuch 01-336.

die Nationalsozialisten wurden 1934 die landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine aufgelöst und in den sogenannten Reichsnährstand eingegliedert.<sup>67</sup>

Der persönliche Nachlass von Elisabeth Boehm wurde vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik im April 2004 übernommen und unter der Bestandsnummer 01-785 formiert. Er umfasst die Laufzeit von 1894 bis 1998 und enthält neben Aufzeichnungen zur Geschichte der Landfrauenbewegung<sup>68</sup> (1894–1920) Manuskripte zur Ausbildung und Gesundheitsfürsorge der Landfrauen. Informationen zur Situation der Landfrauen im Nationalsozialismus lassen sich ebenfalls finden. In einzelnen Archivalieneinheiten finden sich außerdem Spuren der Diskussion um die berufliche Stellung und Absicherung von Dorfhelferinnen und Bäuerinnen. Im Nachlass von Boehm ist ferner auch ihre Verbindung zu führenden Persönlichkeiten der Frauenbewegung wie Gertrud Bäumer (1873–1954) dokumentiert. Bäumer war von 1919 bis 1932 Abgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei im Reichstag und bekleidete 1920 als erste Frau in Deutschland das Amt einer Ministerialrätin im Innenministerium des Deutschen Reichs.<sup>69</sup> Es lassen sich auch Korrespondenzen mit dem Agrarpolitiker Walther Darré<sup>70</sup> (1895–1953) finden, der im Nationalsozialismus „Reichsbauernführer“ und von 1933 bis 1942 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft war sowie Schriftwechsel mit Therese zu Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst<sup>71</sup> (1869–1927), einer Pionierin der Landfrauenbewegung in Süddeutschland und erste Vorsitzende des Landesverbands landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine in Württemberg. Enthalten sind außerdem die umfangreichen Reiseberichte Boehms (1903–1941) und eine Fotosammlung (1903–1933), die das Alltagsleben der Frauen im ländlichen Raum in den 1920er und 1930er Jahren dokumentiert.<sup>72</sup>

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurden bereits 1947 die ersten Landfrauenvereine als Nachfolgeorganisationen der landwirtschaftlichen Hausfrauen-

67 Zu Elisabeth Boehm und der Landfrauenbewegung vgl. Christoph Hinkelmann: Elisabeth Boehm und die Landfrauenbewegung. Hg. vom Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg. Husum 1998; Anke Sawahn: Die Frauenlobby vom Land. Die Landfrauenbewegung in Deutschland und ihre Funktionärinnen. 1898 bis 1948. Frankfurt a. M. 2009; Christina Schwarz: Elisabeth Boehm und der landwirtschaftliche Hausfrauenverein. Im Zeichen der Biene. Hamburg 1991.

68 Zur Geschichte der Landfrauenbewegung vgl. Christina Schwarz: Die Landfrauenbewegung in Deutschland: Zur Geschichte einer Frauenorganisation unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1898 bis 1933. Mainz 1990.

69 Zu Gertrud Bäumer vgl. Ingeborg Drewitz: Gertrud Bäumer (1873–1954), in: Frauen. Porträts aus zwei Jahrhunderten. Hg. v. Hans Jürgen Schultz. Stuttgart 1987; Angelika Schaser: Helene Lange und Gertrud Bäumer. Eine politische Lebensgemeinschaft. 2. durchges. und aktual. Aufl. Köln u. a. 2010.

70 Vgl. Horst Gies: Richard Walther Darré. Der „Reichsbauernführer“, die nationalsozialistische „Blut- und Boden“-Ideologie und die Machteroberung Hitlers. Köln 2019.

71 Vgl. Landesverband landwirtschaftlicher Hausfrauen-Vereine in Württemberg (Hg.): Erinnerungen an die erste Landesverbands-Vorsitzende Fürstin Therese zu Hohenlohe-Waldenburg, o. J. (ca. 1927).

72 Vgl. Bestandsbeschreibung im Findbuch 01-785.

vereine wiedergegründet. Die regionalen Landfrauenverbände schlossen sich im Oktober 1948 zum Deutschen Landfrauenverband zusammen. Nach 1989 gründeten sich in den ostdeutschen Ländern Landfrauenverbände, die Anfang der 1990er Jahre ebenfalls dem Deutschen Landfrauenverband beitraten. Von diesem wurden im Jahr 2005 Unterlagen an das Archiv für Christlich-Demokratische Politik abgegeben und unter der Signatur 06-066 zu einem Bestand formiert. Im Jahr 2016 erfolgte eine Nachlieferung, sodass der Bestand aktuell einen Umfang von 35,8 laufenden Metern hat. In den Akten finden sich vor allem Sitzungsprotokolle von diversen Gremien, Seminarmaterialien- und Konzepte, Projektberichte, Akten zur Auslandsarbeit, die unter anderem den Beitritt der ostdeutschen Frauenverbände dokumentieren, aber auch Berichte von Landfrauentagen, Pressemitteilungen (1991–2002), Statistische Jahresberichte, Resolutionen und Reden.<sup>73</sup>

### *Minna Cauers Verband Weiblicher Angestellter*

Für die Forschungen über Arbeits- und Lebensverhältnisse berufstätiger Frauen sind die Unterlagen des 1889 als Frauengewerkschaft gegründeten Verbandes Weiblicher Angestellter eine bedeutende Quelle. Der Vorläuferverein des Verbands war der „Kaufmännische und gewerbliche Hilfsverein für weibliche Angestellte“, der am 9. Mai 1889 in Berlin gegründet wurde. Mitbegründerin und Vorstandsmitglied war Minna Cauer (1841–1922), eine deutsche Pädagogin und Journalistin sowie Akteurin des so genannten „radikalen“ Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung.<sup>74</sup>

Ziel des Vereins war die Rat- und Auskunftserteilung, die kostenlose Stellenvermittlung, die freie ärztliche Behandlung und die Gewährung von Unterstützungen für Mitglieder. Zudem beriet ein Vereinsanwalt die weiblichen Angestellten in rechtlichen Fragen und gab Kurse für Angestellte in Rechtsanwaltsbüros. Nach dem Ersten Weltkrieg trat der Verband weiblicher Angestellter dem Deutschen Gewerkschaftsbund Adam Stegerwalds (1874–1945) bei und widmete sich fortan verstärkt gewerkschaftlichen Aufgaben wie Tarifpolitik und Rechtsauskunft. Adam Stegerwald war Zentrumspolitiker und Mitbegründer der christlichen Gewerkschaften in Deutschland sowie der CSU.<sup>75</sup> Sein Nach-

73 Vgl. Bestandsbeschreibung im Findbuch 06–066.

74 Zu Minna Cauer vgl. Gabriele Braun-Schwarzenstein: Minna Cauer. Dilemma einer bürgerlichen Radikalen, in: *Feministische Studien* 3 (1984), S. 99–116; Gerlinde Naumann: Minna Cauer. Eine Kämpferin für Frieden, Demokratie und Emanzipation. Berlin 1988.

75 Zu Adam Stegerwald vgl. Rudolf Morsey: Adam Stegerwald (1874–1945), in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*. Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts. Bd. 1. Hg. von Rudolf Morsey. Münster 1973, S. 206–219; Bernhard Forster: Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 41). Düsseldorf 2003. Vgl. auch:

lass wird ebenfalls im Archiv für Christlich-Demokratische Politik unter der Bestandssignatur 01-206 verwahrt.

Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) veranlasste 1934 die Löschung des Verbands Weiblicher Angestellter aus dem Vereinsregister und übernahm dessen gesamtes Vermögen, der Neubeginn erfolgte 1949 in Hannover und Berlin. Als einzige Frauengewerkschaft in der Bundesrepublik Deutschland nahm der Verband Weiblicher Angestellter die Durchsetzung seines sozialen Programms mit den beiden Schwerpunkten Tarif- und Rechtsschutzarbeit wieder auf. Seit 1959 gehörte er als Mitglied des Gesamtverbandes Deutscher Angestellten-Gewerkschaften GEDAG bis zu seiner Auflösung im Dezember 2001 dem Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) an.<sup>76</sup>

Im Jahr 1984 wurden die Unterlagen des Verbands der Weiblichen Angestellten in das ACDP übernommen, 1999 und nach Auflösung des Verbands 2003 erfolgten mehrere Nachlieferungen. Formiert wurde der Bestand unter der Signatur 06–031. Zunächst erhielt das Archiv für Christlich-Demokratische Politik Materialien des Verbands in Berlin und der Hauptverwaltung in Hannover, darüber hinaus erfolgten Abgaben von Materialsammlungen durch einzelne Verbandsmitglieder. Der Bestand hat insgesamt einen Umfang von ca. 40 laufenden Metern und enthält zahlreiche Korrespondenzen und Protokolle des Präsidiums. Zudem dokumentieren Handakten der Vorsitzenden und Mitgliederkarteien die Arbeit des Verbands von 1912 bis 1933 und von 1945 bis 2003. Inhaltliche Schwerpunkte bilden die berufliche Bildung und Fortbildung von Frauen, der Abschluss von Tarifverträgen für einzelne Berufsgruppen, die Regelung der Arbeitszeit, Kündigungsschutz und die Interessensvertretung des Verbands bei den Sozialwahlen.<sup>77</sup>

In den Akten lassen sich auch Unterlagen zur Berliner CDU-Gründerin Katharina Müller finden, die bereits 1933 im Verband aktiv war.<sup>78</sup> Zudem sind umfangreiche Konvolute von Margot Kalinke (1909–1981) im Bestand des Verbands zu finden. Zunächst Mitglied in der Deutschen Partei, wechselte Kalinke 1960 zur CDU. Von 1969 bis 1971 war sie Landesvorsitzende der Frauenvereinigung der CDU in Niedersachsen. Kalinke gehörte 1946 zu den Mitbegründerinnen des Verbands Weiblicher Angestellter, von 1949 bis zu ihrem Tode war sie Verbandsvorsitzende. Über ihre Tätigkeit für den Verband Weiblicher Angestellter hinaus befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik auch der persönliche Nachlass von Margot Kalinke unter der Bestandssignatur 01-026.

---

Claudius Kiene: Biogramm Adam Stegerwald, online unter: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/adam-stegerwald-v1> (Abruf: 27. September 2021).

76 Vgl. Bestandsbeschreibung im Findbuch des Landesarchivs Berlin; B Rep. 237–16.

77 Vgl. Bestandsbeschreibung im Findbuch 06–031.

78 Vgl. Keller-Kühne/Klein: 50 Jahre Frauen-Union, S. 43.

Auch in ihrer Zeit als Abgeordnete im Deutschen Bundestag war die soziale Absicherung berufstätiger Frauen einer ihrer Arbeitsschwerpunkte.<sup>79</sup>

### *Audiovisuelles Sammlungsgut*

„Spuren“ von Frauen finden sich auch im audiovisuellen Sammlungsgut des Archivs für Christlich-Demokratische Politik.

Im *Bildarchiv* finden Benutzer und Benutzerinnen eine alphabetisch abgelegte Portraitsammlung von Ministerinnen, Abgeordneten des Deutschen Bundestags, der Länderparlamente und des Europäischen Parlaments sowie Porträts der Vorsitzenden der Frauen-Union auf Bundes- und Landesebene und von Mitgründerinnen der CDU. Es verfügt außerdem über eine fotografische Dokumentation zur Geschichte der Frauen-Union, die bis in deren Anfangsjahre zurückreicht. Es ist anzunehmen, dass mit der Übernahme der Akten aus der CDU-Bundesgeschäftsstelle im Jahr 1982 auch der Bildbestand der Frauen-Union übernommen wurde und so in das Archiv für Christlich-Demokratische Union gelangt ist.

Hier finden sich Fotografien zu wichtigen Meilensteinen der CDU-Frauen-geschichte: Dazu gehört sicherlich das bekannte Gruppenbild des Zentrums-vorstands von 1924<sup>80</sup>, dem die Reichstagsabgeordnete Hedwig Dransfeld<sup>81</sup> (1871–1925) und die badische Landtagsabgeordnete Klara Philipp<sup>82</sup> (1877–1949) angehörten. Fotografisch dokumentiert ist die Sitzung des Frauenausschusses der CDU in Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone von 1946 in der Reichsgeschäftsstelle<sup>83</sup> sowie die konstituierende Sitzung des Bundesfrauen-ausschusses auf dem Bundesparteitag 1951 in Karlsruhe<sup>84</sup>. Die von der CDU ab dem Jahr 1964 abgehaltenen Frauenkongresse sind ebenfalls fotografisch festgehalten worden. Ebenfalls dokumentiert wurden die Wahlen zum Bundesvorstand auf den Bundesdelegiertentagen. Fotografisch festgehalten wurde ebenfalls die Gründung der gesamtdeutschen Frauen-Union 1990 sowie die Generalver-sammlungen der Europäischen Frauen-Union.

---

79 Zu Margot Kalinke vgl. Dorothea Oelze: Margot Kalinke und der Wechsel von neun Bundestagsabgeordneten der Deutschen Partei (DP) zur CDU 1960, in: HPM 18 (2010), S. 87–117.

80 Vgl. Keller-Kühne/Klein: 50 Jahre Frauen-Union, S. 29.

81 Zu Hedwig Dransfeld vgl. Marianne Pünder: Hedwig Dransfeld, in: Westfälische Lebensbilder (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen 17A). Hg. von Aloys Böhmer. Münster 1979; Walter Ferber: Hedwig Dransfeld, in: Zeitgeschichte in Lebens-bilden. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 1, S. 129–136.

82 Zu Klara Philipp vgl. Ina Hochreuther: Frauen im Parlament – Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919. Im Auftrag des Landtags herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung. Stuttgart 1992.

83 Vgl. Keller-Kühne/Klein: 50 Jahre Frauen-Union, S. 46.

84 Vgl. Ebd., S. 129.

Im *Filmarchiv* findet sich Material zu verschiedenen Veranstaltungen der Frauen-Union unter anderem zu Bundespartei- und Delegiertentagen sowie Festveranstaltungen. Wichtig sind hier auch die Wahlwerbespots zu Bundestags- und Landtagswahlen, in denen frauenpolitische Themen angesprochen werden oder Frauen als politische Mandats- und Funktionsträgerinnen vorkommen. Als Beispiel genannt werden kann hier ein Wahlwerbespot der Bundestagswahlen von 1987, in dem sich Rita Süßmuth zur Familienpolitik und zur gesellschaftspolitischen Stellung der Frau äußert<sup>85</sup> sowie ein Wahlwerbespot zu den Landtagswahlen in NRW 1975, in dem Helga Wex zur Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und zur Gleichstellung von Frauen spricht<sup>86</sup>.

Im *Tonarchiv* finden sich Audiomitschnitte von verschiedenen Frauenkongressen, Bundesdelegiertentagen und Jubiläumsveranstaltungen der Frauen-Union, etwa die Aufnahmen von der Feier zum 40-jährigen Gründungsjubiläum der Frauen-Union in Bad Godesberg am 14. Januar 1989<sup>87</sup>, auf denen unter anderem Aenne Brauksiepe zu hören ist. Interessant sind aber auch die Tonbandaufnahmen der verschiedenen Kongresse, die die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. zu frauenpolitischen Themen veranstaltet hat. Exemplarisch genannt werden können hier der vom 4.–5. Februar 1993 in Berlin veranstaltete Fachkongress zur „Lebenssituation der Frauen im Osten und Westen der BRD“<sup>88</sup> der Hauptabteilung Analyse und Beratung und das Symposium „Mut zur Verantwortung – Frauen gestalten die Politik der CDU“<sup>89</sup> vom 11. November 2013 in Bonn von der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik.<sup>90</sup>

Bei nahezu allen Wahlkämpfen der Union spielte die Mobilisierung der Frauen eine wichtige Rolle, dementsprechend finden sich in der *Plakatsammlung* des Archivs für Christlich-Demokratische Politik zahlreiche Wahlplakate, auf denen Frauen abgebildet sind. Sie illustrieren die Kontinuität und den Wandel von Frauenbildern im Laufe der Jahrzehnte und geben Aufschluss darüber, welche geschlechtsspezifischen Wahlkampfthemen aufgegriffen wurden. Diese Plakate und Flugblätter sind als Leihgaben für Ausstellungen sehr gefragt. Nach einer grundlegenden wissenschaftlichen Studie, die sich mit der Veränderung der Darstellung von Frauen in der politischen Werbung der Union auseinandersetzt, sucht man jedoch bisher vergebens.

---

85 Vgl. ACDP, Film- und Tonarchiv, 1950.

86 Vgl. ACDP, Film- und Tonarchiv, 0333.

87 Vgl. ACDP, Film- und Tonarchiv, 3704.

88 Vgl. ACDP, Film- und Tonarchiv, 0275.

89 Vgl. Beate Neuss/Hildigund Neubert (Hg.): *Mut zur Verantwortung. Frauen gestalten die Politik der CDU*. Köln/Weimar/Wien 2013.

90 Vgl. ACDP, Film- und Tonarchiv, 0354.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit lebten bedeutend mehr Frauen als Männer in Deutschland, und so war es nur natürlich, dass Frauen einen großen Teil der Last des Wiederaufbaus in den Nachkriegsjahren mittrugen. Selbstverständlich war es deshalb auch, dass sich die Appelle der Parteien besonders auch an die Mehrheit der Wähler, nämlich die Frauen richteten. Als Beispiel lässt sich hier ein Wahlplakat aus der Nachkriegszeit mit dem Slogan „Wähle Du CDU – Frauen, Eure Stimme zählt doppelt“<sup>91</sup>, aufführen. In den Anfangsjahren der Bundesrepublik war die wirtschaftliche Konsolidierung ein zugkräftiges Thema in der Wahlwerbung der Unionsparteien.<sup>92</sup> Erinnert werden kann hier an die Wahlwerbung von 1957, die ganz im Zeichen des Wirtschaftswunders stand: Das Wahlplakat „Endlich wieder kaufen können – wählt CDU“<sup>93</sup> richtete sich an die Hausfrau, der aufgrund höherer Löhne nicht nur eine bessere Ernährung der Familie, sondern auch der Erwerb von Gütern des gehobenen Bedarfs möglich war. Den Wohlstand in Frieden und Freiheit zu bewahren, versprach die Union den Frauen 1961 und 1965. „Keine Experimente“<sup>94</sup>, „Stabilität“ und „Sicherheit“<sup>95</sup> waren die Slogans, die in den 1950er und 1960er Jahren vor allem Hausfrauen, die einen hohen Anteil der bisherigen weiblichen Nichtwähler darstellten, ansprechen sollten.<sup>96</sup> Die Gewinnung vor allem jüngerer Frauen für die Union war seit 1969 bei allen Bundestagswahlen ein Problem und konnte auch durch das neue Programm der gleichwertigen Partnerschaft von Mann und Frau nicht gelöst werden.<sup>97</sup> Erinnert sei in diesem Kontext an das Wahlplakat zur Bundestagswahl 1976 mit dem frech-kecken Slogan „Komm aus Deiner linken Ecke“<sup>98</sup>, das eine attraktive und kampflustige junge Frau mit Boxhandschuhen zeigt. Das neue Selbstbewusstsein der Frauen in den 1990er Jahren demonstriert schließlich ein Wahlplakat der Frauen-Union mit dem Slogan „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“.<sup>99</sup>

In den Beständen des Archivs für Christlich-Demokratische Politik tauchen Frauen aber auch als Wahlkämpferinnen auf. Schwerpunktmäßig sind hier vor allem personenbezogene Flugblätter und Plakate von Kandidatinnen für verschiedene parlamentarische Gremien ab 1945 zu finden. Erinnert sei auch an Flugblätter, die Veranstaltungen mit Christlichen Demokratinnen zu bestimmten politischen Themen ankündigten. Als Beispiele aus der Gründungsphase der CDU können hier Veranstaltungsankündigungen von Elisabeth Pitz-Savels-

91 Vgl. ACDP, Palaktsammlung, 10–020.

92 Vgl. Keller-Kühne/Klein: 50 Jahre Frauen-Union, S. 84.

93 Vgl. ACDP, Plakatsammlung, 10–017: 202.

94 Vgl. ACDP, Plakatsammlung, 10–031: 50205.

95 Vgl. ACDP, Plakatsammlung, 10–019:81.

96 Vgl. Keller-Kühne/Klein: 50 Jahre Frauen-Union, S. 84.

97 Vgl. Ebd., S. 85.

98 Vgl. ACDP, Plakatsammlung, 10–009: 68.

99 Vgl. ACDP, Plakatsammlung, 10–031: 10000.

berg zum Marshall-Plan 1948 in Mühlheim<sup>100</sup> und Christine Teusch zum christlichen Gestaltungswillen im öffentlichen Leben 1947 in Düsseldorf-Benrath<sup>101</sup> angeführt werden.

Daneben finden sich speziell an Frauen gerichtete Wahlaufrufe der CDU. Besonders wertvoll sind Flugblätter zu den Wahlen der verfassungsgebenden Nationalversammlung 1919, den Wahlen zum Reichstag und den Landtagen bis 1933, die sich in dem vorhandenen Sammlungsbestand zum Zentrum unter der Signatur 06-051 befinden. Die Wahlaufrufe dokumentieren, dass Wählen nicht nur als staatsbürgerliche Pflicht galt, sondern auch als moralische Verantwortung gegenüber der heranwachsenden Generation. Erinnerung sei an das Flugblatt „SOS an die Frau!“<sup>102</sup> zur Reichstagswahl 1932 oder an den Wahlaufruf „An alle Frauen!“<sup>103</sup> des Zentrums von 1930.

Nicht zu vergessen ist das *Pressearchiv*, in dem nach relevanten Zeitungsartikeln zum Leben und Wirken Christlicher Demokratinnen in Deutschland und Europa recherchiert werden kann.

Bei der Suche nach „Spuren“ Christlicher Demokratinnen in den Beständen des Archivs für Christlich-Demokratische Politik kommt eine beeindruckende Bandbreite von Quellenmaterial ans Tageslicht. Diese Archivalien können durch vielfältige Auswertungsmöglichkeiten, von der Analyse einzelner Organisations- und Sammlungsbestände bis zur Verknüpfung mehrerer Nachlässe oder Teile daraus, unter bestimmten frauen- und geschlechterspezifischen Fragestellungen für die Forschung nutzbar gemacht werden. Besonders unterstützenswert wären eigenständige Biographien zu bekannten Frauen der CDU wie beispielsweise Aenne Brauksiepe oder Helga Wex, aber auch eine historische Darstellung zum Frauenquorum, die die Diskussion um die Frauenquote in der Partei miteinschließt. Außerdem förderungswürdig wären Arbeiten, die das politische Engagement Christlicher Demokratinnen für die Gleichberechtigung der Geschlechter auf europäischer und globaler Ebene darstellen und verstärkt auf Aspekte der internationalen und überfraktionellen Parteienkooperation eingehen.

---

100 Vgl. Keller-Kühne/Klein: 50 Jahre Frauen-Union, S. 55.

101 Vgl. Ebd., S. 59.

102 Vgl. ebd., S. 26.

103 Ebd., S. 27.



# VERANSTALTUNGSBEITRÄGE

## **Zur bleibenden Bedeutung des jüdischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus\***

**Josef Schuster**

Seit dem vergangenen Jahr bin ich in einem Ausmaß mit dem Thema Widerstand gegen den Nationalsozialismus konfrontiert, wie es lange Zeit nicht der Fall war. Und zwar im Guten wie im Schlechten. Lassen Sie mich zunächst auf das Gute eingehen.

Der 100. Geburtstag von Sophie Scholl am 9. Mai dieses Jahres sowie meine Rede beim Bundeswehr-Gelöbnis am 20. Juli im Bendler-Block und jetzt hier bei der Konrad-Adenauer-Stiftung haben dazu geführt, dass ich mich wieder stärker mit dem Thema beschäftigt habe. Gedanken, die mir zum Widerstand wichtig sind, konnte und kann ich heute in die Öffentlichkeit tragen. Der runde Geburtstag von Sophie Scholl, an dem an sie und ihre Mitstreiter der Weißen Rose erinnert wurde, hat zudem eine Reihe von Aktionen sowie eine Debatte über den Umgang mit den Widerstandskämpfern der Nazi-Zeit ausgelöst. Nach wie vor üben die Widerstandskämpfer eine Faszination aus. Nach wie vor gibt es eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

Wirklich abstoßend hingegen – und jetzt komme ich zum Schlechten – finde ich die Instrumentalisierung des Themas auf Demonstrationen von Corona-Leugnern und sogenannten Querdenkern, wie wir es seit mehr als einem Jahr erleben. Menschen, die gegen den Lockdown und die Impfungen protestieren wollen, stellen sich in eine Reihe mit verfolgten Juden wie Anne Frank und setzen sich mit Widerstandskämpfern wie Sophie Scholl gleich, weil sie sich so mutig finden, gegen die angebliche „Corona-Diktatur“ aufzustehen. Das Selbstbild, was diese Menschen haben, ist ebenso degoutant wie lächerlich. Ich muss es so hart ausdrücken.

Die Widerstandskämpfer der NS-Zeit sind seit 1945 immer wieder politisch instrumentalisiert worden. Das ist nicht neu. Darauf komme ich gleich noch.

---

\* Vortrag des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, beim Forum 20. Juli 1944 der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Stiftung 20. Juli 1944 unter dem Titel „Ich suchte nach einem Ausweg, [...] weiterhin in Deutschland als Mensch zu leben“ – Was der jüdische Widerstand gegen den Nationalsozialismus für uns bedeutet“ am 31. August 2021 in Berlin.

Angesichts der in jüngster Zeit vermehrt auftretenden antisemitischen Tendenzen und Straftaten in Deutschland halten es die Herausgeber der Historisch-Politischen Mitteilungen für angebracht, diese bemerkenswerte Rede im Wortlaut zu dokumentieren.

Doch eine solche Vereinnahmung der Widerstandskämpfer durch Menschen, die die Demokratie ablehnen oder mindestens Abneigung gegen unser politisches System schüren, habe ich bisher nicht erlebt.

Mit mangelndem historischen Wissen möchte ich das nicht entschuldigen. Gerade von rechtsextremen Kräften werden diese Narrative und Verschwörungsmithen ganz bewusst genutzt, um sich selbst als Opfer darzustellen, die Regelverstöße zu legitimieren und den Nationalsozialismus zu verharmlosen. Und derzeit haben Rechtsextremisten leider allzu leichtes Spiel, um ihre kruden Ideen in Kreise der Gesellschaft einzuschleusen, die sie vorher nicht erreicht hatten. Diese Vereinnahmung der Widerstandskämpfer und der Opfer der Schoa dürfen wir nicht zulassen!

Für die Bekämpfung der Extremisten und Querdenker können wir uns – so paradox das klingt – genau die Widerstandskämpfer zum Vorbild nehmen! Denn es gilt, Zivilcourage und Haltung zu zeigen, auch wenn es gerade unpopulär ist und man als Spielverderber gilt. Den Antisemitismus und die Demokratiefeindlichkeit der Corona-Leugner müssen wir auch dann anprangern, wenn wir uns damit in der eigenen Familie oder im Freundeskreis unbeliebt machen. Sich einzumischen, statt wegzuschauen – das, meine Damen und Herren, ist für mich das Erbe des Widerstands.

Ich möchte mich für die Gelegenheit, heute diesen Vortrag halten zu können, ganz ausdrücklich bedanken, bei der Konrad-Adenauer-Stiftung und bei der Stiftung 20. Juli 1944. Ich weiß es sehr zu schätzen, dass Sie sich gerade dem Thema Jüdischer Widerstand zuwenden. Der Jüdische Widerstand, der in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg von der Forschung fast ignoriert wurde, hat zwar dieses Nischen-Dasein verloren. Doch noch immer gibt es viele Menschen, die darüber fast nichts wissen.

Bevor ich ein paar Schlaglichter auf jüdische Widerstandsgruppen werfe, möchte ich kurz etwas zur erwähnten politischen Instrumentalisierung des Widerstands sagen.

Auf beiden Seiten – in der alten Bundesrepublik und in der DDR – wurde der Widerstand gegen den Nationalsozialismus jeweils durch eine politische Brille betrachtet und entsprechend interpretiert. Die Attentäter des 20. Juli 1944 wurden von nicht wenigen Deutschen auch noch nach dem Krieg als Verräter betrachtet. Hier fruchtete die Goebbels'sche Propaganda weiterhin. Es ist erschütternd und beschämend, dass viele Angehörige jahrelang auf Renten und Entschädigungszahlungen warten mussten.

Ende der 1960er Jahre begann dann zwar in West-Deutschland durch die Auschwitz-Prozesse und die Studentenbewegung eine stärkere Auseinandersetzung mit der NS-Zeit, doch jetzt waren die Widerstandskämpfer des 20. Juli politisch nicht mehr genehm. Sie wurden als Demokratiefeinde und Imperialisten abgestempelt. Und so wie in der Bundesrepublik der kommunistische Widerstand lange klein geredet wurde, war es in der DDR umgekehrt mit dem

Widerstand der meist adligen Offiziere. Sie wurden in der DDR erst sehr spät gewürdigt.

Der jüdische Widerstand war in der westdeutschen Forschung lange überhaupt kein Thema. In der DDR wiederum wurde er quasi komplett unter den kommunistischen Widerstand subsumiert. So geschah es etwa mit der Gruppe um den Berliner Juden Herbert Baum – von der ich den Vortrags-Titel entlehnt habe, wie ich Ihnen später noch erläutern werde.

In der Tat war Herbert Baum seit 1933 am illegalen Kampf der KPD gegen den NS-Staat beteiligt und verübte schließlich mit seiner Gruppe 1942 einen Brandanschlag auf eine sowjetfeindliche Ausstellung im Berliner Lustgarten. Doch fest steht, dass Herbert Baum vor allem junge Juden um sich scharte. Heute werden sie als eine der wichtigsten jüdischen Widerstandsgruppen im damaligen Deutschland betrachtet.

Auffallend ist rückblickend, dass sich die Debatten hierzulande auch sehr auf den Widerstand in Deutschland konzentrierten. Der Blick über den nationalen Tellerrand kam häufig etwas zu kurz. Wer jedoch über den jüdischen Widerstand sprechen will, wird diesem Thema nur gerecht, wenn sich der Blick weitet: In vielen europäischen Ländern, die von Deutschland besetzt wurden, gehörten Juden zu den Widerstandskämpfern, so in der französischen Résistance und bei Partisanen um Tito. Und natürlich gilt es den Widerstand in den Ghettos und Lagern zu würdigen. Hier müssen an erster Stelle der Warschauer Ghetto-Aufstand sowie die Aufstände in den Vernichtungslagern Treblinka und Sobibor genannt werden.

Ich bin kein Historiker, sondern Mediziner. Daher bilde ich mir nicht ein, hier eine vollständige historische Analyse bieten zu können. In einer halben Stunde wäre dies ohnehin nicht möglich. Ich möchte mich im Folgenden auf zwei Aspekte konzentrieren: 1. Auf die besondere Kennzeichnung des jüdischen Widerstands sowie 2. auf die Frage, was der Widerstand heute für uns bedeutet.

Zum ersten Aspekt: Was unterscheidet den jüdischen Widerstand von anderen Widerstandsgruppen und was waren die Ziele der jüdischen Widerstandskämpfer?

Allen Widerstandsgruppen, unabhängig ihrer Herkunft oder Konfession, war gemein, dass sie den Nationalsozialisten logistisch hoffnungslos unterlegen waren. Was Waffen anging, Ausrüstung, Infrastruktur, Geld und Personenzahl, hatten sie eigentlich keine Chance gegen die Nazis. Vor allem was die Zahl der Unterstützer anging, konnte das Regime im Gegensatz zu den Widerstandsgruppen auf Millionen von Menschen zählen. Das bedeutete auch, dass die Nationalsozialisten eine perfekte Überwachung und Bespitzelung aufbauen konnten.

Die Widerstandsgruppen mussten ständig mit Denunziationen rechnen – was auch sehr häufig der Grund für ihre Verhaftungen und letztlich den Tod der Mitglieder war. Diese Unterlegenheit gegenüber den Nazis war jedoch für

keine Widerstandsgruppe so eklatant wie für Juden. Sie durften ihre Berufe nicht mehr ausüben, so dass sie kaum Geld hatten. Juden durften nicht einmal eine Schreibmaschine besitzen. So hatte etwa die Gruppe Herbert Baum auch wenige nicht-jüdische Mitglieder, die auf ihren Arbeitsplätzen Flugblätter heimlich abtippfen. Juden wurden verfolgt, bespitzelt und denunziert wie keine andere Bevölkerungsgruppe.

Ich möchte damit nicht die Arbeit der anderen Widerstandsgruppen relativieren. Das läge mir völlig fern. Nein, sie alle riskierten ihr Leben. Ich halte es aber für wichtig, sich diese unterschiedlichen Ausgangsbedingungen vor Augen zu führen, wenn wir uns mit dem jüdischen Widerstand beschäftigen.

Vor allem gilt das, wenn wir auf den jüdischen Widerstand in Ghettos und Lagern blicken. Ich finde es aus heutiger Sicht vollkommen erstaunlich und – ehrlich gesagt – sensationell mutig, dass in dieser Situation die vollkommen entrechteten, erniedrigten und körperlich entkräfteten Menschen überhaupt die Rebellion wagten.

An dieser Stelle gilt es übrigens, die Frauen besonders zu würdigen. Gerade ist ein Buch einer kanadischen Autorin erschienen, in dem erstmals die Rolle der Frauen im jüdischen Widerstand beleuchtet wird.<sup>1</sup> Da sich jüdische Frauen häufig unauffälliger bewegen konnten als jüdische Männer, wurden sie sehr viel als Kuriere eingesetzt. Sie schmuggelten zum Beispiel Dynamit ins Warschauer Ghetto sowie Gewehre und Munition.

Frau Professorin Andrea Löw hat in einem Aufsatz zudem darauf hingewiesen, dass die Juden in den Ghettos völlig auf sich gestellt waren. Es war ja nicht so, dass die nicht-jüdische Bevölkerung in den besetzten Ländern ihre Unterstützer gewesen wären. Ich zitiere aus dem Aufsatz von Frau Löw: „Sie waren auf Hilfe von außen angewiesen, doch standen ihnen erhebliche Teile der jeweiligen lokalen Bevölkerung gleichgültig oder gar feindselig gegenüber.“<sup>2</sup>

Die unterschiedlichen Ausgangslagen der Widerständler führten auch dazu, dass sich die Ziele vieler jüdischer Widerstandskämpfer von den anderen etwas unterschieden. Ich möchte an dieser Stelle auf meinen Vortragstitel kommen – ein Zitat von Herbert Budziszlawski aus Berlin, der zum Umfeld von Herbert Baum gehörte. Er wurde 1942 von der Gestapo verhaftet und formulierte nach seiner Vernehmung eine Erklärung. Darin heißt es: „Ich hatte das Empfinden, daß mir als Jude im nationalsozialistischen Deutschland Unrecht geschieht. Ich

1 Judy Batalion: Sag nie, es gäbe nur den Tod für uns. Die vergessene Geschichte jüdischer Freiheitskämpferinnen. München 2021.

2 Andrea Löw: Widerstand und Selbstbehauptung von Juden im Nationalsozialismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 27/2014, Widerstand und Selbstbehauptung von Juden im Nationalsozialismus | APuZ (bpb.de) (Abruf: 1. Oktober 2021).

suchte nach einem Ausweg, der es mir ermöglichte, weiterhin in Deutschland als Mensch zu leben.“<sup>3</sup>

Darum ging es im Kern: Um die Wahrung der eigenen Würde. Darum, weiter Mensch zu bleiben. Das kennzeichnet auch die Aussagen der wenigen Überlebenden des Warschauer Ghetto-Aufstands. Es ging ihnen um die Selbstbehauptung und Gegenwehr gegen die Ideologie der Nazis, Juden das Mensch-Sein abzusprechen.

Pläne für einen Staatsstreich, wie bei den Attentätern des 20. Juli 1944, finden sich bei jüdischen Widerstandsgruppen nicht. Sie waren sich über ihre eingeschränkten Möglichkeiten im Klaren. Doch im Rahmen dieser wirklich minimalen Spielräume ging es neben dem Erhalt der Menschenwürde ganz existenziell um den Erhalt des Lebens. Die Rettung möglichst vieler Juden war bei vielen jüdischen Widerstandsgruppen erklärtes Ziel. Sie fälschten Papiere, schmuggelten Menschen aus Sammellagern oder Ghettos, versteckten Kinder, organisierten Fluchtrouten. Die Hoffnung, eines Tages in einem jüdischen Staat Israel leben zu können, war dabei für einige Widerstandskämpfer die entscheidende Motivation.

Stets begleitete sie bei ihrem Einsatz eine Sorge, die andere Widerstandsgruppen genauso hatten: durch ihre illegale Tätigkeit Familienangehörige oder andere unschuldige Menschen zu gefährden. Den Juden war klar: Werden sie erwischt, bedeutet das für ihre Familien den sicheren Tod – weil sie jüdisch waren. Nach dem Anschlag auf die antisowjetische Ausstellung in Berlin durch die Gruppe Herbert Baum nahmen die Nazis als Vergeltung 500 Berliner Juden fest. Davon erschossen sie 250, die anderen 250 wurden in Lager deportiert. Jeder jüdische Widerstandskämpfer musste mit der Gewissheit leben, dass er mit seinen Aktionen die Ermordung hunderter Juden auslösen könnte. Daher hatte es wohl auch in der Gruppe um Herbert Baum Diskussionen gegeben, ob der Brandanschlag auf die Ausstellung zu riskant sein könnte. Ähnliche Diskussionen – nämlich ob man viele Menschenleben gefährden dürfe – gab es im Warschauer Ghetto und in Lagern wie Treblinka und Sobibor.

Warum entschlossen sich Juden dennoch, gegen die übermächtigen Besatzer aufzustehen? Da kommen wir wieder zum Anfang zurück: Weil sie ihre Würde wahren wollten, indem sie für Gerechtigkeit und Menschlichkeit kämpften. In Israel gründeten Überlebende des Warschauer Ghetto-Aufstands 1949 den Kibbuz „Lohamei HaGeta’ot“ und errichteten dort ein Museum. In einem Zeitungsartikel über den Kibbuz fand ich die Aussage der Aufstands-Überlebenden Raya Kalisman. Sie sagte, sie wolle mit dem Museum gerade jungen Besuchern vermitteln, „dass Menschen selbst dann noch in der Lage sind, sich für Gerechtig-

3 Zit. nach: Regina Scheer: Im Schatten der Sterne. Eine jüdische Widerstandsgruppe. Berlin 2004.

keit einzusetzen und zwischen richtig und falsch zu unterscheiden, wenn ihnen die Umstände vermeintlich keine Wahl mehr gelassen haben“.<sup>4</sup>

Dass der Mensch immer eine Wahl hat, ist für mich eine der zentralen und bis heute gültigen Botschaften der Widerstandskämpfer!

Es gibt ein weiteres Motiv vieler jüdischer Widerstandsgruppen – das ist die Wahrung der Erinnerung. Die Nationalsozialisten hatten das Ziel, jegliche Spuren jüdischen Lebens auszulöschen. Auch diesem Ansinnen widersetzten sich Juden. Das berühmteste Beispiel ist das Ringelblum-Archiv im Warschauer Ghetto. Emanuel Ringelblum sammelte mit seinen Mitstreitern offizielle Dokumente wie Plakate oder Lebensmittelkarten sowie Tagebücher, Gedichte und Familienfotos. Kurz nach Beginn der Deportationen versteckten sie die Dokumente in Metallkästen im Keller eines Gebäudes im Ghetto sowie in zwei großen Milchkannen. Nur drei Mitglieder des geheimen Archivs überlebten die Schoa. Sie halfen, das Archiv nach dem Krieg wiederzufinden: 1946 wurde der erste Teil entdeckt, 1950 fanden sich die beiden Milchkannen.

Heute sind das unschätzbar wertvolle Quellen für die Rekonstruktion des Lebens und Sterbens im Warschauer Ghetto sowie für den Widerstand selbst. Alle Beteiligten hatten gewusst: Würde ihre Archiv-Sammlung entdeckt, würden sie sofort umgebracht.

Bisher wurden nur wenige einzelne jüdische Widerstandsgruppen und wenige Namen genannt. Die Menschen, die für ihren Mut fast alle mit ihrem Leben bezahlten, verdienten es, alle namentlich genannt zu werden. Ich bin froh, dass es inzwischen eine viel intensivere historische Forschung – auch freier von politischen Interpretationen – zu diesem Gebiet gibt. Vieles wurde erst möglich, als sich Archive in Osteuropa öffneten. Auch auf lokaler Ebene gibt es immer wieder Initiativen, die einzelne Schicksale erforschen und diese Menschen vor dem Vergessen retten.

Ich möchte damit zum zweiten Aspekt kommen, den ich etwas ausführlicher beleuchten möchte – die Frage, was der jüdische Widerstand heute für uns bedeutet.

Dabei sind mir zwei Gedanken wichtig: Welches Bild von Juden wird heute in den Schulen vermittelt? Und, als zweites, welche Lehren ziehen wir aus der Geschichte des Widerstands?

Zum ersten Punkt: Schon 1980, also vor rund 40 Jahren, hat der Historiker Wolfgang Wippermann vor einer „Opferpädagogik“ gewarnt. In einem Vortrag über die Gruppe Herbert Baum formulierte er es so: „Der weitverbreitete, aber dennoch falsche Eindruck, die Juden hätten sich wie Lämmer willen- und widerstandslos zur Schlachtbank führen lassen, erschwert die Identifikation der Schüler mit den Juden als einzelne, handelnde und sich zum Teil auch weh-

---

4 Oliver Vrankovic: Das Haus der Ghettokämpfer. Die Geschichte des Kibbuz Lahomei Ha-Geta'ot und das dort ansässige Widerstandsmuseum. Jungle World 2018.

rende Menschen. Damit möchte ich mich natürlich mit keinem Wort gegen eine ausführliche Behandlung des Holocaust im Unterricht wenden, ich bezweifle nur, ob die bisher betriebene ‚Opferpädagogik‘, wie ich es einmal sehr salopp ausdrücken möchte, in der Lage ist, nicht nur Kenntnisse über den Massenmord an den Juden zu vermitteln, sondern auch eine emotionale Betroffenheit zu erzeugen.“<sup>5</sup>

Wo stehen wir heute, 40 Jahre später? Ehrlich gesagt: Leider sind wir nicht viel weiter. Noch immer werden Juden im Schulunterricht vor allem als Opfer präsentiert: als Opfer von Pogromen im Mittelalter und als Opfer der Schoa. Es dürfte kein Zufall sein, dass viele junge Menschen als Schimpfwörter „Du Opfer“ und „Du Jude“ synonym verwenden. Obwohl vertiefte Kenntnisse über den Holocaust häufig gar nicht vorhanden sind, hat sich die Opferrolle von Juden verfestigt.

Welchen Beitrag hingegen Juden zum deutschen Geistesleben geleistet haben, die jüdische Religion – all das kommt im Unterricht noch immer zu kurz. Und ebenso das Thema jüdischer Widerstand. Die Geschichte des Nationalsozialismus und der Schoa sind nicht vollständig, wenn nicht das Thema Widerstand und eben auch jüdischer Widerstand behandelt wird.

Um diese immer noch verbreitete „Opferpädagogik“ zurückzudrängen, arbeitet der Zentralrat der Juden seit mehreren Jahren mit der Kultusministerkonferenz und mit Schulbuch-Verlagen zusammen. Wir haben 2016 mit der KMK eine gemeinsame Erklärung verabschiedet mit dem Ziel, dass das Judentum in seiner ganzen Breite in der Schule vermittelt wird. Nur dann können junge Menschen der Dimension dieses Völkermords gewahr werden. Nur wenn eine Wertschätzung entsteht, können junge Menschen die Willkür der Nazis sowie den Verlust nachempfinden, der durch die Ermordung der europäischen Juden entstanden ist.

Entsprechend sollten auch Lehrkräfte aus- und fortgebildet werden. Bisher wird an unseren Universitäten nicht einmal in jedem Semester eine Lehrveranstaltung zum Holocaust angeboten. Der Zentralrat der Juden ist überzeugt, dass der Besuch eines Seminars zum Nationalsozialismus in der Lehrerbildung verpflichtend sein sollte. Daneben haben wir 2019/2020 mit dem Verband Bildungsmedien Workshops für Schulbuch-Redakteure durchgeführt. Erfreulicherweise haben sich alle großen Schulbuchverlage beteiligt. In den Workshops haben wir auf missglückte oder zumindest zweifelhafte Darstellungen des Judentums aufmerksam gemacht und erklärt, warum wir diese Texte oder Illustrationen kritisch sehen. Inzwischen arbeiten wir kontinuierlich mit den Verlagen zusammen.

---

5 Wolfgang Wippermann: Die Berliner Gruppe Baum und der jüdische Widerstand. Informationszentrum Berlin Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße. Beiträge zum Thema Widerstand. Berlin 2001, das Zitat S. 3.

Das Bild, das von Juden in den Schulen vermittelt wird, ist für unser heutiges Zusammenleben extrem wichtig. Ein respektvoller Umgang auf Augenhöhe entsteht nicht einfach von selbst. Zugleich gilt: Kein Mensch wird als Antisemit geboren. Dass sich dennoch uralte antijüdische Stereotype halten, liegt daran, dass sie – ob bewusst oder unbewusst – über Generationen weitergegeben werden. Heutzutage spielen die sogenannten sozialen Medien dabei eine ungute Rolle. Jugendliche werden in den Netzwerken mit antisemitischen Stickern, Memes und Videos konfrontiert. Darüber müssen wir sie aufklären und dagegen wappnen. Sonst übernehmen sie diese Inhalte, ohne das zu hinterfragen. Rechts-extremisten nutzen ganz gezielt die sozialen Medien als Einfallstore und speisen dort ihren Hass ein. Um junge Menschen gegen diese rechten Rattenfänger zu immunisieren, müssen wir ihnen ein stabiles ethisches Gerüst mitgeben.

Und damit komme ich zum zweiten Aspekt der Bedeutung des Widerstands für uns heute. Welche Lehren ziehen wir aus der Geschichte? Wo ist eine Verbindung der damaligen Widerstandskämpfer zu uns heute?

Ich bin gegeneine Heldenverehrung der Widerstandskämpfer. Denn je mehr wir sie auf einen Sockel stellen, desto unerreichbarer werden sie für uns Normalsterbliche. Auch diese Menschen waren nicht perfekt. Perfekte Superhelden gibt es nur im Comic oder im Film. Es ist auch legitim, ihre Weltanschauung oder einige ihrer Handlungen kritisch zusehen. Doch wir müssen sie in den historischen Kontext einordnen und danach beurteilen. Sie alle verdienen unseren Respekt. Im Gegensatz zu den allermeisten Menschen damals waren sie nicht bereit, weiter mitzumachen oder stillschweigend wegzusehen. Dem jüdischen Widerstand ging es darum, sich und andere der Verfolgung nicht ohne Gegenwehr preiszugeben.

Die Situation, in der wir heute in Deutschland leben, lässt sich in keiner Weise mit der Nazi- Zeit vergleichen. Wie abstoßend ich das Verhalten einiger Corona-Demonstranten finde, habe ich ja bereits erwähnt. Doch wir müssen unseren Blick gar nicht weit schweifen lassen, um zu sehen, was echter politischer Widerstand noch immer bedeutet: wenn wir die Nachrichten aus Belarus verfolgen zum Beispiel. Öffentlich geäußerte Kritik an mutmaßlich gefälschten Wahlergebnissen oder an verbreiteter Korruption führen in der belarussischen Diktatur zu Verhaftungen und Folter. Auch in Hongkong gab es jüngst eine Festnahmewelle gegen die Opposition. In Deutschland kann politischer Protest ebenfalls gefährlich werden, allerdings nicht – und das ist der entscheidende Unterschied – durch staatliche Repressalien.

Doch wenn sich der Protest gegen Rechtsextremisten wendet, sind Menschen durch die Extremisten selbst akut gefährdet. Das eindrucklichste und erschütterndste Beispiel ist der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Was hatte den Mord ausgelöst? Walter Lübcke hatte in einer Bürger-Versammlung über die Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft informiert. Er wurde ausgebuht und beschimpft. Daraufhin sagte er diesen Satz: „Und wer

diese Werte nicht vertritt, der kann jederzeit dieses Land verlassen, wenn er nicht einverstanden ist.“

Diese Worte, die ich auf ganzer Linie teile, kursierten in rechtsextremen Netzwerken. Walter Lübcke wurde dort zum erklärten Feind. Für sein Eintreten für unsere demokratischen Werte bezahlte er mit dem Leben. Ich traue mich, diese Worte zu wiederholen und diese Ansicht zu teilen, weil ich Personenschutz habe. Hätte ich das nicht – ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich den Mut aufbringen würde.

Großen Respekt bringe ich allen Menschen entgegen, die gegen Rechts-extremisten aktiv werden. Der Zentralrat der Juden zeichnet bewusst regelmäßig solche Menschen mit dem Paul-Spiegel-Preis für Zivilcourage aus. Darunter sind zum Beispiel der evangelische Pfarrer Wilfried Manneke, der in Niedersachsen schon schlimme Anfeindungen erleben musste wegen seines Engagements. Oder die Journalistin und Rechtsextremismus-Expertin Andrea Röpke, die alles dafür tut, damit ihre Privatanschrift nicht bekannt wird, um ihre Familie zu schützen. 2020 haben wir der Gruppe „Omas gegen Rechts“ den Preis verliehen, was wir wegen Corona leider noch nicht mit einem würdigen Festakt verbinden konnten.

Diese Menschen handeln im Sinne der Widerstandskämpfer. Sie nehmen Missstände nicht einfach hin. Sie schauen nicht weg. Sie schweigen nicht. Sie zeigen Zivilcourage. Dem früheren Zentralratspräsidenten Paul Spiegel seligen Angedenkens war das besonders wichtig. Daher ist auch der Preis nach ihm benannt.

Diese Zivilcourage habe ich beim Gelöbnis am 20. Juli im Bendler-Block auch von den Soldaten eingefordert. Denn man muss sich die Symbolik vor Augen halten: Die Bundeswehr-Soldaten werden im Gedenken an Soldaten vereidigt, die ihren Eid damals gebrochen haben. Die erste Lektion ist im Grunde: Blinder und absoluter Gehorsam sind falsch. Diese bewusst gewählte Symbolik halte ich auch so viele Jahrzehnte nach dem Krieg für besonders wichtig.

Denn die Aufarbeitung des Nationalsozialismus muss jede Generation neu leisten. Eine Haltung zu entwickeln; gegen den Mainstream in einer Gruppe demokratische Werte zu verteidigen – das muss vermittelt werden. Bei der Bundeswehr liegt hier manches im Argen, wie die jüngsten Vorfälle aus dem KSK oder unter deutschen Soldaten in der Nato-Mission in Litauen gezeigt haben. Solche Dinge werden unter den Soldaten widerspruchslos hingenommen, wenn Geschichtsbewusstsein fehlt, viel mehr aber noch, wenn Zivilcourage fehlt.

Wir müssen uns aber auch die Frage stellen, wie ehrlich und selbstkritisch die Deutschen mit ihrer braunen Vergangenheit eigentlich umgehen. Was mir positiv auffällt: In den vergangenen zehn Jahren haben einige Unternehmen und medizinische Fachgesellschaften ihre NS-Vergangenheit aufarbeiten lassen. Das fiel leichter, weil die Generation der damaligen Täter und Verantwortlichen endgültig keine Ämter mehr innehat.

Was jedoch generell das Wissen über den Nationalsozialismus und die Schoa angeht – da bin ich manchmal erschüttert. Erschüttert über die Lücken, über die Defizite. Weder sind in der Breite der Bevölkerung die Fakten bekannt, noch kennen die Jüngeren die Verstrickung ihrer Großeltern und Urgroßeltern in die NS-Verbrechen. Wenn hier nicht bald mehr Sensibilität erzeugt wird, dann darf sich Deutschland schon in naher Zukunft nichts mehr einbilden auf seine vorbildliche Aufarbeitung der Nazi-Zeit. Der Politologe Samuel Salzborn, seit verganginem Jahr Antisemitismusbeauftragter des Landes Berlin, hat dies einmal drastisch so ausgedrückt: „Es ist nicht weniger als die größte Lebenslüge der Bundesrepublik: der Glaube an eine tatsächliche Aufarbeitung der Vergangenheit.“<sup>6</sup>

Ich teile diese negative Ansicht nicht zu 100 Prozent, doch bin fest überzeugt: Wir haben weder Anlass, uns zurückzulehnen, noch uns auf die Schulter zu klopfen. Es gilt vielmehr, die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der Migrationsgesellschaft und unter den Bedingungen der beschleunigten Kommunikation weiterzuführen.

Vor allem aber gilt es, den jungen Menschen zu vermitteln, warum sie sich glücklich schätzen können, in einem freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat zu leben. Und warum es sich lohnt, für diese demokratischen Rechte und für Toleranz zu kämpfen. Ich denke, gerade am Beispiel der jüdischen Widerstandskämpfer können sie das sehr gut lernen. Denn hier kann man sowohl viel über die Verfolgung der Juden und die Schoa lernen als auch über die Frage, wie sich einzelnen Menschen damals gegen das NS-Regime aufgelehnt haben. Also: Wohin es im Extremfall führen kann, wenn eine gesellschaftliche Minderheit ausgegrenzt wird und welches moralische Rückgrat Menschen trotz Lebensgefahr bewiesen haben.

Ich bin vor kurzem vom Regierungspräsidium Kassel anlässlich des zweiten Todestages von Walter Lübcke gebeten worden, an einer Kampagne teilzunehmen. Sie steht unter dem Hashtag #Haltung zeigen. Ich wurde fotografiert mit einem entsprechenden Plakat in der Hand und habe ein paar Sätze zum Thema formuliert. Das alles ist online zusehen. Ich muss ehrlich zugeben: Es ist sehr leicht, an einer solchen Kampagne teilzunehmen. Das erfordert ein wenig Zeit, sonst nichts. Viel schwerer ist es, in der Bahn einzuschreiten, wenn jemand antisemitisch oder rassistisch beleidigt wird. Oder auf einer Party über den schwulenfeindlichen Witz nicht mitzulachen, sondern ihn zu kritisieren. Und selbst das erfordert nur etwas Zivilcourage im Alltag. Wir werden dafür nicht belangt. Wir machen uns nicht strafbar. Erst recht riskiert dafür niemand sein Leben. Doch genau hier müssen wir anfangen. Denn wir haben immer eine Wahl.

---

6 Samuel Salzborn: Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern. Leipzig 2020.

# 30 JAHRE ERSTE FREIE VOLKSKAMMERWAHL

## DIE CDU/DA-FRAKTION UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DEN DEUTSCHEN EINIGUNGSPROZESS

### **Begrüßung\***

**Norbert Lammert**

Meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie ganz herzlich zu einer Veranstaltung, die eigentlich im März 2020 zum dreißigsten Jubiläum der Volkskammerwahl geplant war und die aufgrund der hartnäckigen Bedingungen einer andauernden Pandemie mehrfach verschoben werden musste.

Der 18. März 1990 steht in einer schönen Tradition von Demokratiedaten unserer nicht ganz einfachen deutschen Geschichte, schon gar was den langen Weg zur Demokratie wie zur Einheit betrifft. Am 18. März 1793 wurde die Mainzer Republik ausgerufen unter dem Eindruck der Ereignisse der Französischen Revolution. Am 18. März 1848 fanden die Barrikadenkämpfe in Berlin statt, als eines der großen, aber damals eben auch nicht erfolgreichen Signale demokratischen Aufbruchs; und am 18. März 1990 haben zum ersten Mal in freien Wahlen die Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik selber darüber befinden können, wie sie sich ihre eigene Zukunft vorstellen.

Es war die erste und einzige frei gewählte Volkskammer, die die denkwürdige Entscheidung getroffen hat, dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beizutreten, damit einen existierenden Staat aufzulösen und die staatliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen – ein historisch beispielloser Vorgang, der die Bindungskraft unserer Verfassung eindrucksvoll bestätigt. Die Art der Überwindung des autoritären Staatssystems der DDR war ebenso beispiellos wie beispielhaft, einen vergleichbaren Vorgang kenne ich in der europäischen Geschichte nicht. Und es hätte ihn gar nicht geben können, wenn es die Volkskammer nicht gegeben hätte; deswegen muss man solche Ereignisse wie runde Jubiläen nutzen, um immer wieder ins Bewusstsein zu heben, was damals unter besonderen Umständen möglich geworden ist. Ohne den besonderen Einsatz der Frauen und Männer, die damals in diese erste und einzige demokratisch legiti-

---

\* Begrüßung anlässlich der digitalen Tagung „30 Jahre erste freie Volkskammerwahl – Die CDU/DA-Fraktion und ihre Bedeutung für den deutschen Einigungsprozess“ der Konrad-Adenauer-Stiftung am 16. Juni 2021. Die ursprünglich für März 2020 geplante Veranstaltung musste wegen der Corona-Pandemie verschoben werden.

mierte Volkskammer gewählt worden sind, hätte dieser einzigartige Vorgang so nicht stattfinden können. Ich habe nachgelesen, dass der zehnten Volkskammer der DDR nur drei Prozent der Mitglieder der früheren Volkskammer angehört haben. Noch deutlicher lässt sich der Veränderungsprozess, sozusagen vom Beginn der Wahlen an, gar nicht dokumentieren. Im Übrigen hat diese Volkskammer ihre Legitimation nicht nur aus einer Wahl bezogen, die zum ersten Mal frei und fair und geheim war, sondern durch die größte Wahlbeteiligung, die es in der deutschen Geschichte davor und danach jemals gegeben hat.

Ich freue mich, dass wir das heute in digitaler Form würdigen können. Ich will stellvertretend für alle diejenigen, die heute auf diese Weise mit dabei sind, die damalige Präsidentin der Volkskammer, Sabine Bergmann-Pohl, herzlich begrüßen und Katharina Landgraf als Vorsitzende des Vereins von ehemaligen Mitgliedern der CDU/DA-Fraktion der Volkskammer. Und ich bedanke mich natürlich bei der Bundeskanzlerin, der ich mit meiner Einleitung nichts Neues habe vermitteln können und wollen, aber die diesen Prozess von damals bis heute in einer ganz besonderen Weise nicht nur begleitet, sondern geprägt hat.<sup>1</sup>

---

1 Die Rede der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel ist abrufbar unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-am-16-juni-2021-anlaesslich-des-31-jahrestags-der-ersten-freien-volkskammerwahl-videokonferenz--1930296> (Abruf: 11. Oktober 2021).

# Die CDU/DA-Fraktion in der 10. Volkskammer der DDR. Kandidatenauswahl – Struktur – Alltag – Probleme\*

Bettina Tüffers

Die 163 Abgeordneten der CDU und die vier Abgeordneten des Demokratischen Aufbruchs (DA) bildeten gemeinsam die bei weitem größte der sieben Fraktionen der 10. Volkskammer der DDR.<sup>1</sup> Bei deren Wahl am 18. März 1990 hatte die CDU die anderen Parteien weit hinter sich gelassen: Die in den Prognosen lange Zeit als Wahlsieger gehandelte SPD errang nur 88 Sitze, die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) 66, die Deutsche Soziale Union (DSU) 25. Die Liberalen kamen auf 23, das Bündnis 90/Grüne auf 20, der Zusammenschluss aus Demokratischer Bauernpartei Deutschlands und Demokratischem Frauenbund Deutschlands (DBD/DFD) auf zehn und das Aktionsbündnis Vereinigte Linke (AVL) auf einen Sitz. Im August 1990 kamen weitere sieben Abgeordnete zur CDU/DA-Fraktion hinzu, so dass sie am Ende 174 Mitglieder zählte.<sup>2</sup>

Die folgenden Seiten werden nicht einzelne Entscheidungsprozesse oder die Diskussion spezieller Sachthemen in der Fraktion behandeln,<sup>3</sup> sondern, beginnend mit der Auswahl der Kandidaten zur Wahl im März 1990 und der Sozialstruktur der Fraktion, den Blick vor allem auf die Konstituierung, die ersten Wochen der Arbeit und allgemein den Fraktionsalltag richten. Das hier Geschilderte ist dabei nicht unbedingt ein Alleinstellungsmerkmal von CDU/DA. Auch wenn es natürlich Unterschiede vor allem zwischen den im Herbst und Winter 1989/90 neugegründeten Parteien wie SPD, DSU, DA oder Bündnis 90/Grüne und den aus den DDR-Blockparteien hervorgegangenen Parteien wie der CDU gab: Die Fraktionen der 10. Volkskammer arbeiteten unter ähnlichen

---

\* Erweiterte Fassung eines Vortrages auf der digitalen Tagung „30 Jahre erste freie Volkskammerwahl – Die CDU/DA-Fraktion und ihre Bedeutung für den deutschen Einigungsprozess“ der Konrad-Adenauer-Stiftung am 16. Juni 2021. Die ursprünglich für März 2020 geplante Veranstaltung musste wegen der Corona-Pandemie verschoben werden.

1 Zur 10. Volkskammer allgemein Bettina Tüffers: Die 10. Volkskammer der DDR. Selbstparlamentarisierung, Selbstwahrnehmung, Selbstauflösung. Ein Parlament im Umbruch. Düsseldorf 2016. Einen Literaturüberblick zur Ost-CDU bietet Oliver Salten Die CDU in der DDR im Lichte der Forschung (1990–2015), in: Historisch Politische Mitteilungen (HPM) 22 (2015), S. 343–408.

2 Zum einen suchten die drei DSU-„Abtrünnigen“ Peter-Michael Diestel, Wilhelm Ebeling und Joachim Hubertus Nowack im August eine neue politische Heimat, zum anderen traten Lutz Goepel, Dieter Helm, Joachim Holz und Werner Meyer-Bodemann zur CDU über, weil sich die Fraktion des DBD/DFD am 29. August aufgelöst hatte.

3 Eine Reihe dieser Themen sind aufgelistet in: Paul Krüger: Zur Arbeit der CDU/DA-Fraktion, in: Richard Schröder/Hans Misselwitz (Hg.): Mandat für deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz. Opladen 2000, S. 153–162.

Bedingungen und waren mit ähnlichen Problemen konfrontiert, die zwischen ihnen bestehenden Unterschiede waren daher manchmal lediglich graduell.

Außergewöhnlich jedoch ist die Quellengrundlage. Sie erlaubt – was für die anderen Fraktionen so nicht möglich ist – einen Einblick in das Zusammenwachsen und den Alltag einer Fraktion, die sich ohne eingespielte Routinen und anfangs auch ohne klare Vorstellungen über ihre Arbeit innerhalb kürzester Zeit mit den ihr gestellten Aufgaben und den damit verbundenen Erwartungen arrangieren musste. Bis auf die erste liegen für alle Fraktionssitzungen von CDU/DA Tonbandmitschnitte vor,<sup>4</sup> was wir wohl lediglich einem Zufall verdanken: Nachdem die konstituierende Sitzung noch im Haus der Ministerien (heute Sitz des Finanzministeriums) stattgefunden hatte, tagte CDU/DA vom 2. April an im ehemaligen Sitzungssaal des Zentralkomitees der SED im „Haus der Parlamentarier“ am Werderschen Markt. Weil alle Sitzungen des ZK auf Tonband aufgenommen wurden, war das nötige technische Equipment vorhanden, das die Saaltechniker einfach weiter nutzten, um auch die Fraktionssitzungen aufzuzeichnen.<sup>5</sup>

### *Kandidatenkür*

Im Jahr 2000 schrieb der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Paul Krüger, in einem Rückblick, ein Großteil der Abgeordneten der 10. Volkskammer sei erst seit kurzem Mitglied einer Partei gewesen und habe weder über partei- noch über kommunalpolitische Erfahrung verfügt.<sup>6</sup> Doch das ist falsch. Für ihn selbst, 1989 in die CDU eingetreten, traf das zwar zu, für die Mehrzahl der anderen jedoch nicht. Schon gar nicht für die Angehörigen der ehemaligen Blockparteien oder der SED-Nachfolgerin PDS. Wenn, dann fanden sich sol-

4 Die Faszikel 07-011-6100–6124 (Bestand CDU in der SBZ/DDR) im ACDP enthalten die Tonbandmitschnitte von 27 Fraktionssitzungen mit einem Gesamtumfang von über 80 Stunden. Schriftliche (Verlaufs-)Protokolle gibt es nur von den ersten neun Sitzungen, einschließlich der konstituierenden am 27. März, der einzigen, die nicht auf Tonband vorliegt. Die Sitzungsprotokolle der anderen Fraktionen sind demgegenüber entweder viel weniger umfangreich – als Ergebnis- oder Verlaufsprotokolle –, lückenhaft oder, wie bei der PDS, gar nicht vorhanden.

5 So der Direktor der Volkskammer und kurzzeitige Fraktionssekretär Adolf Niggemeier in der von ihm erstellten Dokumentation: Die CDU/DA-Fraktion in der Volkskammer der DDR März bis September 1990. Sitzungsprotokolle und andere Dokumente. Eine Arbeit zur Darstellung der Wirksamkeit von Christlich-Demokratischer Union und der Partei des Demokratischen Aufbruchs in der 10. Wahlperiode der Volkskammer der DDR in Auftrag gegeben vom CDU/DA Fraktionsvorstand, o. O., o. J. Sie enthält die verschriftlichten Sitzungsprotokolle und andere Dokumente, ist als Quelle allerdings mit Vorsicht zu genießen, weil Niggemeier zwischen Dokumentation und eigener Interpretation nicht immer klar trennt. Vgl. auch Hans-Hermann Hertle/Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees. Berlin 2012, S. 101 f.

6 Krüger: CDU/DA Fraktion, S. 154.

che Abgeordnete unter den Mitgliedern der im Herbst 1989 und Frühjahr 1990 neu gegründeten Parteien.

Die wenigsten in der CDU/DA-Fraktion waren politische Neulinge, selbst wenn sie keine parlamentarische Erfahrung hatten. Laut Christopher Hausmann gab es dort „nur acht Prozent, die in der Wende in die Partei eingetreten waren. Die Fraktion bestand fast ausschließlich aus älteren Parteimitgliedern. Abgeordnete, die noch in der Ulbricht-Ära Mitglied der CDU geworden waren und solche, die in der Zeit Honeckers in die Partei eingetreten waren, hielten sich in der Fraktion ungefähr die Waage.“<sup>7</sup> Und es waren eben auch nicht nur einfache Parteimitglieder, sondern es gab gleich eine ganze Reihe von Funktionsträgern. Mindestens 30 Abgeordnete waren vor 1990, zum Teil sogar hauptamtlich, als Bürgermeister, Vorsitzende, Räte, Sekretäre oder Mitarbeiter in Kreisen und Bezirken tätig.<sup>8</sup>

Wie und nach welchen Kriterien wurden die CDU-Kandidaten also ausgewählt? Weil die Wahl, ursprünglich für den 6. Mai vorgesehen, wegen der sich rapide verschlechternden Lage im Land auf den 18. März vorgezogen wurde, blieb für Kandidatenaufstellung und Wahlkampf kaum Zeit. Im Gegensatz zu den neu gegründeten Parteien konnten die ehemaligen Blockparteien allerdings auf eine existierende Infrastruktur und ein „großes Mitgliederreservoir“ zurückgreifen.<sup>9</sup> Unter anderem bedingt durch die späte Verabschiedung des Wahlgesetzes am 21. Februar bestimmte aber auch die CDU ihre Kandidaten quasi im letzten Moment: Nur drei Tage vor dem Stichtag 28. Februar wurden vom Parteivorstand die Kandidaten der 15 Wahlkreise benannt und die Reihenfolge der Listenplätze festgelegt.

Christopher Hausmann musste sich noch weitgehend auf Vermutungen stützen, als er meinte, „anhand der Listenplatzierungen erkennen“ zu können, „dass die Auseinandersetzung der verschiedenen Elitengruppen regional sehr unterschiedlich vor sich ging“. Generell seien „die relativ ‚sicheren‘ oberen Listenplätze an ranghohe Funktionäre der zweiten und dritten Reihe vergeben“ worden, in einigen Bezirken „habe es aber auch eine Art ‚Reißverschlussystem‘, eine

---

7 Vor 1961 waren 10 %, 1961 bis 1970 32 % und 1971 bis 1989 50 % eingetreten. Dabei hatte die CDU von allen Blockparteien die meisten Neuzugänge, vgl. Christopher Hausmann: Die 10. Volkskammer der DDR. Elitenpool der ersten Stunde, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) 31 (2000), S. 527–541, hier 532. Zur Geschichte der Ost-CDU in dieser Phase: Ute Schmidt: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989–1994, Opladen 1997. Nur Burkard Schneeweiß und Gerhard Pohl waren bereits Abgeordnete der 9. Volkskammer.

8 Vgl. u. a. Christopher Hausmann: Biographisches Handbuch der 10. Volkskammer der DDR (1990). Köln u. a. 2000; ders., Elitenpool, S. 537 sowie die Auflistung bei Dorit Pries: Stasi-Mitarbeiter in deutschen Parlamenten? Die Überprüfung der Abgeordneten auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR, (Diss.). Berlin 2008, S. 40, Anm. 164.

9 Schmidt: Blockpartei, S. 102.

Besetzung der Listenplätze abwechselnd mit alten und neuen Parteimitgliedern“ gegeben.<sup>10</sup> Ein Blick in die Protokolle des Parteivorstands zeigt jedoch, dass es komplizierter war, weil gleich eine ganze Reihe anderer Kriterien ebenfalls bedacht werden musste.<sup>11</sup> Es lohnt deshalb, diesen Prozess ein wenig genauer anzuschauen.

Der neue Parteivorsitzende Lothar de Maizière hatte am 10. Februar seine Erwartungen an die Kandidaten formuliert und erläutert, wie sich der Vorstand den Auswahlprozess vorstellte, auch wenn das Wahlgesetz verlange, daß die Abgeordneten geheim in Vertreterversammlungen gewählt würden.

So sollten „in wirklich angemessener Weise Frauen vertreten sein unter den Kandidaten [...]. Wenn wir dagegen sind als Partei, dass weiterhin Organisationen wie der DFD oder ähnliche spezielle ‚Sachwalter‘ die Fraueninteressen wahrnehmen, sondern daß sie kompetent durch unsere Partei mit wahrgenommen werden, müssen wir dafür Sorge tragen, daß Frauen sich in angemessener Weise in diesen Fraktionen artikulieren können.“<sup>12</sup> Neben der Berücksichtigung der Interessen von Jugendlichen forderte er außerdem „unter allen Umständen Sachkompetenz“. Manche, die sich eventuell Hoffnung auf einen Sitz in der Volkskammer machten, seien womöglich besser in den Kommunen und Regionen aufgehoben, das müsse man ihnen klar machen. Er schloss: „Wir haben immer davon gesprochen und versuchen auch deutlich zu machen, daß unsere Partei aus den Fehlern ihrer Vergangenheit gelernt hat, daß sie sich reformiert hat. Das muß [...] auch besonders deutlich werden bei den Kandidaten für die oberste Volksvertretung. Wenn dort nach außen für viele erkennbar das Bild entsteht, daß eben die Erneuerung wo immer auch stattgefunden haben (!), nicht aber in der Fraktion der Volkskammer, dann halte ich dies für ein sehr bedenkliches Bild.“

Weil das Wahlgesetz keine weiteren Vorgaben zur Feststellung der Reihenfolge der Kandidaten machte, hatte man mit den Bezirks- und Landesvorsitzenden verabredet, sie entweder auf Landesparteitagen, durch noch amtierende Bezirksvorstände, Landesvorstände oder Vertreter der Kreise festzulegen.<sup>13</sup> Der Parteivorstand behielt sich mit Hinweis auf die im Dezember 1989 verabschiedete Satzung trotzdem das Recht vor, die Listen abzuändern. Denn laut § 9 gehörte die „Benennung von Kandidaten der CDU zur Wahl in die Volkskammer sowie Festlegung der Reihenfolge der Kandidaten“ zu seinen Aufgaben.

Da es sich am 18. März um eine reine Verhältniswahl ohne Direktmandate handelte, wurden die Abgeordneten nur über die Liste gewählt. Deshalb schlug der ebenfalls neu gewählte Parteigeschäftsführer Martin Kirchner im Namen des

10 Hausmann: Elitenpool, S. 531.

11 Vgl. Parteivorstandssitzung, 25. Februar 1990, in: ACDP 07-011-3616, Bl. 40–91. Die Sprecher sind oft nicht zu identifizieren, vor vielen Beiträgen steht lediglich „Ufrd.“ (Unionsfreund).

12 Parteivorstandssitzung, 10. Februar 1990, in: ACDP 07-011-3135, Bl. 69.

13 Parteivorstandssitzung, 25. Februar 1990, in: ACDP 07-011-3616, Bl. 40.

Präsidiums in der entscheidenden Vorstandssitzung am 25. Februar vor, zuerst den Spitzenkandidaten zu nominieren, der gleichzeitig auf Platz eins seiner Liste gesetzt werden sollte. In einem zweiten Schritt sollten dann die Listen der einzelnen Wahlkreise vor allem hinsichtlich folgender Kriterien überprüft und gegebenenfalls geändert werden: Zuerst sollten, wie bereits von de Maizière angekündigt, Jugendliche und Frauen besonders berücksichtigt werden. Dann sollte vor allem in den Wahlkreisen, in denen Sorben zu Hause waren, also insbesondere Cottbus und Dresden, nach Möglichkeit ein „Bürger sorbischer Nationalität“ benannt werden. Außerdem stellte das Präsidium „anheim zu prüfen“, ob unter den vorgeschlagenen Kandidaten eventuell ein „jüdischer Mitbürger“ sei, ohne das allerdings mit einer Forderung zu verbinden, ihn oder sie auch zu nominieren. Zum Schluss bat Martin Kirchner die Anwesenden zu überlegen, ob soziales Engagement, also beispielsweise die Arbeit im Behindertenverband, nicht auch ausschlaggebend für eine Nominierung sein könne.<sup>14</sup> In die Listen solle aber nur eingegriffen werden, wenn es für solche Veränderungen „gute, deutlich aussprechbare Gründe“ gebe.<sup>15</sup>

Dass die Sorben nun auch als eigene Gruppe im Kriterienkatalog auftauchten, hatten sie wohl vor allem den CDU-Bezirkssekretariaten Dresden und Cottbus zu verdanken. Diese beiden waren mit der Forderung nach einem Nationalitätengesetz an die Öffentlichkeit getreten und hatten außerdem verlangt, dass mindestens zwei sorbische Vertreter in der Volkskammer sitzen sollten.<sup>16</sup> De Maizière jedenfalls hatte sie am 10. Februar noch nicht erwähnt. Das Problem ihrer angemessenen Repräsentanz als nationaler Minderheit war aber auch Thema bei der zweiten Lesung des Volkskammerwahlgesetzes am 20. Februar. Den Sorben eine eigene Liste oder anderweitige Sonderrolle zuzugestehen, wie es der Sorbische Runde Tisch gefordert hatte,<sup>17</sup> war dort verworfen worden. Stattdessen erging an die Parteien der Appell, „die Kandidaten, die sie aufstellen, auch unter dem Aspekt auszuwählen, dass sich sorbische Bürger unter ihnen befinden. Und nicht allein das, sondern ihnen auch einen Platz auf der Liste zu geben, der ihnen Chancen einräumt.“<sup>18</sup> Die CDU beherzigte dies, weil sie sich als legitime Interessenvertreterin der sorbischen Minderheit sah, auch wenn es mit beider Verhältnis in der Vergangenheit nicht zum Besten gestanden hatte. Konkurrenz bekam sie dabei vor allem von der PDS, die in Fortführung der SED-Politik dieselbe Rolle für sich beanspruchte.

---

14 Ebd., Bl. 46 f.

15 Ebd., Bl. 47.

16 Vgl. u. a. Mehr Rechte für die Sorben, in: Neue Zeit vom 19. Februar 1990.

17 Vgl. den schriftlichen Protest des Sorbischen Runden Tisches in der Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 5. März 1990, in: Bundesarchiv (BArch), DA 3/96, Bl. 93.

18 Vorsitzender des Zeitweiligen Ausschusses zur Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes, in: Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 9. Wahlperiode, Protokolle, Bd. 25, 17. Tagung 20./21. Februar 1990, S. 475.

Wie das Auswahlverfahren am 25. Februar nun konkret aussah, lässt sich vor allem für die Berliner Kandidaten und für diejenigen aus dem Wahlkreis Karl-Marx-Stadt im Detail rekonstruieren. Im Wahlkreis Berlin waren 35 Sitze zu vergeben. Die Liste der Nominierungsvorschläge, über die der Berliner Landesverband auf seinem Gründungsparteitag am 17. Februar zu entscheiden hatte, umfasste 26 Namen.<sup>19</sup> Man einigte sich auf 22 Kandidaten, das entsprach 60 Prozent der Gesamtplätze.<sup>20</sup> Auf Position 1 stand der Ärztliche Direktor Joachim Krause, CDU-Mitglied seit 1960, ihm folgte mit gleicher Stimmzahl Ernst-Hinrich Weber, Physiker an der Akademie der Wissenschaften, seit 1985 in der CDU und seit 1986 im Kreisvorstand Berlin-Köpenick. Danach kam Burkhard Schneeweiß, Chefarzt der Kinderklinik Friedrichshain, Volkskammermitglied seit 1976 und CDU-Mitglied seit 1972. Auf Platz vier schließlich stand Lothar de Maizière, Anwalt, seit 1957 Mitglied der CDU und als neuer Parteivorsitzender quasi als Spitzenkandidat gesetzt, wenngleich zu diesem Zeitpunkt noch nicht offiziell dazu bestimmt.

Der Parteivorstand schlug nun vor, de Maizière auf den ersten Listenplatz vorzuziehen. Außerdem sollten die Pneumologin und Ärztliche Direktorin Sabine Bergmann-Pohl, seit 1981 in der CDU, von Platz 5 auf 2, sowie der Chefarzt am Klinikum Buch, Christian Zippel, CDU-Eintritt 1970, wegen seines sozialen Engagements von 7 auf 3 vorrücken. Einigen waren das jedoch eindeutig zu viele Ärzte auf den ersten Plätzen, weshalb vorgeschlagen wurde, den frisch gewählten Geschäftsführer der Christlich-Demokratischen Jugend in der DDR (CDJ), Sven-Olaf Obst, von seinem abgeschlagenen Listenplatz 22 nach oben zu ziehen. Obst hatte bereits auf der Parteivorstandssitzung am 10. Februar den Anspruch der jungen Parteimitglieder auf angemessene Repräsentation angemeldet: „Wir sind der Meinung, wir wollen vertreten werden über die Parteien, über unsere Partei im Parlament, aber dann muß ich natürlich auch sagen, dann muß die Partei auch bereit sein, Kandidaten von uns auf ihre Liste setzen zu lassen. Das ist, ich glaube, [...] eine legitime Forderung [...]. Die Jugend gehört mit in die Parlamente über die Partei, über die CDU.“<sup>21</sup>

Doch schließlich, nach längerem Hin und Her, wurde die Liste bis auf die beiden neuen Erstplatzierten so belassen, wie sie war. Trotzdem war das ursprüngliche Votum des Berliner Landesverbands weitgehend Makulatur: Joachim Krause war nun ebenso wie Christian Zippel gar nicht mehr dabei, (warum, ist unklar). Ernst-Hinrich Weber war auf Platz 3 gerutscht, Burkhard Schneeweiß

19 Nominierungsvorschläge für die Wahl der Berliner Kandidaten der CDU für die Volkskammer, Gründungsparteitag des Landesverbandes Berlin der CDU, 17. Februar 1990, Vorlage 10, in: ACDP 07-011-3853.

20 ACDP 07-011-3616, Bl. 49. Vgl. Punkt 10 des Protokolls über die Wahl der Leitungsgremien des Landesverbandes Berlin, in: ACDP 07-011-3853.

21 ACDP 07-011-3135, Bl. 42.

und alle anderen wurden dementsprechend einen Platz weiter nach hinten verschoben. Obst blieb das Schlusslicht.

Das Vorgehen des Parteivorstands erschien nachvollziehbar, denn wenn man, wie Martin Kirchner warnte, angesichts der Meinungsumfragen davon ausgehen musste, dass der CDU in Berlin „wahrscheinlich im Höchsthfall die ersten drei Plätze einigermaßen sicher“<sup>22</sup> seien, konnte man den Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten schlecht auf dem vierten Platz belassen. Zwar sollte sich Kirchners Einschätzung als ein wenig zu pessimistisch erweisen, dennoch kam die CDU in Berlin am 18. März bei 18,3 Prozent der Stimmen lediglich auf sechs Mandate.

Das Verfahren im Wahlkreis Karl-Marx-Stadt lief ähnlich ab.<sup>23</sup> Hier waren insgesamt 48 Mandate zu vergeben. Die CDU schickte 29 Kandidaten ins Rennen, von denen 20 am 18. März erfolgreich waren. Während die ersten beiden Plätze mit dem Ingenieur Klaus Reichenbach (seit 1969 in der CDU, seit 1974 Kreisvorsitzender, später Bezirksvorsitzender und Mitglied des Hauptvorstands) und dem Ingenieur Uwe Grüning (im Dezember 1989 in die CDU eingetreten) unverändert blieben, wurde auf den Plätzen 3 bis 10 viel ausgetauscht und hin- und hergeschoben: Der Ingenieur Michael Luther, auch er erst seit November 1989 CDU-Mitglied, räumte seinen Platz, damit Cordula Schubert und Heinrich Douffet, wie Schubert seit 1982 in der CDU, weiter nach oben rücken konnten. Die eigentlich auf 5 bis 9 Gewählten mussten dementsprechend jeweils einen Platz nach unten rücken. Dasselbe passierte am unteren Ende der Liste, hier stiegen die Inhaber der ursprünglichen Plätze 26 bis 30 jeweils einen Platz auf, weil der auf 25 gesetzte Thomas Häntsch, warum ist nicht bekannt, ausgeschieden war. Zusätzlich den 23jährigen Thomas Arlt als jungen Kandidaten von Platz 22 vorzuziehen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.<sup>24</sup>

Für die übrigen 13 Wahlkreise, die daran anschließend einer nach dem anderen abgehandelt wurden, kann man zusammenfassend feststellen: Wenn Änderungen beantragt wurden, dann vor allem deshalb, um Frauen aussichtsreichere Listenplätze zu sichern. So rückte im Wahlkreis Cottbus Katharina Bormann auf Platz 3 vor. Weil sie Musiklehrerin war, sollte sie überdies als Repräsentantin der Sparte Kultur fungieren, die man als noch nicht ausreichend berücksichtigt sah. Im Wahlkreis Dresden war ein solches Stühlerücken nicht nötig, dort war mit Maria Michalk ohnehin die Idealbesetzung gefunden. Sie deckte auf Listenplatz 2 als Frau und Sorbin gleich zwei der verlangten Kriterien ab. Beim Wahlkreis Erfurt ging man im Falle Johanna Köhlers davon aus, dass ihr Listenplatz 7 ausreichend sicher sei für einen Einzug und sollte damit recht behalten. Im

22 ACDP 07-011-3616, Bl. 62.

23 Vgl. ACDP 03-030-015/1 (Bestand BV Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)). Die Akte enthält u. a. das Wahlprotokoll des Bezirksvorstands vom 24. Februar 1990.

24 ACDP 07-011-3616, Bl. 77.

Wahlkreis Magdeburg bekam Carmen Stange Listenplatz 3 zugeteilt, doch der Präsidiums Antrag, die 27jährige Silvina Paulinski zusätzlich vorrücken zu lassen, wurde abgelehnt. Das gleiche widerfuhr im Wahlkreis Halle Irntrud Otto, weil dort mit Jutta Knop schon einer Frau, die zudem die Gruppe der Bürgermeister repräsentierte, eine aussichtsreichere Position zugeteilt worden war. Dabei hatte sogar noch jemand eingewandt: „Ich würde vorschlagen, daß wir sie [d. h. Otto, d. Verf.] so weit vorziehen, daß sie auch eine berechnete Chance hat, gewählt zu werden.“<sup>25</sup> Weil die CDU allerdings in diesem Wahlkreis mit 45,1 Prozent auf 19 Sitze kam, gelang am Ende doch beiden der Einzug in die Volkskammer. 19 Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen in der Abstimmung zeigen allerdings, dass das Verfahren nicht bei allen auf Zustimmung stieß.

Über die Direktiven und Wünsche des Präsidiums hinaus spielten die unterschiedlichsten Kriterien für die Zusammenstellung der Listen eine Rolle. Generell ist das Bemühen um Ausgewogenheit zu erkennen, also die Vertretung möglichst vieler Interessen- und Bevölkerungsgruppen und der Versuch, eine Häufung von Angehörigen einzelner Berufe zu vermeiden. Doch das gelang nicht immer. Bei der Diskussion um die Liste des Wahlkreises Frankfurt/Oder kam beispielsweise die Frage auf, ob es sinnvoll sei, auf den ersten drei Plätzen mit Herbert Schirmer und Karlheinz Lassowsky sowohl den CDU-Bezirksvorsitzenden als auch seinen Stellvertreter zu nominieren.<sup>26</sup> Auch dem Präsidium war bei dieser Vorstellung nicht wohl.<sup>27</sup> Als Ausweg musste Lassowsky seinen Platz für den Landwirt Hans-Julius Schroeder (CDU-Mitglied seit 1948) räumen. Das hatte zudem den Vorteil, dass nun auch die Bauern auf den vorderen Rängen vertreten waren.

Als die Reihe an den Wahlkreis Halle kam, stellte Adolf Niggemeier die Frage, ob es für die Partei wirklich hilfreich sei, den langjährigen Bezirksvorsitzenden der Nationalen Front, Harald-Dietrich Kühne, „der nicht aus ethischen Gründen aus dem Amt ausgeschieden ist“, als Spitzenkandidaten zu nominieren.<sup>28</sup> Doch die Hallenser wiegelten ab: Das sei sehr lange her und Kühne, „dieser verdienstvolle Freund“, außerdem mit überwältigender Mehrheit im erweiterten

25 Ebd.

26 Das war Schirmer allerdings erst seit Dezember 1989. Zu Schirmer vgl. Schmidt: Blockpartei, S. 197 ff. u. In Passow ist man noch politisch unbefleckt, in: FAZ vom 21. Februar 1990.

27 ACDP 07-011-3616, Bl. 67.

28 ACDP 07-011-3616, Bl. 72 f. Harald-Dietrich Kühne, Jg. 1933, Professor für Außen- und Weltwirtschaft in Halle, seit 1949 CDU-Mitglied, Mitglied des Hauptvorstandes der CDU, seit 1967 Vorsitzender des Bezirksausschusses Halle der Nationalen Front, 1969 Mitglied des Nationalrats, Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Silber. Kühne gehörte im September 1990 zu den Abgeordneten, denen wegen erwiesener Stasitätigkeit ein Mandatsverzicht empfohlen wurde. Dass der Hinweis auf unethisches Verhalten allerdings ausgerechnet von dem langjährigen IM Niggemeier kam, ist bemerkenswert. Ungeachtet der Vorwürfe kandidierte Kühne (erfolglos) im Oktober 1990 bei den Wahlen zum Landtag von Sachsen-Anhalt und war bis zu seinem Rücktritt im September 1991 stellvertretender

Bezirksvorstand auf Platz 1 gewählt worden.<sup>29</sup> Dass sich auf den ersten drei Positionen nur Akademiker fanden, wie jemand monierte, fiel dagegen weniger ins Gewicht.<sup>30</sup>

Und im Wahlkreis Potsdam war schließlich etwas eingetreten, was Lothar de Maizière bereits im Januar prophezeit hatte: Sowohl der an Platz 1 gesetzte Ingenieur Hans-Joachim von Essen als auch der Pfarrer Karl-Ernst Selke und die Tierärztin Rosemarie Priebus<sup>31</sup> auf den Plätzen 7 und 8 waren keine CDU-Mitglieder. De Maizière hatte damals Zweifel geäußert, ob die Partei überhaupt in der Lage sein werde, für alle anstehenden Wahlen ausreichend viele geeignete Kandidaten zu finden. Er ging davon aus, „daß wir unter Umständen für den Fall, daß wir hohe Prozentanteile gewinnen könnten, auch auf parteilose, aber uns nahestehende Menschen zugehen müssen, um diese Fragen abzudecken“.<sup>32</sup> Doch wie mit den Parteilosen umgehen? Durfte man sie, an langjährigen Mitgliedern vorbei, bevorzugen oder mussten sie sich mit den hinteren, also chancenlosen Plätzen begnügen?

Der Potsdamer Bezirksvorstand hatte seine in Teilen immer noch unvollständige Liste zudem erst in der Nacht zuvor fertiggestellt. Das heißt, niemand wusste, wer sich hinter den dort stehenden Namen verbarg. Martin Kirchner stellte deshalb zur Debatte, ob der Vorstand sich das Recht nehmen solle zu sagen, Parteimitglieder gingen vor. Die Meinungen dazu waren geteilt. Jemand gab zu bedenken, dass man angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen für jeden Parteilosen dankbar sein solle, der für die CDU antrete. Der Antrag, Selke und Priebus ans Ende der Liste zu setzen und damit sozusagen an den Katzentisch zu verbannen, wurde jedenfalls abgelehnt. Allerdings fiel auch hier die Endabstimmung über die Liste mit 9 Nein-Stimmen und 22 Enthaltungen nicht sehr überzeugend aus.

Insgesamt wurden neun Listen unverändert bestätigt, wenngleich nur ein einziges Mal einstimmig (Neubrandenburg), bei sechs Wahlkreisen wurde korrigierend eingegriffen. Das Präsidium hielt dieses Verfahren für vertretbar, auch wenn Tagungsleiter Kirchner zugeben musste, „daß das, was wir hier vorschlagen, hart an der Grenze dessen liegt, was eine Quotenregelung, der wir wohl alle oder zumindest mehrheitlich nicht so furchtbar viel abgewinnen können, entspricht. Wir meinen aber andererseits, daß dieses ein Übergangsparlament ist, und [...] daß wir eben doch an bestimmten Stellen [...] – Frauen, Jugendliche,

---

CDU-Vorsitzender in Sachsen-Anhalt. Vgl. zu Kühne u. a. Gabriele Baumgartner/Dieter Hebig (Hg.): *Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990*, Bd. 1. München u. a. 1995; Pries: *Stasi-Mitarbeiter*, S. 37, Anm. 155 u. S. 51, Anm. 24.

29 ACDP 07-011-3616, Bl. 73. Für die Debatte über diesen Punkt musste die Presse den Saal verlassen.

30 ACDP 07-011-3616, Bl. 73.

31 Zu Priebus vgl. Anm. 56.

32 Parteivorstandssitzung, 5./6. Januar 1990, in: ACDP 07-011-3134, Bl. 102.

Nationalitätenproblematik, soziales Engagement –, bestimmte Zeichen setzen sollten, soweit uns dies möglich ist und hier mehrheitlich beschlossen wird.“<sup>33</sup>

Doch die Kritiker störte etwas ganz anderes. Sie empfanden das Vorgehen schlicht als undemokratisch. Es gab „erhebliche Bedenken, daß die Verfahrensweise, die wir hier angewendet haben, in Ordnung ist. Denn wir haben einen mächtigen Aufwand getrieben, in geheimer Abstimmung die Reihenfolge festzustellen.“<sup>34</sup> Ein Berliner „Unionsfreund“ sah das ähnlich: „[I]ch muß sagen, ich komme hier in Gewissenskonflikt mit meinem Demokratieverständnis [...]. Es ist mir bei der Wahl zum Landesparteitag in Berlin passiert bzw. in den Bezirksvorständen [...] und wir schieben nun die Leute hier hin und her. Was sagen die Leute dazu, die zum Landesparteitag in Berlin waren und ihre Stimme dazu abgegeben haben?“<sup>35</sup>

Der Vorwurf lautete, dass die CDU die Zeichen der Zeit nicht erkannt habe und genauso weitermache wie bisher: „Die öffentliche Meinung ist zur Zeit so, daß wir von unten her bestimmen, nicht von oben. Wir haben das hier ins Gegenteil gekehrt.“<sup>36</sup> Doch es gab auch diejenigen, die Kirchner und dem Präsidium zur Seite sprangen. Hans-Hinrich Jenssen hielt das Vorgehen für „sehr notwendig“, obwohl er damit rechnete, dass die Delegierten der Landesparteitage „etwas sauer“ würden. Für Bernd Beck war ein anderer Punkt entscheidend: „Ich will im Prinzip nichts gegen die Liste sagen, eines ist doch wichtig. Wenn wir in den Wahlkampf hineingehen, dann werden wir daran gemessen, wieviel Frauen wir mitnehmen.“<sup>37</sup> Anders als de Maizière fürchtete er weniger eine Abwanderung zur DFD, sondern eher zur SPD.<sup>38</sup>

Insgesamt betrachtet war die Diskrepanz zwischen den de Maizièrschen Zielvorgaben und der Realität doch erheblich, auch wenn das CDU-Zentralorgan „Neue Zeit“ tags darauf behauptete „Frauen, junge Mitglieder und Sorben erhielten vordere Plätze“<sup>39</sup>. Deutlich wird das bei den Frauen: Unter den insgesamt 302 Nominierten der CDU waren nur 39 Frauen, von denen schließlich 25 in die Volkskammer einzogen.<sup>40</sup> Nur Ingeborg Tamm belegte im Wahlkreis Schwerin einen ersten Listenplatz, weitere sechs Frauen einen zweiten und fünf einen dritten. Dabei waren die Unterschiede zwischen den Wahlkreisen groß: Während Gera keine einzige Frau aufstellte, nominierten Berlin, Leipzig, Magdeburg und Suhl je fünf. Prozentual war der Frauenanteil im Wahlkreis Suhl

33 ACDP 07-011-3616, Bl. 47.

34 Ebd., Bl. 90.

35 Ebd., Bl. 53 f.

36 Ebd., Bl. 90.

37 Ebd., Bl. 57.

38 Ebd.

39 Spitzenkandidat de Maizière: Einheit so schnell wie möglich, so gut wie nötig, in: Neue Zeit vom 26. Februar 1990.

40 Vgl. Kandidaten der CDU zu den Volkskammerwahlen am 18. März, in: Neue Zeit vom 8. März 1990 sowie: Richtigstellung, in: Neue Zeit vom 10. März 1990.

mit 38,5 Prozent am höchsten, gefolgt von Berlin mit 25, Potsdam mit 23,5 und Magdeburg mit 22 Prozent. Im Wahlkreis Dresden hingegen, wo die CDU die meisten, nämlich 33 Nominierte ins Rennen schickte, lag er bei lediglich 6 Prozent. Am 18. März am erfolgreichsten waren die Kandidatinnen in den Wahlkreisen Leipzig und Magdeburg mit je vier Mandaten.

Das zeigt zwar, dass die vom Parteivorstand vorgenommenen Listenkorrekturen im Großen und Ganzen den gewünschten Effekt hatten, nämlich den Frauen sichere Listenplätze zu garantieren, dennoch war man vom eigentlichen Ziel weit entfernt. Denn an der Zahl der Frauen in der Fraktion hätte sich auch ohne diese Maßnahmen, gleichbleibendes Wahlergebnis und Sitzverteilung vorausgesetzt, nichts geändert. Das grundsätzliche Problem blieb die generell zu geringe Zahl von Kandidatinnen. Das ist vor allem wegen der auffälligen Diskrepanz zwischen der Zahl der weiblichen Abgeordneten und derjenigen der weiblichen Parteimitglieder bemerkenswert: Die Ost-CDU hatte 1989 von allen Parteien in der DDR mit 45,3 Prozent den höchsten Frauenanteil unter den Mitgliedern.<sup>41</sup> Das Führungspersonal der CDU jedoch war – wie das politische Führungspersonal in der DDR generell – vorwiegend männlich und da hauptsächlich Funktionäre von den Parteigremien aufgestellt wurden, dominierten Männer dementsprechend auch die Kandidatenlisten.

Am wenigsten war der Vorstand bereit gewesen, jüngere Kandidaten auf einigermaßen sichere Plätze zu setzen. Die Hälfte von insgesamt 18 Angehörigen der Jahrgänge 1960 bis 1971 war allerdings am 18. März auch so erfolgreich.<sup>42</sup> Dem 29jährigen Uwe Keßler (Leipzig) beispielsweise genügte dafür sein zehnter Platz, denn ihn weiter vorzuziehen, war abgelehnt worden. Auch Silvina Paulinski (Magdeburg) hatte in dieser Hinsicht Glück, trotz ihrer vergleichsweise schlechten Ausgangsposition auf Listenplatz 11. Sven-Olaf Obst (Berlin), Thomas Arlt (Karl-Marx-Stadt) und Volker Emde (Gera) allerdings gingen leer aus. Was hingegen die Oberlausitzer Sorben angeht, hatte die „Neue Zeit“ recht, bei ihnen war das Soll mit gleich vier Vertretern sogar mehr als erfüllt.

Doch auch, was den Anteil derjenigen betrifft, die Wandel und Reform der Partei repräsentieren sollten, hinkte die Realität den Ansprüchen hinterher: Unter den Spitzenkandidaten der Bezirke gab es lediglich mit Hans-Joachim v. Essen

---

41 DFD ausgenommen. Vgl. die Mitgliederstatistik in: ACDP 07-011-3857. Bei der SED waren es 1989 36,5 %, vgl. Bertram Triebel: Innenleben einer Blockpartei. Die Thüringer CDU in der DDR und ihre Mitglieder, in: HPM 26 (2019), S. 65–86, hier 75. Vgl. auch Schmidt: Blockpartei, S. 128 und Helwig: Frauen, S. 1260. In der Bundes-CDU waren es zum selben Zeitpunkt 22,9 %.

42 Diese zwischen 1955 und 1971 Geborenen, (Brochnow, Dietrich, Gürth, Kleinau, Nolte, Paulinski, Reimann, Schubert, Stange, Waschnewski, Wünschmann), gründeten im Juni unter Leitung von Kersten Wetzel die Gruppe der CDJ in der Fraktion, um sich für jugend- und sozialpolitische Belange und für jüngere Vertreter auch im gesamtdeutschen Parlament einzusetzen. Vgl. Pressemitteilung 15. Juni 1990, in: ACDP Bestand Junge Union 04-007-412/1.

im Wahlkreis Potsdam einen wirklichen Neuzugang, in Suhl und Karl-Marx-Stadt standen Claudia Nolte<sup>43</sup> und Uwe Grüning<sup>44</sup>, Jahrgang 1966 beziehungsweise 1971 und erst seit 1989 Mitglieder der CDU, jeweils auf Listenplatz zwei, und im Wahlkreis Dresden der mit 18 Jahren noch jüngere Kay Reimann auf Platz drei. Zu den „Neuen“ zählten auch Michael Luther (5, Karl-Marx-Stadt), Paul Krüger (4, Neubrandenburg), Frieder Jelen (7, Rostock), der bereits erwähnte Karl-Ernst Selke (7, Potsdam), Johannes Nitsch (11, Dresden), Gunter Bechstein (16, Leipzig) sowie Willibald Toscher (9, Magdeburg).<sup>45</sup>

Insgesamt dominierten damit in der CDU-Fraktion die „nachrückenden Blockeliten“, das heißt Angehörige der mittleren Führungsschicht der CDU mit einer bis zum Winter 1989/90 bestehenden Loyalität zum System.<sup>46</sup> Angehörige der „Induktions“- oder „Transformationseliten“, also diejenigen, die „Anfang 1990 aus Teilen der Bürgerbewegung über das Neue Forum oder ähnliche Gruppierungen neu zur CDU“<sup>47</sup> gekommen waren oder aber bislang nur auf niederen Ebenen tätige Mitglieder der Block-CDU, die „in der Wendezeit zu Initiatoren und Trägern des Reformprozesses wurden“<sup>48</sup>, waren nur schwach vertreten. Jemand wie die Initiatorin des Briefs aus Neuenhagen, die Ärztin und Ortsgruppenvorsitzende Else Ackermann (2, Frankfurt/Oder), seit 1985 in der CDU, und eine der wenigen an der Parteibasis, die die CDU-Führung schon Mitte 1988 mit Reformforderungen konfrontiert hatten, war in der Fraktion eine Ausnahmeerscheinung.<sup>49</sup>

Bei all den strategischen Manövern und Proporz erwägungen im Nominierungsprozess darf nicht vergessen werden, dass bei der einen oder anderen Kandida-

43 Sie war wie Gunter Bechstein über die Bürgerbewegung „Neues Forum“ zur CDU gekommen. Sebastian Pflugbeil: Das Neue Forum, in: Eberhard Kuhr (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999, S. 105–112; Irena Kukutz: Chronik der Bürgerbewegung Neues Forum 1989–1990. Berlin 2009.

44 Vgl. Uwe Grüning: Weltfremdheit und Wirklichkeitsnähe, in: Eichholz Brief 2 (1991), S. 32–41.

45 Einige waren zuvor schon einmal Mitglied einer Partei und wurden nach zum Teil langer Abstinenz im Herbst '89 wieder politisch aktiv. (Priebus, U. Haschke, Wieczorek, Schirmer, sowie Kögler und Schulz (DA)).

46 Ute Schmidt erwähnt Rolf Rau und Klaus Reichenbach, es gilt auch für Gerd Gies und Alfred Gomolka, Schmidt: Blockpartei, S. 298 f. Zu den von ihr definierten fünf Elitetypen in der Ost-CDU zur Wendezeit vgl. ebd., S. 291–308.

47 Ebd., S. 304.

48 Z. B. Lothar de Maizièrè, aber auch Martin Kirchner oder Günther Krause, vgl. Schmidt: Blockpartei, S. 300 ff. Zum Brief aus Weimar vgl. ebd., S. 52–55.

49 Vgl. ebd., S. 45–49 u. 56, Manfred Agethen: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der „Brief aus Weimar“ und der „Brief aus Neuenhagen“, in: HPM 1 (1994), S. 89–114; Michael Richter: Zur Entwicklung der Ost-CDU im Herbst 1989, in: HPM 1 (1994), S. 115–133; Ders.: Zur Entwicklung der Ost-CDU vom Januar 1990 bis zum Vereinigungsparteitag am 1. Oktober 1990, in: Ders./Martin Reißmann (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zur ihrer Entstehung und Entwicklung. Weimar/Köln/Wien 1995, S. 235–251; Ders.: Blockpartei und friedliche Revolution, S. 120–127.

tur, so lassen zumindest Äußerungen der Akteure und Akteurinnen vermuten, eine gehörige Portion Zufall im Spiel war. Wie Ulrich Klinkert und Johannes Nitsch behaupteten auch andere, „in diese Geschichte hineingeraten“ zu sein.<sup>50</sup> Katharina Landgraf schilderte in einem Interview, dass eigentlich ihr Mann habe kandidieren sollen. Weil der aber im Heimatort zum neuen LPG-Vorsitzenden gewählt worden war, beschloss die Familie kurzerhand, dass sie an seine Stelle treten müsse.<sup>51</sup> Paul Krüger war die Kandidatur von einer Parteifreundin spontan während eines Gesprächs mit einem Journalisten angetragen worden,<sup>52</sup> Klaus Tschalamoff erzählte, er sei „begeistert und mit Einsatz auf der Straße“ gewesen, „als die Wende kam. Aber ich war politisch naiv und nicht aktiv. Plötzlich landete ich in der Volkskammer.“<sup>53</sup> Ähnlich unverhofft kam nach eigener Aussage Rolf Berend, seit den siebziger Jahren in der CDU, zu seiner Kandidatur. Er schrieb es vor allem seiner Bekanntheit als Lehrer in dem Örtchen Niederorschel im Kreis Worbis zu, dass er vorgeschlagen wurde.<sup>54</sup> Und Claudia Nolte erklärte sich auch deshalb zu einer Kandidatur bereit, weil ihr das Risiko gewählt zu werden, bei einer Partei, die in Umfragen bei rund elf Prozent lag, überschaubar schien. Als sie im Januar 1990 in Ilmenau gefragt wurde, ob sie nicht für die CDU ins Rennen gehen wolle, hatte sie allerdings das Gefühl, nicht kneifen zu dürfen.<sup>55</sup> Auch Rosemarie Priebus, bis 1989 noch Mitglied der DBD,<sup>56</sup> war erst kurz vor der Wahl angesprochen worden, ob sie nicht für die CDU kandidieren wolle. Auch sie rechnete sich keine großen Chancen aus: „Die CDU hatte mich auf Listenplatz acht gesetzt, ich dachte, nur sechs Abgeordnete schaffen es, für mich würde es nicht reichen.“<sup>57</sup> Am Ende holte die CDU im Wahlkreis Potsdam dann doch genau diese acht Sitze.

---

50 Vgl. zu Ulrich Klinkert Tüffers: 10. Volkskammer, S. 65, Anm. 51,

51 Katharina Landgraf: Das Tor zur Politik, in: Beate Neuss/Hildigund Neubert (Hg.): Mut zur Verantwortung. Frauen gestalten die Politik der CDU. Köln/Weimar/Wien 2013, S. 523–531, hier 523.

52 Krügers Berufung, in: FAZ vom 1. Oktober 2011.

53 Revolution und Demokratie. Fünf Jahre nach der freien Volkskammerwahl am 18. März 1990. Dokumentation des 3. Wittenberger Gesprächs am 17./18. März 1995. Hg. von der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt. München 1995, S. 89.

54 [https://www.zeitzeugen-portal.de/videos/\\_6ZAbKZwjUU](https://www.zeitzeugen-portal.de/videos/_6ZAbKZwjUU) (Abruf: 17. Dezember 2020).

55 Claudia Crawford: Das Gegenteil von Macht ist Ohnmacht, in: Neuss/Neubert (Hg.): Mut zur Verantwortung, S. 651–662, hier 652.

56 Nach eigener Aussage war für sie das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking im Juni 1989 der Anlass, aus der DBD auszutreten. Vgl. Der Paragraph 218 brachte das Aus, in: Märkische Allgemeine vom 31. Januar 2013, <https://www.maz-online.de/Lokales/Ostprignitz-Ruppin/Neuruppin/Der-Paragraph-218-brachte-das-Aus>, (Abruf: 17. Dezember 2020).

57 Zit. nach Tüffers: 10. Volkskammer, S. 15, Anm. 28.

*Die Kandidaten des Demokratischen Aufbruchs*

Der 43 Mitglieder zählende Hauptausschuss des DA nominierte am 17. Februar in Magdeburg eine sechsköpfige sogenannte „Wahlmannschaft“, bestehend aus Wolfgang Schnur, Rainer Eppelmann, Brigitta Kögler, Fred Ebeling, Frank Thiemig und Michael Hahn, allesamt Vorstandsmitglieder der Partei.<sup>58</sup> Ihnen sollten „im Falle einer Landesliste die jeweils ersten Kandidaten der einzelnen Bezirke zugeordnet werden (einstimmig), unter Vorbehalt der Zustimmung der Bezirke“.<sup>59</sup> Jeder Wahlkreis sollte „so viele Kandidaten wie möglich“ aufstellen, dabei war, wie auch bei der CDU, eine Kandidatur von Parteilosens denkbar, sofern sie sich zum Programm des DA bekannten.<sup>60</sup>

In der Presse war am Morgen danach zu lesen, dass der DA auf dieser Sitzung „sechs Frauen und Männer“ als Spitzenkandidaten nominiert habe.<sup>61</sup> Deren eigentliche Wahl erfolgte erst eine Woche später, in der Hauptausschusssitzung am 23. Februar. Dort wurden in geheimer Wahl zu Spitzenkandidaten bestimmt: Wolfgang Schnur für den Wahlkreis Halle, Brigitta-Charlotte Kögler für Gera, Oswald Wutzke für Frankfurt/Oder, Fred Ebeling für Potsdam, Frank Thiemig für Leipzig und Rainer Eppelmann für Berlin.<sup>62</sup> Genau zur selben Zeit fanden allerdings erst viele der Delegiertenversammlungen der Bezirke statt, auf denen die Kandidatenlisten zusammengestellt wurden. Dementsprechend konnte der Hauptausschuss nur mit ungefähren Zahlen operieren und hatte, immerhin nur fünf Tage vor Abgabefrist, noch keinen genauen Überblick, wie viele Kandidaten für den DA überhaupt zur Wahl antraten.<sup>63</sup> Aber auch die Delegiertenversammlungen mussten ihre Entscheidungen unter Vorbehalt treffen: Der Bezirksverband Frankfurt/Oder bestimmte beispielsweise, dass die Reihenfolge der Gewählten, sollte der zeitgleich tagende Hauptausschuss einen Spitzenkandidaten benennen, entsprechend neu festzulegen sei.<sup>64</sup>

Das zeigt, dass die Kandidatenkür für den DA noch schwieriger war als für die CDU. Es war sicher nicht hilfreich, dass sich im Zuge der Auseinandersetzungen um den Kurs der Partei im Dezember der linke Flügel abgespalten

58 Steffen Kammradt: *Der Demokratische Aufbruch. Profil einer jungen Partei am Ende der DDR.* Frankfurt a. M. u. a. 1997, S. 257.

59 Sitzung Hauptausschuss, 17. Februar 1990, in: ADCP 06–061-009/2.

60 Ebd.

61 Bisweilen war sogar „sechs Männer und sechs Frauen“ zu lesen, vgl. *Die Demokratie kommt zu schnell für die Parteien*, in: *Stuttgarter Zeitung* vom 19. Februar 1990.

62 Vgl. das Protokoll der Sitzung in: ACDP 07-011-3505.

63 Die Übersicht sah zu diesem Zeitpunkt so aus: „Berlin 10+, Cottbus 7, Dresden offen, Erfurt 25, Frankfurt/Oder 21, Gera 18+, Halle 15, Karl-Marx-Stadt 20+, Leipzig 14, Magdeburg 11+, Neubrandenburg 5, Potsdam 4, Rostock 16, Schwerin 6, Suhl offen“, in: ebd. Die Delegiertenversammlung Leipzig fand am 22. Februar, diejenigen von Frankfurt/Oder und Dresden am 23. Februar, die von Erfurt sogar erst am 26. Februar statt.

64 Vgl. Delegiertenversammlung Frankfurt/Oder, 23. Februar 1990, in: ACDP 07-011-3505.

und einige prominente Gründungsmitglieder dem DA den Rücken gekehrt hatten.<sup>65</sup> Außerdem verfügte er nicht in allen Bezirken über tragfähige Strukturen. Zwar trat er in allen 15 Wahlkreisen an, das allerdings unter sehr unterschiedlichen Voraussetzungen: Während die Presse beispielsweise aus Leipzig berichtete, dass am 22. Februar gerade einmal 19 stimmberechtigte Mitglieder „mit Müh und Not“<sup>66</sup> 17 Kandidaten für 37 zu vergebende Sitze aufgestellt hätten – letztlich traten für diesen Wahlkreis sogar nur 15 an<sup>67</sup> –, mussten im Wahlkreis Erfurt gleich drei Aspiranten von der Liste gestrichen werden, weil es für 34 Mandate 37 Bewerber gab.<sup>68</sup>

Auch der Wahlprozess selbst lief wohl nicht nach einheitlichem Muster und manchmal eher improvisiert ab. So hatten sich beispielsweise im Wahlkreis Dresden 15 Bewerber gefunden, aus denen von den Delegierten „gleichzeitig 8 Kandidaten durch entsprechendes Ankreuzen auszuwählen“ waren, doch am Ende erhielten nur sieben überhaupt ausreichend Stimmen. Weil das deutlich zu wenige waren, entschied man, in einem zweiten Wahlgang aus den übrig gebliebenen acht Bewerbern weitere Kandidaten auszuwählen. Dabei war jedem Stimmberechtigten freigestellt, wieviele Bewerber er ankreuzen wollte. Auf diese Weise kamen noch einmal vier Namen hinzu, so dass man schließlich elf Kandidaten aufstellen konnte – in einem Wahlkreis, in dem 46 Mandate zu vergeben waren.<sup>69</sup>

Wie vorläufig die Entscheidungen des Hauptausschusses waren, sieht man daran, dass es bis zur Einreichung der Wahlvorschläge sogar auf den Spitzenplätzen noch einmal zu wesentlichen Änderungen kam: Denn am 18. März stand die stellvertretende DA-Vorsitzende Brigitta-Charlotte Kögler nicht mehr, wie vereinbart in Gera, sondern in Karl-Marx-Stadt als erster Name auf dem Stimmzettel. Und in Leipzig hatte Frank Thiemig seinen Spitzenplatz für Gabriele Sajonz räumen müssen, sie war die einzige Frau auf der dortigen, 15 Kandidaten umfassenden Liste.<sup>70</sup> Doch eine weitere Änderung nur drei Tage vor der Wahl sollte sich als das größte Problem des DA erweisen: Die Partei musste ohne ihren Vorsitzenden und Spitzenkandidaten im Wahlkreis Halle, den von einigen bereits als Ministerpräsidenten in spe gehandelten Anwalt Wolfgang Schnur auskommen, weil der „Spiegel“ ihn als IM-Spitzel enttarnt hatte.<sup>71</sup> Für eine Nachnominierung war es da schon zu spät. Vor allem diese Affäre sollte

65 Die Demokratie kommt zu schnell für die Parteien, in: Stuttgarter Zeitung vom 19. Februar 1990 sowie Kammradt: Demokratischer Aufbruch, S. 159f.

66 Ottfried Hennig: Leipzig und die Mühen des DDR-Wahlkampfes, in: Kieler Nachrichten vom 26. Februar 1990.

67 Vgl. das Protokoll in: ACDP 07-011-3505.

68 Delegiertenkonferenz Erfurt, 26. Februar 1990, in: ACDP 06-061-009-7.

69 Vertreterversammlung DA Bezirk Dresden 23. Februar 1990, in: ACDP 07-011-3505.

70 Vgl. die Liste der jeweils ersten drei Kandidaten aller Parteien pro Wahlkreis in: BArch, DA 1/19417.

71 „Das war ’ne Top-Quelle“, in: Der Spiegel vom 11. März 1990.

die Erfolgchancen des DA massiv beeinträchtigen und war wohl der Hauptgrund für das miserable Abschneiden der Partei am 18. März mit lediglich 0,9 Prozent der Stimmen.

*Die Fraktion der evangelischen Diplom-Ingenieure – Zur Sozialstruktur*

Laut Christopher Hausmann unterschied sich die 10. Volkskammer in ihrer sozialstatistischen Zusammensetzung „fundamental vom Rest der Gesellschaft“ und wies in puncto Konfessionszugehörigkeit ein „genau invers[es]“ Verhältnis von Atheisten zu Christen zu dem der Gesamtbevölkerung auf,<sup>72</sup> auch wenn das oft der Wahrnehmung – und wohl auch dem Wunschbild – vieler Beteiligter widersprach.<sup>73</sup> Die CDU/DA-Fraktion fügt sich in dieses Muster. Vier Punkte sind in diesem Zusammenhang erwähnenswert:

1. CDU/DA war eine protestantische Fraktion: 65 Prozent Protestanten standen 27,4 Prozent Katholiken gegenüber, der Rest setzte sich zusammen aus einem Adventisten, einem Baptisten, einem Altlutheraner und einem Mitglied der Herrnhuter Brüdergemeinde, ein Abgeordneter bezeichnete sich generalisierend als „christlich“, eine weitere Abgeordnete gab „ohne Konfession“ an, 4,8 Prozent machten gar keine Angaben.<sup>74</sup> Von den vier DA-Abgeordneten waren drei evangelisch und einer katholisch.<sup>75</sup>

Dennoch waren in der Fraktion auch die Katholiken „weit überproportional vertreten (25 Prozent) sowohl im Vergleich zu den anderen Fraktionen, als auch zur Gesamtbevölkerung, wo sie nur ca. fünf Prozent ausmachten.“<sup>76</sup> Christopher Hausmann erklärt dies mit der Herkunft aus zum einen katholischen Regionen

72 Hausmann: Elitenpool, S. 533. Ich beziehe mich im Folgenden auf seine Daten. Mit geringfügig differierenden Zahlen Hans-Michael Kloth: Einige Zahlen zur 10. Volkskammer, in: ZParl 22 (1991), S. 467–473 sowie Peter Schindler (Hg.): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Bd. 3. Berlin 1999, S. 3891–3895.

73 Gerd Gies war zum Beispiel der Ansicht, die Volkskammer habe „eher den Bevölkerungsquerschnitt“ dargestellt als der Bundestag, zit. nach Tüffers: 10. Volkskammer, S. 66, Anm. 56.

74 Angaben nach Hausmann: Biographisches Handbuch. Zum Verhältnis der Block-CDU zur Kirche vgl. Schmidt, Blockpartei, S. 81–102.

75 Zwei der im August hinzukommenden DSU-Abgeordneten waren evangelisch, der dritte machte keine Angaben. Zwei von vier DBD-Abgeordneten waren evangelisch, zwei konfessionslos.

76 Hausmann: Elitenpool, S. 533.

wie dem Eichsfeld und dem östlichen Sachsen,<sup>77</sup> zum anderen mit dem „hohen Anteil aus Schlesien und Böhmen stammender Abgeordneter“<sup>78</sup>.

Es gab sechs evangelische Theologen beziehungsweise Pfarrer in der Fraktion,<sup>79</sup> wobei Klaus Domke als solcher zu erkennen war, weil er mit schwarzem Jackett und Kollarhemd im Plenum saß, und sechs Mitglieder, die vor 1990 in den Synoden der Evangelischen Kirche der DDR, zum Teil in leitender Funktion, aktiv waren – was im übrigen auch hieß, dass sie mit parlamentarischen Verfahren vertraut waren, ein kaum zu überschätzender Vorteil in einem Parlament, in dem die wenigsten davon eine Ahnung hatten.

2. CDU/DA war eine relativ junge Fraktion, so wie die 10. Volkskammer – verglichen mit dem 11. Deutschen Bundestag – generell ein recht junges Parlament war. Das älteste Fraktionsmitglied, Eberhard Goldhahn, war Jahrgang 1927, das jüngste, Kay Riemann, Jahrgang 1971. Zwei Drittel der Fraktion war jünger als 50, das Durchschnittsalter lag bei 40, das der Volkskammer insgesamt bei 41,8 Jahren.<sup>80</sup>

3. Der Akademikeranteil der Fraktion war mit 83,7 Prozent sehr hoch.<sup>81</sup> 48 Mitglieder trugen einen Dokortitel (30,2 %). Dabei war, wie in der Volkskammer insgesamt, die sogenannte technische Intelligenz deutlich überrepräsentiert. Der Anteil von Ingenieuren in der Fraktion, diplomiert oder promoviert lag bei 37,3 Prozent, lediglich bei den Liberalen war er noch höher. Hinzu kamen Angehörige einer Reihe anderer wissenschaftlicher und/oder technischer Berufe wie Elektromonteur, Mechaniker, Chemiker oder Physiker. Als zweitstärkste Berufsgruppe in der Fraktion kamen nach den Ingenieuren die Ärzte (sowohl Human- als auch Veterinärmediziner) mit 13 Prozent, auch sie waren bei CDU/DA zahlreicher vertreten als in den anderen Fraktionen, an dritter Stelle die

---

77 Ebd. Aus dem Eichsfeld kamen Lothar Barthel, Rolf Berend, Willibald Böck, Werner Henning, Gisbert Paar und Eberhard Scharf, aus der (sorbischen) Oberlausitz Ulrich Klinkert, Maria Michalk, Ludwig Noack und Stanislaw Tillich. Zur CDU im Eichsfeld vgl. Schmidt: Blockpartei, S. 152 f. u. 246–287.

78 Hausmann: Elitenpool, S. 533. Aus Schlesien kamen Rudolf Essler, Alfred Gomolka, Werner Sobetzko und Johannes Winter, aus Böhmen Wolfgang Janka, Georg Janovsky, Manfred Kober, Harald Schreiber sowie Horst Schulz (DA). Auch Reinhard Anders stammte aus (Nieder-)Schlesien, war aber evangelisch.

79 Die (prozentual) meisten Theologen und Pfarrer gab es in der SPD-Fraktion. Vgl. 19 Pfarrer in der Volkskammer, in: Neue Zeit vom 31. März 1990. Christopher Hausmann deutet den geringen Anteil der Pfarrer bei CDU/DA als Widerspiegelung der „relative[n] Kirchenferne der alten Block-CDU“, Elitenpool, S. 537.

80 Das Durchschnittsalter des 11. Deutschen Bundestags betrug 49,3 Jahre, das Durchschnittsalter in der CDU/CSU-Fraktion lag noch einmal 1,6 Jahre darüber, vgl. Schindler (Hg.): Datenhandbuch, S. 564.

81 Auch dieser Befund gilt mit 85,1 % Akademikern (40 % davon promoviert) für die 10. Volkskammer insgesamt. (Im Einzelnen: SPD 92,8 bzw. 36,4 %, PDS 89,7 bzw. 62,3 %, Liberale 82,6 bzw. 42,1 %, DSU 58,3 bzw. 42,9 %, Bündnis 90/Grüne 85 bzw. 41,2 %.)

Pädagogen mit 11,8 Prozent. 47,9 Prozent der Fraktionsmitglieder waren im Öffentlichen Dienst beschäftigt.

4. Das Geschlechterverhältnis in der Fraktion war unausgewogen: Von 163 Fraktionsmitgliedern waren 26 Frauen, das entspricht 15,4 Prozent.<sup>82</sup> Der Gesamt-Frauenanteil in der 10. Volkskammer lag mit 20,5 Prozent (82 Abgeordnete) zwar fünf Prozentpunkte darüber, von einer Parität war man damit aber ebenfalls weit entfernt. Selbst wenn Frauen vor 1990 in der Volkskammer stärker vertreten waren – von 1949 an bis zum Jahr 1989 betrug ihr Anteil zwischen 23 und 34 Prozent<sup>83</sup> –, spielten sie in der DDR, ungeachtet anderslautender, vor allem ideologisch motivierter Behauptungen, generell, „[w]eder in [...] der SED, noch in den Blockparteien oder in entscheidenden politischen Positionen“ eine „große Rolle. Frauen waren auf jeder Ebene der politischen Macht unterrepräsentiert.“<sup>84</sup>

#### *Fraktionsgemeinschaft zweier ungleicher Partner*

Bereits im Entwurf der vorläufigen Geschäftsordnung der Volkskammer war das Quorum für die Bildung einer Fraktion auf zehn Abgeordnete festgelegt.<sup>85</sup> Aus diesem Grund musste nach dem 18. März geklärt werden, was mit dem DA geschehen sollte, denn er hatte nach seinem enttäuschenden Abschneiden bei der Wahl mit den vier Abgeordneten Rainer Eppelmann, Hans Geisler, Brigitta Charlotte Kögler und Horst Schulz noch nicht einmal genügend Mitglieder für eine Gruppe, geschweige denn für eine eigene Fraktion. Zur Wahl war der DA zusammen mit CDU und DSU in der Allianz für Deutschland angetreten.<sup>86</sup> Doch die Idee, die Allianz als Fraktionsgemeinschaft in der Volkskammer fortleben zu lassen, stieß auf wenig Gegenliebe.<sup>87</sup> Schon das Wahlbündnis selbst, das vornehmlich auf Betreiben Helmut Kohls zustande gekommen war, laut

82 In der PDS-Fraktion lag der Frauenanteil bei 40,9 %, SPD 25 %, Bündnis 90/Grüne 20 %. DBD/DFD, DSU und Liberale bildeten mit 10,8 und 0 % das Schlusslicht. Vgl. Schindler (Hg.): Datenhandbuch, S. 3893.

83 Im 11. Deutschen Bundestag (vor dem 3. Oktober 1990) lag der Frauenanteil bei 15,4 %, derjenige der CDU/CSU-Fraktion bei 7,7 %. Vgl. Anna Kaminsky: Frauen in der DDR. Berlin 2016, S. 63.

84 Kaminsky: Frauen, S. 59. Vgl. auch Gisela Helwig: Frauen im SED-Staat, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. III/2. Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995, S. 1223–1274.

85 Vgl. BArch DA 1/17469.

86 Vgl. Michael Richter: Die Bildung der Allianz für Deutschland, in: HPM 5 (2008), S. 335–346; Kammradt: Demokratischer Aufbruch.

87 Vgl. Michael Richter: Die Blockpartei CDU und die friedliche Revolution 1989/90, in: Tilmann Mayer (Hg.): Deutscher Herbst 1989. Berlin 2010, S. 119–127, hier 126; Schmidt: Blockpartei, S. 100–103.

Ute Schmidt ein „wahlstrategisch begründetes Zweckbündnis“<sup>88</sup>, waren die Beteiligten eher widerwillig eingegangen. Alle drei hatten sich mit je eigenem Programm und eigenen Kandidaten zur Wahl gestellt. Die Chancen für eine weitere parlamentarische Zusammenarbeit nach dem Vorbild der Bonner CDU/CSU-Fraktion, auch das ein Wunsch Kohls, standen deshalb von vornherein schlecht.

Bei einem Gespräch der Parteivorsitzenden von Ost-CDU, DSU, DA, West-CDU und CSU am 21. März in Bonn reichte es dann nur zur Vereinbarung einer Arbeitsgemeinschaft, die „organisatorisch, aber keineswegs politisch zusammenarbeiten“ sollte. Doch auch sie blieb lediglich Absicht.<sup>89</sup> Das Vorhaben scheiterte an der Weigerung der DSU und vor allem an der sich querstellenden CSU, die auf der Eigenständigkeit ihrer ostdeutschen Schwesterpartei beharrte. Lothar de Maizière behauptete gegenüber der Presse, dass so etwas wie eine Fraktionsgemeinschaft in der Volkskammer ohnehin nicht vorgesehen sei.<sup>90</sup> Das hinderte die CDU aber nicht, am 2. April dann genau eine solche zumindest mit dem DA zu vereinbaren und deren vier Abgeordnete per Akklamation in die Fraktion aufzunehmen.<sup>91</sup> Zunächst nur als Gäste, bis Charlotte Kögler zwei Wochen später einen formellen Beschluss einforderte, „um wirklich dazuzugehören“.<sup>92</sup> Von diesem Zeitpunkt an bis Anfang August, als der DA angesichts seiner schwindenden Erfolgchancen bei den bevorstehenden Wahlen auf einem Sonderparteitag mit knapper Mehrheit die Fusion mit der CDU beschloss, firmierte sie unter dem Namen CDU/DA-Fraktion.<sup>93</sup>

### *Personalentscheidungen – Die Fraktionsführung*

Idealerweise halten sich Neulinge in einer Fraktion erst einmal zurück, arbeiten sich ein und lernen. Die Fraktionsleitung ist Sache der Alteingesessenen. Doch das ist ein wenig taugliches Verfahren, wenn es nur Neulinge gibt: in der 10. Volkskammer waren „ausnahmslos alle [...] Lernende“.<sup>94</sup> Lothar de Maizière folgerte daraus, dass jeder, der ein Mandat habe, fähig sei, Führungs-

88 Ute Schmidt: Transformation einer Volkspartei – Die CDU im Prozeß der deutschen Vereinigung, in: Oscar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen 1994, S. 37–74, hier 42.

89 Die Hand zur Koalition ist weit ausgestreckt, in: Neue Zeit vom 23. März 1990.

90 Ebd. sowie: DDR-Allianz wird keine Fraktion, in: Frankfurter Rundschau vom 23. März 1990.

91 Vgl. ACDP 07-011-6100.

92 Bei zehn Gegenstimmen und 17 Enthaltungen. Fraktionssitzung 19. April 1990, in: ACDP 07-011-6013; Wolfgang Jäger/Michael Walter: Die Allianz für Deutschland. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90. Köln/Weimar/Wien 1998, S. 97–147.

93 DDR-Parteienlandschaft formiert sich zur Wahl, in: Berliner Zeitung vom 6. August 1990.

94 De Maizière in der Fraktionssitzung am 11. April 1990, in: ACDP 07-011-6103.

positionen zu übernehmen, einen gewissen Vertrauensvorschluss vorausgesetzt.<sup>95</sup> Der war nötig, denn alle zentralen Funktionen mussten besetzt werden, ohne dass man genau wissen konnte, ob der Kandidat oder die Kandidatin der Aufgabe gewachsen war, schließlich kannte man einander nicht. Dennoch war der Kreis der Funktionsträger nicht sehr groß, einige Namen begegnen immer wieder.<sup>96</sup>

Für die Wahl des Fraktionsvorsitzenden am 27. März hatte der Parteivorstand Lothar de Maizière vorgeschlagen sowie als seine Stellvertreter den Rostocker Informatiker Günther Krause und den Ingenieur Klaus Reichenbach, beide Spitzenkandidaten ihres jeweiligen Wahlkreises und CDU-Kreisvorsitzende. Die Fraktion allerdings akzeptierte das nicht so ohne weiteres und nominierte mit Harald-Dietrich Kühne und Sabine Bergmann-Pohl zwei Gegenkandidaten aus den eigenen Reihen. Beide konnten sich aber weder gegen de Maizière noch bei der Wahl der Stellvertreter durchsetzen. Damit war der Parteivorstand zwar letztlich auf ganzer Linie erfolgreich, doch de Maizières Ergebnis war mit 52 Prozent wenig überzeugend. Und auch Krause und Reichenbach kamen im jeweils nötigen zweiten Wahlgang nur auf 60 bzw. 65 Prozent der Stimmen.

Es war allerdings ohnehin klar, dass das nur eine Interimslösung sein konnte. Mit der bevorstehenden Wahl de Maizières zum Ministerpräsidenten am 12. April musste der Fraktionsvorstand nach nur zwei Wochen wieder umgebildet werden. Auch auf anderen Positionen waren Nachwahlen nötig, weil weitere Abgeordnete in die Ministerien wechselten. Nachfolger de Maizières wurde mit 74 Prozent der Stimmen Günther Krause. Er setzte sich gegen Wolfgang König durch, der anschließend mit Gerd Gies und Harald-Dietrich Kühne um den Posten des ersten Stellvertreters konkurrierte. Dieses Mal war König mit 60 Prozent im zweiten Wahlgang erfolgreich. Den Platz des zweiten Stellvertreters sicherte sich mit 51 Prozent Bertram Wiczorek.<sup>97</sup>

Der Vorstand wurde komplettiert durch die Parlamentarischen Geschäftsführer, (die zusammen mit dem Vorsitzenden und seinen beiden Stellvertretern den geschäftsführenden Vorstand bildeten), die Vorsitzenden der Arbeitskreise als stellvertretende Vorsitzende und acht Beisitzer und entsprach damit in der Struktur dem der CDU-Bundestagsfraktion. Bereits am 27. März hatte Birgit Kayser die Wahl gegen den vom Fraktionsvorstand favorisierten Gerhard Pohl für den Posten des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers gewonnen. Am 10. April wurde ihr Udo Kamm als Stellvertreter zur Seite gestellt. Doch weil das Arbeitspensum von beiden allein nicht mehr zu bewältigen war, wurden

95 Ebd.

96 Vgl. die Sitzungen am 27. März, 10./11. April, 15. Mai u. 22. Mai, in: ACDP 07-011-3897, -6013, -6107 u. 6108.

97 Fraktionssitzung, 10./11. April 1990, in: ACDP 07-011-6013. Sowohl bei Hausmann: Handbuch, S. L, als auch im Datenhandbuch, S. 3903 ist Rainer Jork für die Zeit zwischen 10. April und 15. Mai als stellvertretender Fraktionsvorsitzender aufgeführt. Das lässt sich durch die Protokolle jedoch nicht belegen.

am 15. Mai zusätzlich zu Kayser drei weitere Parlamentarische Geschäftsführer gewählt, die Zahl also auf vier erhöht und gleichzeitig die Aufgaben neu verteilt: Neben Paul Krüger als nunmehr Erstem Parlamentarischen Geschäftsführer, der die Fraktion im Volkskammerpräsidium vertrat, Michael Luther, zuständig für die Personalkoordination sowie Clemens Schwalbe, verantwortlich für Technisch-Organisatorisches und Finanzen. Kayser kümmerte sich um die Koordination von Auslands- und Pressetätigkeit und allgemein um „Freud und Leid“.<sup>98</sup> Udo Kamm wechselte auf den Posten Wolfgang Königs als stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Die Vorsitzenden der zunächst sechs Arbeitskreise waren ebenfalls am 10. April gewählt worden.<sup>99</sup> Da der Arbeitskreis Wirtschaft aber zu groß dimensioniert war, wurden Ende Mai die Bereiche Landwirtschaft/Forsten/Ernährung, Umwelt/Energie und Mittelstand abgetrennt und erhielten mit Gottfried Haschke, Gunter Bechstein und Gerhard Schulz eigene Vorsitzende. Die acht Beisitzer wurden nach Landesgruppenzugehörigkeit ausgewählt, Thüringen und Sachsen mit je zwei, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin mit je einem Vertreter.<sup>100</sup> Zu diesem Zeitpunkt war die DDR immer noch in Bezirke eingeteilt – die Länder gab es erst ab dem 3. Oktober wieder. Die sechs CDU-Landesverbände waren allerdings bereits zwischen Januar und März 1990 gegründet worden.

Weitere Gremien der Fraktion, deren Mitglieder allerdings nicht zum Vorstand beziehungsweise nicht mehrheitlich zum Vorstand gehören durften, waren der Ehrenrat und die für die Aufstellung des Finanz- und Stellenplans der Fraktion verantwortliche fünfköpfige Finanzkommission.<sup>101</sup>

Die Geschäfte der Fraktion führte zunächst Adolf Niggemeier.<sup>102</sup> Weil er aber den Posten des Direktors der Volkskammerverwaltung übernahm, wurde

98 Vgl. die Geschäftsverteilung vom 21. Mai 1990, in: ACDP 07-011-6013.

99 AK 1: Roland Becker (Stellv. Maria Michalk), AK 2: Johannes Nitsch (Stellv. Zimmermann), AK 3: Harald Dietrich Kühne (Stellv. Stefan Reber), AK 4: Hans-Henning Axthelm (Stellv. Reinhard Anders), AK 5: Bertram Wiczorek AK 5 (Stellv. Hans-Dirk Bierling), AK 6: Uwe Grüning (Stellv. Rainer Jork).

100 Thüringen: Udo Haschke, Hans-Henning Axthelm, Sachsen: Jürgen Schröder, Angelika Pfeiffer, Sachsen-Anhalt: Clemens Schwalbe, Berlin: Ernst-Hinrich Weber, Brandenburg: Else Ackermann, Mecklenburg-Vorpommern: Susanne Jaffke.

101 Ehrenrat: Rainer Jelen, Heinrich Douffet, Reinhard Anders; Finanzkommission: Carmen Stange, Dieter-Lebrecht Koch, Johanna Köhler, Rüdiger Kreis, Dörte Martini zum Berge.

102 Niggemeier gehörte seit 1948 der CDU an und war dort seit den 1950er Jahren als Funktionär tätig, von 1977 an Präsidiumsmitglied und Sekretär des Hauptvorstands, von 1967 bis März 1990 Volkskammermitglied, vom 16. November 1989 bis März 1990 Fraktionsvorsitzender der CDU und Mitglied des Volkskammerpräsidiums. Zu seiner jahrzehntelangen Tätigkeit als IM (er berichtete u. a. über die Aktivitäten der Ortsgruppe Neuenhagen) vgl. Schmidt: Blockpartei, S. 45, Anm. 5, u. 47 ff.

er schon Anfang April von Rainer Viererbe<sup>103</sup> abgelöst, der die Funktion eines Fraktionssekretärs bereits seit Oktober 1989, also noch in der 9. Volkskammer, ausgeübt hatte. Beide waren keine gewählten Abgeordneten. Dass die Fraktion auf sie zurückgriff, hatte sicherlich mit ihrer Volkskammererfahrung zu tun, war aber auch schlicht Ausdruck von Personalmangel. Nur fehlten sie damit anderweitig, in diesem Fall in der Geschäftsstelle des Parteivorstands.<sup>104</sup>

Paul Krüger fand auch rückblickend noch das Personaltableau recht überzeugend: Es war „notwendig [...], sofort die Führungsgremien der Fraktion zu wählen, ohne daß wir uns kannten und richtig einschätzen konnten. Viele dieser Entscheidungen wurden demzufolge sehr spontan, zum Teil sehr emotional und vielleicht auch zufällig getroffen. Trotz einiger Korrekturen, die später notwendig wurden, ist es erstaunlich, daß diese Personalentscheidungen aus heutiger Sicht wohl überwiegend angemessen und richtig getroffen wurden.“<sup>105</sup>

### *Fraktionsalltag*

„Ich sehe uns noch am 27. März, dem Datum der konstituierenden Fraktionssitzung, suchend durch die Gänge des damaligen Finanzministeriums irren. Kaum jemand kannte den anderen.“<sup>106</sup> Orientierungslosigkeit war wohl das Grundgefühl der ersten Tage. Und das gleich in mehrfacher Hinsicht: Der Ort war neu, die Aufgabe war neu und die Personen waren es auch.

Die Situation war paradox: obwohl 80 Prozent der Fraktionsmitglieder zum Teil seit Jahren derselben Partei angehörten, kannten sie einander nicht. Doch in einem politischen System ohne funktionierende Öffentlichkeit mit einem in den meisten Fällen wohl lediglich lokalen Aktionsradius der Parteimitglieder kann das nicht wirklich verwundern.<sup>107</sup> Fürs Erste behalf man sich mit dem Erstellen von Namens-, Adress- und Berufslisten und mit Namensnennung bei jeder Wortmeldung. Die Blockvergangenheit machte sich allerdings noch geraume Zeit im Umgang miteinander bemerkbar: Es dauerte, bis die traditionelle Anrede „Unionsfreund“ oder „Unionsfreundin“ dem einfachen Namen gewichen war.<sup>108</sup>

Man kann die kurze Geschichte der 10. Volkskammer als einen rasanten Angleichungsprozess an das westdeutsche parlamentarische Modell beschreiben.

103 Viererbe war in den 1960er Jahren Mitglied des Zentralrats der FDJ, von 1979 bis 1988 Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen beim Sekretariat des Hauptvorstands der CDU, zuvor dort Niggemeiers Stellvertreter, und von 1988 an Abteilungsleiter Chefredakteur Blick in unsere Presse.

104 Vgl. die Klage Horst Korbellas in der Parteivorstandssitzung am 28. Mai 1990, dem zusätzlich der gerade erst eingestellte Justiziar abhandengekommen war, weil er ebenfalls für die Volkskammer gebraucht wurde, in: ACDP 07-011-3616, Bl. 33.

105 Krüger: CDU/DA, S. 154.

106 Ebd.

107 Zur Arbeit in den Ortsgruppen am Beispiel Worbis vgl. Schmidt: Blockpartei, S. 264.

108 Fraktionssitzung, 2. April 1990, in: ACDP 07-011-6100.

Sie war von Beginn an ein Übergangsparlament. Das war die Konsequenz aus der Forderung nach einer möglichst schnellen Einheit und Anpassung an westdeutsche Verhältnisse, die die Wähler am 18. März mit ihrem Votum für die Allianz für Deutschland zum Ausdruck gebracht hatten. Diese Angleichung erfolgte auf mehreren Ebenen: außer über den spiegelbildlichen Aufbau von Ministerien und entsprechenden Parlamentsausschüssen vor allem mit Hilfe der Übernahme der Geschäftsordnungen für Bundestag und Fraktionen. So stützte sich der Entwurf der CDU-Fraktionsgeschäftsordnung „auf in langjähriger parlamentarischer Arbeit entstandene und bewährte Dokumente der Bundestagsfraktion der CDU“.<sup>109</sup> Die Struktur beider Fraktionen war quasi identisch, bis hin zur Organisation in Landesgruppen.

Auch der Arbeitsplan der Fraktion war sozusagen klassisch: Beginnend montags in den Wahlkreisen – auch die Koalitionsrunde fand an diesem Tag um 19 Uhr statt –, setzte am Dienstag die eigentliche Fraktionsarbeit ein: In der Regel trafen sich von 8 bis 10 Uhr die Parlamentarischen Geschäftsführer, zwischen 10:15 und 12 Uhr die Arbeitsgruppen beziehungsweise Arbeitskreise, von 12:30 bis 14 Uhr die Landesgruppen, von 14 bis 16 Uhr der Fraktionsvorstand, schließlich folgte um 16 Uhr die Fraktionssitzung. Mittwoch und Freitag waren für Arbeitskreise und Ausschüsse reserviert. Donnerstags eine Stunde vor der Plenarsitzung, die regulär um 10 Uhr begann, kam die Fraktion zu einem kurzen Vorbereitungstreffen zusammen. Sofern freitags noch eine Plenarsitzung, zumeist um 9 Uhr, angesetzt war, gab es ebenfalls eine Stunde zuvor eine Fraktionssitzung.<sup>110</sup>

Angesichts des enormen Zeitdrucks und der Komplexität der Aufgabe wurde Unterstützung aus Bonn gerne angenommen, wie bei allen Fraktionen, die ein westdeutsches Pendant hatten: Ende April meldeten sich mehrere Arbeitskreise mit der Bitte an die Fraktionsführung, „so schnell wie möglich Hilfe aus Bonn zu erhalten“.<sup>111</sup> Und noch im Juni fürchteten die Mitglieder des Rechtsausschusses gegenüber ihren sozialdemokratischen Kollegen ins Hintertreffen zu geraten, weil es an juristischer Expertise mangelte: „Die SPD hat das voll im Griff, die werden von drüben unterstützt.“<sup>112</sup>

Die Kooperation war umfassend. So nahmen an der konstituierenden Fraktionssitzung am 27. März, die bereits mit Unterstützung der Bonner Kollegen vorbereitet worden war, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Karl-Heinz Hornhues, sein Büroleiter Wolf-Rüdiger Baumann, der Leiter des Berlin-Büros der CDU im Reichstagsgebäude Hans-Jürgen

109 Information des Sekretariats Hauptvorstand A. Niggemeier an die Abgeordneten der Fraktion, 21. März 1990, in: ACDP 07-011-3771.

110 Vgl. die Pläne der Arbeitswochen in: ACDP 07-011-6013.

111 Fraktionssitzung, 24. April 1990, in: ACDP 07-011-6013.

112 Fraktionssitzung, 19. Juni 1990, in: ACDP 07-011-6112.

Kaack und der Chefororganisator der Fraktion Rudolf Gebel teil.<sup>113</sup> Mehrfach kamen Gäste wie zum Beispiel Rupert Scholz, Friedrich Bohl, Jürgen Rüttgers oder Gerhard Reddemann nach Ost-Berlin.<sup>114</sup> Die Frauen der Bundestags-CDU hatten ihren ostdeutschen Kolleginnen ein Treffen vorgeschlagen.<sup>115</sup> Und zum gegenseitigen Kennenlernen war die gemeinsame Sitzung beider Fraktionen am 28./29. Mai gedacht. Schließlich stattete auch Helmut Kohl der Fraktion Ende August einen Besuch ab, um gemeinsam mit Lothar de Maiziere über die Verhandlungen zum Einigungsvertrag zu informieren.

Gerade zu Beginn lief vieles nicht rund, schlicht weil die Erfahrung fehlte. Denn es reicht nicht, Strukturen und Verfahren einfach zu übernehmen, der Umgang mit ihnen muss geübt werden. So musste man sich anfangs, neben der Klärung dringender organisatorischer Fragen, erst mit den parlamentarischen Spielregeln vertraut machen. Auch über die eigene Rolle herrschte keineswegs Klarheit: Das erste Zusammentreffen der Fraktion ähnelte einem Wunschkonzert. Viele Abgeordnete kamen mit regelrechten Arbeitsaufträgen aus ihren Wahlkreisen, um deren Anliegen vorzutragen, in dem Glauben, am Wochenende mit fertigen Lösungen für konkrete Probleme versehen wieder nach Hause zurückfahren zu können. Jemand schlug vor, eine Delegation für direkte Verhandlungen mit der Bundesregierung zu bilden, auch um nachher sagen zu können, „an diesem Prozess mitgewirkt und nicht nur daneben gestanden“ zu haben, musste sich aber sagen lassen, dass das nicht Aufgabe der Fraktion sei.<sup>116</sup>

Die Neigung, ausgiebig Probleme aus den Wahlkreisen vorzutragen, oder sich in Grundsatzdebatten zu verzetteln und damit wertvolle Zeit zu verlieren, bekam die Fraktion bis zum Ende nicht wirklich in den Griff. Das, was eigentlich in den Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen bis zur Entscheidungsreife hätte vorberaten werden sollen, um nur noch zur Information und Abstimmung vorgelegt zu werden, wurde doch immer wieder in der Vollversammlung diskutiert. Die Versuche der Fraktionsführung, diese Prozesse beispielsweise durch thematische Vorauswahl stärker zu steuern, führte zu Kritik, weil sich einige bevormundet und gegängelt fühlten.<sup>117</sup> Umgekehrt klagten die Parlamentarischen Geschäftsführer über stockende Rückläufe aus den Arbeitskreisen, mangelnde Disziplin und fehlerhafte Anträge, manchmal sei es schwer zu erkennen, was mit ihnen bezweckt werde, sofern sie überhaupt eine „halbwegs brauchbare juristische Form“ hätten.<sup>118</sup>

113 Karl-Heinz Hornhues: „Deutschland einig Vaterland ...!“ Meine Fußnoten zur Deutschen Einheit. Bonn/Berlin 2000, S. 122 f.

114 Fraktionssitzungen 20. Juni u. 17. Juli 1990

115 Fraktionssitzung, 8. Mai 1990, in: ACDP 07-011-6016.

116 Fraktionssitzung, 2. April 1990, in: ACDP 07-011-6100.

117 Fraktionssitzung, 8. Mai 1990, in: BArch DA 1/16627.

118 Fraktionssitzung, 22. Mai 1990, in: ACDP 07-011-6108.

Die Größe der Fraktion war nicht immer von Vorteil. Denn wenn es darum ging, schnell auf neue Situationen zu reagieren, Informationen weiterzuleiten, sich abzustimmen und zu Entscheidungen zu gelangen, waren die anderen viel flexibler. CDU/DA musste dafür jedes Mal in einen eigenen Raum gehen, weil sie sich wegen ihrer schieren Größe nicht wie die anderen einfach vor der Tür des Plenarsaals kurz treffen und absprechen konnte. Das begann schon mit der konstituierenden Volkskammersitzung, in der sie sich für eine kurze Besprechung „in Ermangelung eines anderen Raumes, zwischen Kulissen und Beleuchtung in der Probebühne des Palastes der Republik“ versammeln musste, wobei einige Mitglieder Schmiere standen, um sicherzugehen, dass niemand von taktischen Absprachen und Interna erfuhr.<sup>119</sup>

Zwar war in der konstituierenden Sitzung der Fraktion davon die Rede, dass die Volkskammer ein Arbeitsparlament sei, nur konnte sich darunter wohl kaum jemand etwas vorstellen. Der Typ Parlament, den die Abgeordneten kannten, war die klassische „sozialistische Vertretungskörperschaft“, deren Mitglieder ehrenamtlich tätig waren und in dieser Funktion zwei- bis dreimal im Jahr nach Ost-Berlin zu einer Tagung fuhren, um gleich darauf wieder in ihre Heimatorte und Berufe zurückzukehren. Und so stellten sich viele auch jetzt ihre Aufgabe vor. Der „Berufsparlamentarier“ war in der DDR nur als bürgerliches Schreckbild aus dem Westen ein Begriff. Zum Zeitpunkt ihrer Nominierung war den meisten aber nicht klar, dass genau das sie nun erwartete. Ulrich Klinkert beispielsweise hatte „spontan zugesagt“, und konnte sich „nicht vorstellen, dass das ein Berufsparlament wird“.<sup>120</sup>

Selbst wenn im Parteivorstand Ende Februar noch keine Klarheit über den genauen Status der Abgeordneten herrschte, ging man dort doch davon aus, „daß der Umfang der Arbeit [...] sie quasi zu Berufsabgeordneten machen wird“.<sup>121</sup> Dementsprechend war für viele der Akteure die Erkenntnis, dass sie sozusagen unter falschen Voraussetzungen angetreten waren, ein regelrechter Schock. Viele bekannten später, dass sie gar nicht erst kandidiert hätten, hätten sie gewusst, was sie erwartet. Katharina Landgraf beispielsweise klang in der zweiten Sitzung fast schon verzweifelt: „Wenn mich von Ihnen hier niemand unterstützen kann, muss ich morgen 6:30 Uhr wieder in meinem Arbeitsort sein [...] als berufstätige Mutter von vier Kindern. Wenn Sie das heute nicht klären – ich weiß nicht, wie ich das diese Woche schaffen soll. Nächste Woche ist Ostern. Ich möchte gerne mitmachen, aber ich muss eine Klärung finden, muss ich morgen nun auf Arbeit, ja oder nein, und wie sieht es nächste Woche aus, wieviele Tage bin ich hier und wie viele Tage auf Arbeit?“<sup>122</sup> Auch andere

---

119 Krüger: CDU/DA, S. 158.

120 Interview mit Ulrich Klinkert, in: Lausitzer Rundschau vom 18. März 1990.

121 Parteivorstandssitzung, 25. Februar 1990, in: ACDP 07-011-3616, Bl. 45.

122 Fraktionssitzung, 2. April 1990, in: ACDP 07-011-6100.

waren aufgebracht: „Man kann doch nicht über 400 Leute entscheiden, ohne vorher zu fragen!“<sup>123</sup> Es ging dabei um sehr reale Ängste und existenzielle Sorgen. Denn Anfang April rechnete man noch, wenn nicht mit einer vier-, so doch mit einer mindestens eineinhalb- bis zweijährigen Wahlperiode. Dass die Volkskammer nach nur sechs Monaten ihre Arbeit schon wieder beendet haben würde, konnte zu diesem Zeitpunkt niemand ahnen. Zwar wurde kurz eine Aufteilung in ehren- und hauptamtliche Arbeit erwogen, der Gedanke wegen mangelnder Praktikabilität aber schnell wieder fallengelassen.<sup>124</sup>

Das hieß, dass für Bezahlung, also Diäten, sowie Unterkünfte und Büros in Ost-Berlin gesorgt werden musste. Allerdings war das leichter gesagt als getan. Denn die mangelhafte, eigentlich inexistenten Infrastruktur in der Hauptstadt erschwerte die Arbeit erheblich: Die Volkskammer war auf einen „normalen“ Parlamentsbetrieb nicht eingestellt. Es mangelte an allem, an Räumen – CDU/DA brauchte beispielsweise Platz für 350 Personen – genauso wie an technischer Ausstattung. Um mit seinem Bonner Kollegen Kontakt aufzunehmen, lief Johannes Nitsch anfangs fast täglich die gut zwei Kilometer zum Reichstagsgebäude, weil es in der Volkskammer lange kein Telefon gab, mit dem man auch „Auslandsgespräche“ führen konnte.<sup>125</sup> Auch Übernachtungsmöglichkeiten waren nicht vorhanden. Nach anfänglichen Problemen kamen die meisten Abgeordneten schließlich in einem Ledigenheim für Stasioffiziere in der Ruschestraße im äußersten Osten der Stadt unter. Da auch dort der Platz knapp war, mussten sich oft zwei ein Zimmer teilen, ohne dass dabei immer Rücksicht auf die Fraktionszugehörigkeit genommen werden konnte.

Vor allem durfte nichts Unvorhergesehenes geschehen. In der außerordentlichen, unter anderem für die Information über die Koalitionsverhandlungen anberaumten Fraktionssitzung am 10./11. April fehlten gleich 30 Mitglieder, einfach weil sie die Einladung zu spät oder gar nicht erreicht hatte. Da nur wenige ein Telefon besaßen, mussten dringende Informationen per Telegramm weitergeleitet werden. Im günstigsten Fall konnte bereits das bis zu fünf Stunden dauern. In weniger günstigen, wie dem von Frank Dietrich aus Kerkwitz bei Guben in der Niederlausitz, direkt an der polnischen Grenze, brauchte das „Blitztelegramm“ eineinhalb Tage. Dietrich machte sich noch in der Nacht nach Berlin auf, um den zweiten Sitzungstag nicht auch noch zu verpassen.<sup>126</sup>

Hinzu kam, dass der parlamentarische Lernprozess der Abgeordneten unter der Dauerbeobachtung der Fernsehkameras stattfand. Das, wie die neue Rolle der Medien und der Öffentlichkeit überhaupt, war gewöhnungsbedürftig und führte bisweilen zu Abwehrreaktionen: „[I]st es eigentlich noch zumutbar, sich

123 Fraktionssitzung, 4. April 1990, in: ACDP 07-011-6101.

124 Fraktionssitzung, 2. April 1990, in: ACDP 07-011-6100.

125 Vgl. Mandat zur Auflösung. Die 200 Tage der letzten Volkskammer, sachsenspiegel, Videoportage von Patricia Klieme, MDR 31. März 2010.

126 Kein ‚heißer Draht‘ – zu spät zur Volkskammer, in: Die Welt vom 12. April 1990.

13 Stunden lang beobachten und filmen zu lassen? Das hält doch kein Mensch mehr aus!<sup>127</sup>

Medienskepsis kam auch bei der Entscheidung für den Pressesprecher der Fraktion zum Ausdruck. Der Fraktionsvorstand wollte diese Aufgabe keinem Abgeordneten, sondern einem Journalisten übertragen. Doch das stieß auf unerwarteten Widerstand – das „würde ja bedeuten, dass der ständige Gast unserer Sitzungen sein müsste!“<sup>128</sup> Peter Mugay, Chefredakteur von „Die Märkische“, wie vom Präsidium vorgeschlagen, wäre die ideale Besetzung gewesen, denn Mugay war gerade kein Externer, sondern langjähriges CDU-Mitglied, seit 1989 im Parteivorstand und für den Wahlkreis Berlin in die Volkskammer gewählt.<sup>129</sup> Dennoch wurde der Vorschlag zurückgezogen. Nachdem sich die Fraktion von ihrem Gast, dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion Friedrich Bohl, hatte erklären lassen, wie die Sache in Bonn gehandhabt wurde, wollte man einen der Parlamentarischen Geschäftsführer mit dem Job betrauen. Doch die Wahl fiel auf den Beisitzer im Fraktionsvorstand Jürgen Schröder. Als Schröder nur kurz darauf zum Europabeauftragten der Fraktion bestimmt wurde, einigte man sich schließlich im Mai, wiederum nicht ohne Einwände und Diskussionen, doch auf einen Außenstehenden, den vom Fraktionsvorstand vorgeschlagenen Helmut Lück, seit Anfang 1990 Pressesprecher der Ost-CDU und im Verlag der „Neuen Zeit“ tätig.

Einige Dinge hingegen spielten sich schneller ein, als es der Fraktionsführung lieb war. Ihrer Meinung nach konnte man es mit der Anpassung an bundesdeutsche Verhältnisse und vermeintlich dort herrschende Usancen auch übertreiben: „Sie gewöhnen sich an das Verhalten der Fraktion in der BRD, man schwätzt zu laut, man kommt und geht, wie man will.“<sup>130</sup>

Das Verhältnis von Fraktion und Vorstand war generell nicht spannungsfrei. Udo Haschke beschwerte sich beispielsweise, dass bei den Koalitionsverhandlungen auf die „klugen Köpfe in der Fraktion verzichtet“ worden sei und forderte, dass die Abgeordneten endlich in Sachfragen zu Wort kämen, „denn sonst fühle ich mich hier überflüssig“.<sup>131</sup> Das war nicht nur ein Problem des Anfangs. Oft fühlte die Fraktion sich unzureichend und nicht aus erster Hand

127 Fraktionssitzung, 10. Juli 1990, in: ACDP 07-011-6116. Vgl. zur Grundproblematik Bettina Tüffers: Die Volkskammer im Fernsehen. Strategien der Selbstinszenierung in der 10. Volkskammer der DDR, in: Adéla Gjuríčová/Andreas Schulz/Luboš Velek/Andreas Wirsching (Hg.): Lebenswelten von Abgeordneten in Europa 1860–1990. Düsseldorf 2014, S. 311–332; Dies.: Fernsehaufnahmen als historische Quelle. Die Live-Übertragungen der Sitzungen der 10. Volkskammer der DDR, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 70 (2020), S. 298–314.

128 Vgl. die Fraktionssitzungen vom 27. März und 4. April 1990.

129 ACDP 07-011-3897.

130 Fraktionssitzung, 22. Mai 1990, in: ACDP 07-011-6108.

131 Fraktionssitzung, 10./11. April 1990, in: ACDP 07-011-6102. Vgl. auch das Protokoll in: ACDP 07-011-6013.

informiert. Nach dem Geschmack der meisten standen Ministerpräsident und Kabinettsmitglieder viel zu selten Rede und Antwort, weshalb sie eigens vor die Fraktion zitiert werden mussten.

Aber auch das Verhältnis zum Parteivorstand ließ aus Sicht mancher zu wünschen übrig. Gerd Gies, Vorstandsmitglied, Vorsitzender des Landesverbands Sachsen-Anhalt und selbst Abgeordneter, hielt es für „denkbar schlecht“: „Die Volkammer-Fraktion arbeitet in sich schon relativ ungeordnet und weitgehend losgelöst von der Parteibasis und vom Parteivorstand.“<sup>132</sup> Er forderte deshalb den Vorstand auf, „politische Ziele, Inhalte“ zu entwickeln, „die dann direkt in die Arbeit der Fraktion einfließen“ müssten. Lothar de Maizière allerdings hatte schon sehr früh darauf hingewiesen, dass die Fraktion unabhängig sei und es sich bei Vorstandsbeschlüssen lediglich um Empfehlungen handele.<sup>133</sup>

### *Die Fraktion als Koalitionspartner*

Die längste Zeit der Existenz der 10. Volkammer war CDU/DA Teil der mit SPD, DSU und den Liberalen gebildeten großen Koalition, wobei dieses Adjektiv völlig berechtigt ist: Sie verfügte über eine, aus Sicht der Opposition erdrückende, Mehrheit von 303 zu 97 Stimmen. Trotz aller Vorbehalte, die die Partner gegeneinander hegten, hatte man sich auf dieses Bündnis geeignet, weil für viele der anstehenden Entscheidungen Zweidrittelmehrheiten nötig waren.

Zu Beginn waren daher erhöhte Kompromissbereitschaft und Rücksichtnahme auf die Befindlichkeiten der anderen gefragt. In der Fraktion war vor allem die Besetzung einzelner Posten sehr umstritten, auf die die Koalitionspartner jeweils Ansprüche erhoben. Dabei wird deutlich, dass für die Fraktion eher die (vermuteten) Erwartungen ihrer Wähler eine Rolle spielten, während Lothar de Maizière strategisch vorging und stärker die Implikationen für die Zusammenarbeit in der Koalition im Blick hatte.

In der Hoffnung auf ein Entgegenkommen bei den Koalitionsverhandlungen und auf eine möglichst gute Zusammenarbeit war der SPD angeboten worden, den Parlamentspräsidenten zu stellen. Mit Reinhard Höppner verfügte sie sogar über einen geeigneten und auch für Nicht-Sozialdemokraten zustimmungsfähigen Kandidaten – einige kannten ihn bereits als Präses der Provinzialsynode der Evangelischen Kirchenprovinz Sachsen –, der Geschäftsordnungsdebatten gewachsen war, wie de Maizière hervorhob, und es darüber hinaus mit dem von der PDS aufgestellten Hans Modrow aufnehmen konnte. Denn darüber waren sich SPD und CDU einig: Eine Wahl des ehemaligen DDR-Ministerpräsidenten in dieses Amt galt es unbedingt zu verhindern.

---

132 Parteivorstandssitzung, 21. Mai 1990, in: ACDP 07-011-3616, Bl. 56.

133 Parteivorstandssitzung, 26. März 1990, ebd., Bl. 99.

Doch die Mehrheit der Fraktion war nicht bereit, das Amt, das ja nach parlamentarischem Brauch der stärksten Fraktion zusteht, zugunsten der Beziehungspflege zu opfern. Sie forderte, endlich Akzente zu setzen, um die eigenen Wähler nicht zu enttäuschen, zumal sich mit Sabine Bergmann-Pohl eine Frau zur Verfügung gestellt hatte, und stimmte dagegen. Die SPD wertete das als Niederlage des künftigen Ministerpräsidenten, dem es nicht gelungen sei, die Fraktion auf seine Seite zu ziehen.<sup>134</sup>

Ähnliche Meinungsverschiedenheiten gab es bei der Entscheidung, auch das Landwirtschaftsministerium an die SPD abzutreten. Während die Fraktion fürchtete, dadurch die Stimmen einer für sie wichtigen Klientel zu verlieren, sah der Ministerpräsident eher den Vorteil, dem Koalitionspartner entgegenzukommen und gleichzeitig, dadurch, dass sie eines der „Prügelministerien“ los war, unpopuläre Maßnahmen nicht von der CDU verkünden lassen zu müssen.<sup>135</sup> Aus Anlass des Übertritts der vier Abgeordneten des DBD/DFD in die Fraktion beklagte Günther Krause allerdings, dass es einer der größten Fehler gewesen sei, dieses Ministerium den Sozialdemokraten überlassen zu haben.<sup>136</sup>

Ab August hingegen wurde der Umgang von CDU/DA mit den anderen Fraktionen bedeutend vorsichtiger. Und intern gab es nicht mehr so viele Freiheiten. Solange die Mehrheit der Regierungskoalition so komfortabel wie in den ersten Monaten war, waren Verstöße gegen die Fraktionsdisziplin gut zu verkraften. Doch nun musste die Beschaffung von Mehrheiten gut überlegt sein. Denn zunehmend wurde, auch angesichts der bevorstehenden Wahlen, in Ausschüssen wie im Plenum taktisch agiert. Nachlässigkeit rächte sich da schnell, weil mangelnde Geschlossenheit der Fraktion von der Opposition sofort ausgenutzt wurde, indem sie Anträge, die sie in den Ausschüssen nicht durchbekam, im Plenum doch noch einbrachte und so Abstimmungen gewann. Das Problem war vor allem der Freitagnachmittag. Da war die Fraktion laut Paul Krüger schlicht „nicht mehr handlungsfähig“<sup>137</sup>, weil zu viele Mitglieder bereits auf dem Weg in ihre Heimorte waren. Udo Haschke hatte bereits die Schadenfreude seiner SPD-Kollegen über sich ergehen lassen müssen, mit denen er eine Fahrgemeinschaft bildete. Auf der Heimfahrt nach Jena hätten die sich „diebisch gefreut“, denn sie wüssten ja jetzt, wann sie Anträge einzubringen hätten.<sup>138</sup>

Abhilfe versprach nur strenge Fraktionsdisziplin. Die Parlamentarischen Geschäftsführer flehten deshalb regelrecht, der Arbeit der eigenen Leute in den Ausschüssen zu vertrauen und deren Empfehlungen zu akzeptieren. Denn

---

134 Nicht unter den Rock kriechen, in: Der Spiegel vom 8. März 1990.

135 Fraktionssitzung, 10. April 1990, in: ACDP 07-011-6102.

136 Fraktionssitzung, 28. August 1990, in: ACDP 07-011-6119. Minister Peter Pollack war allerdings parteilos.

137 Fraktionssitzung, 26. Juni 1990, in: ACDP 07-011-6114.

138 Ebd.

Fraktionsdisziplin habe nichts damit zu tun, dass man jemanden seiner persönlichen Freiheit berauben oder die eigene Meinung verbieten wolle.<sup>139</sup>

*Das Problem „Stasi“*

Der Zentrale Runde Tisch hatte auf seiner letzten Sitzung gefordert, dass „für ein vertrauensvolles Miteinander von Bevölkerung und neuer Regierung [...] völlige Klarheit darüber“ herrschen müsse, ob „die neuen Politiker früher mit dem ehemaligen MfS kooperiert“ hätten. Dementsprechend empfahl er der Volkskammer eine Überprüfung der Abgeordneten durch eine parlamentarische Untersuchungskommission.<sup>140</sup> Bis dahin hatte das Thema im kurzen Wahlkampf kaum eine Rolle gespielt. Allerdings tauchten in den Tagen vor dem 18. März immer mehr Hinweise auf eine Stasizusammenarbeit von Volkskammerkandidaten auf, gipfelnd in der spektakulären Enttarnung des DA-Spitzenkandidaten Wolfgang Schnur. Auch gegen CDU-Generalsekretär Martin Kirchner waren Vorwürfe laut geworden.<sup>141</sup>

Der Generalstaatsanwalt der DDR erklärte eine Überprüfung in der Form, wie sie auch vom Regierungsbevollmächtigten zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit gewünscht wurde, jedoch für verfassungswidrig.<sup>142</sup> Eine Ansicht, der sich das CDU-Präsidium anschloss: Eine solche Überprüfung könne nach dem 18. März nur die Volkskammer selbst in die Wege leiten, was diese angesichts des anhaltenden öffentlichen Drucks auch noch vor der konstituierenden Sitzung tat.<sup>143</sup>

Daher mahnte Lothar de Maizière am 4. April die Fraktion zur Eile, denn die anderen Fraktionen seien mit einer ersten Überprüfung schon fast durch, „wir sind die letzten“.<sup>144</sup> Er wollte die Erstüberprüfung zumindest bis zur zweiten Plenarsitzung abgeschlossen haben. Doch die gerade gewählte Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl musste am 5. April im Plenum erklären, dass das bei der CDU-Fraktion wegen ihrer Größe noch dauern werde.<sup>145</sup>

139 Ebd.

140 BArch DA 3/16. Zum Folgenden vgl. Pries: Stasi-Mitarbeiter, S. 9–46.

141 Das war 'ne Top-Quelle, in: Der Spiegel vom 11. März 1990. Zu Kirchners Arbeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS): Schmidt: Blockpartei, S. 52–55.

142 Regierungsbevollmächtigter und -beauftragter zur Auflösung des ehem. AfNS an die Vorstände der in die Volkskammer gewählten Parteien/Wählerverbindungen, 21. März 1990, in: BArch DA 1/18796 sowie Generalstaatsanwalt der DDR an die Vorsitzenden der in die Volkskammer gewählten Parteien/Wählerverbindungen, 22. März 1990, ebd.

143 Vgl. Präsidiumssitzung 23. März 1990, in: ACDP 07-011-3510 u. Lothar de Maizière soll Ministerpräsident werden, in: Neue Zeit vom 24. März 1990; Es muss alles raus, in: Der Spiegel vom 25. März 1990.

144 Fraktionssitzung, 4. April 1990, in: ACDP 07-011-6101.

145 Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik 10. Wahlperiode (5. April bis 2. Oktober 1990). 3 Bde. Nachdruck. Hg. vom Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Berlin 2000, (im Folgenden PVK), S. 9.

Der am 12. April installierte Zeitweilige Prüfungsausschuss bestand aus den Vertrauensleuten der Fraktionen – bei CDU/DA waren das Rosemarie Priebus, Jürgen Schröder und Wolfgang Braun –, einem Vertrauensanwalt, je einem Vertreter von Kirche, Bürgerkomitee und Staatsanwaltschaft und einem Mitarbeiter der Archivverwaltung. Er prüfte die Unterlagen der Abgeordneten, bei denen die erste Durchsicht einen Verdacht ergeben hatte, und durfte zu diesem Zweck alle Akten des MfS einsehen. Denjenigen Abgeordneten, bei denen sich der Verdacht einer Tätigkeit als IM oder in anderer Form für das MfS erhärtete, wurde der Rücktritt aus der Volkskammer empfohlen, denn „[d]ie Bürger unseres Landes müssen wissen, daß ihre Abgeordneten nicht durch die Schatten der Vergangenheit gelähmt oder durch immer wieder aufkommende Anschuldigungen erpreßt werden können“.<sup>146</sup>

Bertram Wieczorek erklärte in der Aussprache, dass alle Fraktionsmitglieder einer Überprüfung zugestimmt hätten – das war falsch, wie sich später herausstellte – und die Vertrauensleute alle Hinweise auf eine Stasiverstrickung an den Fraktionsvorsitzenden weiterleiten würden. Sollten nach einem Gespräch mit den Betroffenen immer noch Zweifel bestehen, würde der Prüfungsausschuss tätig.<sup>147</sup> Er stellte aber auch klar, dass die Fraktion Geheimhaltung und absolute Vertraulichkeit forderte, um Integrität und Würde der Abgeordneten zu wahren.<sup>148</sup>

Die Unklarheiten und die ins Kraut schießenden Verdächtigungen trugen in der Fraktion nicht wenig zum Chaos der ersten Tage bei: Fraktionssekretär Viererbe berichtete am 2. April, dass es „bereits drei Freunde“ gebe, „die ihr Mandat zurückgegeben haben“, zwei aus dem Wahlkreis Erfurt, einer aus dem Wahlkreis Leipzig.<sup>149</sup> Günther Krause wollte keine Namen nennen, denn es waren auch andere Erklärungen als eine Stasiverstrickung möglich. Dennoch vermuteten viele in der Fraktion wohl genau darin den Grund für die Rückzieher in letzter Minute und kritisierten seine Entscheidung. Gerade weil die Ereignisse in Erfurt durch die Presse gegangen und offensichtlich viele belastet

146 Antrag aller Fraktionen über die Aufgabenstellung des Zeitweiligen Prüfungsausschusses der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Drs. 5, in: PVK, S. 24.

147 Ebd., S. 25 f.

148 Ebd., S. 26.

149 ACDP 07-011-6100. Laut Anwesenheitslisten hatten die beiden Erfurter Kandidaten Manfred Munzig (Listenplatz 5) und Armin Grimm (17) an der konstituierenden Sitzung noch teilgenommen, beide fehlten vom 2. April an – damit war die siebentägige Frist zur Ablehnung der Wahl überschritten – während Michael Schleusing (Wahlkreis Leipzig, 3) kein einziges Mal in der Fraktion erschien. Erst nach der zweiten Sitzung gab offensichtlich auch der in Berlin gewählte Johannes Bertheau sein Mandat zurück. Vgl. ACDP 07-011-6027.

seien, wollte man Gründe wissen, doch auch Lothar de Maizière lehnte weitere Informationen ab.<sup>150</sup>

Viererbe jedenfalls klagte, dass das Fraktionsbüro „von so etwas“ immer zuletzt erfahre, er könne noch nicht einmal hundertprozentig sagen, ob es alle seien und ob die Nachrücker ihre Mandate übernähmen. Die habe man zur heutigen Sitzung zwar eingeladen, aber sie seien weder angereist noch hätten sie sich entschuldigt. Er bat die Landesvorsitzenden und „Freunde“ der Bezirkssekretariate, „dass zumindest das Fraktionssekretariat über solche Veränderungen informiert wird. Damit wir wissen, wer nimmt sein Mandat noch wahr.“<sup>151</sup>

Die Fraktion diskutierte die Überprüfung in ihren ersten beiden Sitzungen durchaus kontrovers. Man war sich zwar weitgehend einig, dass diejenigen, die mit dem MfS zusammengearbeitet hatten, noch vor Beginn der parlamentarischen Arbeit ihr Mandat niederlegen sollten. Es gab aber auch Stimmen, die meinten, die DDR habe wichtigere Probleme. Andere trauten dem Verfahren und den damit Beauftragten nicht. Und obwohl Günter Krause die Fraktion darauf hinwies, dass sie verpflichtet sei, den Präsidiumsbeschluss mitzutragen, lehnten dies immerhin 21 Fraktionsmitglieder ab, fünf enthielten sich.<sup>152</sup>

Ende April war die Überprüfung, über deren Ergebnisse Vertraulichkeit vereinbart wurde, abgeschlossen.<sup>153</sup> Die nächsten Monate spielte das Thema keine Rolle mehr, im September jedoch kehrte es mit aller Wucht zurück und ließ die beiden letzten Fraktionssitzungen äußerst emotional und turbulent werden. Günter Krause hatte bereits am 18. September angedeutet, dass man sich in puncto Stasi auf einige Überraschungen gefasst machen müsse, und eingeräumt, dass der Fraktion viel Ärger erspart geblieben wäre, „wenn wir das schon im Mai geregelt hätten“.<sup>154</sup> Zwei Tage später stellte sich dann heraus, dass sieben Fraktionsmitglieder ihre Bereitschaftserklärung überhaupt nicht abgegeben hatten und somit vom Ausschuss auch nicht überprüft werden konnten. Selbst wenn man ihnen keinen bösen Willen unterstellte, schließlich habe man damals noch nicht genau gewusst, wer alles zur Fraktion gehöre und es seien auch nicht alle anwesend gewesen, war das verheerend. Für die Landtagswahlen im Okto-

150 Mitglieder des Erfurter Bürgerkomitees zur Auflösung des AfNS hatten Hinweise auf eine Reihe von Stasimitarbeitern unter den Nominierten gefunden. Unter anderem die NZZ berichtete, dass „von den im Bezirk Erfurt gewählten 54 Volkskammerabgeordneten [...] allein 40 in den Akten des Staatssicherheitsdienstes vermerkt“ seien, vgl. 40 Stasi-Mitglieder in der Volkskammer?, in: Neue Zürcher Zeitung vom 22. März 1990.

151 ACDP 07-011-6100. Warum genau die vier ihr Mandat nicht antraten, geht aus dem vorliegenden Archivmaterial allerdings nicht hervor. In der Sitzung am 4. April waren die Nachrücker da: Für Munzig Walter Möbus, für Grimm Hans Löbel und für Schleusig Gunter Bechstein. Bertheau wurde von Albert Kosler ersetzt. Vgl. ACDP 07-011-6027.

152 Fraktionssitzung, 27. März 1990, in: ACDP 07-011-3897.

153 Fraktionssitzung, 24. April 1990, in: ACDP 07-011-6013.

154 Fraktionssitzung, 18. September 1990, in: ACDP 07-011-6122.

ber wie für die bevorstehende Delegation von Volkskammerabgeordneten in Bundestag und Europäisches Parlament und die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl im Dezember waren Kandidaten mit einer ungeklärten Vergangenheit wie eine tickende Zeitbombe. Bei vielen lagen dementsprechend die Nerven blank. Was sich abspiele, sei eine Katastrophe: „Wir alle haben hier völlig versagt.“<sup>155</sup>

Günther Krause, der vom Prüfungsausschuss die Namensliste erhalten hatte, informierte die Fraktion am Morgen des 28. September um 7 Uhr, dass „eine erhebliche Anzahl“ ihrer Mitglieder gebeten werde, das Mandat niederzulegen, und riet den Betroffenen, am besten gar nicht mehr in Plenum zu erscheinen.<sup>156</sup> Fünf Fraktionsmitgliedern wurde die Niederlegung des Mandats dringend empfohlen, weil sich bei ihnen der Verdacht, als IM tätig gewesen zu sein, bestätigt hatte.<sup>157</sup> Bei 13 waren die Akten nicht mehr auffindbar, vernichtet oder unvollständig,<sup>158</sup> inzwischen neun namentlich nicht bekannte Mitglieder hatten ihre Bereitschaftserklärung nicht ausgefüllt und konnten deshalb nicht überprüft werden und bei sechs hatte sich zwar der Verdacht bestätigt, aber die Gründe für eine Mandatsniederlegung wurden als nicht ausreichend betrachtet.<sup>159</sup>

Über die Frage, ob die Namen öffentlich gemacht werden sollten, war die Fraktion zerstritten. Auch wenn sie es mehrheitlich ablehnte, forderten einige, dass sie „das schon längst [hätten] erledigen müssen, denn die Abgeordneten, denen das schon mehrfach nahegelegt wurde, wussten, was auf sie zukommt. Man kann das in der Öffentlichkeit nicht mehr vertreten, bei allem Verständnis für die Betroffenen. Die hatten genug Zeit und Gelegenheit, sich mit Anstand zurückzuziehen.“<sup>160</sup> Ein anderer warnte, dass es vor den anstehenden Wahlen großen Schaden anrichte, wenn die Fraktion den Eindruck erwecke, dass

155 Fraktionssitzung, 20. September 1990, in: ACDP 07-011-6123.

156 Fraktionssitzung, 28. September 1990, in: ACDP 07-011-6124.

157 Rudolf Essler, Dieter Frönicke, Armin Kleinau, Harald Dietrich Kühne und Eberhard Schifferner.

158 Walter Möbus, Heinz Blume, Hans-Joachim von Essen, Uwe Keßler, Udo Kamm, Wolfgang König, Heinz Lassowsky, Hans-Ulrich Lubk, Gerhard Masuch, Peter-Klaus Mugay, Jürgen Schröder, Holger Thelen und Johannes Winter. Keßler hatte aus anderen Gründen sein Mandat bereits im August niedergelegt (s. u.). 1995 wurde er nach erneuten Stasivorfällen von seinem Amt als Bürgermeister suspendiert, vgl. Mit Gauck-Akte gegen 91 Prozent der Wähler, in: Neues Deutschland vom 3. Februar 1995. Winter trat wegen Stasivorfällen 1992 aus der CDU-Fraktion im Brandenburger Landtag aus, vgl. Gisela Rüdiger/Hanns-Christian Catenhusen: Personelle Kontinuität und Elitenwandel in Landtag, Landesregierung und -verwaltung des Landes Brandenburg. Gutachten für die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“. Potsdam 2011, S. 104 ff.

159 Eckhard Altmann, Rüdiger Kreis, Dörte Martini zum Berge, Werner Meyer-Bodemann (ursprünglich DSU), Boje Schmuhl und Klaus Tschalamoff. Vgl. u. a. Die Namen aus der Stasi-Kartei, in: Neue Zeit vom 2. Oktober 1990.

160 Fraktionssitzung, 28. September 1990, in: ACDP 07-011-6124.

sie betroffene Mitglieder schütze.<sup>161</sup> Lothar de Maizière allerdings lehnte eine Namensnennung ab, weil er eine Eskalation der Situation bis hin zu Gewaltausbrüchen befürchtete.

Stunden später wurde im Plenum dann der eigentlich für Juni vorgesehene Untersuchungsbericht des Prüfungsausschusses vorgestellt, wobei Sabine Bergmann-Pohl sich entgegen dem Präsidiumsbeschluss aus Gewissensgründen weigerte, die Namen zu nennen.

Die Kontrolle über die Vorgänge war der Volkskammer zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits entglitten, weil die Namen längst in der Presse kursierten.

### *Politische Karrieren jenseits der Volkskammer*

Nicht alle Fraktionsmitglieder blieben bis zum Ende in der Volkskammer. Jutta Knop und Uwe Keßler hatten, beide aus demselben Grund, ihr Mandat zum 1. August niedergelegt: Ihr politisches Betätigungsfeld war schon vor dem März 1990 nicht Ost-Berlin, und dort, das heißt auf der nationalen Ebene, sahen sie auch keine politische Zukunft.<sup>162</sup> Knop war seit 1988 Bürgermeisterin von Granschütz in Sachsen-Anhalt und gerade wiedergewählt, Keßler stand seit November 1985 der sächsischen Gemeinde Wyhra vor.<sup>163</sup>

Etwas anders liegt der Fall von Werner Henning aus dem thüringischen Geismar.<sup>164</sup> Henning, seit den Kommunalwahlen im Mai 1990 Landrat des Landkreises Heiligenstadt, erschien nur noch selten in Fraktion und Plenum und zog damit den Unmut der Kollegen auf sich, zu einer Zeit, in der die Fraktion ohnehin mit Disziplinproblemen zu kämpfen hatte.<sup>165</sup> Man hätte es allerdings wissen können, denn Henning hatte bereits in der ersten Fraktionsitzung gewarnt, dass er sich außerstande sehe, sein Mandat voll auszufüllen. Er könne seine Tätigkeit – damals war er seit vier Monaten Ratsvorsitzender des Kreises Heiligenstadt – nicht aufgeben, das würden seine Wähler nicht verstehen.<sup>166</sup> Dass die Arbeit hauptamtlich sei, habe er vorher nicht gewusst. Im Gegensatz zu Knop und Keßler blieb er jedoch Mitglied der Volkskammer, was die Fraktionsführung im Juli zu einer Änderung der Arbeitsordnung veranlasste: Doppelmandate waren fortan nicht mehr zulässig und die Fraktionsmitglieder wurden auf-

161 Ebd.

162 Vgl. Schmidt: Blockpartei, S. 312 f. Eine Karriere in der Landespolitik erschien wegen der größeren Handlungsspielräume attraktiver. Für Knop rückte am 30. August Wolfgang Janka nach, für Keßler am 21. August Michael Schätze, vgl. BArch DA 1/16728 u. DA 1/18193.

163 Vertraut mit allen Bürgern, in: Neue Zeit vom 1. August 1988 u. Ein halbes Leben für seinen Ort, in: Neue Zeit vom 25. Oktober 1985.

164 Schmidt: Blockpartei, S. 267.

165 Vgl. die Fraktionssitzungen 29. Mai u. 26. Juni, in: ACDP 07-011-6109 u. -6114.

166 ACDP 07-011-3897, Bl. 7. Ähnlich auch der sächsische Landesvorsitzende Klaus Reichenbach, Fraktionssitzung, 10./11. April 1990, in: ACDP 07-011-6013.

gefordert, das Mandat zurückzugeben, wenn sie „infolge eines Doppelmandats ihren Verpflichtungen gegenüber der Volkskammer nicht nachkämen.“<sup>167</sup>

Doch für Henning besaß „die Verankerung in der Region“, wie Ute Schmidt schreibt, „auch nach den Wahlen zur Volkskammer absoluten Vorrang: Im Spagat zwischen dem Eichsfeld und Berlin“ habe er sein Mandat vor allem genutzt, „um Kontakte anzubahnen und seine Region wirtschaftlich voranzubringen“. Es habe vor allem bei Kommunal- und Regionalpolitikern aus Thüringen und Sachsen eine verbreitete Tendenz gegeben, der Region den Vorzug zu geben.<sup>168</sup>

### *Fazit*

Viele Mitglieder der Fraktion setzten nach dem 3. Oktober 1990 ihre in der Volkskammer begonnenen Karrieren im Bundestag, in den Landtagen, im Europäischen Parlament oder auch in der Exekutive fort. Vor allem in den neuen Ländern unterstützten sie mit ihrer in diesen sechs Monaten erworbenen Erfahrung Aufbau und Etablierung demokratischer Strukturen.

Ausgehend von einer Analyse der Kandidatennominierung von CDU und DA für die Volkskammerwahl am 18. März 1990 ging es dem vorliegenden Beitrag darum, Zusammensetzung und Struktur dieser Fraktion zu erläutern sowie Aspekte ihrer Arbeit und damit verbundene Schwierigkeiten zu schildern. Wie die Abgeordneten der anderen Fraktionen der 10. Volkskammer auch waren die mehrheitlich aus der Block-CDU stammenden Mitglieder von CDU/DA parlamentarische Neulinge, die sich für ihre Aufgabe überhaupt erst mit Verfahren und Strukturen eines Parlaments vertraut machen mussten. Die Tonbandmitschnitte der Sitzungsprotokolle bieten einen ungewöhnlich guten Einblick in diesen rasanten Lernprozess. Sie zeigen die „Fraktionswerdung“ in den ersten Tagen und Wochen genauso wie die schwierigen Arbeitsbedingungen oder die Auseinandersetzung über den Umgang mit der möglichen Stasiszusammenarbeit einzelner Fraktionsmitglieder gegen Ende der Volkskammer.

167 Tüffers: Volkskammer, S. 156 ff. Änderungsantrag zur vorläufigen Arbeitsordnung der CDU-Volkskammerfraktion, 9. Juli 1990, in: ACDP 07-011-6013.

168 Schmidt: Blockpartei, S. 267. Damit lag er offensichtlich richtig, denn er ist bis heute dort ununterbrochen als Landrat tätig. Vgl. u. a. Thüringer Dilemma, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 18. Juli 2021. Zur Thüringer CDU und zum Eichsfeld vgl. auch Thomas Sauer: Die CDU, in: Karl Schmitt/Torsten Oppelland (Hg.): Parteien in Thüringen. Ein Handbuch. Düsseldorf 2008, S. 41–137.



# Die erste freie Volkskammer im Kontext der deutschen Parlamentarismusgeschichte\*

Horst Möller

„Es mußte alles neu gemacht werden“, sagte Konrad Adenauer<sup>1</sup> über die Vorgeschichte und die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland. Das galt im Prinzip auch für den 1949 gewählten Deutschen Bundestag, doch konnte er an Traditionen anknüpfen. Sabine Bergmann-Pohl, die Präsidentin der am 18. März 1990 gewählten einzigen demokratischen Volkskammer der DDR, hat im Rückblick nach zwanzig Jahren zahlreiche Besonderheiten dieser Volkskammer anschaulich geschildert: Sie sei „in jeder Beziehung“ ein „ungewöhnliches Parlament“ gewesen. „Die meisten Mitglieder kamen ohne Übergang aus einer schlimmen Diktatur. Sie wurden von heute auf morgen aus ihrem Arbeitsleben herausgerissen, um eine parlamentarische Arbeit mit höchster Verantwortung in einer geschichtlich einmaligen Zeit zu leisten [...]. Wir kamen fast alle aus unseren Berufen, ohne Vorbereitung und ohne Schulung [...]“<sup>2</sup>

Die Abgeordneten dieser Volkskammer besaßen zwangsläufig keine parlamentarische Erfahrung. Sie standen im Vergleich zu den Mitgliedern anderer deutscher Parlamente nicht nur persönlich vor völlig neuen Aufgaben, sondern auch politisch. Sogar die Beratungsverfahren bedurften aufgrund der fundamentalen Veränderungen und der extremen Beschleunigung der historischen Entwicklung 1989/90 ständig neuer Improvisationen. Das eingangs zitierte Wort Adenauers trifft tatsächlich auf die Volkskammer vom 18. März 1990 sehr viel stärker zu als auf den 1. Bundestag.

Gemeinsam war beiden Parlamenten, dass sie aus freien Wahlen hervorgegangen waren, wobei zwischen der Bundestagswahl im September 1949 und der letzten, noch halbwegs freien Reichstagswahl im März 1933 nur 16,5 Jahre lagen, bei der Volkskammerwahl aber sogar 57 Jahre – schon durch diesen langen Zeitraum fiel naturgemäß das Anknüpfen an parlamentarische Tradi-

---

\* Erweiterte Fassung eines Vortrages auf der digitalen Tagung „30 Jahre erste freie Volkskammerwahl – Die CDU/DA-Fraktion und ihre Bedeutung für den deutschen Einigungsprozess“ der Konrad-Adenauer-Stiftung am 16. Juni 2021. Die ursprünglich für März 2020 geplante Veranstaltung musste wegen der Corona-Pandemie verschoben werden.

Nach Abschluss des Manuskripts erschien Werner J. Patzelt: Die Gründergeneration des ostdeutschen Parlamentarismus, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) 51 (2020), Teil I: S. 507–533, Teil II: S. 741–763.

1 Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 8). Stuttgart 1986.

2 Sabine Bergmann-Pohl: Die Volkskammer der DDR im Jahr 1990, in: Julian Krüper/Heiko Sauer (Hg.): Staat und Recht in Teilung und Einheit. Tübingen 2011, S. 58–67, die Zitate 60 f.

tionen schwerer, nur Menschen über 75 Jahre konnten daran noch persönliche Erinnerungen haben. Allein die Tatsache, dass sich die Bevölkerung der DDR die freie Wahl vom März 1990 bis zur Entscheidung des ‚Runden Tisches‘ selbst erkämpft hatte, gibt dieser Volkskammer und ihrer Legitimität einen singulären Rang.

Ein kurzer Vergleich ist aufschlussreich: Die landständischen Verfassungen, die im frühen 19. Jahrhundert den Parlamentarismus in Deutschland begründeten, hatten die Fürsten der Einzelstaaten aufgrund des Artikels 13 der Bundesakte von 1815 erlassen, die Landtage gingen aus einem eingeschränkten ständischen Wahlrecht hervor. Nur die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 resultierten aus der revolutionären Märzbewegung, die sowohl die nationale Einheit als auch eine gesamtdeutsche Verfassung anstrebte.<sup>3</sup>

Das 1866 erlassene Wahlgesetz für den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes beziehungsweise die Verfassung des deutschen Kaiserreichs 1871 besaßen ein für diese Zeit im europäischen Maßstab außerordentlich modernes Wahlrecht, doch hatte es der Reichsgründer Otto von Bismarck konzipiert, was nicht auf eine Volksbewegung zurückging. Für die Wahl zur Nationalversammlung 1919 wurde das Mehrheitswahlrecht durch ein Verhältniswahlrecht ersetzt, das Wahlalter auf 20 Jahre herabgesetzt und das Wahlrecht auf die Frauen ausgedehnt. Die freien Wahlen in den Westzonen führten die alliierten Kriegssieger nach 1945 beziehungsweise 1946 ein, in dieser Tradition standen dann auch die indirekten Wahlen zum Parlamentarischen Rat 1948/49 und die direkten zum 1. Deutschen Bundestag 1949.

Es gibt also nur diese beiden Beispiele in der deutschen Parlamentsgeschichte, in denen die freie Wahl der Volksvertretungen durch eine Volksbewegung erkämpft wurde: für die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 und die Volkskammer 1990. Die freie Wahl zur Volkskammer ließ aber nicht allein die Luft der Freiheit in die bis zum November 1989 herrschende SED-Diktatur wehen, sondern ermöglichte erstmals eine definitive Einschätzung der politischen Stimmung der Bevölkerung. Dieses überraschende Wahlergebnis bedeutete ein eindeutiges Plebiszit für eine zügige Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik Deutschland und somit einen klaren Auftrag an die Abgeordneten der neuen Volkskammer. „Es gab im Wahlkampf eigentlich nur ein Thema: Wer macht die Einheit wie, vor allem wie schnell. Die Positionen lagen weit auseinander.“<sup>4</sup> Obwohl es sich um eine Wahl in der DDR handelte,

3 Vgl. Konrad Repgen: Märzbewegung und Maiwahlen des Revolutionsjahres 1848 im Rheinland. Bonn 1955; umfassend Manfred Botzenhardt: Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848–1850. Düsseldorf 1977.

4 Reinhard Höppner: Beitritt zum heutigen Tage. Das allgegenwärtige Thema des Beitritts der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, in: Hans Misselwitz/Richard Schröder (Hrsg.): Mandat für Deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz. Opladen 2000, S. 107–121, hier 108.

gewann sie durch diese Vorgabe im weiteren Sinne doch den Charakter einer „gesamtdeutschen Wahl“<sup>5</sup>, zumal westdeutsche Parteien und Politiker sich im Wahlkampf stark engagierten. Die Wahlbeteiligung erreichte mit 93,4 Prozent einen Traumwert, der nie zuvor und niemals danach bei freien Wahlen in Deutschland erreicht wurde. Die von der CDU geführte „Allianz für Deutschland“ (CDU/CDA) errang 48,0 Prozent der Stimmen, die Sozialdemokraten landeten mit 21,9 Prozent abgeschlagen und für sie enttäuschend auf dem zweiten Platz, der Bund Freier Demokraten erzielte 5,3 Prozent der Stimmen, die PDS als Nachfolgepartei der SED wurde mit 16,4 Prozent dritte. Anders gewendet: Gut 83 Prozent der Bevölkerung lehnten die bisher herrschende sozialistische Parteidiktatur ab. Daran muss heute immer wieder erinnert werden.

Um den Ort der Volkskammer in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus zu bestimmen, reicht die vergleichbare Legitimierung durch freie Wahlen natürlich nicht aus. Zunächst muss ein mögliches Missverständnis ausgeräumt werden. Die Geschichte des Parlamentarismus beginnt in Deutschland im frühen 19. Jahrhundert, nicht aber die des parlamentarischen Regierungssystems. Die dafür wesentliche Ministerverantwortlichkeit gegenüber dem Parlament führte erst die Weimarer Verfassung ein und dann nach der NS-Diktatur die westdeutschen Landesverfassungen seit den demokratischen Wahlen ab 1946 beziehungsweise das Bonner Grundgesetz 1949.

Um einige signifikante Vergleichspunkte zu anderen Parlamenten bestimmen zu können, konzentriere ich mich 1. auf die Zusammensetzung, 2. die Verfahrensweise beziehungsweise die Parlamentspraxis, 3. die Aufgabenstellung und 4. auf die substantielle Leistung im historischen Kontext. Die Leitfrage lautet also: Lässt sich die freigewählte Volkskammer überhaupt in die deutsche Parlamentsgeschichte einordnen, wo lagen Unterschiede, wo Analogien, wo in der Summe ihre Spezifik?

## I.

Beginnen wir mit der vergleichenden Frage nach der Zusammensetzung der Parlamente, also den Abgeordneten, für die bereits die zitierte Beschreibung von Sabine Bergmann-Pohl eine Antwort liefert.

Zwar standen die Verfassungsorgane der Bundesrepublik, vor allem Bundestag und Bundesregierung, seit 1949 vor einer Herkulesaufgabe, die sie dann grandios meisterten. Doch hatten die meisten Abgeordneten und Regierungsmitglieder vor ihren Mandaten einschlägige Erfahrungen. Sie stammten nicht allein aus den kommunalen Gremien und vor allem den Landtagen der Besatzungsjahre bis 1949, aus dem Frankfurter Wirtschaftsrat 1947/48 und vor allem

---

5 So Norbert Lammert: Der Beitrag der Volkskammer zur Geschichte des deutschen Parlamentarismus, in: [www.bpb.de/210490](http://www.bpb.de/210490) (Abruf: 16. September 2021).

dem Parlamentarischen Rat 1948/49, der nach Vorarbeiten des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee vom August 1948 das Grundgesetz beraten und verabschiedet hat.

Tatsächlich konnten zahlreiche Abgeordnete des Parlamentarischen Rates und des 1. Bundestages außerdem auf parlamentarische sowie exekutive Erfahrungen in der Weimarer Republik zurückgreifen. Das galt – um nur einige Beispiele zu nennen – für den ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss (FDP), der viele Jahre Reichstagsabgeordneter in der Weimarer Republik gewesen war, das galt für den ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Paul Löbe und den ersten SPD-Vorsitzenden nach 1949 und Oppositionsführer Kurt Schumacher, der ebenfalls Mitglied des Weimarer Reichstags gewesen war, das trifft für den Präsidenten des Parlamentarischen Rates und ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer zu: Er zählte zu den führenden Zentrumspolitikern der Weimarer Republik, war von 1917 bis zur Amtsenthebung durch die Nationalsozialisten 1933 Oberbürgermeister von Köln und außerdem von 1921 bis 1933 Präsident des Preußischen Staatsrats. Und auch Herbert Wehner war schon in der Weimarer Republik Abgeordneter gewesen und zwar der KPD im Sächsischen Landtag. In jeder Fraktion des Parlamentarischen Rats und danach des Bundestags saßen tatsächlich erfahrene Politiker, die die Parlamentspraxis, die Debattenkultur, die Geschäftsordnungen und ihre Tricks kannten. Und hinzu kamen schon in Herrenchiemsee und dann in den beiden folgenden Parlamenten hervorragende Verfassungsjuristen.

Der 1. Bundestag 1949 bis 1953 hatte 410 (!) Mitglieder; davon gehörten insgesamt 67 Mitglieder bereits der Weimarer Nationalversammlung beziehungsweise dem Reichstag (42) oder dem Parlamentarischen Rat (37) an, eine noch größere Zahl anderen überzonalen Gremien der Besatzungszeit, darunter dem Länderrat der amerikanischen sowie dem Zonenbeirat der Britischen Zone und dem bizonalen Frankfurter Wirtschaftsrat 1948. Hinzu kam eine große Zahl Abgeordneter, die bereit in den Landtagen der Weimarer Republik beziehungsweise der Besatzungszeit Mandate ausgeübt hatten.<sup>6</sup>

Auffällig war bereits im Parlamentarischen Rat der hohe Anteil von Akademikern, insbesondere der Juristen: Unter den 65 Mitgliedern des Parlamentarischen Rats besaßen 51 Mitglieder ein abgeschlossenes Studium, darunter 32 Juristen und 11 Wirtschaftswissenschaftler, 35 Abgeordnete waren promoviert.<sup>7</sup>

Mit anderen Worten: In den beiden Parlamenten, die die Grundlegung der Bundesrepublik betrieben, saßen erfahrene Parlamentarier, überwiegend Juristen, darunter zahlreiche Berufs- und Parteipolitiker aus der Weimarer Republik. Ich kann hier auf die Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 nicht eingehen, nur so viel sei gesagt: Man hat sie nicht zu Unrecht ein „Professoren-Parlament“

6 Siehe die Namenslisten und Tabellen in: Peter Schindler: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Bd. I. Baden-Baden 1999, S. 610–619.

7 Michael F. Feldkamp: Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Göttingen 1998, S. 40 f.

genannt, viele der damaligen Abgeordneten hatten zuvor Erfahrungen in den frühkonstitutionellen Landtagen gesammelt. Und für die Weimarer Nationalversammlung 1919 und den Weimarer Reichstag gilt ebenfalls: Eine erhebliche Zahl ihrer Mitglieder waren zuvor schon in den Reichstag des Kaiserreichs gewählt worden, darunter führende Politiker wie Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann (SPD), Matthias Erzberger (Zentrum), Gustav Stresemann (National-liberale/DVP), Friedrich Naumann (Fortschrittliche Volkspartei/DDP). 117 der Weimarer Reichstagsabgeordneten hatte schon dem kaiserlichen Reichstag vor 1918 angehört, darunter allein 52 Sozialdemokraten.<sup>8</sup>

Die Zusammensetzung der 10. Volkskammer ist also unter diesem Aspekt weder mit den meisten Landtagen nach 1945/46, noch dem Parlamentarischen Rat, noch dem 1. Bundestag, noch den Vorgängern vor 1933 vergleichbar.

Die Volkskammer von 1990 ist natürlich schon gar nicht mit den vorherigen Volkskammern vergleichbar, die weder das Ergebnis freier Wahlen waren, noch innerhalb der Parteidiktatur der SED wesentliche Kompetenzen besaßen: Es sollte nur – wie Walter Ulbricht es generell so treffend formuliert hat – alles „demokratisch aussehen“. Parlamentarische Erfahrungen im eigentlichen Sinne konnten also selbst die 14 Mitglieder 1990 nicht aufweisen, die bereits in den Volkskammern vor 1989 gesessen hatten.

Keine parlamentarische Erfahrung bedeutete jedoch nicht, dass alle Abgeordneten im weiteren Sinne politisch ahnungslos gewesen wären. Prinzipiell besaßen sie ein hohes Engagement und den Willen, die DDR zu demokratisieren, bei der ganz überwiegenden Zahl gehörte zu den Zielen die Wiedervereinigung. Außer diesen Grundpositionen und einer gehörigen Portion Idealismus gilt: Ein Teil der neuen Volkskammermitglieder hatten vor 1990 in den sogenannten Blockparteien, in kirchlichen Gremien oder in den Bürgerrechtsbewegungen Erfahrungen gewonnen, einige waren seit dem Zusammenbruch der DDR im Winter 1989/90 an der Gründung von politischen Gruppen beziehungsweise neuen Parteien beteiligt, beispielsweise dem Neuen Forum, dem Demokratischen Aufbruch, dem Bündnis 90 beziehungsweise der SDP/SPD. Und schließlich bildete der etwa drei Monate tagende zentrale ‚Runde Tisch‘, den sein Initiator Wolfgang Ullmann als „Schule der Demokratie“ und Ulrike Poppe als „Vorstufe zur Demokratie“ bezeichnete, tatsächlich einen bedeutsamen Erfahrungsraum für die 10. Volkskammer.<sup>9</sup>

Vor allem in einer Hinsicht zahlte sich die vorherige – außerparlamentarische – Erfahrung in der 10. Volkskammer aus: Die rhetorischen Fähigkeiten waren höchst unterschiedlich, bei Theologen – trotz nicht selten pastoraler Anklänge –

---

8 Vgl. Martin Schumacher: M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. 3. erheblich überarb. Aufl. Düsseldorf 1994, S. 46 (Tabelle).

9 Zum ‚Runden Tisch‘ siehe FN 32.

oder bei Abgeordneten, zu deren Beruf schon vor 1989 öffentliche Reden gehörten – oft sehr gut, bei anderen Abgeordneten verschiedentlich mehr als mäßig. Dies führte gelegentlich zu peinlichen Szenen.

Bei allen bürgerrechtlichen Aktivitäten vor dem 18. März 1990, die ja zur Durchsetzung freier Wahlen wesentlich beigetragen hatten, handelte es sich bis zur Friedlichen Revolution, vereinfacht gesagt, insgesamt um basisdemokratische Oppositionsbewegungen, keineswegs aber um konstruktive Parlamentsarbeit. Nun aber konnten diese bürgerrechtlichen Gruppierungen trotz des für sie äußerst enttäuschenden – und in gewisser Weise „ungerechten“ (Norbert Lamert) – Wahlergebnisses erstmals eine legale Opposition ausüben, was für einen funktionsfähigen Parlamentarismus unerlässlich ist. Angesichts der Vorgeschichte überrascht es allerdings, dass Bürgerrechtsbewegung und PDS als Nachfolgepartei der SED in der Opposition verschiedentlich analoge Vorstöße unternahmen.<sup>10</sup>

In der Volkskammer dominierten im Übrigen noch stärker als im Bundestag die Akademiker, unter ihnen wiederum überwog die sogenannten „technische Intelligenz“: 86 Prozent der Abgeordneten hatten ein Hochschulstudium absolviert, 37 Prozent waren promoviert. Der signifikante Unterschied zum Bundestag lag in der Fachrichtung: Ingenieure, Techniker, Mediziner, Theologen dominierten eindeutig.<sup>11</sup> Die Erklärung lautet: Es handelte sich um Fachdisziplinen, die nicht wie die Juristen, Geistes- und Sozialwissenschaftler in offensichtlicher Berührung mit der Partei- und Staatsmacht der DDR und deren Ideologie standen. Sowohl bei Theologen, die sich normalerweise in Distanz zur atheistischen Parteiideologie befanden, als auch bei Medizinern spielte das berufliche Ansehen und die vermutete Integrität eine Rolle für die Kandidatenaufstellung und die Wahl. Deutlich ist auch das im Durchschnitt jüngere Lebensalter von 45 Jahren (statt 50 im 11. Bundestag).<sup>12</sup>

## II.

Der Zusammentritt eines neuen Verfassungsorgans ist in der Regel mit vielen praktischen Startschwierigkeiten verbunden. So war es, als wegen der Unruhen in Berlin die 1919 gewählte konstituierende Nationalversammlung nicht im Reichstagsgebäude, sondern im Weimarer Nationaltheater tagte, so war es auch, als der Parlamentarische Rat in Bonn sich zunächst im naturhistorischen Museum

10 Vgl. auch Helmut Müller-Enbergs: Schritte auf dem Weg zur Demokratie: Die Rolle der Bürgerbewegungen in der Volkskammer, in: Gert-Joachim Glaebner (Hg.): Eine Deutsche Revolution. Der Umbruch in der DDR, seine Ursachen und Folgen. Frankfurt a. M./Bern/New York 1991, S. 94–107.

11 Gunnar Peters: Ungleiche Parlamente – 11. Bundestag und 10. Volkskammer (1990), in: Totalitarismus und Demokratie 6 (2009), S. 69–85, hier 71 ff.

12 Ebd. S. 72. Vgl. insgesamt auch die Übersichten bei Hans Michael Kloth: Einige Zahlen zur 10. Volkskammer, in: ZParl 22 (1991), S. 467–473.

Koenig unter den Augen ausgestopfter Giraffen und anderer Tiere konstituierte und später der Bundestag in der Pädagogischen Akademie Bonn seine Arbeit aufnahm. Zwar tagte die freigewählte Volkskammer am Ort der vorhergehenden im Palast der Republik, doch fehlte es an der notwendigen Infrastruktur, an Arbeitszimmern, an Sitzungsräumen, an Unterbringungsmöglichkeiten von Abgeordneten, die nicht aus Berlin kamen und sogar an Telefonen.<sup>13</sup> Allein die Struktur des Gebäudes demonstrierte, dass die alte DDR-Volkskammer, die normalerweise nur zwei Mal im Jahr zusammenkam, kein normales Parlament war. Schnell stellte sich heraus, dass der Zeit- und Arbeitsaufwand enorm war, also das Mandat nicht ehrenamtlich ausgeübt werden konnte. Doch dauerte es zwei Monate, bis aufgrund einer vorläufigen Regelung des Präsidiums am 10. Mai 1990 die ersten Diäten ausgezahlt wurden, die im Übrigen unter 40 % derjenigen des damaligen Bundestages lagen. Vor ähnlichen Finanzierungs- und Organisationsproblemen standen zunächst auch die Volkskammer-Fraktionen.

Den Abgeordneten blieb nichts anderes übrig, als sich über fast alle ihnen neuen Fragen des Parlamentsbetriebs zu informieren und zu verständigen – über die Wahl des Präsidiums und seine Kompetenzen, über Sitzordnung, Ausschüsse, Fraktions- und Abgeordnetenrechte und anderes mehr. Tatsächlich „musste alles neu gemacht werden“ und das in kürzester Zeit. Und gänzlich neu war im Vergleich zu der bis 1989 üblichen Situation in der DDR die Transparenz: Die Volkskammer und ihre Redner standen nun unter permanenter Beobachtung der Öffentlichkeit,<sup>14</sup> was in dieser Form vorher im Winter 1989/90 nur für den zentralen ‚Runden Tisch‘ gegolten hatte. In der Schaffung der notwendigen Organisationsstrukturen, der 26 Ausschüsse und der Ministerien orientierte sich die Volkskammer, schon um keine Zeit zu verlieren, am Vorbild des Bundestages. Allerdings wurden in der Volkskammer zusätzliche Ausschüsse gebildet, unter anderem für Verfassung und Verwaltungsreform.

Das erste freigewählte Parlament, das einer Diktatur folgt und in dem nicht erfahrene Berufspolitiker nach festgelegten Verfahren und Ritualen beraten, debattiert meist mit großer Leidenschaft, ausführlich und nicht selten etwas chaotisch, während in strukturierten Parlamenten die Redezeiten begrenzt, die Formen eingeübt sind. Umso wichtiger war der Erlass einer Geschäftsordnung, doch ufern Geschäftsordnungsdebatten zu Beginn meist aus. Da aber die Volkskammer – wie der gesamte Wiedervereinigungsprozess – unter starkem Zeitdruck stand und die Abgeordneten nicht einmal genau wussten, für welchen Zeitraum sie ihr Mandat ausüben würden, kam es darauf an, möglichst schnell

---

13 Bergmann-Pohl: Die Volkskammer, S. 62.

14 Vgl. dazu eingehend die bisher umfassendste Darstellung (mit kulturgeschichtlichen Schwerpunkten auf Öffentlichkeit und Parlament, Inszenierungen und Symbolik, Parlamentarische Praxis) von Bettina Tüffers: Die 10. Volkskammer der DDR (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 173). Düsseldorf 2016, S. 77–135.

arbeitsfähig zu werden. Deshalb beschloss die Volkskammer in ihrer konstituierenden Sitzung eine nur 4-seitige vorläufige Geschäftsordnung, die bereits nach vier Monaten durch eine definitive ersetzt wurde. Sie lehnte sich nach den Worten des Berichterstatters Heinrich Douffet (CDU/DA) zwar eng an die des Bundestages an, berücksichtigte jedoch die zwischenzeitlich gesammelten Erfahrungen in der Volkskammer.

Die Aufgaben, die im Bundestag der Ältestenrat wahrnimmt, übernahm in der Volkskammer das Präsidium, wobei man sich an die seit 1969 praktizierte Regelung der DDR-Volkskammer anschloss.<sup>15</sup> Dem Präsidium gehörten außer der Präsidentin ihre sechs Stellvertreter an, die sich in der Sitzungsleitung in nicht spezifisch geregelter Form abwechselten. Unter den Vizepräsidenten spielte Reinhard Höppner (SPD) eine besondere Rolle, zumal er als einziger Erfahrung in der Leitung größerer Sitzungen besaß, die er als Präses der Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen gewonnen hatte.

Geschäftsordnung, Fraktionsbeschlüsse und legislative Aufgabenstellung boten schließlich einen institutionellen Rahmen für die parlamentarische Arbeit, an die sich trotz der Unterschiede zum Bundestag die Volkskammer schnell gewöhnte; insofern entwickelten sich dann auch analoge Verfahrensweisen. Wesentlich war, in welchem Maße es dem Präsidenten der jeweiligen Sitzung gelang, die parlamentarischen Regeln auch durchzusetzen.

Es hatte keineswegs nur Nachteile, dass die Volkskammer, wie es der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Richard Schröder ausdrückte, anfangs eine „Schar von Laienspielern“ und „ganz normale(n) Bürger(n)“ war.<sup>16</sup> Lothar de Maizière hingegen empfand diesen Ausdruck insofern als kränkend, als es „geradezu Voraussetzung (war), daß sie [...] vorher eben nicht Politik gemacht hatten, denn die gesamte ‚politische Klasse‘ war ja durch 40 Jahre zuvor diskreditiert“.<sup>17</sup>

Wie vielfach bemerkt wurde, vermieden die Abgeordneten routinierte und ritualisierte Taktik, sie vermieden in der Regel bloße Schaukämpfe, wenngleich es dabei angesichts der sich im Herbst nähernden Wahlkämpfe Ausnahmen gab. Der Mangel an Erfahrung wurde durch die Leidenschaftlichkeit der oft spontanen Diskussionen kompensiert und brachte trotz mancher rhetorischer Mängel Frische ins Parlament. Trotzdem unterblieben normalerweise diffamierende Angriffe auf politisch Andersdenkende, das individuelle Engagement demonstrierte oft das Selbstbewusstsein eines aus der friedlichen Revolution hervorgegangenen Parlaments. Auf der anderen Seite ging selbst die PDS – insbesondere dank ironischer Attacken Gregor Gysis – keineswegs in Sack und Asche.

15 Vgl. ebd., S. 177 ff.

16 Richard Schröder: Repräsentationsauffassungen und Parlamentarisierung in der DDR: Quellen, Formen, Folgen, in: Uwe Thaysen/Michael Kloth (Hg.): Wandel durch Repräsentation – Repräsentation im Wandel. Baden-Baden 1992, S. 145–152, das Zitat 150.

17 Lothar de Maizière: Wie alles begonnen hat, in: Hans Misselwitz/Richard Schröder (Hg.): Mandat, S. 67–74, hier 69.

Die für ein funktionsfähiges Parlament unentbehrliche Geschlossenheit der Fraktionen war schwer zu erreichen, nicht selten erhielten die Plenarsitzungen ihre Würze durch den ausgeprägten Individualismus der Abgeordneten. Ein schlichter Vergleich mit den parteipolitischen Zuordnungen der damaligen Bundesrepublik führt in die Irre. Die Hochschätzung für Gorbatschows Reformpolitik, in der man einen wesentlichen Grund für den Untergang der DDR sah, und die Zugehörigkeit zur vorausgehenden DDR-Opposition besagte keineswegs zwangsläufig, dass alle politischen Grundentscheidungen unverändert übernommen werden sollten, was für einen Teil der Abgeordneten etwa für die Wirtschafts- beziehungsweise die Außen- und Bündnispolitik galt.<sup>18</sup>

Die politisch-inhaltliche Konstellation in der Volkskammer war in vielerlei Hinsicht neu und resultierte aus der fundamentalen Aufgabenstellung, sodann aus der Bedeutung der Plenarsitzungen; beides erinnert in gewisser Weise an die Grundsatzdebatten in den ersten Legislaturperioden des Deutschen Bundestages seit 1949 und ist für ein ganz neues Parlament wie die Volkskammer eher die Regel. Tatsächlich spielte das Plenum in der Volkskammer eine größere Rolle als in erfahrenen Parlamenten. So besitzt im heutigen Bundestag die Ausschussarbeit – von einigen Ausnahmen abgesehen – eine erheblich größere Bedeutung für die parlamentarische Arbeit, als es in der Öffentlichkeit sichtbar wird. Allerdings wäre es verfehlt, die Ausschussarbeit der Volkskammer zu unterschätzen, war sie doch schon deshalb intensiv, weil viele Vorlagen für die Plenarsitzungen den Abgeordneten erst kurz vor der Sitzung zuzugingen. Insofern trifft die typologisierende Charakterisierung zu, die 10. Volkskammer sei durch eine Mischung von Diskussionsforum im Plenum und „Ausschussparlament“ charakterisiert.<sup>19</sup>

### III.

Zutreffend gelangt Richard Schröder zu dem Schluss: Die Volkskammer „hat unglaublich schnell gelernt und unglaublich viel gearbeitet. Sie war ein wichtiges Training des Parlamentarismus, von dem die Landtage profitiert haben.“<sup>20</sup> Dieser Hinweis ist für unser Thema auch deshalb von Bedeutung, weil sie die Wirkung der Volkskammer im deutschen Parlamentarismus auf die föderative Komponente, eben die ostdeutschen Landtage, hervorhebt.

---

18 Vgl. insgesamt: Helmut Müller-Enbergs: Zwischen Bewahrung und Modernisierung. Politische Einstellungen in der letzten Volkskammer der DDR, in: Dietrich Herzog/Hilke Rebenstorf/Bernhard Weßels (Hg.): Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie. Opladen 1993, S. 248–271; Bettina Scholz: Bundestag und Volkskammer. Meinungsprofile von Abgeordneten im Vergleich, ebd. S. 272–299.

19 So im Anschluss an Winfried Steffani modifizierend Helmut Müller-Enbergs: Welchen Charakter hatte die Volkskammer nach den Wahlen am 18. März 1990, in: ZParl 22 (1991), S. 450–476, hier insbes. 454–457.

20 Richard Schröder: Repräsentationsauffassungen, S. 151.

Tatsächlich arbeitete die Volkskammer nicht, wie zunächst angenommen, mehrere Jahre, sondern wie die Weimarer Nationalversammlung etwa ein halbes Jahr und damit drei Monate kürzer als der Parlamentarischen Rat – beides Parlamente, die eine Verfassung berieten und verabschiedeten, also ebenfalls äußerst effizient arbeiteten. Alle drei Parlamente waren von vornherein nur für eine reorganisierende und konstituierende Übergangszeit gewählt.

In diesen sechs Monaten jedoch musste die Volkskammer in 38 Sitzungen ein enormes Pensum bewältigen: „Mit 164 Gesetzen, davon 3 Staatsverträge, und 93 Beschlüssen war der Umfang der Arbeit gewaltig. Und die Zahl der Probleme auch“, konstatierte Sabine Bergmann-Pohl zu Recht.<sup>21</sup>

Aber nicht allein die legislative Kompetenz musste die Volkskammer wahrnehmen, sondern, wie die Weimarer Nationalversammlung 1919 und der Bundestag 1949, schnell eine Regierung bilden. Dadurch unterschieden sich diese drei Parlamente übrigens von der Frankfurter Paulskirche 1848/49, dem Reichstag des Kaiserreichs sowie dem Parlamentarischen Rat 1948/49, deren Aufgabe zunächst ausschließlich Beratung und Beschluss einer neuen Verfassung gewesen waren. 1919 ging es nicht um die Herstellung der deutschen Einheit, 1948/49 nur darum, sie – in der Präambel des Grundgesetzes – programmatisch als Ziel offen zu halten.

Die Wahl des Vorsitzenden der CDU-Fraktion war im Vergleich zu erfahrenen Parlamentsfraktionen ungewöhnlich, da Lothar de Maizière am 28. März nur 82 von 158 Stimmen erhielt. Auf Grundlage der Mehrheitsverhältnisse in der Volkskammer kam nur eine CDU-geführte Regierung in Frage. Obwohl für die Mehrheitsbildung eine Koalition mit der FDP ausgereicht hätte, bot de Maizière in Übereinstimmung mit Bundeskanzler Kohl<sup>22</sup> der zunächst ablehnenden, schließlich zustimmenden SPD zusätzlich den Eintritt in die Regierungskoalition an. Ihr gehörten die CDU, der Demokratische Aufbruch, die Deutsche Soziale Union, die Sozialdemokraten sowie die drei liberalen Parteien – Bund Freier Demokraten, Deutsche Forumpartei, Ost-FDP – an. Wie im 1. Deutschen Bundestag dokumentiert allein diese Vielparteien-Koalition die vergleichsweise hohe Zahl von Fraktionen. Die Mehrheit der neuen Regierung war mit 303 von 400 Sitzen ähnlich breit wie in der Weimarer Nationalversammlung 1919. In der Volkskammer zeigte sich auch bei den Koalitionspartnern, dass der übliche Fraktionszwang hier kaum funktionierte, erhielt de Maizière bei der Wahl zum Ministerpräsidenten doch nur 265 Stimmen und das gesamte Kabinett mit 247 noch weniger.

---

21 Bergmann-Pohl: Die Volkskammer, S. 59.

22 Horst Teltschik: 329 Tage. Innenansichten der Einigung. Berlin 1991, S. 177. Helmut Kohl selbst betonte, wenig Einfluss auf die Regierungsbildung gehabt zu haben. Lothar de Maizière sei entschieden für eine Beteiligung der SPD gewesen, in: Helmut Kohl: Erinnerungen 1990–1994. München 2007, S. 52. Vgl. zur Zusammenarbeit mit Bundeskanzler Kohl insgesamt Lothar de Maizière: Anwalt der Einheit. Berlin 1996; ders.: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen: Meine Geschichte der deutschen Einheit. Freiburg i. Br. 2010.

Insofern erscheint es nicht wirklich überraschend, dass diese Koalition nur wenige Monate hielt. Zuerst traten am 24. Juli 1990 die Liberalen aus, ohne jedoch ihre Minister zurückzuziehen. Am 19. August beschloss die SPD-Volkskammerfraktion den Austritt und einen Misstrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten, den sie dann aber kurioserweise nicht durchführte. Vorangegangen war die Absicht von Lothar de Maizière, eine Regierungsumbildung vorzunehmen, die auch CDU-Minister betraf. Anlass war unter anderem Finanzminister Walter Romberg (SPD), der sich nicht an die deutschlandpolitische Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten halten wollte. Dieses Ende der Koalition wäre trotz inhaltlicher Differenzen aus sachlichen Gründen nicht zwingend gewesen und die Frage stellt sich, ob es in einem erfahreneren Parlament (und bei ausschließlich professionellen Ministern) vermieden worden wäre. Jedenfalls handelte es sich um ein kompliziertes, nicht völlig transparentes Ende der ersten demokratischen DDR-Koalition.<sup>23</sup> Doch bemerkenswert in dieser Volkskammer war, dass dadurch die Handlungsfähigkeit der Regierung nicht beeinträchtigt wurde und beide Fraktionen, SPD und Liberale, bei den entscheidenden Vereinigungsgesetzen mit denen der Regierung stimmten.<sup>24</sup>

#### IV.

Ich kann hier nicht nicht die vielfältigen weiteren Materien vorführen, die die Volkskammer beriet und entschied, deswegen konzentriere ich mich abschließend mit einigen Hinweisen auf die drei wichtigsten, über das Jahr 1990 hinausweisenden substantiellen Leistungen der Volkskammer: Verfassungsfrage, Wiedervereinigungsentschluss und Einigungsvertrag sowie den Umgang mit der Stasi-Vergangenheit.<sup>25</sup>

---

23 Instruktiv zu den Vorgängen, vor allem, aber nicht nur, zur SPD der damalige Fraktionsvorsitzende, der im Zuge dieses Vorgangs zurücktrat: Richard Schröder: Zum Bruch der Großen Koalition der letzten DDR-Regierung, in: ZParl 22 (1991), S. 473–480 (einschließlich des Manuskripts seiner ungehaltenen Rede vor der SPD-Fraktion am 19. August; Ders.: Die SPD-Fraktion in der Volkskammer, in: Misselwitz/Schröder (Hg.): Mandat, S. 163–168. Vgl. auch die einschlägigen Beiträge in: „Die Handschrift der SPD muss erkennbar sein“. Die Fraktion der SPD in der Volkskammer der DDR. Hg. von der SPD-Bundestagsfraktion (Susanne Kastner MdB). Berlin September 2000; Zur CDU: Paul Krüger: Für einen geordneten Einigungsprozess. Zur Arbeit der CDU/CDA-Fraktion, in: Misselwitz/Schröder (Hg.): Mandat, S. 153–162.

24 Vgl. dazu Dietrich Herzog: Die 10. Volkskammer der DDR: Ein verantwortungsbewußtes und tüchtiges Parlament, in: Misselwitz/Schröder (Hg.): Mandat, S. 11–20, hier 14 f.

25 Vgl. dazu neben den unentbehrlichen Stenographischen Berichten zusammenfassend Bettina Scholz: Verfassungsfragen, Verträge zur Einheit, Stasi-Unterlagen-Gesetz–Verlauf der Diskussions- und Entscheidungsprozesse, in: Misselwitz/Schröder (Hg.): Mandat, S. 21–45. Instruktiv über die Differenzen in Bezug auf Beitritts- und Terminfragen auch Höppner: Beitritt zum heutigen Tage. Vgl. auch Sabine Bergmann-Pohl: Die frei gewählte Volkskammer, ebd., S. 49–65, hier 59 ff.

Für diese Frage setzte die Volkskammer aufgrund eines Antrags aller Fraktionen vom 31. Mai 1990 einen Sonderausschuss unter Vorsitz von Joachim Gauck ein. Dieses Gremium sollte nicht allein über die Auflösung des MfS entscheiden, sondern schließlich ein „Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für nationale Sicherheit“ vorbereiten, das die Volkskammer am 24. August 1990 beschloss.<sup>26</sup> Ein solcher geschichtspolitischer Schritt war tatsächlich in der deutschen Parlamentsgeschichte singulär und wurde wegweisend für demokratische Transformationsprozesse in einigen anderen postdiktatorischen Staaten.<sup>27</sup> Hinzu kam, dass die von der Volkskammer anvisierten Regelungen gegen die in der Bundesregierung vorherrschende Ablehnung durchgesetzt werden musste; diese resultierte aus der Befürchtung, die nachhaltige Debatte über die Stasi-Vergangenheit könne zu einer gesellschaftlichen Zerreißprobe führen. Hervorzuheben ist nicht zuletzt, dass es der Volkskammer gelang, diese sowohl moralische als auch geschichtspolitische Auseinandersetzung zur Vorbereitung des späteren Stasi-Unterlagengesetzes zu erzwingen. Diese Entscheidung zählte zu denen, die die Bürgerrechtsbewegung selbst durchsetzen konnte, nachdem sie in zahlreichen Bürgerkomitees dafür seit Dezember 1989 intensive Vorarbeit geleistet hatte und anschließend vom Sonderausschuss der Volkskammer maßgebliche Vertreter in erheblichem Maße als Sachverständige herangezogen wurden.

Dieser Ausschuss folgte dem bereits vorher eingesetzten Ausschuss zur Überprüfung der Volkskammerabgeordneten hinsichtlich einer eventuellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst. Er war zu dem Ergebnis gelangt, 76 Abgeordnete müssten überprüft werden, darunter waren 56, die das Ministerium für Staatssicherheit als Mitarbeiter geführt hatte. Nur der Abgeordnete Wolfgang Ullmann (Bündnis 90) war nach längeren Auseinandersetzungen bereit, die Namen zu veröffentlichen.<sup>28</sup> Auch in dieser Frage erwies sich die Volkskammer als singulär, weil sie sicherstellen wollte, dass der demokratische Neuaufbruch nicht durch frühere Spitzel- und Repressionsaktivitäten von neuen Mandatsträgern politisch belastet wurde.

Entscheidend für die Aufgabenstellung von Volkskammer und neuer Regierung wurden die „Grundsätze der Koalitionsvereinbarung vom 12. April 1990“ zwischen den beteiligten Fraktionen, die sich auf das Verfahren zur Wieder-

26 Vgl. dazu Joachim Gauck: Der Sonderausschuss zur Kontrolle und Auflösung des MfS/AfNS. Die Schaffung eines Gesetzes über die Stasi-Unterlagen, in: Misselwitz/Schröder (Hg.): Mandat, S. 141–149. Vgl. dazu: Marianne Birthler: Halbes Land. Ganzes Land. Ganzes Leben. Erinnerungen. Berlin 2014, S. 213–215.

27 Deshalb der Volkskammer auch den Charakter eines „Revolutionstribunals“ zuzumessen (so Müller-Enbergs: Charakter, S. 461 ff.) ist m. E. übertrieben, zumal wenn man die historischen Revolutionstribunale, beginnend mit der Französischen Revolution in den 1790er Jahren, zum Vergleich heranzieht. Aufschlussreich sind allerdings unter anderem seine Hinweise auf die unterschiedliche Einstellung der Fraktionen.

28 Ebd., S. 462.

vereinigung festlegten: Sie sollte gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (GG) erfolgen. Dieser Artikel regelte zwar nicht die einzelnen Schritte, doch aber das fundamentale Prinzip. Das Grundgesetz ließ zwei Alternativen offen, der Beitritt der DDR gemäß Artikel 23 oder Artikel 146 GG.<sup>29</sup> Dieser Weg wäre nicht allein komplizierter, sondern außerdem wesentlich zeitraubender gewesen, sah doch Artikel 146 die Beratung einer neuen gemeinsamen Verfassung für das vereinigte Deutschland vor. Dafür wäre jedoch weder die Volkskammer noch der Bundestag allein zuständig gewesen. Vielmehr hätte ein gemeinsamer Verfassungskonvent berufen oder gewählt werden müssen. Aufgrund der Kompromissformel in Artikel 5 des Einigungsvertrages konstituierte sich am 16. Januar 1992 die ‚Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat‘.<sup>30</sup>

Zum Zeit- und Verfahrensproblem kam ein verfassungspolitisches Argument: Nach Einschätzung der meisten Experten und führenden Politiker hatte sich das Bonner Grundgesetz in vierzig Jahren außerordentlich bewährt. Im Übrigen hatte es zur Anpassung an die politische Entwicklung schon bis dahin zahlreiche Detailänderungen gegeben, sie würden auch künftig möglich bleiben.

Die zahlreichen Einzelgesetze, die die Volkskammer beraten und beschließen musste, um den Übergang von der Diktatur zur Demokratie verfassungsrechtlich zu ebnen, wären jedoch nicht Aufgabe eines solchen gemeinsamen Verfassungskonvents gewesen. Dazu zählten, wie Lothar de Maizière zu Recht betont hat<sup>31</sup>, die Wiedereinführung von kommunaler Selbstverwaltung und der fünf Länder, die nicht allein für das Beitrittsverfahren nach Artikel 23 wesentlich waren, sondern früh die postdiktatorische Demokratieeinübung ermöglichten.

Trotz dieser Zwänge waren sich die Fraktionen der Volkskammer, zum Teil auch untereinander, keineswegs einig, welcher Weg beschritten werden sollte, zumal der vorhergehende zentrale ‚Runde Tisch‘<sup>32</sup> – der der freien Volkskammer-

---

29 Vgl. zum gesamten Komplex Wolfgang Jäger in Zusammenarbeit mit Michael Walter: Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90 (Geschichte der deutschen Einheit 3). Stuttgart 1998, insbes. S. 431–469; Die Regierung de Maizière.

30 Vgl. dazu Rupert Scholz: Neue Verfassung oder Reform des Grundgesetzes? (Vortrag bei der Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog). Frankfurt a. M. 1992. Vgl. dazu Eckhard Jesse: Die Verfassungsfrage: neue Konstitution oder ‚Anschluss‘, in: Andreas H. Apelt/Robert Grünbaum/Martin Gutzeit (Hg.): Der Weg zur Deutschen Einheit. Mythen und Legenden. Berlin 2010, S. 171–187, sowie die anschließende Podiumsdiskussion mit Gerd Poppe, Ulrich K. Preuß, Rupert Scholz, Richard Schröder und Margit Miosga, ebd., S. 189–207.

31 De Maizière: Wie alles begonnen hat, S. 69 f.

32 Vgl. als Bericht einer aktiv Beteiligten Ulrike Poppe: Der Runde Tisch, in: Martin Sabrow (Hg.): Erinnerungsorte der DDR. München 2009, S. 492–502. Grundlegende Dokumentation und Analysen hat Uwe Thaysen erarbeitet, u. a.: Der zentrale runde Tisch der DDR: Wortprotokolle und Dokumente. Bearb. u. hg. von Uwe Thaysen. 5 Bde. Wiesbaden 2000; Ders.: Der Runde Tisch: Oder wer war das Volk? Teil I, in: ZParl 21 (1990), Teil I S. 71–100, Teil II S. 257–308.

wahl den Weg bereitete hatte – einen Verfassungsentwurf beschlossen hatte. Über beide mögliche Wege wurde heftig debattiert: So plädierten in der 3. Sitzung am 19. April 1990 Jens Reich (Bürgerrechtsbewegung) und Gregor Gysi (PDS) für die Beratung einer Verfassung durch die Volkskammer. Die überwältigende Mehrheit der Volkskammer wünschte jedoch die möglichst schnelle Wiedervereinigung. Minderheiten wollten indes sowohl verfassungs-, innen- und außenpolitisch Alternativen erproben. Dazu zählte das Ziel, wirtschafts- und sozialpolitische Elemente eines ‚dritten Weges‘ oder außen- und bündnispolitische Neutralität des wiedervereinigten Deutschland zu akzeptieren. Doch gab es dafür keine Mehrheiten, gerade außenpolitisch waren zudem oftmals Illusionen im Spiel, die die Akzeptanz der Wiedervereinigung auch international ausgeschlossen hätte.

Tatsächlich erzwangen die sich ständig beschleunigende innerdeutsche und die internationale Entwicklung nicht allein von der Bundesregierung klare und schnelle Entscheidungen. Und auch in den Beratungen der Volkskammer spielte der Zeitfaktor eine wesentliche Rolle. Es muss nur daran erinnert werden, dass bereits im Spätsommer 1991 versucht wurde, den KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow, der für den Erfolg der deutschen Einheit eine unverzichtbare Rolle spielte, zu stürzen und er wenig später faktisch entmachtete wurde. Welche Entwicklung eingetreten wäre, wenn es vor dem 3. Oktober 1990 zu einem erfolgreichen Militärputsch in der Sowjetunion gekommen wäre, kann niemand sagen.

Der komplexe Prozess der Wiedervereinigung vollzog sich auf drei Ebenen, der innenpolitischen, sowohl der DDR wie der Bundesrepublik, und der internationalen Ebene. Diese drei Komponenten mussten nicht allein koordiniert werden. Vielmehr musste die Wiedervereinigung international gegen größte Widerstände selbst befreundeter Staaten in einem sehr engen ‚Zeitfenster‘ erkämpft werden. Und dies war die geradezu weltgeschichtliche Leistung vor allem des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, entscheidend unterstützt durch den amerikanischen Präsidenten George Bush sen.<sup>33</sup> In den „Zwei-plus-Vier-Verhandlungen“ der vier alliierten und der beiden deutschen Außenminister spielte Hans-Dietrich Genscher eine wesentliche Rolle. Für die DDR nahm bis zum Austritt der SPD aus der Regierung am 20. August 1990 Markus Meckel (SPD) teil, danach übernahm Ministerpräsident Lothar de Maizière zusätzlich das Amt des Außenministers.<sup>34</sup>

33 Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik. Hg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998; Werner Weidenfeld mit Peter M. Wagner und Elke Bruck: Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90 (Geschichte der deutschen Einheit 4). Stuttgart 1998.

34 Vgl. Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess. Hg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin von Horst Möller, Ilse Dorothee Pautsch, Gregor Schöllgen, Hermann Wentker und Andreas Wirsching. Bearb. von Heike Amos und Tim Geiger. Göttingen 2015.

Diese wegweisende Vereinbarung der Koalitionsfraktionen der Regierung de Maizière hatte für die Arbeit der Volkskammer wesentliche Konsequenzen: Sie wurde nicht, wie die Weimarer Nationalversammlung und der Parlamentarische Rat, zu einem verfassungsgebenden Parlament. Stattdessen beschloss die Volkskammer als verfassungsrechtliches Fundament für die parlamentarische und exekutive Arbeit wesentliche Änderungen der DDR-Verfassung. Sie sind im ‚Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR vom 17. Juni 1990‘ enthalten, die sogenannten Verfassungsgrundsätze. Man kann dieses Verfahren am ehesten als ‚vorläufige Neuordnung‘ oder als Schaffung einer befristeten Übergangsverfassung bezeichnen. Insofern sind diese Entscheidungen in der deutschen Parlamentsgeschichte am ehesten mit dem durch die Weimarer Nationalversammlung am 10. Februar 1919 beschlossenen ‚Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt‘ vergleichbar.

Nach der prinzipiellen Festlegung auf den Art 23 GG mussten DDR-Regierung und Volkskammer über zahlreiche Einzelfragen für den Übergang entscheiden beziehungsweise darüber mit den Verfassungsorganen der Bundesrepublik Einvernehmen erzielen. Das führte zunächst zu Kontroversen innerhalb der Volkskammer. So zerstritt sich die Koalition beispielsweise über das Wahlrecht, vor allem über die 5-Prozent-Sperrklausel, auch die Parteien beziehungsweise ihre westlichen und östlichen Teile waren sich keineswegs völlig einig.<sup>35</sup> Der vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und DDR-Staatssekretär Günther Krause vorbereitete Wahlstaatsvertrag scheiterte nach einer 11-stündigen Sitzung in der ersten Lesung frühmorgens am 9. August, weil die Zahl der Teilnehmer zu gering geworden war. Auch über den Wahltermin zum ersten gesamtdeutschen Bundestag kam es zum Eklat, nach mehreren Änderungen gelang dann aber die Ratifizierung des Wahlstaatsvertrags durch Bundestag, Volkskammer und Bundesrat. Dort lehnten nur die rot-grün regierten Länder Berlin und Niedersachsen den Kompromiss ab.

Die beiden anderen, auch von der Volkskammer zu beratenden und mit zu entscheidenden Staatsverträge mit der Bundesrepublik, waren der Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion<sup>36</sup> sowie der Einigungsvertrag<sup>37</sup>.

---

35 Vgl. die Debatten in: Stenographische Niederschrift der Volkskammer der DDR, 10. Wahlperiode, 28. Sitzung vom 8. August 1990, S. 1320–1331 sowie 1341–1351.

36 Vgl. die Stenographische Niederschrift der Volkskammer der DDR, 10. Wahlperiode, 16. Sitzung vom 21. Juni 1990, S. 565–590 sowie 625–630; Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln. (Geschichte der deutschen Einheit 2). Stuttgart 1998.

37 Vgl. Stenographische Niederschrift der Volkskammer der DDR, 10. Wahlperiode, 34. Sitzung vom 6. September 1990, S. 1564–1568 (Erklärung von Ministerpräsident de Maizière und Dr. Wolfgang Ullmann für die Fraktion Bündnis 90/Grüne), 35. Sitzung vom 13. September 1990, S. 1636–1679 sowie 36. Sitzung vom 20. September 1990, S. 1737–1759 und 1795–1798 mit der namentlichen Abstimmung. Der komplette Text mit allen Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen ist veröffentlicht unter dem Titel: Der Einigungsvertrag.

Und schließlich die fundamentale Entscheidung: Die Volkskammer beschloss in der Nacht vom 22. zum 23. August 1990 bei 363 abgegebenen Stimmen mit 294 Ja- und 62 Neinstimmen bei 7 Enthaltungen definitiv den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 GG sowie den Wahlvertrag. Der Sprecher der PDS-Fraktion, Gregor Gysi, kommentierte diesen Beschluss erregt mit den Worten: „Das Parlament hat soeben nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik zum 3. Oktober 1990 beschlossen.“<sup>38</sup> Am 20. September 1990 folgte bei 380 abgegebenen Stimmen mit 299 Ja- gegen 80- Nein-Stimmen von PDS, Bündnis 90 und Grünen bei einer Enthaltung die Zustimmung zum Einigungsvertrag und damit die definitive Wiedervereinigung Deutschlands zum 3. Oktober 1990.<sup>39</sup> Allerdings bedeuteten keineswegs alle Nein-Stimmen auch eine prinzipielle Ablehnung der Wiedervereinigung, sondern bezogen sich entweder auf einzelne Regelungen des Einigungsvertrags oder auf Verfahrensfragen.<sup>40</sup> Die Volkskammer ratifizierte auch den Zwei-plus-Vier-Vertrag, der sie völkerrechtlich vollendete. Alles zusammen erfolgte korrespondierend mit den entsprechenden Beschlüssen des Deutschen Bundestages und der Vorbereitung durch die beiden Regierungen. Wenngleich es sich hierbei also trotz aller Debatten und ursprünglichen Divergenzen um definitive Entscheidungen beider Seiten handelte, hatte doch die Volkskammer einen unverzichtbaren Anteil am Prozess der Wiedervereinigung. Und das gibt dieser einzigen demokratisch gewählten Volkskammer der DDR, die sich mit ihrer Entscheidung selbst überflüssig machte, jenseits aller Differenzen zu anderen Parlamenten, wiederum eine Analogie zum Bundestag und insgesamt in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus einen singulären Rang.

---

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands. München 1990 (Nachdruck der Ausgabe des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung).

38 Stenographische Niederschrift der Volkskammer der DDR, 10. Wahlperiode, 30. Sitzung vom 22. August 1990, S. 1382.

39 Vgl. dazu (und zur Debatte über den Beitrittstermin) Stephan Eisel: Der Beitrittsbeschluss der DDR-Volkammer, in: Historisch-Politische Mitteilungen 12 (2005), S. 303–312.

40 So kritisierte Jens Reich etwa, dass das Gesetz über die Stasi-Unterlagen im Einigungsvertrag nur als Absichtserklärung vorkomme, Günter Nooke, der sich explizit zur Einheit bekannte, kritisierte wirtschaftspolitische Entscheidungen, unter anderem über die Treuhand, 14 SPD-Volkammerabgeordnete stimmten nur unter großen Bedenken zu, weil sie wesentliche Interessen der DDR-Bevölkerung nicht hinreichend berücksichtigt fanden.

# DOKUMENTATION

## **Persönliche Erinnerungen an Helmut Kohl und Anmerkungen zu seinem politischen Aufstieg**

**Peter Molt**

Helmut Kohl wäre im Jahr 2020 neunzig Jahre alt geworden.<sup>1</sup> In einer Zeit, die durch die Corona-Pandemie, den immer bedrohlicheren Klimawechsel, die Krise der Europäischen Union und durch vielfältige internationale Unruheherde geprägt ist, erfährt die CDU einen Führungswechsel und vermutlich einen weiteren ihrer internen Struktur. Dieser späte Kommentar von einem Altersgenossen, Kommilitonen, Mitautor und Zeugen des ersten Jahrzehnts von Helmut Kohls politischem Aufstieg will darauf aufmerksam machen, dass Kohl wie sein Vorgänger Konrad Adenauer nicht nur durch die Bedeutung der von ihnen getroffenen Entscheidungen, sondern auch durch ihren Arbeits- und Führungsstil sichtbare Spuren hinterlassen haben. Er hat proaktiv gehandelt und ist dabei weit über die Einschätzung hinausgegangen, der Bismarck 1852 zu folgen vorgab, aber fünfzehn Jahre später selbst widerlegte: „Der Strom der Zeit läuft seinen Weg doch, wie er soll, und wenn ich meine Hand hineinstecke, so tue ich das, weil ich es für meine Pflicht halte, und nicht, weil ich seine Richtung damit zu ändern meine.“<sup>2</sup> Helmut Kohl, der sehr wohl mit Bismarck verglichen werden kann, wollte von Anfang an nicht verwalten, sondern führen und deshalb engagierte er sich schon als Schüler und Student für die Modernisierung der CDU von einem „breitgefächerten Interessenbund mit Honorationencharakter“ zur organisierten Aktionspartei.<sup>3</sup>

---

1 Der unmittelbare Anlass für diese Zeilen ist, dass der Autor in seinen persönlichen Unterlagen Protokolle einer von Helmut Kohl organisierten Tagungsserie fand, die im Kloster Maria Laach 1965, in einer frühen Phase seiner politischen Karriere, stattfand. Sie erlauben, die Bedingungen und Umstände seines Aufstiegs noch deutlicher, als bisher möglich, aufzuzeigen. Die Unterlagen wurden vom Verfasser dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung übergeben.

2 Otto von Bismarck als Gesandter in Frankfurt gegenüber seiner Schwiegermutter Littegarde von Puttkamer, 5. Februar 1852. Zit. nach: Ulrich Kühn: Der Grundgedanke der Politik Bismarcks. Dettelbach 2001, S. 232

3 Peter Haungs: Die CDU in den achtziger Jahren. Anmerkungen zur Organisation und Strategie, in: Rupert Breitling/Winand Gellner (Hg.): Machiavellismus. Parteien und Wahlen, Medien und Politik. Politische Studien zum 65. Geburtstag von Erwin Faul. Gerlingen 1988, Teil II, S. 87–105, hier 89.

*Die gemeinsame Studienzeit in Heidelberg*

Nicht ohne Grund suchen Biographen nach den Gründen für den Charakter von Staatsmännern und Politikern in deren Jugend. Zeitzeugen, Freunde und Familienangehörige werden dazu befragt. Zu Helmut Kohl erschien drei Jahre nach seiner Wahl zum Bundeskanzler eine Sammlung von Berichten zu seiner Jugendzeit und zu seinem Werdegang.<sup>4</sup> Darin finden sich auch Reminiszenzen an seine Heidelberger Studienzeit, an die sich meine Erinnerungen anschließen. Als Mitarbeiter der politikwissenschaftlichen Forschungsgruppe von Dolf Sternberger am Alfred-Weber-Institut für Sozial- und Staatswissenschaften der Universität Heidelberg erarbeiteten Helmut Kohl, ein der SPD angehöriger Kollege und ich von 1956 bis 1958 eine Studie zur Bundestagswahl 1957. Er selbst erwähnt in seinen Erinnerungen<sup>5</sup>, dass er, während er sich auf seine Promotion vorbereitete, als Hilfsassistent am Alfred-Weber-Institut ein bescheidenes Salär von monatlich 150 Mark verdient habe. Er habe bei einer Untersuchung mitgearbeitet, die zwei junge Wissenschaftler aus der Forschungsgruppe Sternberger zusammen mit ihm über die Auswahl der Kandidaten zur Bundestagswahl 1957 verfasst hätten.<sup>6</sup> Die Studie sei 1961 vor der nächsten Bundestagswahl erschienen, die Redaktion habe „Bernhard Vogel, dessen weiterer Weg – nicht ohne mein Zutun – in die Politik führte“<sup>7</sup>, besorgt.

Ausführlicher geht Hans-Peter Schwarz in seiner Biografie auf Helmut Kohls Mitwirkung in der Forschungsgruppe Sternberger ein, auf Grundlage der Sitzungsprotokolle, die ich ihm zur Verfügung stellte.<sup>8</sup> Die dritte Forschungsgruppe Sternberger begann ihre Arbeit im September 1955 und hatte zum Thema das Verhältnis von parlamentarischer Repräsentation und Opposition. Konkret handelte es sich dabei um die Zusammensetzung und Arbeit von Parlamenten in der Vergangenheit und den beiden ersten Legislaturperioden des Deutschen Bundestags. Die Mitglieder der Forschungsgruppe trafen sich unter Leitung von Prof. Sternberger jeweils freitags zu dreistündigen Sitzungen, um Fragestellung und Ergebnisse ihrer Arbeiten und grundsätzliche und aktuelle politische Fragen zu erörtern. Sie erhielten für ihre Forschungsarbeit ein Stipendium von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

4 Werner Filmer/Heribert Schwan: Helmut Kohl. Düsseldorf 1985.

5 Helmut Kohl: Erinnerungen 1930–1982. München 2004, S. 100 ff.

6 Karl Heinz Kaufmann/Helmut Kohl/Peter Molt: Kandidaturen zum Bundestag. Die Auswahl der Bundestags-Kandidaten 1957 in zwei Bundesländern. Mit einem Essay über Vorschlag u. Wahl von Dolf Sternberger. Köln 1961.

7 Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 101 f.

8 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biografie. München 2012, S. 64 ff. Die Protokolle der Forschungsgruppe Professor Dr. Dolf Sternberger „Repräsentation und Opposition“ an der Universität Heidelberg Bd. 3 (September 1956–April 1957); Bd. 4 (März 1957–Juli 1957); Bd. 5 (September 1957–März 1958) – befinden sich im ACDP.

Zur Teilnahme an den Sitzungen konnten sich während des Semesters auch weitere Studenten höherer Semester bewerben. Die Sitzungen galten für sie als Oberseminar. Helmut Kohl, der zu dieser Zeit an einer Dissertation zur Entstehung der CDU in der Pfalz bei dem Zeithistoriker Prof. Dr. Walter Peter Fuchs arbeitete, nahm erstmalig am 9. November 1956 an einer Sitzung teil. Er hatte als viertes Prüfungsfach für seine Promotion Politikwissenschaft, die 1955 als neues Fach im Rahmen des Alfred-Weber-Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften eingeführt worden war, gewählt. Kurz zuvor, im September 1956, hatte Sternberger zu einer zweitägigen internationalen Tagung mit namhaften Wissenschaftlern der europäischen „political science“ eingeladen. An deren Eröffnungssitzung nahm auch Bundespräsident Theodor Heuss teil. Die Presse hatte ausführlich darüber berichtet und damit Helmut Kohl auf das Politische Seminar Sternbergers aufmerksam gemacht. Kohl bewarb sich als Teilnehmer. Die erste Sitzung im Wintersemester 1956/57 fand am 9. November 1956 statt. Ihr Thema waren die möglichen Konsequenzen der kritischen weltpolitischen Lage nach dem Suezkonflikt und Sinai-Krieg Ende Oktober 1956. Es war bezeichnend für Helmut Kohl, dass er als Neuling sich sofort nach dem einführenden Kurzreferat zu Wort meldete. Im Protokoll der Sitzung heißt es: „[...] die eigentliche Diskussion entspinnt sich an der von Herrn Kohl gestellten Frage [...]“. Dieses Verhalten behielt er in den folgenden Sitzungen bei. Helmut Kohl setzte sich an den großen Tisch, um den die Teilnehmer saßen, gegenüber Prof. Sternberger, breitete seine Pfeifen, Tabak und Pfeifenbesteck vor sich aus und begann wie ein Schlot zu qualmen. Typischerweise äußerte er sich selten zu den theoretischen Fragen, dafür aber umso mehr zum Innenleben der Parteien, von denen, wie er später schrieb, Sternberger und die meisten Seminarteilnehmer so gut wie keine Ahnung gehabt hätten. Zur Frage der strukturellen Wirkungen des Wahlrechts, die häufig angesprochen wurden – Sternberger war Vorsitzender der Deutschen Wählergesellschaft, die für das relative Mehrheitswahlrecht eintrat –, ist allerdings kein Diskussionsbeitrag von ihm verzeichnet. Helmut Kohl fand die Diskussion darüber unnötig, denn er hielt eine Änderung des bestehenden Wahlrechts schon in den 1950er Jahren politisch für nicht mehr durchsetzbar.<sup>9</sup>

Am 15. März 1957 lud Prof. Sternberger einige Mitarbeiter der Forschungsgruppe zu einer Besprechung ein, da die DFG den Antrag, eine Wahlbeobachtung der bevorstehenden Bundestagswahl 1957 zu finanzieren, positiv beschieden habe. Er habe diese Studie vorgeschlagen, weil es bisher nur drei Unter-

---

9 Bei den Koalitionsverhandlungen nach dem Rücktritt Ludwig Erhards im Herbst 1966 mit der SPD stimmte Helmut Kohl, der aus der Heidelberger Zeit alle grundsätzlichen Argumente der Wahlrechtsdiskussion kannte, als einziges Mitglied des CDU-Bundesvorstands gegen den Vorschlag, mit der SPD eine Änderung des Wahlrechts zu vereinbaren, weil dadurch eine künftige Zusammenarbeit mit der FDP unmöglich werde und die Gefahr eines sozialliberalen Bündnisses wachse. Schwarz: Helmut Kohl, S. 147.

suchungen zu Kandidaturen und Wahlkämpfen in Deutschland gäbe. Er fragte dann den zusätzlich eingeladenen Helmut Kohl, ob er bereit sei, an der Untersuchung mitzuarbeiten, um Kandidatenaufstellung und Wahlkampf der CDU in der Pfalz zu beobachten und zu analysieren. Kohl sah keine Schwierigkeiten, er sei ohnehin involviert in den Wahlkampf. Für seine Mitarbeit bekam er ein halbes Forschungsstipendium, nämlich die in seinen Memoiren erwähnten 150 DM, zugesagt.

Helmut Kohl nahm deshalb auch im Sommersemester 1957 und Wintersemester 1957/1958 weiter an den Seminarsitzungen teil. Er beteiligte sich, wie die Protokolle ausweisen, engagiert an der Diskussion über Parteienstruktur, Wahlkampf, Wählersozio­logie und öffentliche Meinung. Am 12. Juli 1957 referiert er über die Aufstellung der Bundestagskandidaten durch die Landesdelegiertenversammlung der CDU Rheinland-Pfalz. Hans-Peter Schwarz berichtet ausführlich über dieses Referat und bewertet es in manchen Punkten als überraschend und insgesamt eindrucksvoll.<sup>10</sup> Tatsächlich kannte Helmut Kohl die politische Situation und die handelnden Personen nicht nur in der Pfalz, sondern in ganz Rheinland-Pfalz im Detail. Nüchtern und fundiert analysierte und beurteilte er Verhalten und Motivation der einzelnen Akteure. Seine Menschen- und Sachkenntnis war beindruckend und erfrischend, zumal er sich damals noch frei von politischen Rücksichten äußern konnte. Andere Meinungen kommentiert er je nachdem „ergänzend, korrigierend oder polemisierend“, wie es in einem der Protokolle heißt. Schon damals zeigten sich seine Erfahrungen im Alltagsbetrieb der Parteien: Stärken und Schwächen der Gegner, aber auch seiner Mitkämpfer wurden von ihm genau beobachtet und entsprechend genutzt.

Die Beiträge für die Wahlkampfstudie lagen im Januar 1959 vor. Allerdings waren sie sehr heterogen und wenig strukturiert. Einer der Gründe dafür war, dass Sternberger den drei Bearbeitern erst nach der Bundestagswahl Anfang Oktober 1957 eine ausführliche Gliederung der Studie vorschlug, also zu einem Zeitpunkt, als die Beobachtungsphase längst beendet war. Die Beschreibung des Wahlkampfes und die Wähleranalyse, wie sie Sternberger wünschte, waren deshalb nicht mehr möglich und wurden gestrichen. Der Forschungsbericht musste auf die Kandidatenaufstellung in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz beschränkt werden. Der Torso des Forschungsberichts wurde Bernhard Vogel, der seit Mai 1957 am Seminar teilnahm, übergeben.<sup>11</sup> Er erarbeitete daraus einen 250 Seiten langen Text. Seine Mitarbeit ist allerdings nirgendwo

<sup>10</sup> Ebd., S. 65

<sup>11</sup> Bernhard Vogel (\*1932), später MdB, Kultusminister und Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

erwähnt, seine Erfahrungen konnte er jedoch zusammen mit Peter Haungs 1961 in eine Folgestudie zur Bundestagswahl 1961 einbringen<sup>12</sup>.

Helmut Kohls Beitrag zur Wahlstudie 1957, die 1961 als Buch erschien, umfasste 34 von insgesamt 239 Textseiten. Er schilderte im Detail die Vielfalt der Motivationen und Interessen, die bei der Aufstellung der Wahlkreisandidaten eine Rolle spielen, kam aber zum Schluss, dass es unmöglich sei, daraus strukturelle Schlussfolgerungen zu ziehen. Er nahm noch bis zum 25. März 1958 an den Sitzungen der Forschungsgruppe teil. Am 8. Juli 1958 promovierte er mit einer Arbeit „Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiedererstehen der Parteien nach 1945“ bei dem Historiker Walther Peter Fuchs (1905–1997) zum Dr. phil. Im Fach Politikwissenschaft wurde er mündlich von Dolf Sternberger geprüft.

### *Helmut Kohls Erleben des Kriegsendes und seine Berufswahl*

In diesem Sommer 1957 vor der Bundestagswahl sprach Helmut Kohl mehrmals davon, dass es sein politisches und damit auch berufliches Ziel sei, eine führende Rolle in der rheinland-pfälzischen Landespolitik zu spielen. Woher hatte Helmut Kohl dieses Selbst- und Sendungsbewusstsein?

In seinen Memoiren beschreibt er seine Erlebnisse in den letzten Wochen des Zweiten Weltkriegs: Wie er als 15jähriger drei seiner Schulkameraden dafür gewann, im Chaos der letzten Kriegstage von Berchtesgaden, wohin seine Schule im Zuge der „Kinderlandverschickung“ evakuiert worden war, 400 km zu Fuß nach Ludwigshafen zu den Eltern zurück zu marschieren. Dort kamen sie schließlich sieben Wochen später im Juni 1945 an<sup>13</sup>.

Auf dem langen Marsch mit seinen Freunden, den er dank der 1.000 RM, die ihm sein Vater vorsorglich noch kurz zuvor geschickt hatte, meistern konnte, ist er sich wohl seiner Führungsstärke bewusst geworden. Wieder zuhause hat er dann, geleitet von einem politisch engagierten Geistlichen, Johannes Finck, der die Qualitäten des Jungen erkannte, den Weg zu einem demokratischen und europäischen Europa als Ziel verinnerlicht: „Wir junge Menschen wollten alles tun, damit sich die Schrecken der Vergangenheit niemals mehr in der Pfalz, in Deutschland und in Frankreich wiederholten, [...] wir träumten von einem Europa, in dem die Völker fortan friedfertig miteinander lebten.“<sup>14</sup>

Sein Biograf Hans-Peter Schwarz hat sich eingehend zur Entwicklung Helmut Kohls zum Politiker und schließlich zu einem die deutsche Geschichte maßgeblich prägenden Bundeskanzler geäußert. Die individuelle Prägung Kohls in den

12 Bernhard Vogel/Peter Haungs: Wahlkampf und Wählertradition. Eine Studie zur Bundestagswahl von 1961. Köln 1965.

13 Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 40–43; ausführlicher Filmer/Schwan: Helmut Kohl, S. 24–27.

14 Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 56.

vierziger, fünfziger und sechziger Jahren sei für das Verständnis seiner späteren Politik als Bundeskanzler und Parteichef unentbehrlich. Besonders die Zeit um das Kriegsende habe ihn und viele seiner Altersgenossen, der beim Kriegsende 15- bis 17-jährigen geprägt. Sie bildeten die „Generation von 1945“, die dann in den 1970er und 1980er Jahren die Führungsfunktionen in der deutschen Gesellschaft übernommen hätten.<sup>15</sup>

Helmut Kohl wuchs in einer damals typischen katholischen Aufsteigerfamilie auf, die dem Nationalsozialismus einerseits moralisch ablehnend gegenüberstand, andererseits seiner Forderung nach Revision des Versailler Vertrags und seinem Kampf gegen den Kommunismus „patriotisch“ zustimmte. Helmut Kohls Eltern überstanden zwar viele Bombenangriffe auf Ludwigshafen, wurden aber durch den Soldatentod des ältesten Sohns Walter wenige Wochen vor Kriegsende traumatisch getroffen. Der jüngere Helmut wurde wie seine Altersgenossen in Schule und Hitlerjugend vom Nationalsozialismus indoktriniert, blieb aber vom direkten Kampfeinsatz gerade noch verschont.

Im März 2020 zeichnete der Dokumentarfilm „Die Freibad-Clique“ im Ersten Deutschen Fernsehen die Erlebnisse von 15-jährigen aus Schwäbisch Hall in jenen Monaten vor und nach dem Kriegsende nach. Der Film erinnerte mich an meine eigenen Erlebnisse in jener Zeit: Ich war sechs Monate älter und eine Schulklasse weiter als Helmut Kohl. Gerade für die 15-jährigen waren die Erlebnisse jener Monate, so unterschiedlich sie auch gewesen sein mögen, ein unvergesslicher Einschnitt. Viele Jugendliche waren auf sich allein gestellt, als sie sich vor einem rabiat um sich schlagenden Regime, das sie als Letzte dem „Endsieg“ opfern wollte, zu retten suchten. Danach galt es, den Zusammenbruch Deutschlands in diesem Frühjahr zu überleben. Die 15-jährigen mussten wie Erwachsene handeln und konnten erst danach, als die Monate des Schreckens vorüber waren, beginnen, auf eine neue und bessere Zukunft zu hoffen.

Meine Erfahrung als Gleichaltriger ist, dass das Erleben der chaotischen Jahre von 1944 bis 1946 in unserer Alterskohorte anders war als das der Älteren, die den Krieg als Soldaten und Kriegsgefangene erlebt hatten, aber auch der Jüngeren, die im Krieg und der unmittelbaren Nachkriegszeit noch Kinder waren. Es gab aber auch große Unterschiede innerhalb der Alterskohorte in der Wahrnehmung des Geschehens, je nach der religiösen und politischen Einstellung der Eltern, nach den Lehrern und Klassenkameraden und natürlich auch dadurch, wie die Familie jedes Einzelnen durch Diktatur und Kriegereignisse betroffen worden war.

Richtig ist, worauf Schwarz hinweist, dass unter den jungen Katholiken dieser Alterskohorte sich in den folgenden Jahren eine relativ große Zahl über die katholische Jugend oder auch direkt über die CDU und die Junge Union politisch engagierte. Einig waren wir in der Hoffnung auf ein demokratisches

---

15 Schwarz: Helmut Kohl, S. 125–132.

Deutschland, auf ein geeintes Europa, die atlantische Wertegemeinschaft und den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Gemeinsame Ideale waren uns wichtiger als soziale Herkunft, einig waren wir in der Abwehr des totalitären Kommunismus. Die These von Schwarz, Helmut Kohl verkörpere diese Generationenprägung im Parteinachwuchs der CDU so exemplarisch wie kaum ein anderer, ist aber zu allgemein. Im Gegensatz zu seinen Altersgenossen, späteren Anhängern oder Rivalen, erfolgte sein Aufstieg unter besonders widrigen Bedingungen. Das politische Klima in der Industriestadt Ludwigshafen, einer Hochburg der Sozialdemokraten und der Kommunisten<sup>16</sup>, sorgte auch unter Jugendlichen für eine raue politische Auseinandersetzung. Uneinheitlich war auch die Struktur der CDU. Sie war, wie das von den Besatzungsmächten neu geschaffene Land Rheinland-Pfalz, dreigeteilt in den ehemals bayrischen Südtel, die Pfalz, den Südtel der ehemals preußischen Rheinprovinz und in der Mitte in das ehemals zum Großherzogtum Hessen gehörende Rheinhessen. Helmut Kohls Vater war nach 1945 parteipolitisch nicht aktiv und tolerierte das politische Engagement seines Sohnes mehr als dass er es förderte. Dieser fand, wie erwähnt, dafür frühzeitig einen starken Mentor in der Person des ehemaligen Zentrums politikern und Gründers der CDU in der Pfalz, Pfarrer Johannes Finck.

Helmut Kohl machte, wie erwähnt, vor uns im Seminar kein Geheimnis daraus, dass er nach der Promotion für den Landtag in Mainz kandidieren werde und dafür gute Chancen sehe. Er wolle dabei mitwirken, die bewährte Politik weiter zu führen, sehe aber gleichzeitig 15 Jahre nach Kriegsende auch die Notwendigkeit neuer Ziele. Die Erzählung, dass er damals schon geäußert habe, dass er dereinst Bundeskanzler werden wolle, ist eine spätere Erfindung. Eine solche Ansage hätte ihm damals politisch auch eher geschadet als genützt und entsprach auch nicht seinem Charakter.<sup>17</sup> Er war kein Großmaul, aber dass er ein „Boss“ war, wie die Ludwigshafener Junge Union ihn nannte, zeigte er auch seinen Heidelberger Kommilitonen

---

16 Bei der ersten Stadtratswahl errangen die SPD 43,1 und die KPD 16,9 Prozent der Stimmen. Nach dem Verbot der KPD im Jahr 1956 errang die SPD bei den Bundestagswahlen von 1957 bis 1980 – mit Ausnahme des Jahres 1961 – immer mehr als 50 Prozent der Erststimmen. Nico Weibel: Die Entwicklung der CDU in Ludwigshafen am Rhein im Lichte der Wahlen von 1968 bis 2006, [https://madoc.bib.uni-mannheim.de/2871/7/Diss\\_Weibel\\_Text.pdf](https://madoc.bib.uni-mannheim.de/2871/7/Diss_Weibel_Text.pdf) (Abruf: 1. Dezember 2021).

17 In seinen Erinnerungen bezeichnet Helmut Kohl es als eine Legende, dass er schon zur Schulzeit gesagt habe, er wolle Ministerpräsident werden. Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 107. Etwas anders liest sich dies bei Bernhard Vogel, der von der unter den Heidelberger Kommilitonen Helmut Kohls verbreiteten Ansicht berichtet, dieser werde einmal Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Bernhard Vogel/Hans-Jochen Vogel: Deutschland aus der Vogelperspektive. Eine kleine Geschichte der Bundesrepublik. Freiburg i. Br. 2007, S. 186.

*Der Aufstieg*

In seinem Beitrag zur Studie über die Kandidaturen hat Helmut Kohl das Bild der CDU als einer Honoratiorenpartei gezeichnet, die in jenen Jahren die ersten Schritte zu einer Mitgliederpartei vollzieht. Viele Jahrzehnte später beschreibt er in seinen Memoiren, wie er diesen Wandel durch unermüdliche Mitarbeit, eine zielstrebige Netzwerkbildung und durch Einfluss auf Personalentscheidungen für seinen politischen Aufstieg nutzte. Der übersichtliche CDU Landesverband Rheinland-Pfalz bot ihm dafür Bedingungen, die ihm in den kommenden zwei Jahrzehnten auf seinem Weg an die Spitze halfen. Was in seinem Bericht in der Forschungsgruppe darüber eher beiläufig berichtet wird, war sein Erfolg, dass für die bevorstehende Bundestagswahl in der Pfalz als Bundestagskandidaten zwei reformorientierte Kandidaten mit maßgeblicher Beteiligung der von ihm geführten Jungen Union aufgestellt und gewählt wurden.<sup>18</sup> Wie er es geplant hatte, wurde er selbst dann im kommenden Jahr 1959 in den Landtag gewählt. Er festigte in Fraktion und Partei schrittweise seine Position, bis er dann am 19. Mai 1969 Ministerpräsident Peter Altmeier, der 22 Jahre die Regierung geführt hatte, ablöste. Damit endete auch in Rheinland-Pfalz die Zeit der Honoratioren, die bisher die CDU repräsentiert hatten, der aus der Zentrumspartei und Bayerischen Volkspartei stammenden 60–70-jährigen. Sie wurden abgelöst durch die 35–40-jährigen der Mannschaft Helmut Kohls.

Das so von ihm geknüpfte Netz war allerdings nicht in erster Linie das Vehikel für die Zuteilung von Posten an Freunde, wie es später von seinen Gegnern behauptet wurde, sondern es diente vor allem dazu, wichtige Reformen in Rheinland-Pfalz durchzusetzen, darunter die Modernisierung der CDU zur mitgliederstarken Aktionspartei, die Liberalisierung der Beziehungen zur katholischen Hierarchie, die Bildungsreform einschließlich der Abschaffung der verpflichtenden Konfessionsschule und die Kommunalreform.

Im unermüdlichen Einsatz arbeitete sich Helmut Kohl über den Ortsverband, den Kreisverband und den Bezirksverband der Partei nach oben. Bereits mit 25 Jahren war er Mitglied im Landesvorstand der CDU, mit 29 Jahren jüngster Landtagsabgeordneter, 1963 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Die BASF-Führung und die Chemische Industrie nahmen von ihm Notiz, so dass er gleichzeitig mit der Wahl zum Abgeordneten eine Stelle beim Chemieverband Rheinland-Pfalz bekam, die ihn finanziell unabhängig von der Parteiarbeit machte und ihm Einblick in Fragen der Wirtschaftspolitik vermittelte, mit der er sich in Studium und politischer Arbeit bisher kaum beschäftigt hatte. Am 19. Mai 1969 wurde er, nachdem die CDU die Landtagswahl am 23. April 1967

---

18 Albert Leicht, direkt gewählt im Wahlkreis 162; Dr. Gerhard Fritz, aufgestellt im Wahlkreis 158, gewählt über die Landesliste Platz 5.

gewonnen, aber die absolute Mehrheit verfehlt hatte, als Nachfolger Peter Altmeiers zum Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz gewählt.

### *Das Startsignal für den Aufstieg zum Bundeskanzler*

Parallel zum Aufstieg im Land Rheinland-Pfalz begann er sich auch auf Bundesebene zu engagieren, getreu seinem Prinzip, nach dem Erreichen einer Karrierestufe sogleich die nächste ins Visier zu nehmen. Kaum war er zum Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion gewählt worden, wollte er seine Stellung auch durch die Wahl in den Bundesvorstand der CDU festigen.

Auf dem Bundesparteitag der CDU in Hannover vom 14.–17. März 1964 meldete sich der junge Fraktionsvorsitzende aus Mainz im Arbeitskreis 1, der sich mit Grundsatzfragen der Parteireform befasste, gleich zu Beginn zu Wort und machte durch einen Wortwechsel mit Bundestagspräsident Gerstenmeier auf sich aufmerksam. Vier weitere Wortmeldungen folgten. Er verlangte eine intensive Debatte, forderte Reformen, aber – damit wandte er sich gegen den offen die Führungsrolle in der Partei anstrebenden Rainer Barzel – nur pragmatische politische Leitlinien und kein neues Grundsatzprogramm, denn die Grundsätze der Union seien unveränderlich. Ein Parteiprogramm könne auch nur von einem Parteitag beschlossen werden und nicht vom Vorstand oder Bundesausschuss. Dafür bekam er großen Beifall und hatte sich unter den Delegierten erstmals als ernst zu nehmender Reformer profiliert. Aus Sicht der Parteiführung gehörten seine Wortmeldungen aber wohl eher zu jenen Auftritten junger Provinzpolitiker, deren bemühte Ermahnungen man sich anhören muss, aber gleich wieder vergessen kann<sup>19</sup>. Bei der Mehrheit des Parteivorstands und des Bundesausschusses hatte sich Helmut Kohl damit nicht beliebt gemacht. Als er sich um einen Sitz im Bundesvorstand auf der dem Parteitag folgenden Sitzung des Bundesausschusses am 26. Mai 1964 bewarb, wurde er nicht gewählt.<sup>20</sup> Die Hoffnungen der oberen Ränge der Partei waren damals auf die Popularität von Ludwig Erhard bei den Wählern fixiert. Nur wenige, wie der Geschäftsführende Vorsitzende Hermann Josef Dufhues, sahen die Dringlichkeit einer Verjüngung der Parteispitze und einer Reform der Organisation. Für sie waren die Erfolge Helmut Kohls in der roten Hochburg Ludwigshafen und die beginnende Erneuerung des CDU-Landesverbands Rheinland-Pfalz Hoffnungszeichen. Als drei Tage nach den Vorstandswahlen ein Mitglied verstarb, sorgte Dufhues mit einer groß-

---

19 Schwarz: Helmut Kohl, S. 136–139.

20 Nach der damals geltenden Satzung der CDU wählte der Bundesparteitag nur die sieben Mitglieder des Präsidiums, 15 weitere Mitglieder des Bundesvorstands wurden durch den Bundesausschuss gewählt.

zügigen Auslegung des Parteistatuts dafür, dass der Bundesvorstand am 4. Juni 1964 Helmut Kohl als Nachrücker akzeptierte.<sup>21</sup>

Helmut Kohl profilierte sich hierfür mit den Grundsätzen, die er bereits für seine Arbeit in Mainz formuliert hatte: „Wichtig war, die politischen Weichen so zu stellen, dass jedermann später einmal erkennen konnte, dass die CDU seinerzeit tatsächlich auf der Höhe der Zeit gewesen war und vorausschauende Politik gemacht hatte. Ich sah meine Partei als Speerspitze der Entwicklung, die im Land deutlich machte, wie sehr wir für Zukunftsfragen offen waren, natürlich unter Beibehaltung unserer christlich-demokratischen Werte und Prinzipien. Ich wollte auch das Image der CDU als Honoratiorenclub, als Partei alter Männer und Frauen korrigieren.“<sup>22</sup>

Zu Ende des Jahres 1964 setzte er ein neues Signal in der Verfolgung seiner Karriere. In seinen Erinnerungen<sup>23</sup> betont er, dass er in Hannover zwar kein neues Grundsatzprogramm gefordert habe, aber gesellschaftspolitische Leitlinien, die über die Dauer einer Legislaturperiode hinausweisen sollten; er habe die Ungeduld seiner Generation mit der zu langsamen programmatischen Weiterentwicklung der CDU artikuliert. Was über Parteitage und Gremien nicht erreicht werden konnte, sollte nun über eine Reihe von Wochenendtagungen, auf denen die Parteireform aus Sicht der jüngeren Generation diskutiert werden sollte, vorangebracht werden. Helmut Kohl lud „nach vielen Gesprächen mit einer Reihe interessierter Freunde, die aus den verschiedensten Bereichen kommen und alle ihren Teil zur Fortentwicklung unserer politischen Ideen beitragen möchten [...] einen privaten Kreis von Persönlichkeiten, die dazu willens und in der Lage sind“ zu einem Gedankenaustausch am 9. und 10. Januar 1965 in das Seehotel Maria Laach ein. Die Lage der CDU mache es immer dringlicher – ohne die satzungsmäßigen Gegebenheiten in Frage zu stellen – die Gedanken und Vorstellungen der jüngeren Generation in der CDU zu diskutieren und die Grundlagen zu erarbeiten, die der Gesamtpartei, unter anderem auch für die programmatische Vorbereitung der Bundestagswahl 1965, nützlich sein könnten. Auf keinen Fall aber sollten bei diesem Treffen Personalfragen besprochen werden.<sup>24</sup>

21 Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 32). Bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1998. Sitzung des Bundesvorstands vom 4. Juni 1964, S. 703; Schwarz: Helmut Kohl, S. 139.

22 Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 172.

23 Ebd., S. 174

24 Unterlagen im ACDP, darunter Einladungsschreiben vom 21. Dezember 1964. Ich war zu diesen Besprechungen eingeladen als Leiter der Politischen Akademie Eichholz der CDU, der Vorläuferin der 1964 gegründeten Konrad-Adenauer-Stiftung. Eichholz diente damals als Parteischule der Fortbildung der Funktionäre, kommunaler und regionaler Mandatsträger und von Nachwuchskräften. Diese Gründung des späteren Bundesministers und ersten Generalsekretärs der CDU, Dr. Bruno Heck war damals innerhalb der Bundespartei als

Zu diesem Treffen wurden 41 Personen eingeladen<sup>25</sup>, 21 davon sagten zu, etliche andere entschuldigten sich, aber baten, zur nächsten Zusammenkunft eingeladen zu werden. Natürlich war Helmut Kohls Mannschaft der jetzt 30–40-jährigen dabei: Willibald Hilf MdL, Heinz Schwarz MdL, „Hennes“ Schreiner, Heinrich Holkenbrink MdB und Alois Schardt als Fernsehjournalist und enger Berater Kohls. Die Teilnehmer Gerhard Schreeb, Bernhard Vogel, Friedrich Vogel, Egon Klepsch und Manfred Abelein bewarben sich um ein Mandat bei den bevorstehenden Bundestagswahlen. Karl Hohmann, Rüdiger Altmann, Johannes Groß waren enge Mitarbeiter oder Berater des Bundeskanzlers Ludwig Erhard, Günter Triesch kam vom Deutschen Industrieministerium, Peter Lorenz MdA war Landesvorsitzender der CDU Berlin, Josef Stingl war Vorsitzender des Landesverband Oder-Neiße der Heimatvertriebenen in der CDU. Er vertrat auch, wie Heinz Soénius und Hermann Josef Russe, die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft. Vorübergehend anwesend waren auch der Bundesgeschäftsführer der CDU, Konrad Kraske, und der im Dezember 1964 zum Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag gewählte Rainer Barzel. Franz-Josef Strauß, Vorsitzender der CSU, äußerte sein Interesse an den Ergebnissen der Tagung und sandte den CSU-Generalsekretär Anton Jaumann.

Nach der Diskussion der aktuellen Umfrageergebnisse, die von Frau Professor Noelle-Neumann und ihrem Mann Erich Peter Neumann MdB vom Institut für Demoskopie Allensbach vorgetragen wurden, wurde beschlossen, die Entwürfe der Bundespartei zum Wahlprogramm durch thematische Ausarbeitungen zu unterstützen.<sup>26</sup> Einige Teilnehmer erklärten sich bereit, die entsprechenden Vorlagen zu erstellen.<sup>27</sup> Der Kreis traf sich erneut am 13. und 14. Februar 1965 in Maria Laach, um die erarbeiteten Unterlagen zu erörtern. Diese wurden dann von einem Redaktionsteam überarbeitet und auf einer weiteren Tagung

---

eine Funktionärsschule, die nicht zur CDU passe, umstritten. Helmut Kohl entsandte jedoch als Vorsitzender des Bezirksverbands Pfalz die hauptamtlichen Mitarbeiter zur Ausbildung nach Eichholz. Vgl. Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 166.

- 25 Für die Tagung liegt auch noch eine vorläufige Einladungsliste mit 35 Vorschlägen vor. Von dieser wurden die CSU-Mitglieder Hans Pflaumer und Walter Althammer sowie die CDU-Mitglieder Manfred Wörner und H. Stark nicht in die endgültige Einladungsliste aufgenommen, dagegen wurde sie mit Gerd Lemmer, Werner Zeyer, Rüdiger Altmann, Friedrich Zimmermann, Ernst Müller-Hermann, Konrad Kraske, Albert Leicht, Peter Lorenz, Willibald Hilf, Heinz Schwarz und Hennes Schreiner ergänzt.
- 26 Helmut Kohl hat auch als Bundeskanzler an der Zusammenarbeit mit dem Institut für Demoskopie Allensbach festgehalten. Dessen Direktorin Elisabeth Nölle-Neumann wurde 1964 als Professorin an die Universität Mainz berufen, wo sie das Institut für Publizistik aufbaute, das sie bis zu ihrer Emeritierung 1983 als Direktorin leitete.
- 27 Die Ausarbeitungen zum Thema Selbstbewusstsein der Deutschen (Bernhard Vogel), Bildung und Ausbildung (Rüdiger Altmann und Alois Schardt), Jugend und Gesellschaft (Gerhard Schreeb) finden sich im Archiv der Konrad Adenauer Stiftung, ebenso die Ergebnisse einer Meinungsumfrage zur Charakterisierung von Bundeskanzler Ludwig Erhard und seines Herausforderers Willy Brandt.

am 13. und 14. März 1965 verabschiedet. Die Texte wurden danach der CDU-Bundesgeschäftsstelle als Vorlagen für die Leitsätze zur bevorstehenden Bundestagswahl übergeben.<sup>28</sup> Mit diesen Tagungen zu Beginn des Jahres 1965 profilierte sich Helmut Kohl als Sprecher der jungen Reformer der Union. Die Liste der Teilnehmer an diesen informellen Treffen ist bemerkenswert. Kohl zeigte damit der Parteiführung, dass er sich in Rheinland-Pfalz auf ein kompetentes Team stützte und in anderen Landesverbänden Freunde hatte, die seine Forderung nach einer Reform und Verjüngung der Partei unterstützten. Was letztlich zählte war nicht so sehr der Inhalt der erarbeiteten Texte, sondern dass Helmut Kohl sich als Führer einer Mannschaft präsentierte, der es um die Inhalte der zukünftigen Politik der Union ging. Er unterstrich seine Fähigkeit, im Team pragmatisch Reformen durchzuführen und profilierte sich damit gegenüber Rainer Barzel, der als glänzender Redner und rechtskatholischer Einzelkämpfer brillierte, aber damit nur einen Teil der Parteimitglieder und potentiellen Wähler ansprach.<sup>29</sup>

Die Maria Laacher Tagungen waren ein Signal zum Aufstieg von Helmut Kohl an die Spitze der CDU. Die Biographen Hans-Peter Schwarz und Henning Köhler<sup>30</sup> schildern diese frühe Phase seines Aufstiegs beinahe als selbstverständlichen Prozess, der von mächtigen Fürsprechern unterstützt wurde. Es ist jedoch nicht zu übersehen, dass der CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz Mitte der 1960er Jahre wenig Gewicht in der Bundespartei hatte. Er hatte nur wenige Mitglieder und wurde seit 1947 von einer kleinen Gruppe älterer Honoratioren geführt. Zwar hatte sich Helmut Kohl überraschend als Fraktionsvorsitzender im Landtag durchgesetzt, für die Bundespartei war das aber kaum von Belang. In Bonn stieß der Neuling Helmut Kohl dagegen auf eine Reihe von Politikern, die sich damals für die Nachfolge Erhards in Stellung brachten, zumal sie davon ausgingen, dass die Regierungszeit des 68-jährigen begrenzt sei. Zwar machte nur der damals 41-jährige Vorsitzende der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag Rainer Barzel keinen Hehl daraus, dass er die Nachfolge Erhards anstrebte, aber es gab eine Reihe weiterer Politiker, die dafür als geeignet galten: der 55-jährige Außenminister Gerhard Schröder, der 59-jährige Bundestagspräsident Eugen Gerstenmeier, der 52-jährige Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel und auch der 50-jährige CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß. Bei den 30–40jährigen wurde der 37-jährige evangelische Gerhard Stoltenberg, der von 1955 bis 1961 Bundesvorsitzender der Jungen Union war und seit 1957 dem Bundestag angehörte, als Politiker mit Zukunft gesehen.

28 Leider waren die Gesamtvorlage und das Protokoll der Sitzung vom März 1965 nicht in meinen Unterlagen, so dass nicht festgestellt werden kann, inwieweit diese Vorlagen übernommen wurde. Meine Rolle auf der Tagung war im Wesentlichen die Redaktion der endgültigen Texte.

29 Zu Barzel neuerdings Kai Wambach: Rainer Barzel. Eine Biographie. Paderborn 2019.

30 Henning Köhler: Helmut Kohl. Ein Leben für die Politik. Köln 2014.

Der damals 35-jährige Helmut Kohl war also ein Außenseiter und „new-comer“. Nur der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU Hermann-Josef Dufhues erkannte wohl damals schon sein Potential als Nachwuchspolitiker. Darin war er sich einig mit Konrad Adenauer, der nach seinem Rücktritt von Helmut Kohl öfters in Rhöndorf besucht wurde.<sup>31</sup>

Es ist nicht zu erkennen, ob das Ergebnis der Maria Laacher Treffen sich in den Resolutionen des einige Wochen später vom 28.–31. März 1965 stattfindenden Düsseldorfer Parteitags widerspiegelt. Helmut Kohl spielte aber drei Jahre später bei der Konzeption und der Verabschiedung des Berliner Programms vom 7. November 1968 eine maßgebliche Rolle in der Antragskommission, in der er durch zwei weitere Mitglieder seines Landesverbands, Bernhard Vogel und Richard von Weizsäcker, unterstützt wurde.

Die Bundestagswahl am 19. September 1965 brachte zwar der CDU nicht die absolute Mehrheit im Bundestag, aber einen achtbaren Erfolg. Parteiintern bedeutete die Wahl einen bedeutsamen Wandel, weil nun etliche Abgeordnete der Generation 1945 in den Bundestag einzogen, die in den kommenden Jahrzehnten in der Partei die führende Rolle einnehmen sollten. Helmut Kohl nahm seit 1965 regelmäßig an den Sitzungen der Gremien auf Bundesebene teil und betonte dabei immer wieder die Notwendigkeit, die Partei neu aufzustellen. Dazu gehörte in erster Linie auch die Wahl eines Parteivorsitzenden als Nachfolger des 90-jährigen Konrad Adenauers. Neben Bundeskanzler Erhard, der davon ausging, dass er selbstverständlich als Bundeskanzler auch als Parteivorsitzender gewählt würde<sup>32</sup>, meldete Rainer Barzel seine Kandidatur an. Durch interne Verhandlungen in letzter Minute konnte eine Kampfkandidatur zwischen Erhard und Barzel vermieden werden. Für Barzel wurde dafür auf dem Parteitag in Bonn vom 21.–23. März 1966 die Position eines „Ersten Stellvertreters“ geschaffen. Helmut Kohl kandidierte erneut für die Position eines weiteren Mitglieds des Parteipräsidiums, erreichte aber, wie zwei Jahre zuvor, nicht die erforderliche Stimmenzahl. Der Aufstieg Kohls auf der Bundesebene dauerte einige Jahre länger, als er möglicherweise hoffte, weil seine Rivalen wohl schon zu diesem Zeitpunkt im Winter 1964/1965 seine Chancen erkannten. Um sich

---

31 „In der Funktion des Geschäftsführenden Vorsitzenden betätigt sich Dufhues als Weichensteller für Kohls Karriere auf Bundesebene“, so Schwarz: Helmut Kohl, S. 143. Kohl berichtet in seinen Memoiren, dass er nach Adenauers Ausscheiden aus dem Amt mit diesem viele Gespräche führte. Durch seine kritischen Beiträge habe er es sich mit manchen Vorstandsmitgliedern der Partei verdorben, mit Adenauer aber habe er solche Erfahrungen nicht gemacht. Vgl. Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 210.

32 Dies trotz des langen Zögerns, formal die Aufnahme in die CDU zu beantragen. Vgl. Günter Buchstab: „Soll ich Anmeldeformulare ausfüllen?“ Ludwig Erhard und die Parteibuch-Frage, in: Die Politische Meinung Nr. 462, Mai 2008, S. 71–75; Christopher Beckmann: Hat er oder hat er nicht? Ludwig Erhard und die CDU, in: Die Politische Meinung. Sonderausgabe Nr. 5: Ludwig Erhard – Deutschlands größter Mutmacher, Mai 2017, S. 73–78.

über ihn ein Bild zu machen, kamen deshalb Rainer Barzel und CSU-Generalsekretär Anton Jaumann nach Maria Laach.

1967 wurde Kurt Georg Kiesinger zum Parteivorsitzenden gewählt. Helmut Kohl nutzte die Jahre der Großen Koalition zur intensiven Mitarbeit im Bundesvorstand und anderen Gremien auf Bundesebene, was sich nach der verlorenen Bundestagswahl im September 1969 auszahlte. Auf dem Bundesparteitag am 17./18. November 1969 in Mainz gelang ihm, nunmehr als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, der Sprung in die Spitzenmannschaft der Bundes-CDU.

### *Das „System Kohl“*

Für die Erklärung seines Aufstiegs an die Spitze der Partei und für seinen Regierungsstil nach seiner Wahl zum Bundeskanzler am 1. Oktober 1982 wurde später der Begriff „System Kohl“ üblich. 1992 beklagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einem aus mehreren längeren Interviews entstandenen Buch die Machtbesessenheit und Machtvergessenheit der Parteien der Bonner Republik.<sup>33</sup> Er kritisierte den beherrschenden Einfluss der Parteien in Staat, Politik und Gesellschaft. Sie seien machtversessen auf den Wahlsieg und machtvergessen bei der Wahrnehmung der inhaltlichen und konzeptionellen politischen Führungsaufgabe, anstatt die Herausforderungen der Zeit zu erkennen und mit ihren Risiken und Chancen fertig zu werden. Die Ausübung der Macht würde allzu rasch im Lichte der nächsten Wahlkämpfe gesehen. Die notwendige konzeptionelle Arbeit gerate dabei ins Hintertreffen.<sup>34</sup>

Diese Kritik wurde in der Öffentlichkeit als harsche Kritik an Bundeskanzler Helmut Kohl verstanden, obwohl Weizsäcker keine Namen nannte.<sup>35</sup> Er bemängelte, immer mehr seien Nachwuchskräfte schon von Jugend an parteiabhängige Berufspolitiker, ihre Selbstständigkeit und Qualität nehme ab. Ein Berufspolitiker sei im Allgemeinen weder ein Fachmann noch ein Dilettant, sondern ein Generalist mit dem Spezialwissen, wie man einen politischen Gegner bekämpfe. Leider weise der Bundestag kaum mehr ein Mitglied auf, das bei wichtigen und schwierigen Themen in der Lage wäre, mit den sachverständigen Vertretern der Wirtschaft, Wissenschaft und Exekutive von gleich zu gleich zu diskutieren. Der Hauptaspekt des „erlernten“ Berufs der Berufspolitiker bestehe darin, das zu unterstützen, was die Partei wolle, um damit möglichst weit oben

33 Richard von Weizsäcker/Gunter Hofmann/Werner A. Perger: Richard von Weizsäcker im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger. Frankfurt a. M. 1992. Darin Kapitel 3: Der Parteienstaat oder die Zukunft der Liberalen Demokratie, S. 137–181.

34 Ebd., S. 165. Er greift mit dieser Aussage auf den Untertitel eines Buchs von Hans Peter Schwarz zurück: Die gezähmten Deutschen. Von der Machtversessenheit zur Machtvergessenheit. Stuttgart 1985. Schwarz setzt sich in diesem Buch allerdings nicht mit der Einstellung zu den Parteien, sondern mit der Außenpolitik Deutschlands auseinander.

35 Die verfeindeten Nachbarn, in: Der Spiegel vom 21. Juni 1992.

auf den Wahllisten platziert zu werden. Wenn er dann oben sei, konzentriere er sich auf die behutsame Sicherung seiner Gefolgschaft. Er habe gelernt, wie man die Konkurrenz der andern Parteien abwehre und wie man sich gegen die Wettbewerber im eigenen Lager durchsetze.<sup>36</sup> Damit sei es ausschließlich Sache der Parteigremien zu befinden, wer für ein politisches Amt kandidieren dürfe. Quereinsteiger hätten kaum eine Chance. Die Verfassungsväter und -mütter hätten dies, so Weizsäcker, nicht beabsichtigt.

Weizsäckers Parteienschelte stieß, was nicht überraschend war, auf sehr unterschiedliche Reaktionen, Politiker aus allen Parteien distanzieren sich<sup>37</sup>, andere griffen sie bereitwillig auf. Was er nicht berücksichtigt hatte, war, dass die Veränderungen in den gesellschaftlichen und kommunikativen Strukturen auch Organisation, Wirkweise und Machtbildung der Parteien verändert hatten. Kritische Beobachter sahen den Regierungswechsel 1969 als Anfang vom Ende der Union. Sie verfüge nur über wenige Mitglieder und eine rudimentäre Organisation. All dies konnte in den Jahren der Opposition und in den ersten Regierungsjahren wesentlich verbessert werden. Mit einem in Fachausschüssen und -kongressen erarbeiteten Grundsatzprogramm hatte die Partei 1978 wieder ein zukunftsweisendes Profil.<sup>38</sup> Die Veränderungen, die sich daraus für den innen- und außenpolitischen Regierungsstil Helmut Kohls ergaben, waren Voraussetzungen für die erfolgreiche Deutschland- und Europapolitik der 1990er Jahre.<sup>39</sup>

Allerdings stellte sich durch die Lösung der Wähler aus den Milieus und den Wandel der Parteien zu mitgliederstarken Aktionsparteien die Legitimationsfrage neu im Hinblick auf Kommerzialisierung, Subventionierung und Netzwerkbildung.<sup>40</sup> Die Parteienkritik Weizsäckers entsprach einem prämodernen Konservativismus, sie orientierte sich am normativen Leitbild des „guten“ Staates. Sie zeigte, dass er sich selbst als ein „Honoratior“ verstand, dessen Geschichtsbild allerdings deutliche Spuren des national-konservativen borusisch geprägten Amtsadels beinhaltete. Zudem übersah er, dass er damit in fataler Weise an die nationalsozialistische Verunglimpfung der „Systemparteien“ der Weimarer Republik anknüpfte, auch weil er die Begründung des Artikel 21 GG im Parlamentarischen Rat – „die Parteien wirken bei der politischen Willens-

---

36 Weizsäcker: Parteienstaat, S. 150.

37 Gunter Hofmann/Werner A. Perger (Hg.): Die Kontroverse. Weizsäckers Parteienkritik in der Diskussion. Frankfurt a. M. 1992, S. 9 f.

38 Dazu Haungs: Die CDU in den achtziger Jahren.

39 Karl Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982 bis 1989 (Geschichte der deutschen Einheit 1). Stuttgart 1998; Wolfgang Bergsdorf: Politische Führung ist nötig und möglich, in: Die Politische Meinung Nr. 389, April 2002, S. 81–85.

40 Nach der Debatte um Weizsäckers Parteienschelte erschien dazu eine Studie von Klaus von Beyme: Die politische Klasse im Parteienstaat. Frankfurt a. M. 1993.

bildung des Volkes mit“ – nicht zu kennen vorgab.<sup>41</sup> In seiner Replik stellte Helmut Kohl fest, dass die Verfassungsmütter und -väter aufgrund der Erfahrungen in der Weimarer Republik eindeutig starke Parteien als Voraussetzung für die demokratische Stabilität wollten und sich bewusst von der unseligen Tradition der Parteiverachtung derjenigen abwandten, die verächtlich von Systemparteien sprachen, während sie in Wahrheit die erste Demokratie auf deutschem Boden verunglimpfen wollten.<sup>42</sup>

Nach der Abwahl Helmut Kohls als Bundeskanzler 1998 und vor allem durch die Spendenaffäre in den Jahren 1999 und 2000 wurde der Begriff „System Kohl“ von seinen Gegnern und Kritikern als Klischee für die angeblich korrupte Regierungsführung und die Günstlings- und Klientelwirtschaft Helmut Kohls angeprangert.<sup>43</sup> Seine Personalpolitik wurde als „anschauliches Beispiel für den Aufstieg und Wirkungsmechanismen einer Seilschaft mit Führung eines Feudalherren“<sup>44</sup> geschildert. Extreme Kritiker sahen darin das Instrument für den kriminellen Charakter der Regierung Kohl und der CDU-Bundespartei, für nicht angezeigte Spenden, Provisionszahlungen, Schmiergeld bei der Lieferung von Waffen etc.<sup>45</sup> Bekanntlich übernahm Helmut Kohl die politische Verantwortung für die Fehler bei der Veröffentlichung der CDU-Financen in seiner Amtszeit. Ein Verstoß gegen die Rechtsordnung und die Verfassung, oder auch persönliche Bestechlichkeit oder Bereicherung, konnten ihm nicht nachgewiesen werden. Die Spuren der Affäre verdunkelten jedoch seine letzten Lebensjahre.

Der Führungsstil Helmut Kohls wird besser statt als „System“ als „Methode“ bezeichnet, wie er sich in einem überschaubaren Landesverband in einer damals ausgeprägt föderalen Parteistruktur nach oben arbeitete. Der Abschied von der Honoratiorenpartei verlangte eine aktive „Personalpolitik“ der Parteiführung. Von einer Übertragung dieser Methode auf seinen Regierungsstil als Bundeskanzler und Parteivorsitzender zu sprechen führt in die Irre, weil in diesen Ämtern andere Machtmittel zur Verfügung stehen und weil der deut-

41 „Was für eine Vorstellung die Mütter und Väter unserer Verfassung am Ende der vierziger Jahre vom Einfluss der Parteien hatten, weiß ich nicht. Das, was sie darüber im Artikel 21 des Grundgesetzes formuliert haben, ist jedenfalls ein geradezu gigantisches eindrucksvolles Beispiel von Understatement.“ Weizsäcker: Parteienstaat, S. 139.

42 So Helmut Kohl in einem Kommentar am 19. Juli 1992 in der Welt am Sonntag, abgedruckt in Hofmann/Perger (Hg.): Kontroverse, S. 240.

43 Dazu Moritz Küpper u. a.: Mit Macht ans Ziel. Die Persönlichkeit Helmut Kohl: Wie sein Charakter die Politik und Wende zur Deutschen Einheit beeinflusste, GRIN Verlag, <https://www.grin.com/document/285070>, 2014, (Abruf: 15. Juli 2021).

44 So Erwin K. Scheuch/Ute Scheuch: Cliques: Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien – eine Studie. Hamburg 1992, S. 117.

45 Bernt Engelmann: Schwarzbuch Helmut Kohl. Wie alles begann. Göttingen 2000; Wolf Dieter Narr/Roland Roth/Klaus Vack: Politische Korruption – Korrupte Politik – Am Beispiel „System Kohl“. Köln 2000. Die beiden Pamphlete sind bedrückende Beispiele für Versuche, die demokratisch verfasste Bundesrepublik Deutschland durch Verdächtigungen zu destabilisieren.

sche Föderalismus für die CDU eine große Eigenständigkeit der Landesverbände bewirkte. Helmut Kohl kümmerte sich auf Bundesebene sicher intensiver als manche seiner Vorgänger und Nachfolger um personelle Entscheidungen, aber nur in den Grenzen, die ihm die Verfassung, die Parteisatzung und die Koalitionsvereinbarungen ließen. Der Mannschafts- und Loyalitätsgeist des Mainzer Teams ging dabei nach und nach verloren. Er selbst bezog das „System“, zu dem er sich in seinen Erinnerungen bekannte, auch nicht auf seine Zeit als Bundeskanzler. In einer für die CDU schwierigen Übergangsphase zu einer neuen Parteistruktur und zu einem Führungswechsel entwickelte er, wie er selbst im Rückblick schreibt, in der Konkurrenz zu seinen Rivalen die geeignetste Strategie zum Aufstieg vom Landtagsabgeordneten zum Parteivoritzenden und Oppositionsführer:

„An meinem stetig steigenden innerparteilichen Einfluss ist also nichts Rätselhaftes oder Geheimnisvolles Besonders strategischen Fragen und Personalentscheidungen habe ich von Anfang an die gebührende Bedeutung beigemessen. Schon sehr früh hatte ich ein Wort dabei mitzureden, wer in der CDU meiner pfälzischen Heimat etwas werden sollte und welche Posten auch auf Landes und Bundesebene zu besetzen waren. In einer klugen und weitsichtigen Personalpolitik sah ich den Schlüssel zum Erfolg meiner Partei. Schließlich wird Politik von Menschen gemacht, und es kommt wesentlich auf die Persönlichkeit des einzelnen an, ob eine politische Position glaubwürdig und überzeugend vermittelt werden kann.“

Nur dank der Hilfe einflussreicher Freunde habe er sich „zu einem einflussreichen Politiker zunächst in der pfälzischen CDU und später in der Landespartei entwickeln“ können. Politische Macht könne nur ausüben, „wer für seine Ideen Verbündete findet und mit ihrem Zuspruch zu Mehrheiten gelangt. Das ist absolut legitim und im demokratischen System so angelegt. Was böswillig als System Kohl diffamiert wird, ist nicht nur immer wieder von Wahlen abhängig gewesen und durch Wahlen legitimiert worden, sondern war immer außerordentlich erfolgreich. Zu diesem einzigartigen Erfolgsmodell bekenne ich mich gerne.“<sup>46</sup>

An einer anderen Stelle seiner Erinnerungen setzt er sich mit dem von Weizsäcker bemängelten Versäumnis der Partei, kenntnisreiche Seiteneinsteiger für die Parlamentsarbeit zu gewinnen, auseinander. Gerade für die von Helmut Kohl beeinflussten Personalentscheidungen gilt dies nicht. 1957 unterstützte er die Wahl des stellvertretenden Geschäftsführers der Industrie- und Handelskammer der Pfalz in Ludwigshafen, Dr. Gerhard Fritz, in den Bundestag, 1965 des Geschäftsführers der Firma Gebr. Giuliani GmbH Ludwigshafen,

---

46 Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 111 f., 274, 587. Dazu auch Henning Köhler: Höhepunkt der Kanzlerdemokratie. Helmut Kohl hat Deutschland und Europa entscheidend vorangebracht, in: Die Politische Meinung Nr. 485, April 2010, S. 43–49.

Udo Guilini. Auch Richard von Weizsäcker gehörte zu den von Helmut Kohl unterstützten Seiteneinsteigern. Seine Karriere wurde von Kohl systematisch gefördert: Bereits 1968 schlug er ihn parteiintern zum Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten vor. Die SPD hatte den prominenten Protestanten und Bundesjustizminister in der Großen Koalition Gustav Heinemann nominiert, für den Helmut Kohl Richard von Weizsäcker als Gegenkandidaten für geeigneter hielt als den Verteidigungsminister Gerhard Schröder. Weizsäcker verlor zwar die parteiinterne Nominierung, wurde aber mit Hilfe Helmut Kohls im September 1969 über die Landesliste Rheinland-Pfalz in den Bundestag gewählt. Auf dessen Vorschlag wurde Weizsäcker dann 1973 stellvertretender Fraktionsvorsitzenden, 1979 Vizepräsident des Bundestags und 1981 Regierender Bürgermeister von Berlin. Weizsäcker war zunächst für die CDU Rheinland-Pfalz und dann für die Bundespartei durch sein Ehrenamt als langjähriger Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags<sup>47</sup> und als Synodaler des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland, aber auch durch seine Tätigkeit in der Pharmafirma Böhlinger-Ingelheim für das Profil der CDU in der Öffentlichkeit zweifellos ein Gewinn<sup>48</sup>. Von Weizsäcker habe sich, so Helmut Kohl rückblickend, bei „jedem Abschnitt seines politischen Weges [...] immer auf meine Unterstützung verlassen können, die er gern in Anspruch nahm“. Dessen Berufung nach Berlin sei „ein klassisches Beispiel für die Wirksamkeit einer Personalpolitik, die später von ihm und anderen oft als ‚System Kohl‘ geschmäht wurde“.<sup>49</sup>

Jede verantwortliche Parteiführung wird prüfen, ob es den Parteiinteressen dient, einen Seiteneinsteiger für ein Mandat zu unterstützen. Entsprechend dem Wahlrecht spielen die CDU-Landesvorstände dabei vor allem bei der Aufstellung der Landeslisten die entscheidende Rolle. Das Urteil, Helmut Kohl sei es in erster Linie um Machterhalt durch Personalpolitik, erst danach um politische Ziele gegangen, verkennt die Tatsachen. Im Rahmen der Herausbildung moderner demokratischer Parteien hat die Bildung von persönlichen Netzwerken eine zentrale Bedeutung für die Konzipierung und die Durchsetzung politischer Entscheidungen. Solche Netzwerke haben je nach vorherrschenden Traditionen, der Verfassung und Regulierungen des Staatsapparates unterschiedliche Strukturen. Helmut Kohl setzte auch als Bundeskanzler auf ein ungewöhnlich dichtes Netz von persönlichen Kontakten, die ihm neben den amtlichen hierarchischen Strukturen der Parteigremien, der staatlichen Verwaltung und des

47 1964 wurde Richard von Weizsäcker der zweite Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags und übte dieses Amt bis 1970 aus. 1981–82 übernahm er dieses Amt zum zweiten Mal.

48 Ob Helmut Kohl über die Nähe Richard von Weizsäckers zu den elitären Kreisen um Hellmut Becker und Georg Picht wusste, ist ungewiss. Köhler erwähnt diese Nähe als Hintergrund für die spätere Feindschaft zwischen Weizsäcker und Kohl. Köhler: Helmut Kohl, S. 507

49 Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 588.

staatsnahen Verbandswesens einerseits erlaubte, unabhängige Meinungen und Ratschläge zu erhalten, andererseits wirkungsvoll populistischem Druck zu widerstehen.<sup>50</sup> Diese Kontakte dienten nicht mehr dem Aufstieg, sondern dem zur Durchsetzung politischer Entscheidungen erforderlichen Machterhalt. Die daraus entstehenden Bindungen wurden eher von zeitlich begrenzten Interessen als durch persönliche Loyalitäten gestützt.

Erwin Faul, der als Assistent der Forschungsgruppe Sternberger Helmut Kohl während dessen Mitarbeit im Seminar 1957 und 1958 gut kennen gelernt hatte, kam schon damals zu dem Urteil, dass ihn seine „fast naturhafte Verbundenheit mit dem Parteileben, sein instinktives Gespür für personalpolitische Angelegenheiten, sein Organisationssinn, Koordinationsvermögen und seine Durchsetzungskraft für das als richtig Erkannte oder auch politisch Vorgegebene“ für eine politische Karriere qualifizierten. Die Jahre in Heidelberg und danach bis zu seiner Wahl zum Bundeskanzler, so schreibt Faul 1985, zeichneten sich aus durch „seine problemoffene Beharrlich- und Verlässlichkeit, die sich auf Lebensprinzipien und Geschichtssinn gründet und sich von illusionärer Projekt-schmiederei durchaus frei hält“.<sup>51</sup>

Helmut Kohl war ein politischer Psychologe und Stratege par excellence sowohl innerhalb der eigenen Partei als auch in der Auseinandersetzung mit den Gegnern. Er hatte verinnerlicht, dass ein Politiker klare Vorstellungen davon haben muss, was er will und dass er für deren Durchsetzung Macht besitzen und diese unbedingt verteidigen muss. Innen- und außenpolitisch ging es in Helmut Kohls Regierungszeit um geschichtsträchtige Entscheidungen. Seine Erfolge dabei waren nur möglich, weil er dafür den richtigen Zeitpunkt wählte. Tatsächlich war es ihm besonders wichtig, diesen selbst zu bestimmen. Das Erkennen des geeignetsten Moments für einen Lösungsvorschlag war eine seiner Begabungen. Er war der Entscheider und ließ sich nicht in eine falsche Richtung drängen. Dabei halfen ihm sein gutes Urteil, wer ihm dabei nützlich sein konnte, sein sensationelles Gespür für Stimmungen und sein ausgeprägter politischer Instinkt.<sup>52</sup>

Die Gesprächsrunden in Maria Laach 1965 waren ein signifikantes Vorspiel für die 16-jährige Ära Kohl als Bundeskanzler.

### *Ein persönliches Nachwort*

Nach der Maria Laacher Tagung hatte ich in den folgenden Jahren nur noch gelegentlich Begegnungen mit Helmut Kohl, weil mein beruflicher Weg mich von der Partearbeit entfernte. Ich erinnere mich, dass ich ihn 1968 in Ludwigs-

---

50 Bergsdorf: Politische Führung.

51 Filmer/Schwan: Helmut Kohl, S. 68.

52 Bernhard Vogel: Er macht Minister, ebd., S. 126; Jürgen Busche: Helmut Kohl. Anatomie eines Erfolgs. Berlin 1998.

hafen aufsuchte, um ihn für das Projekt eines Politischen Clubs zu gewinnen, den damals nach französischem Vorbild einige befreundete Bundestagsabgeordnete gründen wollten. Davon hielt Helmut Kohl aber absolut nichts. 1970 traf ich ihn in Mainz, als ich als Beamter in den Dienst des Landes Rheinland-Pfalz trat, allerdings dann von dort aus bereits nach einigen Monaten nach New York in das Hauptquartier der Vereinten Nationen wechselte. Als ich zu Beginn der 1980er Jahre nach Mainz zurückkehrte, war Helmut Kohl Bundeskanzler. Ich traf ihn erst wieder nach seinem Abschied aus der Politik bei Veranstaltungen der CDU in Bonn und Berlin, aber es blieb dabei meistens bei Begrüßungsworten. Als er nach seiner Erkrankung gelegentlich an Veranstaltungen teilnahm, sprach ich ihn nicht mehr an. Mich schmerzte zu sehen, welches Unglück über diesen großen und kraftvollen Mann, als den ich ihn kennen gelernt hatte, gekommen war.

Helmut Kohl war ein großer Bundeskanzler, der mit seinem politischen Gespür zuerst seine Heimatregion, dann die Bonner Bundesrepublik, das vereinte Deutschland und schließlich Europa in die Zukunft führte. Er blieb dabei seinen Idealen aus der Schüler- und Studentenzeit treu, einem in Europa integrierten und wiedervereinigten Deutschland, fern jener nationalistischen Großmannssucht, die seine Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts so negativ beeinflusste. Wir sollten uns dankbar daran erinnern, dass er dieses Deutschland gut durch die beiden letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts geführt hat.

## Abstracts\*

*Klaus Schroeder:* (West) German left-wing extremism: anti-democratic and with a propensity to violence (pp. 5–29)

The debate about left-wing extremist groups is complicated by the fact that the dividing lines between the extreme and radical left are often diffuse, as they are between democratic and constitutional leftists, and, in many cases, often lack any clear demarcation. This contribution focuses on the debate about violence among the New Left, with its numerous parallels to the discussions within the '68 movement. Left-wing extremist violence has increased significantly in scale and intensity in recent years, and although the New Left has a different focus and reasons for protest, a high degree of discursive continuity exists within the reasoning put forward to justify its violence.

*Daniel Westermann:* Ernst Eichelbaum – soldier, political observer, mayor, politician in East and West. From the German Empire to reunification (pp. 31–58)

Ernst Eichelbaum, born in 1893, experienced the First World War as a soldier on the front line. He was a vehement critic and opponent of the Weimar Republic. Under National Socialism, he was harassed as a “half-Jew”. After the fall of the NS regime, he helped found the CDU in Leipzig and went on to become the city’s deputy mayor. He fled to the West in October 1948 in light of conflicts with the SED and the Soviet occupying power. He was active in West Germany as chair of the Association of Soviet Zone Refugees and was a member of the German Bundestag representing the CDU between 1957 and 1965. He was particularly concerned with conducting and pursuing politics from the perspective of its impact on the population of the GDR.

*Bianca Dommès:* Between freedom of expression and censorship. The role of Frankfurt’s CDU in the controversy over Rainer Werner Fassbinder’s play “Garbage, the City and Death” (pp. 59–79)

During the mid-1980s, Rainer Werner Fassbinder’s play “Garbage, the City and Death” resulted in heated debates in politics, the media and among the wider public. A performance in Frankfurt’s *Schauspielhaus* on 31 October 1985 was cancelled because people occupied the stage. These individuals included Ignatz Bubis, who went on to become chair of the Central Council of Jews in Germany. The debates were part of the intense and contentious discussions about dealing with and interpreting the National Socialist past. At the same time, they

---

\* Translated by Simon Phillips.

revolved around artistic and cultural freedom, freedom of expression, and their limitations. This contribution deals primarily with the role played by Frankfurt's CDU, which had a majority in the city council, and that of its mayor Walter Wallmann, who was particularly concerned about reconciliation with Judaism and the history of Jewish life in Frankfurt.

*Peter Rütters*: More than a symbolic office: Vice Presidents in the 19th German Bundestag – On the failure of the AfD's candidates (pp. 81–107)

The repeated failure of various AfD candidates to be elected to the office of Vice President of the German Bundestag has sparked discussions. Ultimately, the party uses the situation to adopt the role of a victim. This contribution traces the development of the office and its tasks, which have to be undertaken in line with the Bundestag's rules of procedure. Since 1994, these rules have granted each parliamentary group a representative in the Bundestag's Presidium. Parliamentary groups have the right to propose candidates, but not to appoint them. Not all candidates have been elected and some successful candidates were not elected unanimously because their suitability for office was questioned. In the case of the AfD, there was a lack of confidence that its candidates were committed to the principles of parliamentary democracy and doubts as to whether they would perform the role of vice president appropriately.

*Christopher Beckmann*: "Don't let border posts hold you back". A speech at the European youth camp on Loreley Rock in 1951 (pp. 109–123)

In its early phase, European unification was mainly aimed at young people in Europe. This was especially the case during the Cold War. In 1951, a European youth camp took place at a symbolic location on Loreley Rock in Rhineland-Palatinate. The youth camp's motto was "Youth builds Europe". It was initiated by the French and organised by the recently-founded German Federal Youth Association. Tens of thousands of young people from different European countries took part in the event, which lasted several weeks. Even if the event fell short of establishing a European youth movement, it remains an integral part of the early phase of European integration. This also applies to the speech given at the opening event by the chair of the German Youth Association, Josef Rommerskirchen. The speech is published here for the first time.

*Rebecca Schröder*: Tracing female Christian Democrats – Sources from the Archive for Christian Democratic Policy for research about women (pp. 125–149)

Considerable gaps remain in research about female Christian democratic politicians and their work. This contribution describes holdings relevant to this area

of historical research that are available from the Konrad-Adenauer-Stiftung's Archive for Christian Democratic Policy (ACDP). Analysis of these holdings would help address these desiderata in the future.

*Josef Schuster: The Enduring Significance of Jewish Resistance to National Socialism* (pp. 151–160)

Although Jewish resistance to National Socialism has attracted more attention in recent years and was far more extensive than long assumed, “victim-focused education” still dominates school curricula and the wider public consciousness. Jews not only fought with hopelessly inferior means, but also, unlike most other resistance groups, against a regime that denied them their dignity and, ultimately, even the very condition of being human. This was particularly the case in the ghettos and camps. The legacy and enduring significance of Jewish resistance consists in constantly re-emphasising the value of our free, democratic, constitutional framework and in encouraging and enabling young people in particular to stand up and be counted and to support democratic rights.

*Bettina Tüffers: The CDU/DA parliamentary group in the 10th GDR Volkskammer. Candidate selection – structure – everyday life – challenges* (pp. 163–197)

A relatively young and politically inexperienced parliamentary group formed to represent the CDU/DA in the 10th GDR *Volkskammer*. This contribution describes the procedure used to select candidates, the processes used to establish working procedures and the challenges the party faced. During this period, the party was mainly focused on ensuring appropriate representation for women and as many interest and population groups as possible, while allocating roles within the parliamentary group. Since the people involved hardly knew each other and the members had very little parliamentary experience, this was a challenging task. The newcomers to parliament had to undergo rapid learning processes, while overcoming burdens due to the possible Stasi entanglement of some members.

*Horst Möller: The first free Volkskammer in the context of the history of German parliamentarism* (pp. 199–214)

The only freely elected *Volkskammer* in the history of the GDR, and its last, was an unusual parliament in many respects: it was fought for by a popular movement “from below” and consisted almost exclusively of individuals who had little or no experience of parliamentary politics. Nevertheless, they were tasked with establishing appropriate forms of working under time pressure. Moreover, although the *Volkskammer* lasted around six months, in the course

of the increasingly accelerating process of unification that was ongoing between the two German states, it had to make decisions on a wealth of resolutions and laws, including three international treaties. Despite some parallels with other German parliaments, the last *Volkskammer*, therefore, has a unique position in German parliamentary history.

*Peter Molt: Personal memories of Helmut Kohl and his political rise* (pp. 215–234)

Peter Molt studied together with Helmut Kohl in Heidelberg in the 1950s and worked with him there on research projects. In this contribution, Molt uses his personal memories and documents to focus on Kohl's political rise, which took place under particularly challenging conditions. Several meetings in Maria Laach in the mid-1960s enabled Kohl to distinguish himself as a reformer within the party, and certainly played a role in his rise through the ranks of the CDU to the Federal Chancellery. Helmut Kohl was astute in establishing intra-party networks, which advanced his career and the conception and implementation of political decisions.

## Résumés\*

*Klaus Schroeder* : L'extrémisme de gauche (ouest-)allemand : antidémocratique et violent (p. 5–29)

L'étude des groupes d'extrême gauche est compliquée par le fait que les lignes de partage entre gauche extrême et radicale, mais aussi démocratique et constitutionnelle sont souvent diffuses et manquent de clarté. La contribution s'intéresse au discours de violence au sein de la nouvelle gauche, qui révèle de nombreux parallèles entre les débats menés à l'époque dans l'entourage des « soixante-huitards ». Les justifications des actes de violence d'extrême gauche récents, dont l'ampleur et l'intensité ont augmenté, témoignent également d'une grande continuité discursive alors que les thématiques et les déclencheurs de la contestation ont changé.

*Daniel Westermann* : Ernst Eichelbaum – soldat, observateur politique, maire, acteur politique à l'Est comme à l'Ouest. De l'Empire à la réunification (p. 31–58)

Ernst Eichelbaum, né en 1893, soldat de première ligne durant la Première Guerre mondiale, fut l'un des critiques véhéments et un adversaire de la République de Weimar. Après la chute du régime nazi, qui l'avait harcelé à titre de « demi-juif », il fit partie des fondateurs de la CDU à Leipzig et devint maire adjoint de la ville. Des conflits avec le SED et les forces d'occupation soviétiques l'incitèrent à fuir à l'Ouest en octobre 1948. Là, il s'engagea en prenant la présidence de la Fédération des réfugiés de la zone soviétique (Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge) et en tant que député de la CDU au Bundestag entre 1957 et 1965. Il y défendit une politique qui tient aussi toujours compte de ses répercussions sur les citoyens et citoyennes de la RDA.

*Bianca Dommes* : Entre liberté artistique et censure. Le rôle de la CDU franco-foirtoise dans la controverse autour de la pièce de théâtre *Les ordures, la ville et la mort* de Rainer Werner Fassbinder (p. 59–79)

La pièce de théâtre *Les ordures, la ville et la mort* (*Der Müll, die Stadt und der Tod*) de Rainer Werner Fassbinder suscita de violents débats au sein de la classe politique, dans les médias et dans l'opinion publique. Le 31 octobre 1985, une occupation de la scène, à laquelle participa Ignatz Bubis, le futur président du Conseil central des Juifs en Allemagne, empêcha la représentation au Schauspielhaus de Francfort. Le conflit s'inscrivait dans les débats intenses et virulents de l'époque sur la gestion du passé nazi et son interprétation. Simultanément,

---

\* Traduit par Valentine Meunier.

il touchait aux questions de la liberté et de l'autonomie de l'art et de la culture comme à leurs limites. La contribution s'intéresse principalement au rôle joué dans cette controverse par la CDU francfortoise, qui possédait alors la majorité au conseil municipal, et par son maire, Walter Wallmann (également CDU), très attaché à la réconciliation avec le judaïsme et à l'étude de l'histoire de la vie juive à Francfort.

*Peter Rütters* : Plus qu'un poste symbolique : les vice-présidents du 19e Bundestag – l'échec des candidats de l'AfD (p. 81–107)

Les échecs réitérés des divers candidats de l'AfD au poste de vice-président du Bundestag ont suscité des débats et ont notamment été exploités par le parti pour se présenter comme une victime. La contribution retrace l'évolution de ce poste et de ses missions aux termes du règlement du Bundestag. Depuis 1994, ce dernier accorde certes une représentante ou un représentant par groupe parlementaire au Bureau du Bundestag. Mais les groupes ont seulement un droit de proposition et non de désignation. Aussi, certains candidats n'ont, par le passé également, pas été élus ou pas à l'unanimité, parce que des doutes pesaient sur leurs aptitudes pour cette fonction. Les députés AfD se sont heurtés à un manque manifeste de crédibilité quant à leur volonté de respecter les fondements et principes de la démocratie parlementaire et d'exercer le poste de vice-président en ce sens.

*Christopher Beckmann*: « Ne vous laissez plus arrêter par aucune borne frontière ». Un discours à l'occasion du camp de la jeunesse européenne sur la Loreley en 1951 (p. 109–123)

Dans sa phase initiale – notamment dans le contexte de la Guerre froide – le projet de construction européenne s'est aussi, et avant tout, adressé à la jeunesse du continent. En 1951, à l'initiative des Français, se déroule un camp de jeunes européens organisé par le tout récent Cercle de la jeunesse fédérale (Deutscher Bundesjugendring) sur un lieu symbolique, le rocher de la Loreley en Rhénanie-Palatinat. Placé sous la devise « La jeunesse construit l'Europe », il réunit des dizaines de milliers de jeunes de divers pays européens pendant plusieurs semaines. S'il n'a pas atteint son but – la création d'un mouvement de jeunesse européen –, ce rassemblement reste un événement important de la phase précoce de l'intégration européenne. Il en va de même pour le discours inaugural prononcé par le président du Cercle de la jeunesse fédérale, Josef Rommerskirchen, publié pour la première fois ici en intégralité.

*Rebecca Schröder* : Sur les traces des chrétiennes-démocrates – Sources pour la recherche historique sur les femmes aux Archiv für Christlich-Demokratische Politik (p. 125–149)

Hier comme aujourd’hui, la recherche sur la biographie et l’action des femmes politiques chrétiennes-démocrates reste très parcellaire. L’essai décrit les fonds pertinents pour la recherche sur les femmes et études de genre conservés aux Archives de la politique chrétienne-démocrate (Archiv für Christliche-Demokratische Politik/ACDP) de la fondation Konrad Adenauer, dont l’exploitation pourrait, à l’avenir, combler ces lacunes.

*Josef Schuster* : L’importance pérenne de la résistance juive au nazisme (p. 151–160)

Si la résistance juive au nazisme a récemment fait l’objet d’une attention accrue et a été bien plus vaste qu’on ne l’a longtemps supposé, c’est encore souvent une « pédagogie victimaire » (*Opferpädagogik*) qui domine en classe, comme au sein de l’opinion publique. Les Juives et les Juifs n’ont pas seulement lutté avec des moyens désespérément inférieurs, mais, contrairement à la plupart des autres groupes de résistance, contre un régime qui leur déniait toute dignité, même leur qualité d’êtres humains, notamment dans les ghettos et les camps. L’héritage et l’importance pérenne de la Résistance consistent aujourd’hui dans le fait de souligner encore et toujours la valeur des États de droits, de la liberté et de la démocratie et d’inciter, mais aussi de capaciter, les jeunes à faire preuve de courage civique et à s’engager pour les droits démocratiques.

*Bettina Tüffers* : Le groupe CDU/DA à la 10e Chambre du peuple de la RDA. Choix des candidats – structure – quotidien – problèmes (p. 163–197)

Le groupe parlementaire de la CDU/DA à la 10e Chambre du peuple (Volkskammer) de la RDA était relativement jeune et sans grande expérience politique. La contribution décrit la sélection des candidats, la mise en place de procédures de travail et les défis qui ont sous-tendu ces processus. La représentation adéquate des femmes, du plus grand nombre possible de groupes d’intérêts et de franges de population ainsi que la répartition des postes au sein du groupe parlementaire ont constitué des questions de poids. Un défi de taille si l’on considère que les membres se connaissaient peu et avaient peu d’expérience du travail parlementaire. Le processus d’apprentissage accéléré des nouveaux parlementaires, de même que le passé de certains membres, notamment leurs éventuelles compromissions avec la Stasi, ont constitué d’autres sujets et défis marquants.

*Horst Möller* : La première Chambre du peuple libre sous l'angle de l'histoire du parlementarisme allemand (p. 199–215)

La première, et simultanément la dernière, Chambre du peuple librement élue de l'histoire de la RDA a été un Parlement atypique à maints égards : arrachée de haute lutte « par le bas », elle se composait presque exclusivement de personnalités qui n'avaient pas grande expérience parlementaire et politique, mais qui devaient mettre en place des formes de travail adéquates dans des délais très courts. Durant ses six mois à peine d'existence, et sous la pression d'un processus d'unification des deux Allemagnes qui s'accélérait, elle a dû adopter un grand nombre de résolutions et lois, dont trois traités étatiques. En dépit de certains parallèles avec d'autres Assemblées dans l'histoire allemande, la dernière Chambre du peuple occupe donc une place singulière dans l'histoire du parlementarisme allemand.

*Peter Molt* : Souvenirs personnels sur Helmut Kohl et remarques sur son ascension politique (p. 215–234)

En s'appuyant sur des souvenirs et documents personnels, l'auteur, qui a étudié à Heidelberg avec Helmut Kohl dans les années 1950 et a collaboré avec lui au sein de projets de recherche, s'intéresse à son ascension politique qui s'est déroulée dans des conditions particulièrement difficiles. Plusieurs colloques à Maria Laach au milieu des années 1960 ont marqué un jalon important vers la tête de la CDU, puis vers la Chancellerie fédérale, parce qu'Helmut Kohl est parvenu à s'y présenter comme un réformateur du parti. Il a su également se constituer avec succès de nombreux réseaux internes au parti, qui ont non seulement permis sa carrière, mais aussi la conception et l'adoption de décisions politiques.

## Zusammenfassungen\*

*Klaus Schroeder:* Der (west)deutsche Linksextremismus: antidemokratisch und gewaltaffin (S. 5–29)

Die Auseinandersetzung mit linksextremistischen Gruppen wird dadurch erschwert, dass die Trennlinien zwischen extremer und radikaler, gleichwohl demokratischer und verfassungskonformer Linker häufig diffus sind und es nicht selten an klaren Abgrenzungen fehlt. Der Beitrag thematisiert den Gewaltdiskurs in der Neuen Linken, der zahlreiche Parallelen zu den seinerzeitigen Debatten im Umfeld der „68er“ aufweist. Auch die Begründungen für die in Ausmaß und Intensität deutlich angestiegenen linksextremen Gewalttaten der jüngsten Zeit zeigen ein hohes Maß an argumentativer Kontinuität, trotz veränderter Themenfelder und Protestanlässe.

*Daniel Westermann:* Ernst Eichelbaum – Soldat, politischer Beobachter, Bürgermeister, Politiker in Ost und West. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung (S. 31–58)

Der 1893 geborene Ernst Eichelbaum, der den Ersten Weltkrieg als Soldat an vorderster Front miterlebt hatte, zählte zu den vehementen Kritikern und Gegnern der Weimarer Republik. Nach dem Untergang des NS-Regimes, das ihn als „Halbjuden“ schikaniert hatte, gehörte er zu den Mitgründern der CDU in Leipzig und wurde zweiter Bürgermeister der Stadt. Nach Konflikten mit der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht floh er im Oktober 1948 in den Westen. Hier engagierte er sich als Vorsitzender des Gesamtverbands der Sowjetzonenflüchtlinge und gehörte von 1957 bis 1965 für die CDU dem Deutschen Bundestag an. Dabei setzte er sich besonders dafür ein, Politik immer auch unter dem Aspekt ihrer Auswirkungen auf die Menschen in der DDR zu betrachten und zu betreiben.

*Bianca Dommès:* Zwischen Freiheit der Kunst und Zensur. Die Rolle der Frankfurter CDU in der Kontroverse über das Theaterstück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ von Rainer Werner Fassbinder (S. 59–79)

Rainer Werner Fassbinders Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ sorgte Mitte der 1980er Jahre für heftige Debatten in Politik, Medien und Öffentlichkeit. Eine Aufführung im Frankfurter Schauspielhaus am 31. Oktober 1985 wurde durch eine Bühnenbesetzung unter Beteiligung des späteren Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, verhindert. Die Auseinandersetzungen

---

\* Erstellt von Christopher Beckmann

ordneten sich ein in die zeitgleich intensiv und kontrovers geführten Debatten um den Umgang mit der NS-Vergangenheit und deren Deutung. Zugleich betrafen sie Fragen der Freiheit und Unabhängigkeit von Kunst und Kultur beziehungsweise deren Grenzen. Der Beitrag behandelt vor allem die Rolle, die die Frankfurter CDU, die über eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung verfügte, und der ihr angehörende Oberbürgermeister Walter Wallmann, dem die Versöhnung mit dem Judentum und die Beschäftigung mit der Geschichte jüdischen Lebens in Frankfurt ein besonderes Anliegen war, in den Auseinandersetzungen spielten.

*Peter Rütters:* Mehr als ein symbolisches Amt: Vizepräsidenten im 19. Bundestag – Zum Scheitern der Kandidaten der AfD (S. 81–107)

Das wiederholte Scheitern verschiedener Kandidaten der AfD für das Amt des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages hat für Diskussionen gesorgt und wird nicht zuletzt von der Partei genutzt, um eine Opferrolle einzunehmen. Der Beitrag zeichnet die Entwicklung des Amtes und seiner Aufgaben gemäß der Geschäftsordnung des Bundestages nach. Diese räumt zwar seit 1994 jeder Fraktion eine Vertreterin oder einen Vertreter im Bundestagspräsidium ein. Die Fraktionen haben hierfür ein Vorschlags-, aber kein Entsenderecht. Daher wurden auch in der Vergangenheit Kandidaten nicht oder nicht einmütig gewählt, weil deren Eignung für das Amt angezweifelt wurde. Im Falle der AfD-Abgeordneten fehlte offensichtlich das Vertrauen, dass diese sich den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie verpflichtet sehen und das Amt des Vizepräsidenten entsprechend ausüben würden.

*Christopher Beckmann:* „Lasst Euch durch keine Grenzpfähle mehr aufhalten“. Eine Rede beim europäischen Jugendlager auf der Loreley 1951 (S. 109–123)

Das Projekt der europäischen Einigung richtete sich – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Kalten Krieges – in seiner Frühphase auch und vor allem an die Jugendlichen in Europa. 1951 fand an symbolträchtigem Ort auf dem Loreley-Felsen in Rheinland-Pfalz ein von französischer Seite initiiertes und vom kurz zuvor gegründeten Deutschen Bundesjugendring organisiertes Europäisches Jugendlager unter dem Motto „Jugend baut Europa“ statt. Mehrere zehntausend Jugendliche aus verschiedenen europäischen Ländern nahmen an der mehrwöchigen Veranstaltung teil. Auch wenn das Ziel, die Schaffung einer europäischen Jugendbewegung, nicht erreicht wurde, bleibt die Veranstaltung ein wichtiges Ereignis in der Frühphase der europäischen Integration. Das gilt auch für die Rede, die der Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings, Josef Rommerskirchen, in der Eröffnungsveranstaltung hielt. Sie wird hier erstmals im vollen Wortlaut veröffentlicht.

*Rebecca Schröder:* Auf den Spuren Christlicher Demokratinnen – Archivalische Quellen zur historischen Frauenforschung im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (S. 125–149)

Nach wie vor weist die Forschung zu Person und Wirken christlich-demokratischer Politikerinnen erhebliche Lücken auf. Der Beitrag beschreibt, welche für die historische Frauenforschung relevanten Bestände im Archiv für Christliche-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung vorhanden sind, durch deren Auswertung diese Desiderate zukünftig angegangen werden können.

*Josef Schuster:* Zur bleibenden Bedeutung des jüdischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus (S. 151–160)

Obwohl der jüdische Widerstand gegen den Nationalsozialismus in jüngerer Zeit größere Aufmerksamkeit gefunden hat und weit umfangreicher war, als lange angenommen, dominiert im Schulunterricht und im öffentlichen Bewusstsein vielfach noch eine „Opferpädagogik“. Jüdinnen und Juden kämpften nicht nur mit hoffnungslos unterlegenen Mitteln, sondern, anders als die meisten anderen Widerstandsgruppen, zumal in den Ghettos und Lagern gegen ein Regime, das ihnen jegliche Würde, ja, das Mensch-Sein schlechthin absprach. Das Erbe und die anhaltende Bedeutung des Widerstandes besteht heute darin, immer wieder neu den Wert freiheitlicher, demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse hervorzuheben und besonders junge Menschen zu Zivilcourage, Mut und zum Einsatz für demokratische Rechte zu ermutigen und zu befähigen.

*Bettina Tüffers:* Die CDU/DA-Fraktion in der 10. Volkskammer der DDR. Kandidatenauswahl – Struktur – Alltag – Probleme (S. 163–197)

Eine relativ junge und politisch unerfahrene Fraktion bildete die Vertretung der CDU/DA in der 10. Volkskammer der DDR. Der Beitrag schildert die Vorgehensweise bei der Auswahl der Kandidaten sowie die Etablierung der Arbeitsabläufe und die damit verbundenen Herausforderungen. Bedeutende Themen waren dabei besonders die angemessene Repräsentation von Frauen und möglichst vieler Interessen- und Bevölkerungsgruppen sowie die Vergabe von Ämtern innerhalb der Fraktion. Angesichts der Tatsache, dass man sich kaum untereinander kannte und wenig Erfahrung in parlamentarischer Arbeit bei den Mitgliedern bestand, war dies eine schwierige Aufgabe. Ein rasanter Lernprozess der parlamentarischen Neulinge einerseits sowie Belastungen etwa durch eine mögliche Stasi-Verstrickung einiger Mitglieder andererseits waren weitere prägende Themen und Herausforderungen.

*Horst Möller:* Die erste freie Volkskammer im Kontext der deutschen Parlamentarismusgeschichte (S. 199–215)

Die einzige frei gewählte und zugleich letzte Volkskammer in der Geschichte der DDR war in vielfacher Hinsicht ein ungewöhnliches Parlament: Sie wurde durch eine Volksbewegung „von unten“ erkämpft, setzte sich fast ausschließlich aus Persönlichkeiten zusammen, die in nur geringem Maß über parlamentarisch-politischen Erfahrungen verfügten, musste dennoch unter hohem Zeitdruck adäquate Arbeitsformen etablieren und während ihrer nur rund sechs Monate währenden Existenz im Zuge des sich immer stärker beschleunigenden Einigungsprozesses der beiden deutschen Staaten über eine Fülle von Beschlüssen und Gesetzen entscheiden, darunter drei Staatsverträge. Trotz mancher Parallelen zu anderen Volksvertretungen in der deutschen Geschichte kommt der letzten Volkskammer daher ein singulärer Rang in der deutschen Parlamentsgeschichte zu.

*Peter Molt:* Persönliche Erinnerungen an Helmut Kohl und Anmerkungen zu seinem politischen Aufstieg (S. 215–234)

Der Verfasser, der in den 1950er Jahren gemeinsam mit Helmut Kohl in Heidelberg studierte und dort in Forschungsprojekten mit ihm zusammenarbeitete, befasst sich auf der Grundlage persönlicher Erinnerungen und Unterlagen mit dem politischen Aufstieg Kohls, der unter besonders schwierigen Bedingungen stattfand. Eine nicht unwichtige Etappe auf dem Weg an die Spitze der CDU und schließlich ins Bundeskanzleramt seien mehrere Tagungen in Maria Laach Mitte der 1960er Jahre gewesen, mit denen er sich als innerparteilicher Reformler habe profilieren können. Der von Helmut Kohl höchst erfolgreich betriebene Aufbau innerparteilicher Netzwerke habe nicht nur dessen Karriere, sondern auch die Konzipierung und Durchsetzung politischer Entscheidungen ermöglicht.

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Bandes

*Christopher Beckmann*, Dr. phil., Referent in der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin, dort u. a. Redakteur Historisch-Politische Mitteilungen

*Bianca Dommes*, M. A., Doktorandin am Historischen Institut der Universität Potsdam

*Norbert Lammert*, Dr. rer. soc., Präsident des Deutschen Bundestages a. D., Staatssekretär a. D., Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin/Sankt Augustin

*Horst Möller*, Dr. phil., Professor em. für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München; 1992–2011 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, München/Berlin

*Peter Molt*, Dr. phil., ehemaliger Leiter der Akademie Eichholz und des Instituts für Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., verschiedene Leitungspositionen im Bereich der Entwicklungspolitik, Honorarprofessor an der Universität Trier

*Peter Rütters*, Dr. phil., Privatdozent am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin

*Klaus Schroeder*, Dr. rer. pol., Professor am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin, und Wissenschaftlicher Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat

*Rebecca Schröder*, Dr. phil., Referentin in der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin

*Josef Schuster*, Dr. med., Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Vizepräsident des World Jewish Congress und des European Jewish Congress

*Bettina Tüffers*, Dr. phil., Leiterin des Forschungsschwerpunkts „Parlamente in der DDR“ in der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e. V., Berlin

*Daniel Westermann*, M. A., Mitarbeiter in der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin